



2025/1197

20.6.2025

DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2025/1197 DER KOMMISSION

vom 19. Juni 2025

zur Einführung einer Maßnahme im Rahmen des Instruments betreffend das internationale Beschaffungswesen zur Beschränkung des Zugangs von Wirtschaftsteilnehmern aus der Volksrepublik China und Medizinprodukten mit Ursprung in der Volksrepublik China zum Markt der Europäischen Union für öffentliche Aufträge im Bereich Medizinprodukte gemäß der Verordnung (EU) 2022/1031 des Europäischen Parlaments und des Rates

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2022/1031 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juni 2022 über den Zugang von Wirtschaftsteilnehmern, Waren und Dienstleistungen aus Drittländern zum Unionsmarkt für öffentliche Aufträge und Konzessionen und über die Verfahren zur Unterstützung von Verhandlungen über den Zugang von Wirtschaftsteilnehmern, Waren und Dienstleistungen aus der Union zu den Märkten für öffentliche Aufträge und Konzessionen von Drittländern (Instrument betreffend das internationale Beschaffungswesen — IPI) ⁽¹⁾ (im Folgenden „IPI-Verordnung“), insbesondere auf Artikel 6 Absatz 1 und Absatz 6 Buchstabe b,

in Erwägung nachstehender Gründe:

1. VERFAHREN

1.1. IPI-Untersuchung und Konsultationen

- (1) Am 24. April 2024 leitete die Europäische Kommission (im Folgenden „Kommission“) nach Artikel 5 Absatz 1 der IPI-Verordnung auf eigene Initiative eine Untersuchung in Bezug auf Maßnahmen und Praktiken der Volksrepublik China (im Folgenden „VR China“) ein, die zu einer schwerwiegenden und wiederholten Behinderung des Zugangs von Wirtschaftsteilnehmern, Waren und Dienstleistungen aus der Union zum Markt der VR China für öffentliche Aufträge im Bereich Medizinprodukte geführt haben. Hierzu veröffentlichte die Kommission eine Einleitungsbekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Union* ⁽²⁾ (im Folgenden „Einleitungsbekanntmachung“).
- (2) In der Einleitungsbekanntmachung ermittelte die Kommission drei Kategorien von Maßnahmen und Praktiken: i) Maßnahmen und Praktiken zur Begünstigung der Beschaffung inländischer Medizinprodukte und inländischer medizinischer Dienstleistungen, ii) Maßnahmen und Praktiken zur Beschränkung der Beschaffung eingeführter Waren, einschließlich Medizinprodukten, und iii) Maßnahmen und Praktiken zur Festlegung von Auflagen im Rahmen der zentralisierten Beschaffung von Medizinprodukten durch die VR China, die zu außergewöhnlich niedrigen Angeboten führen, die für gewinnorientierte Unternehmen nicht möglich sind.
- (3) Nach Artikel 5 Absatz 2 der IPI-Verordnung forderte die Kommission die chinesische Regierung auf, dazu Stellung zu nehmen, sachdienliche Informationen zu übermitteln und Konsultationen aufzunehmen, um die in der Einleitungsbekanntmachung aufgeführten Maßnahmen und Praktiken zu beenden oder abzustellen. Die Kommission übermittelte der chinesischen Regierung außerdem ein Auskunftersuchen in Form eines detaillierten Fragebogens. Die chinesische Regierung beantwortete diesen Fragebogen nicht, nahm aber Konsultationen mit der Kommission im Sinne des Artikels 5 Absatz 2 der IPI-Verordnung auf, die vom 24. bis zum 26. Juli 2024 in Peking stattfanden.

⁽¹⁾ ABl. L 173 vom 30.6.2022, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2022/1031/oj>.

⁽²⁾ Bekanntmachung der Einleitung einer Untersuchung gemäß dem Instrument betreffend das internationale Beschaffungswesen in Bezug auf Maßnahmen und Praktiken der Volksrepublik China auf dem Markt für öffentliche Aufträge im Bereich Medizinprodukte (ABl. C, C/2024/2973, 24.4.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2024/2973/oj>).

1.2. Untersuchungsbericht

- (4) Am 14. Januar 2025 machte die Kommission nach Abschluss ihrer Untersuchung und der Konsultationen mit der VR China einen Bericht nach Artikel 5 Absatz 4 der IPI-Verordnung mit den Ergebnissen ihrer Untersuchung und einem Vorschlag für das weitere Vorgehen ⁽³⁾ (im Folgenden „Untersuchungsbericht“) öffentlich verfügbar.
- (5) Im Untersuchungsbericht kam die Kommission zu dem Schluss, dass die während der Untersuchung ermittelten Maßnahmen und Praktiken ⁽⁴⁾ (im Folgenden „ermittelte Maßnahmen und Praktiken“) bestehen, im gesamten Hoheitsgebiet der VR China angewandt werden und alle Kategorien von Medizinprodukten in einer Weise betreffen, die zu einer schwerwiegenden und wiederholten Beeinträchtigung des Zugangs von Wirtschaftsteilnehmern aus der Union und in der Union hergestellten Medizinprodukten zum Markt der VR China für öffentliche Aufträge im Bereich Medizinprodukte führt. Sie stellen daher Maßnahmen oder Praktiken eines Drittlands im Sinne von Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe i der IPI-Verordnung dar. Die Kommission stellte ebenfalls fest, dass die chinesische Regierung keine spezifischen Abhilfemaßnahmen vorgeschlagen hat, um diese schwerwiegende und wiederholte Behinderung des Zugangs abzustellen.
- (6) Daher schlug die Kommission vor, die in Artikel 6 der IPI-Verordnung festgelegten Voraussetzungen im Hinblick auf die Einführung einer IPI-Maßnahme gemäß der Definition in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe j der IPI-Verordnung zu prüfen.
- (7) Die Kommission legte dem Europäischen Parlament und dem Rat am 29. bzw. 30. Januar 2025 gemäß Artikel 5 Absatz 4 der IPI-Verordnung den Untersuchungsbericht vor.

1.3. Weiteres Verfahren

1.3.1. Öffentliche Konsultation zu einer möglichen IPI-Maßnahme

- (8) Am 19. Februar 2025 veröffentlichte die Kommission die Bekanntmachung einer öffentlichen Konsultation ⁽⁵⁾, in der sie die Meinungen von Einrichtungen einholte, die von möglichen Maßnahmen gemäß Artikel 6 der IPI-Verordnung betroffen sein könnten, die den Zugang von Wirtschaftsteilnehmern aus der VR China und Medizinprodukten mit Ursprung in der VR China zum Markt der Union für öffentliche Aufträge im Bereich Medizinprodukte beschränken (im Folgenden „öffentliche Konsultation“). Bei der Kommission gingen Stellungnahmen mehrerer Einrichtungen ein. Bestimmte Stellungnahmen bezogen sich auf mögliche Versorgungsprobleme bei Medizinprodukten und die Haushaltsauswirkungen für öffentliche Auftraggeber und Auftraggeber. Andere betrafen die potenziellen Auswirkungen der Maßnahmen auf Wirtschaftsteilnehmer, die Medizinprodukte in der VR China herstellen, die Bestimmung des Ursprungs bzw. der Herkunft von Waren und Wirtschaftsteilnehmern sowie die Bestimmung des Werts der Angebote. Einige Unternehmen ersuchten um Klarstellung, wie die in Artikel 8 Absatz 1 der IPI-Verordnung genannten Schwellenwerte von 50 % festgelegt würden und welche Nachweise die betroffenen Wirtschaftsteilnehmer liefern müssten. Die Kommission hat die eingegangenen Stellungnahmen in ihrer Bewertung gebührend berücksichtigt.

1.3.2. Unterrichtung der Mitgliedstaaten

- (9) Wie in Artikel 5 Absatz 2 der IPI-Verordnung vorgeschrieben, informierte die Kommission die Mitgliedstaaten in dem durch Artikel 7 der Verordnung (EU) 2015/1843 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽⁶⁾ eingesetzten Ausschuss „Handelshemmnisse“ regelmäßig über die Fortschritte bei der Untersuchung und den Konsultationen.

⁽³⁾ Bericht der Kommission nach Artikel 5 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2022/1031 über die Untersuchung im Rahmen des Instruments betreffend das internationale Beschaffungswesen in Bezug auf Maßnahmen und Praktiken der Volksrepublik China auf dem Markt für öffentliche Aufträge im Bereich Medizinprodukte, COM(2025)5, und Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen „Factual findings of the IPI investigation on the procurement market for medical devices in the People's Republic of China accompanying the document Report from the Commission pursuant to Article 5(4) of Regulation (EU) 2022/1031 on the investigation under the International Procurement Instrument concerning measures and practices of the People's Republic of China in the public procurement market for medical devices“ (SWD(2025) 2) (im Folgenden „Arbeitsunterlage“).

⁽⁴⁾ Siehe Abschnitt II des Untersuchungsberichts sowie die Abschnitte 1 und 2 der Arbeitsunterlage (insbesondere die Randnummern 1 bis 49).

⁽⁵⁾ Öffentliche Konsultation in Bezug auf mögliche Maßnahmen zur Beschränkung des Zugangs von Wirtschaftsteilnehmern und Medizinprodukten mit Ursprung in der Volksrepublik China zum EU-Markt für öffentliche Aufträge im Bereich Medizinprodukte gemäß Artikel 6 des Instruments betreffend das internationale Beschaffungswesen (ABl. C, C/2025/1259, 19.2.2025, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2025/1259/oj>).

⁽⁶⁾ Verordnung (EU) 2015/1843 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Oktober 2015 zur Festlegung der Verfahren der Union im Bereich der gemeinsamen Handelspolitik zur Ausübung der Rechte der Union nach internationalen Handelsregeln, insbesondere den im Rahmen der Welthandelsorganisation vereinbarten Regeln (ABl. L 272 vom 16.10.2015, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2015/1843/oj>).

- (10) Im Anschluss an die Veröffentlichung des Untersuchungsberichts wurde auch der Ausschuss „Handelshemmnisse“ über die Bewertung der in Artikel 6 der IPI-Verordnung festgelegten Voraussetzungen im Hinblick auf den möglichen Erlass einer IPI-Maßnahme gemäß der Definition in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe j der IPI-Verordnung informiert.
- (11) Im Rahmen der Bewertung der in Artikel 6 Absatz 3 Buchstabe b der IPI-Verordnung festgelegten Voraussetzung der „Verfügbarkeit alternativer Bezugsquellen für die betreffenden Waren ...“, um erhebliche negative Auswirkungen auf die öffentlichen Auftraggeber und die Auftraggeber zu vermeiden oder auf ein Mindestmaß zu reduzieren“ konsultierte die Kommission die Mitgliedstaaten im Ausschuss „Handelshemmnisse“, um sicherzustellen, dass keine Mitgliedstaaten von Medizinprodukten mit Ursprung in der VR China abhängig sind.

2. FESTLEGUNG DER IPI-MAßNAHME

- (12) Gemäß Artikel 6 Absatz 1 der IPI-Verordnung erlässt die Kommission, wenn sie zu dem Schluss gelangt, dass eine Maßnahme oder Praxis eines Drittlands im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 Buchstabe i besteht, im Wege eines Durchführungsrechtsakts eine IPI-Maßnahme, wenn dies ihrer Ansicht nach im Interesse der Union liegt. In Artikel 6 Absatz 2 der IPI-Verordnung ist festgelegt, dass eine IPI-Maßnahme nicht erlassen wird, wenn die Kommission zu dem Schluss kommt, dass dies nicht im Interesse der Union liegt.
- (13) Gemäß Artikel 6 Absatz 3 der IPI-Verordnung wird eine IPI-Maßnahme unter Berücksichtigung der verfügbaren Informationen auf der Grundlage der folgenden Kriterien festgelegt: i) ihrer Verhältnismäßigkeit gegenüber der Maßnahme oder Praxis des Drittlands und ii) der Verfügbarkeit alternativer Bezugsquellen für die betreffenden Waren und Dienstleistungen, um erhebliche negative Auswirkungen auf die öffentlichen Auftraggeber und die Auftraggeber zu vermeiden oder auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Im Einklang mit Artikel 6 Absatz 8 der IPI-Verordnung legt die Kommission den Anwendungsbereich der IPI-Maßnahme fest, einschließlich der Sektoren oder Kategorien von Waren, der bestimmten Kategorien von Wirtschaftsteilnehmern sowie von öffentlichen Auftraggebern oder Auftraggebern, der spezifischen Schwellenwerte, für die die IPI-Maßnahme gilt, und gegebenenfalls der prozentualen Werte einer anwendbaren Bewertungsanpassung.
- (14) Gemäß Artikel 6 Absatz 6 der IPI-Verordnung kann die Kommission innerhalb des Anwendungsbereichs der IPI-Maßnahme beschließen, den Zugang von Wirtschaftsteilnehmern aus einem Drittland sowie von Waren oder Dienstleistungen mit Ursprung in einem Drittland zu öffentlichen Vergabeverfahren in der Union zu beschränken, indem sie öffentliche Auftraggeber oder Auftraggeber verpflichtet, entweder bei Angeboten von Wirtschaftsteilnehmern aus dem betreffenden Drittland eine Bewertungsanpassung vorzunehmen oder Angebote solcher Wirtschaftsteilnehmer auszuschließen. Dazu wählt die Kommission gemäß Artikel 6 Absatz 9 der IPI-Verordnung bei der Bestimmung der IPI-Maßnahme auf der Grundlage der beiden Optionen die Art von Maßnahme, die verhältnismäßig ist und mit der der Grad der Beeinträchtigung des Zugangs von Wirtschaftsteilnehmern, Waren oder Dienstleistungen aus der Union zu den Märkten für öffentliche Aufträge oder Konzessionen des Drittlands am wirksamsten abgestellt werden kann.
- (15) In Anbetracht der vorstehenden Ausführungen ist es erforderlich, erstens eine IPI-Maßnahme zu ermitteln, deren Anwendungsbereich in einem angemessenen Verhältnis zu den festgestellten Maßnahmen und Praktiken steht, und aus den beiden verfügbaren Optionen nach Artikel 6 Absatz 6 der IPI-Verordnung die geeignete Form der Maßnahme auszuwählen, die verhältnismäßig ist und mit der der durch die festgestellten Maßnahmen und Praktiken verursachte Grad der Beeinträchtigung des Zugangs am wirksamsten abgestellt werden kann; zweitens das Bestehen alternativer Bezugsquellen für den Fall, dass eine solche IPI-Maßnahme eingeführt wird, zu prüfen und drittens zu bewerten, ob die Einführung dieser IPI-Maßnahme im Interesse der Union läge.

2.1. **Verhältnismäßigkeit und Angemessenheit einer möglichen IPI-Maßnahme im Hinblick auf die ermittelten Maßnahmen und Praktiken**

2.1.1. *Die ermittelten Maßnahmen und Praktiken*

- (16) Im Untersuchungsbericht legte die Kommission zwei wesentliche Feststellungen zu den ermittelten Maßnahmen und Praktiken vor.
- (17) Erstens stellte die Kommission fest, dass die chinesische Regierung durch solche Maßnahmen und Praktiken ein übergeordnetes System allgemeingültiger Präferenzen für die Beschaffung inländischer Medizinprodukte eingerichtet hat, das den Zugang von Wirtschaftsteilnehmern aus der Union und in der Union hergestellten Medizinprodukten

zum Markt der VR China für öffentliche Aufträge erheblich beeinträchtigt ⁽⁷⁾. Das zentrale Merkmal dieses Systems ist eine rechtlich bindende Verpflichtung für Auftraggeber, inländische Medizinprodukte zu beschaffen, wenn diese mit eingeführten im Wettbewerb stehen und eine angemessene Alternative darstellen. Der diskriminierende Charakter dieser allgemeinen Verpflichtung wird durch aufwendige Genehmigungsverfahren ⁽⁸⁾ für die Beschaffung eingeführter Medizinprodukte verstärkt, die die Möglichkeiten der Auftraggeber zur Beschaffung eingeführter Medizinprodukte erheblich einschränken. In diesem Rahmen werden außerdem solche eingeführten Medizinprodukte bevorzugt, die mit Technologietransfer an inländische Unternehmen verbunden sind ⁽⁹⁾. Weiter verstärkt wird das System durch sektorspezifische Maßnahmen ⁽¹⁰⁾ in Form von Anweisungen der chinesischen Regierung an öffentliche Krankenhäuser, bei mehreren Kategorien von Medizinprodukten bestimmte Zielwerte für die Beschaffung inländischer Produkte zu erfüllen, wobei eingeführte Medizinprodukte in 137 Kategorien vollständig ausgeschlossen werden sollen. Schließlich werden Hochleistungsmedizinprodukte in der Strategie „Made in China 2025“ genannt ⁽¹¹⁾, was dazu führt, dass Regionalkrankenhäuser angewiesen wurden, bei der Beschaffung hochwertiger Medizinprodukte im Hinblick auf den Anteil im Inland hergestellter Produkte sehr hohe Zielvorgaben zu erreichen — nämlich 70 % bis 2025 und 95 % bis 2030 —, wodurch der Zugang eingeführter Produkte zu einem erheblichen Teil des chinesischen Marktes für öffentliche Aufträge de facto auf nahezu null reduziert würde.

- (18) Die Kommission hat nachgewiesen, dass dieses übergeordnete System allgemein anwendbarer Präferenzen für die Beschaffung inländischer Medizinprodukte im gesamten Hoheitsgebiet der VR China gilt und alle Kategorien von Medizinprodukten betrifft.
- (19) Sie hat ferner, durch die Auswertung einer ausreichend repräsentativen Stichprobe öffentlicher Vergabeverfahren in der VR China ⁽¹²⁾, festgestellt, dass 87 % der öffentlichen Ausschreibungen für Medizinprodukte explizite oder implizite Verbote der Beschaffung eingeführter Medizinprodukte oder diskriminierende Anforderungen an solche Beschaffungen ⁽¹³⁾ enthalten. Die Prüfung dieser Ausschreibungen hat ergeben, dass die Verbote und Diskriminierungen unabhängig vom Auftragswert gelten. Wie in der dem Untersuchungsbericht beigefügten Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen dargelegt, bedeutet die Tatsache, dass der Kauf eingeführter Medizinprodukte im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens zulässig sein kann, nicht notwendigerweise, dass eingeführte Medizinprodukte keiner Diskriminierung unterliegen, z. B. durch geforderten Technologietransfer ⁽¹⁴⁾. Überdies verschaffen auch in Fällen, in denen die Beschaffung eingeführter Medizinprodukte erlaubt ist, die in Erwägungsgrund 17 genannten sektorspezifischen Zielvorgaben für einheimische Produkte Lieferanten und Medizinprodukten aus der VR China einen erheblichen Vorteil. Die Kommission hat somit festgestellt, dass das aus allgemeingültigen Gesetzen und Durchführungsmaßnahmen bestehende übergeordnete System allgemein anwendbarer Präferenzen für die Beschaffung inländischer Medizinprodukte in der VR China unabhängig vom

(7) „Aus der Analyse der untersuchten Maßnahmen und Praktiken geht hervor, dass die VR China mit diesen ein vielschichtiges übergeordnetes System allgemeingültiger Präferenzen für die Beschaffung inländischer Medizinprodukte geschaffen hat, wodurch eingeführte Medizinprodukte und ausländische Wirtschaftsteilnehmer systematisch diskriminiert werden und eine umfassende ‚Buy China‘-Politik umgesetzt wird“ (Siehe Abschnitt V des Untersuchungsberichts für nähere Informationen).

(8) Wenn inländische Waren in der VR China nicht verfügbar sind oder nicht zu angemessenen kaufmännischen Bedingungen erworben werden können, unterliegt die Beschaffung eingeführter Waren einem besonderen, in den Verwaltungsmaßnahmen für die Beschaffung eingeführter Waren festgelegten Bewertungs- und Genehmigungsverfahren. Für die Genehmigung durch die lokalen Finanzbehörden bewertet eine Sachverständigengruppe, ob in der VR China Waren hergestellt werden, deren technische Spezifikationen und funktionaler Nutzen mit denen der eingeführten Waren vergleichbar ist (siehe Abschnitt 2.1.2 Randnummern 19 bis 27 der Arbeitsunterlage für nähere Informationen).

(9) „In Artikel 5 der Verwaltungsmaßnahmen ist der Grundsatz niedergelegt, der Erwerb eingeführter Waren sollte ‚die inländische Innovation oder die Einbindung und Aufnahme von Kerntechnologien durch einheimische Unternehmen begünstigen‘, und es wird vorgeschrieben, dass ‚bevorzugt Waren zu erwerben sind, die einen Technologietransfer‘ oder ‚Weiterbildungsleistungen und andere ausgleichende Handelsmaßnahmen [compensation trade measures] beinhalten‘. Nach Artikel 15 ist diese Priorität in den Beschaffungsunterlagen für den Kauf der eingeführten Waren anzugeben“ (siehe Randnummer 20 der Arbeitsunterlage).

(10) „In Dokument 551 werden alle lokalen Behörden verpflichtet, in 178 Kategorien von Medizinprodukten die Beschaffung inländischer Waren zu steigern. Die Zielvorgabe für den Anteil inländischer Medizinprodukte schwankt zwischen 25 % und 100 %, wobei die Vorgabe von 100 % für 137 Kategorien gilt“ (siehe Randnummer 28 der Arbeitsunterlage).

(11) „Im ‚Technologiefahrplan Made in China 2025 für Schlüsselbereiche‘ (im Folgenden ‚MIC-Fahrplan‘) sind Ziele für jede in der Strategie MIC 2025 angeführte Industrie und spezifische Ziele für den Anteil der im Inland hergestellten und von Regionalkrankenhäusern beschafften Medizinprodukte der oberen Preisklasse festgelegt, der bis 2020 50 %, bis 2025 70 % und bis 2030 95 % erreichen sollte“ (siehe Randnummer 6 der Arbeitsunterlage).

(12) Die Stichprobe besteht aus den 35 504 Ausschreibungen, die in einem öffentlich zugänglichen Format mindestens jene Unterlagen enthielten, aus denen die Zulassungskriterien und sonstigen Teilnahmebedingungen für potenzielle Bieter hervorgingen, und somit für die Zwecke der Untersuchung sinnvoll ausgewertet werden konnten (siehe Abschnitt 2.3 Randnummer 51 der Arbeitsunterlage).

(13) Siehe Abschnitt V des Untersuchungsberichts, S. 10 und Abschnitt 2.3.1 Randnummer 54 der Arbeitsunterlage.

(14) „Die Beschaffung eingeführter Medizinprodukte ist auch, wenn sie genehmigt wird, insofern von Diskriminierung betroffen, als die Auftraggeber in Artikel 5 der Verwaltungsmaßnahmen angewiesen werden, ‚bevorzugt Waren zu erwerben, die einen Technologietransfer ... Weiterbildungsmaßnahmen und andere ausgleichende Handelsmaßnahmen [compensation trade measures] beinhalten“ (siehe Abschnitt 2.3 Randnummer 55 der Arbeitsunterlage).

Auftragswert den gesamten Markt der VR China für öffentliche Aufträge im Bereich Medizinprodukte betrifft. Sie kam daher in ihrem Untersuchungsbericht zu dem Schluss, dass diese Maßnahmen und Praktiken zu einer schwerwiegenden und wiederholten Behinderung des Zugangs von Wirtschaftsteilnehmern der Union und in der Union hergestellten Medizinprodukten zum Markt für öffentliche Aufträge im Bereich Medizinprodukte in der VR China führen.

- (20) Zweitens stellte die Kommission fest, dass der Zugang von Wirtschaftsteilnehmern aus der Union und in der Union hergestellten Medizinprodukten zum Markt der VR China für öffentliche Aufträge auch durch die mengenbasierte Beschaffung von Medizinprodukten, wie sie von der chinesischen Regierung durchgeführt wird, erheblich und wiederholt beeinträchtigt wird⁽¹⁵⁾. Die Struktur dieser mengenbasierten Beschaffung veranlasst die Lieferanten, extrem niedrige Angebote abzugeben, um die Auswahlkriterien zu erfüllen und einen Auftrag zu erhalten; die sich daraus ergebenden erheblichen Preissenkungen sind für gewinnorientierte Unternehmen, die sich nicht auf staatliche Unterstützung verlassen können, auf die Dauer nicht tragbar. Die restriktive Wirkung dieser mengenbasierten Beschaffung kann durch die staatliche Unterstützung für Hersteller mit Fertigungs- und FuE-Tätigkeiten in der VR China noch verstärkt werden, insbesondere, wenn die Unterstützung besonders an die Erlangung von Aufträgen bei mengenbasierten Ausschreibungen geknüpft ist. In dem Untersuchungsbericht wurde festgestellt, dass „eingeführte Medizinprodukte und ausländische Wirtschaftsteilnehmer durch die besondere Struktur der mengenbasierten Beschaffung in der VR China erheblich benachteiligt [werden], und dies ... zu einer tatsächlichen Diskriminierung und Einschränkung oder sogar zum tatsächlichen Ausschluss ausländischer Marktteilnehmer, die Medizinprodukte einführen, sowie eingeführter Medizinprodukte [führt], deren Anbieter an diesen mengenbasierten Ausschreibungen teilnehmen“⁽¹⁶⁾ und der Schluss gezogen, dass „die praktische Durchführung der mengenbasierten Beschaffung von Medizinprodukten in der VR China den Zugang von Marktteilnehmern der Union und von in der Union hergestellten Medizinprodukten zum Markt für öffentliche Aufträge der VR China im Sinne von Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe i der IPI-Verordnung auf schwerwiegende und wiederholte Weise [behindert]“⁽¹⁷⁾.

2.1.2. *Verhältnismäßigkeit einer möglichen IPI-Maßnahme*

- (21) Das übergeordnete System allgemeingültiger Präferenzen für die Beschaffung inländischer Medizinprodukte in der VR China betrifft sämtliche in der Union hergestellten Medizinprodukte ohne Schwellenwert und unabhängig davon, ob es sich um Bieter aus der Union, sonstige ausländische oder einheimische Bieter handelt. Darüber hinaus beinhaltet dieses System aufwendige Genehmigungsverfahren für die Beschaffung eingeführter Medizinprodukte und sektorspezifische Zielvorgaben für die Beschaffung von Medizinprodukten mit Ursprung in der VR China. Wie in den Erwägungsgründen 17 bis 19 ausgeführt, kam die Kommission daher in ihrem Untersuchungsbericht zu dem Schluss, dass die Umsetzung dieses Systems zu einer schwerwiegenden und wiederholten Behinderung des Zugangs von Wirtschaftsteilnehmern der Union und in der Union hergestellten Medizinprodukten zum Markt für öffentliche Aufträge im Bereich Medizinprodukte in der VR China geführt hat. Die Kommission hat in der Tat festgestellt, dass 87 % der öffentlichen Ausschreibungen für Medizinprodukte explizite oder implizite Verbote der Beschaffung eingeführter Medizinprodukte oder diskriminierende Anforderungen an solche Beschaffungen enthalten⁽¹⁸⁾, sodass der Markt der VR China für öffentliche Aufträge im Bereich Medizinprodukte weitgehend abgeschottet ist.
- (22) Gemäß Artikel 6 Absatz 4 der IPI-Verordnung kann eine IPI-Maßnahme nur für öffentliche Vergabeverfahren mit einem geschätzten Wert von mindestens 5 000 000 EUR ohne Mehrwertsteuer gelten. Der Ausschluss aller Wirtschaftsteilnehmer aus der VR China von allen Vergabeverfahren der Union mit einem Wert von mindestens 5 000 000 EUR ohne Mehrwertsteuer für alle Kategorien von Medizinprodukten wäre somit die umfassendste IPI-Maßnahme, die die Kommission gemäß der IPI-Verordnung in diesem Sektor erlassen könnte⁽¹⁹⁾. Die Kommission prüfte, ob eine solche IPI-Maßnahme im Hinblick auf die ermittelten Maßnahmen und Praktiken verhältnismäßig wäre.
- (23) Nach den Daten in Tenders Electronic Daily (TED)⁽²⁰⁾ entfallen auf Vergabeverfahren mit einem geschätzten Wert von mindestens 5 000 000 EUR ohne Mehrwertsteuer etwa 59 % des gesamten Unionsmarkts für Beschaffungen von Medizinprodukten. Zudem könnte jede IPI-Maßnahme nach Artikel 6 Absatz 8 und Artikel 8 Absatz 1 der IPI-Verordnung unabhängig von der Herkunft des Bieters nur die Lieferung von Medizinprodukten mit Ursprung in der VR China mit einem maximalen Anteil am Gesamtwert des Auftrags von 50 % betreffen. Überdies würde eine IPI-Maßnahme, anders als das von der VR China angewandte System, keine zusätzlichen restriktiven Eigenschaften

⁽¹⁵⁾ Siehe Abschnitt V des Untersuchungsberichts.

⁽¹⁶⁾ Siehe Abschnitt V des Untersuchungsberichts, S. 11.

⁽¹⁷⁾ Siehe Fußnote 16.

⁽¹⁸⁾ Siehe Fußnote 13.

⁽¹⁹⁾ Da in der IPI-Verordnung der mögliche Anwendungsbereich einer IPI-Maßnahme nicht auf den untersuchten Sektor des betreffenden Drittlandes beschränkt wird, ist es der Kommission in diesem Fall gestattet, eine IPI-Maßnahme zu erlassen, die andere Sektoren oder eine Kombination von Sektoren einschließlich Medizinprodukten erfasst. Die Kommission hat gleichwohl bestimmt, dass die IPI-Maßnahme auf den Sektor Medizinprodukte beschränkt bleiben soll, da Medizinprodukte mit Ursprung in der VR China in erheblichen Mengen in die Union eingeführt werden (im Wert von über 6 Mrd. EUR, siehe Erwägungsgrund 40). Die Kommission ist der Auffassung, dass eine solche zielgerichtete Maßnahme in einem Bereich von strategischem Interesse für die VR China ausreichende Hebelwirkung entfalten wird.

⁽²⁰⁾ <https://ted.europa.eu/de/>.

wie aufwendige Genehmigungsverfahren für die Beschaffung von Medizinprodukten aus der VR China oder die Festlegung sektorspezifischer Ziele für die Beschaffung von Medizinprodukten mit Ursprung in der Union erfordern.

- (24) Unter Berücksichtigung all der in den Erwägungsgründen 17 bis 23 dargelegten Elemente wären der Anwendungsbereich und die mögliche ausschließende Wirkung der umfassendsten möglichen IPI-Maßnahme im Sektor Medizinprodukte in jedem Fall beschränkter als der Anwendungsbereich und die festgestellte ausschließende Wirkung des von der VR China eingeführten übergeordneten Systems allgemeingültiger Präferenzen für die Beschaffung inländischer Medizinprodukte.
- (25) Die Lücke zwischen der Wirkung der umfassendsten IPI-Maßnahme, die gemäß der IPI-Verordnung in diesem Sektor erlassen werden kann, und der der ermittelten Maßnahmen und Praktiken wird durch die restriktive Wirkung der Maßnahmen und Praktiken im Zusammenhang mit der mengenbasierten Beschaffung in der VR China vergrößert. Es ist daher angemessen, in den Anwendungsbereich der umfassendsten möglichen IPI-Maßnahme auch die Beschaffung in der Union jener Waren aufzunehmen, die der mengenbasierten Beschaffung unterliegen, wenn sie in China beschafft werden.
- (26) Angesichts dessen kann eine IPI-Maßnahme, die i) alle Unionsvergabeverfahren betreffend alle Arten von Medizinprodukten, ii) organisiert von allen öffentlichen Auftraggebern und Auftraggebern in der Union, iii) mit einem Wert von mindestens 5 000 000 EUR ohne Mehrwertsteuer⁽²¹⁾ und iv) betreffend alle Wirtschaftsteilnehmer aus der VR China, erfasst als verhältnismäßig im Hinblick auf die ermittelten Maßnahmen und Praktiken angesehen werden, die von der chinesischen Regierung eingeführt und umgesetzt wurden.
- (27) Für jede IPI-Maßnahme müssten Herkunft bzw. Ursprung der Wirtschaftsteilnehmer und Waren gemäß Artikel 3 der IPI-Verordnung bestimmt werden, den die Kommission in ihren „Leitlinien zur Erleichterung der Anwendung der IPI-Verordnung durch öffentliche Auftraggeber und Auftraggeber sowie durch Wirtschaftsteilnehmer“ (im Folgenden „Leitlinien“) ⁽²²⁾ näher präzisiert hat. Die Leitlinien enthalten auch Klarstellungen zu den Pflichten der erfolgreichen Bieter.

2.1.3. *Form der IPI-Maßnahme, die verhältnismäßig ist und mit der der Grad der Beeinträchtigung des Zugangs am wirksamsten abgestellt werden kann*

- (28) Wie in Erwägungsgrund 14 dargelegt, sind die beiden möglichen Formen einer IPI-Maßnahme entweder eine Bewertungsanpassung bei Angeboten von Wirtschaftsteilnehmern aus dem betreffenden Drittland oder der Ausschluss von Angeboten solcher Wirtschaftsteilnehmer.
- (29) Wie in Erwägungsgrund 20 erwähnt, kam die Kommission im Untersuchungsbericht zu dem Schluss, dass „die im Zuge der Untersuchung ermittelten Maßnahmen und Praktiken der VR China in Bezug auf die Beschaffung von Medizinprodukten tatsächlich bestehen und im gesamten Hoheitsgebiet der VR China angewandt werden. Sie betreffen alle Kategorien von Medizinprodukten in einer Weise, die zu einer schwerwiegenden und wiederholten Behinderung des Zugangs von Wirtschaftsteilnehmern der Union und in der Union hergestellten Medizinprodukten zum Markt für öffentliche Aufträge für Medizinprodukte in der VR China führt ⁽²³⁾.“ Die Kommission stellte ferner fest, dass die ermittelten Maßnahmen und Praktiken hauptsächlich zum Ausschluss von Wirtschaftsteilnehmern und Waren im Sektor Medizinprodukte mit Ursprung in Drittländern, einschließlich derjenigen aus der Union, führen ⁽²⁴⁾, was zu einer erheblichen Abschottung des Marktes für öffentliche Aufträge im Bereich Medizinprodukte in der VR China führt.

⁽²¹⁾ Der maßgebliche geschätzte Auftragswert sollte im Einklang mit Artikel 5 der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/18/EG (ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 65, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dir/2014/24/oj>) berechnet werden.

⁽²²⁾ Mitteilung der Kommission „Leitlinien zur Erleichterung der Anwendung der IPI-Verordnung durch öffentliche Auftraggeber und Auftraggeber sowie durch Wirtschaftsteilnehmer“ (ABl. C 64 vom 21.2.2023, S. 7).

⁽²³⁾ Siehe Abschnitt VI des Untersuchungsberichts.

⁽²⁴⁾ Siehe Abschnitt V des Untersuchungsberichts und Abschnitt 2.3 der Arbeitsunterlage, wo die Kommission nachgewiesen hat, dass 87 % der öffentlichen Ausschreibungen für Medizinprodukte explizite oder implizite Verbote der Beschaffung eingeführter Medizinprodukte oder diskriminierende Anforderungen an solche Beschaffungen enthalten.

- (30) Angesichts des Ausmaßes der diskriminierenden und ausschließenden Merkmale der ermittelten Maßnahmen und Praktiken sowie des erheblichen Ausschlusses von Wirtschaftsteilnehmern und Waren aus der Union, zu dem sie führen, könnte mit einer Bewertungsanpassung der von Wirtschaftsteilnehmern aus der VR China eingereichten Angebote ⁽²⁵⁾ nur begrenzte Wirkung erzielt und der Grad der Beeinträchtigung des Zugangs in keinem Fall wirksam abgestellt werden. Nach Artikel 6 Absätze 7 und 8 der IPI-Verordnung könnte diese Form einer IPI-Maßnahme nämlich die Bewertung und Reihung der Angebote nur zu einem bestimmten Anteil beeinflussen, der bei Vergabeverfahren auf der Grundlage des Preis-Leistungs-Verhältnisses bis zu 50 % und bei Ausschreibungen, die lediglich auf dem Preis beruhen, bis zu 100 % betragen kann. Eine IPI-Maßnahme in Form einer Bewertungsanpassung würde daher Variationen des Ausmaßes, in dem Wirtschaftsteilnehmer und Medizinprodukte aus der VR China vom Markt der Union für öffentliche Aufträge ausgeschlossen werden könnten, beinhalten, da öffentliche Auftraggeber und Auftraggeber Wirtschaftsteilnehmer aus der VR China nicht systematisch ausschließen dürften. Somit würde die Beeinträchtigung des Zugangs für Wirtschaftsteilnehmer und Medizinprodukte aus der Union, die in dem festgestellten Ausschluss von Medizinprodukten und Wirtschaftsteilnehmern aus der Union in der VR China besteht, nicht abgestellt.
- (31) Eine IPI-Maßnahme in Form einer Bewertungsanpassung wäre daher nicht die Form einer Maßnahme, mit der der ermittelte Grad der Beeinträchtigung des Zugangs, wie in Artikel 6 Absatz 9 der IPI-Verordnung vorgeschrieben, am wirksamsten abgestellt werden kann.
- (32) Nach Auffassung der Kommission wäre eine IPI-Maßnahme in Form eines Ausschlusses der Angebote von Wirtschaftsteilnehmern aus der VR China ⁽²⁶⁾ in diesem Fall geeigneter. Sie wäre verhältnismäßig, und der ermittelte Grad der Beeinträchtigung des Zugangs könnte mit ihr am wirksamsten abgestellt werden, da sie die ausschließenden Wirkungen der ermittelten Maßnahmen und Praktiken im höchstmöglichen Maß erreichen würde.

2.1.4. Schlussfolgerung zur IPI-Maßnahme

- (33) In Anbetracht der vorstehenden Ausführungen wird eine IPI-Maßnahme in Form eines Ausschlusses im Sinne des Artikels 6 Absatz 6 Buchstabe b der IPI-Verordnung der Angebote von Wirtschaftsteilnehmern aus der VR China, die i) alle Unionsvergabeverfahren betreffend alle Arten von Medizinprodukten, ii) organisiert von allen öffentlichen Auftraggebern und Auftraggebern in der Union, iii) mit einem Wert von mindestens 5 000 000 EUR ohne Mehrwertsteuer erfasst und iv) für alle Wirtschaftsteilnehmer aus der VR China gilt, als angemessen und verhältnismäßig im Hinblick auf die ermittelten Maßnahmen und Praktiken, die von der chinesischen Regierung eingeführt und umgesetzt wurden, angesehen, und es wird davon ausgegangen, dass durch eine solche Maßnahme der Grad der Beeinträchtigung des Zugangs am wirksamsten abgestellt werden kann.

2.2. Verfügbarkeit alternativer Bezugsquellen

- (34) Eine IPI-Maßnahme in Form des Ausschlusses der Angebote von Wirtschaftsteilnehmern aus der VR China hätte keine Auswirkungen auf die für Vergabeverfahren mit einem geschätzten Wert unter 5 000 000 EUR ohne Mehrwertsteuer verfügbaren Bezugsquellen, da diese Vergabeverfahren gemäß Artikel 6 Absatz 4 der IPI-Verordnung aus dem Anwendungsbereich jeder IPI-Maßnahme ausgenommen wären. Etwa 96 % aller in TED registrierten Vergabeverfahren für Medizinprodukte in der Union aus den Jahren 2017 bis 2022 ⁽²⁷⁾ liegen unter diesem Schwellenwert; auf sie entfallen etwa 41 % des kumulierten Wertes aller registrierten Vergabeverfahren. Dies bedeutet, dass öffentliche Auftraggeber und Auftraggeber der Union bei den meisten Vergabeverfahren, die sie nach der Einführung der möglichen IPI-Maßnahme im Sektor Medizinprodukte durchführen würden, keine negativen Auswirkungen erleiden würden und dass fast die Hälfte ihrer Ausgaben für Medizinprodukte von dieser IPI-Maßnahme unberührt bliebe.
- (35) Bei Vergabeverfahren, die den Schwellenwert von 5 000 000 EUR ohne Mehrwertsteuer erreichen oder überschreiten, könnte argumentiert werden, dass eine IPI-Maßnahme zum Ausschluss aller Angebote von Wirtschaftsteilnehmern aus der VR China theoretisch die Gesamtauswahl an verfügbaren Medizinprodukten verringern und sich auf deren Preise auswirken könnte. Solche potenziellen negativen Auswirkungen würden jedoch durch mehrere Faktoren abgemildert.
- (36) Erstens könnten Bieter von außerhalb der VR China immer noch Angebote einreichen, die Medizinprodukte mit Ursprung in der VR China umfassen, sofern der Anteil der gelieferten Medizinprodukte mit Ursprung in der VR China nicht über 50 % des Gesamtwerts des Vertrags liegt ⁽²⁸⁾. Medizinprodukte mit Ursprung in der VR China würden somit weiterhin in Vergabeverfahren der Union angeboten.

⁽²⁵⁾ Gemäß Artikel 6 Absatz 6 Buchstabe a der IPI-Verordnung.

⁽²⁶⁾ Gemäß Artikel 6 Absatz 6 Buchstabe b der IPI-Verordnung.

⁽²⁷⁾ Das letzte Jahr, für das die Kommission über umfassende Daten in TED verfügt.

⁽²⁸⁾ Im Einklang mit Artikel 8 Absatz 1 der IPI-Verordnung.

- (37) Zweitens würden die in Artikel 9 Absatz 1 der IPI-Verordnung vorgesehenen Ausnahmen in den Fällen, in denen nur Bieter aus der VR China in der Lage wären, den Bedingungen der Ausschreibung zu entsprechen, oder als Einzige spezifische Medizinprodukte anbieten könnten, die aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses notwendig sind, es öffentlichen Auftraggebern und Auftraggebern der Union weiterhin ermöglichen, die IPI-Maßnahme nicht anzuwenden, wodurch eine verringerte Verfügbarkeit von Bezugsquellen in solchen Situationen verhindert würde.
- (38) Drittens enthalten die Informationen, die die Kommission im Anschluss an ihr in Erwägungsgrund 11 erwähntes Ersuchen an die Mitgliedstaaten um die Ermittlung möglicher Abhängigkeiten von Medizinprodukten mit Ursprung in der VR China bei ihren Vergabeverfahren erhalten hat, keinen Hinweis auf solche Abhängigkeiten bei irgendeiner Kategorie von Medizinprodukten.
- (39) Viertens stellte die Kommission fest, dass ausreichend alternative Bezugsquellen vorhanden sind. Die Union weist im Sektor Medizinprodukte einen erheblichen, 2023 auf über 19 Mrd. EUR geschätzten ⁽²⁹⁾ Handelsüberschuss mit der übrigen Welt auf, der nahe legt, dass Ausfuhren als Reaktion auf ein möglicherweise reduziertes Angebot an chinesischen Medizinprodukten auf den Unionsmarkt umgelenkt werden könnten. Darüber hinaus könnte die Menge der von der IPI-Maßnahme betroffenen Medizinprodukte auch entweder durch eine Steigerung der Produktion von Medizinprodukten in der Union oder durch höhere Einfuhren aus anderen Drittländern wie dem Vereinigten Königreich, der Schweiz, den Vereinigten Staaten und Japan ersetzt werden ⁽³⁰⁾.
- (40) Die Union führte 2023 Medizinprodukte im Wert von rund 6,2 Mrd. EUR aus der VR China ein. Im selben Jahr führte sie Medizinprodukte im Wert von über 69 Mrd. EUR in die übrige Welt aus. Daher weisen die Hersteller von Medizinprodukten in der Union auf aggregierter Ebene eine bereits verfügbare Nettoproduktionskapazität auf, die mehr als das Zehnfache der Einfuhren von Medizinprodukten aus der VR China in die Union beträgt. Zudem führte die Union auch Medizinprodukte im Wert von über 49 Mrd. EUR aus anderen Handelspartnern als der VR China ein, was darauf hindeutet, dass die Union bereits über diversifizierte Bezugsquellen verfügt.
- (41) Darüber hinaus würden nicht alle Einfuhren von Medizinprodukten mit Ursprung in der VR China in die Union in den Anwendungsbereich der IPI-Maßnahme fallen. Öffentlich zugängliche Daten des Wirtschaftszweigs der Union zeigen, dass nur 50 % bis 70 % des gesamten Unionsmarktes für Medizinprodukte auf öffentliche Aufträge entfallen. Unter der Annahme, dass die öffentliche Beschaffung von Medizinprodukten mit Ursprung in der VR China auf einen ähnlichen Anteil (d. h. zwischen 3 und 4,5 Mrd. EUR) käme, und angesichts der Tatsache, dass 41 % der Verfahren der Union zur Vergabe öffentlicher Aufträge im Bereich Medizinprodukte der IPI-Maßnahme nicht unterlägen ⁽³¹⁾, wäre der Wert der Medizinprodukte mit Ursprung in der VR China, der möglicherweise aus alternativen Bezugsquellen beschafft werden müsste, weit niedriger als der Gesamtwert der Einfuhren von Medizinprodukten aus der VR China in die Union.
- (42) Darüber hinaus deutet die detaillierte Analyse der Verfügbarkeit der Versorgung mit allen Kategorien von Medizinprodukten (auf Ebene der sechsstelligen HS-Codes für alle Medizinprodukte) mittels der beschriebenen Parameter durch die Kommission darauf hin, dass die Unionshersteller von Medizinprodukten über die notwendigen Kapazitäten verfügen, um für alternative Bezugsquellen zu sorgen. Insbesondere müssten die Hersteller in der Union nur 3 % bis 4 % ihrer derzeitigen Ausfuhren umleiten, um alle aus der VR China eingeführten Medizinprodukte zu ersetzen, die potenziell von den Vergabeverfahren der Union ausgeschlossen wären. Auf der Grundlage dieser Analyse ermittelte die Kommission, dass die öffentlichen Auftraggeber und Auftraggeber der Union zum Ersatz der von der IPI-Maßnahme betroffenen Medizinprodukte mit Ursprung in der VR China über eine breite Palette alternativer Bezugsquellen für alle Kategorien von Medizinprodukten verfügen würden (welche sowohl Medizinprodukte aus der Union als auch eingeführte umfasst). Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die in Erwägungsgrund 33 festgelegte IPI-Maßnahme keine Engpässe schaffen oder das Angebot an Medizinprodukten für die öffentlichen Auftraggeber und Auftraggeber der Union erheblich verringern würde, da die Union immer noch über ausreichende alternative Bezugsquellen verfügen würde, um die Nachfrage aus der Vergabe öffentlicher Aufträge zu befriedigen.

⁽²⁹⁾ Quelle: Eurostat (<https://ec.europa.eu/eurostat/web/main/home>).

⁽³⁰⁾ Nach den neuesten Eurostat-Handelsstatistiken über den Bezug von Medizinprodukten führte die Union, wie in Erwägungsgrund 40 vermerkt, Medizinprodukte im Wert von 49 Mrd. EUR aus Drittländern außer der VR China ein.

⁽³¹⁾ Da sie unter den in Artikel 6 Absatz 4 der IPI-Verordnung festgelegten Schwellenwert von 5 000 000 EUR ohne Mehrwertsteuer fallen würden.

2.3. Unionsinteresse

- (43) Gemäß Artikel 6 Absatz 2 der IPI-Verordnung stützt sich die Feststellung, ob es im Interesse der Union ist, eine IPI-Maßnahme zu erlassen, auf eine Bewertung aller Interessen, einschließlich der Interessen der Wirtschaftsteilnehmer der Union.
- (44) Darüber hinaus wird in Erwägungsgrund 20 der IPI-Verordnung klargestellt, dass die Kommission die Folgen des Erlasses einer IPI-Maßnahme gegen ihre Auswirkungen auf die allgemeinen Interessen der Union abwägen und dabei dem allgemeinen Ziel, durch die Öffnung des betreffenden Drittlandsmarktes und die Verbesserung der Marktzugangsmöglichkeiten für Wirtschaftsteilnehmer aus der Union Gegenseitigkeit zu erreichen, besondere Beachtung widmen sollte. Ebenso berücksichtigt werden sollte das Ziel, jeden unnötigen Verwaltungsaufwand für öffentliche Auftraggeber und Auftraggeber sowie für Wirtschaftsteilnehmer zu begrenzen.
- (45) Auf dieser Grundlage ist es im vorliegenden Fall angemessen, zunächst das wirtschaftliche Interesse der Unionshersteller, zweitens die möglichen Auswirkungen auf öffentliche Auftraggeber und Auftraggeber der Union und drittens die Gesamtauswirkungen der IPI-Maßnahme auf die Wirtschaft der Union zu beurteilen. Anschließend müsste die Kommission die Folgen der IPI-Maßnahme gegen die allgemeinen Interessen der Union abwägen und dabei das allgemeine Ziel berücksichtigen, durch die Öffnung des Marktes der VR China für die Vergabe öffentlicher Aufträge im Bereich Medizinprodukte und die Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten zu diesem Markt für Wirtschaftsteilnehmer aus der Union Gegenseitigkeit zu erreichen.

2.3.1. Interesse der Wirtschaftsbeteiligten in der Union

- (46) Wie in Erwägungsgrund 39 ausgeführt, hat die Union im Sektor Medizinprodukte einen erheblichen Handelsüberschuss mit der übrigen Welt, was beweist, dass die Unionshersteller in diesem Sektor weltweit eine starke Wettbewerbsposition einnehmen und über eine beträchtliche Produktionsbasis verfügen. Der Wert des Marktes der VR China für die Beschaffung von Medizinprodukten kann auf etwa 128 Mrd. EUR geschätzt werden⁽³²⁾. Die Beseitigung der diskriminierenden Hemmnisse in diesem Markt würde den Wirtschaftsbeteiligten aus der Union erhebliche Wachstumschancen bieten. Der Erlass der IPI-Maßnahme würde die Position der EU stärken, sodass sie die chinesische Regierung davon überzeugen könnte, die diskriminierenden Hemmnisse zu beseitigen; dadurch würde sie zum Vorteil der Wirtschaftsteilnehmer der Union für eine Angleichung der Wettbewerbsbedingungen in einem großen internationalen Markt sorgen.
- (47) Darüber hinaus hat die Kommission keine erheblichen negativen Auswirkungen der IPI-Maßnahme auf die Wirtschaftsteilnehmer der Union festgestellt.
- (48) In der Tat sei an die Analyse der in TED verfügbaren Daten erinnert, die ergibt, dass der Gesamtwert der Vergabeverfahren der Union im Bereich Medizinprodukte, die einen geschätzten Wert von mindestens 5 000 000 EUR ohne Mehrwertsteuer aufweisen und somit in den Anwendungsbereich der IPI-Maßnahme fallen, etwa 59 % des kumulierten Wertes aller in dieser Datenbank für die Jahre 2017 bis 2022 erfassten Vergabeverfahren für Medizinprodukte entspräche. Da öffentliche Beschaffungen 50 % bis 70 % des Gesamtverbrauchs der Union von Medizinprodukten ausmachen und kein Grund zu der Annahme besteht, dass die Verteilung zwischen öffentlichen und privaten Beschaffungen bei Medizinprodukten mit Ursprung in der VR China unterschiedlich wäre, kann davon ausgegangen werden, dass in einem konservativen Szenario der Ausschluss von Wirtschaftsteilnehmern aus der VR China von den unter die IPI-Maßnahme fallenden Vergabeverfahren in Verbindung mit der Verpflichtung erfolgreicher Bieter, während der Vertragslaufzeit dafür zu sorgen, dass der Anteil der Medizinprodukte mit Ursprung in der VR China am Gesamtwert des Vertrags nicht über 50 % beträgt, die jährlichen Einfuhren von Medizinprodukten mit Ursprung in der VR China um 15 % bis 20 % senken könnte⁽³³⁾. Dies entspräche zwischen 1 Mrd. und 1,2 Mrd. EUR pro Jahr bei einem Gesamtwert der jährlichen Einfuhren von Medizinprodukten mit Ursprung in der VR China von 6,2 Mrd. EUR⁽³⁴⁾.

⁽³²⁾ Für 2023 wurde der chinesische Gesamtmarkt für Medizinprodukte auf 160 Mrd. EUR geschätzt. Es liegen zwar keine Daten über den genauen Gesamtwert des Marktes für öffentliche Aufträge vor, doch entfielen im selben Jahr landesweit 83,5 % aller Krankenhausbesuche auf öffentliche Krankenhäuser; dies ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass der Anteil des Marktes für die Vergabe öffentlicher Aufträge am Wert des Marktes für Medizinprodukte auf etwa 80 %, d. h. 128 Mrd. EUR, geschätzt werden kann.

⁽³³⁾ Die konservative Schätzung beruht auf folgenden Parametern: i) dem Wert der Einfuhren von Medizinprodukten mit Ursprung in der VR China in die Union (6,2 Mrd. EUR), ii) dem Anteil der öffentlichen Ausgaben am Unionsmarkt für Medizinprodukte (zwischen 50 % und 70 %), iii) dem geschätzten Anteil der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge im Bereich Medizinprodukte über dem Schwellenwert für die Anwendung der IPI-Maßnahme an den Gesamtbeschaffungen (etwa 59 %) und iv) dem 50 %-Herkunftserfordernis für den Höchstwert von Medizinprodukten bei Vergabeverfahren oberhalb des Schwellenwerts für die Anwendung der IPI-Maßnahme.

⁽³⁴⁾ Der Umfang der erwarteten neuen Marktchancen für Unionshersteller kann nur auf der Grundlage amtlicher Handelsstatistiken geschätzt werden, da keine direkten Daten auf Unternehmensebene zum Gesamtwert der für öffentliche Aufträge in der Union bestimmten Medizinprodukte mit Ursprung in der VR China vorliegen.

- (49) Angesichts der starken globalen Wettbewerbsposition der Unionshersteller und der Präsenz von Medizinprodukten aus anderen wichtigen Ausfuhrländern auf dem Unionsmarkt könnten öffentliche Auftraggeber und Auftraggeber, wenn sie Medizinprodukte mit Ursprung in der VR China aufgrund der IPI-Maßnahme in einem bestimmten Fall nicht beschaffen könnten, stattdessen Medizinprodukte mit Ursprung entweder in der Union oder in einem anderen Drittland beschaffen. Auf der Grundlage der Schätzungen der Industrie zur Größe des Unionsmarktes für Medizinprodukte und zum Wert der aus Drittländern eingeführten Medizinprodukte wird der derzeitige Marktanteil von Medizinprodukten aus der Union am gesamten Unionsverbrauch von Medizinprodukten auf etwa 60 % geschätzt. Unter der Annahme, dass der Marktanteil der potenziell von der IPI-Maßnahme betroffenen Medizinprodukte mit Ursprung in der VR China (d. h. 1-1,2 Mrd. EUR) entsprechend den derzeitigen Marktanteilen zwischen Medizinprodukten aus der Union und aus Drittländern aufgeteilt würde, könnten sich Unionshersteller von Medizinprodukten ungefähr 60 % des Auftragsvolumens sichern, das ohne die IPI-Maßnahme aus der VR China eingeführt würde.
- (50) Es könnte davon ausgegangen werden, dass diese neuen Chancen auf dem der IPI-Maßnahme unterliegenden Unionsmarkt für öffentliche Aufträge allen Herstellern von Medizinprodukten in der Union offen stehen. Öffentlich zugänglichen Daten von Verbänden des Wirtschaftszweigs der Union zufolge, sind in der Union über 30 000 Unternehmen in diesem Bereich tätig, davon 90 % kleine und mittlere Unternehmen ⁽³⁵⁾.
- (51) Die Kommission hat zudem die Auswirkungen der IPI-Maßnahme auf bestimmte Unionseinführer bewertet, die Medizinprodukte aus der VR China beziehen, darunter auch Wirtschaftsteilnehmer aus der Union, die Medizinprodukte in der VR China herstellen und in die Union einführen, da deren Verkäufe von Medizinprodukten mit Ursprung in der VR China infolge der Einführung der IPI-Maßnahme sinken könnten. In diesem Zusammenhang hat die Kommission die Stellungnahmen von Unternehmen berücksichtigt, die im Anschluss an die öffentliche Konsultation zu der möglichen IPI-Maßnahme Beiträge übermittelt haben, und kam zu dem Schluss, dass die potenziellen negativen Auswirkungen der IPI-Maßnahme auf diese Wirtschaftsteilnehmer nach wie vor begrenzt wären. Erstens würden etwa 96 % aller Beschaffungsverfahren für Medizinprodukte in der Union, entsprechend etwa 41 % des Gesamtwertes aller Beschaffungen von Medizinprodukten in der Union, nicht in den Anwendungsbereich der IPI-Maßnahme fallen. Zweitens könnten diese Einführer gemäß Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe b der IPI-Verordnung immer noch 50 % der von ihnen aus der VR China eingeführten und von der IPI-Maßnahme betroffenen Medizinprodukte absetzen. Da die Vergabe öffentlicher Aufträge bei Medizinprodukten 50 % bis 70 % des gesamten Unionsmarktes ausmacht, könnten die Unionseinführer schätzungsweise über 80 % ihrer derzeitigen Einfuhrmenge aus der VR China beibehalten ⁽³⁶⁾. Schließlich würden solche negativen wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Einführer von der IPI-Maßnahme unterliegenden Medizinprodukten durch die allgemeinen Interessen der Union aufgewogen, insbesondere das allgemeine Ziel, den Markt der VR China für öffentliche Aufträge im Bereich Medizinprodukte in Zusammenarbeit mit ihr auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zu öffnen und gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Wirtschaftsteilnehmer der Union im Sektor Medizinprodukte sicherzustellen.

2.3.2. *Interesse der öffentlichen Auftraggeber und Auftraggeber der Union*

- (52) Die Kommission hat die Verfügbarkeit des Angebots in allen Kategorien von Medizinprodukten für den Fall, dass alle Kategorien und Unterkategorien von einer umfassenden IPI-Maßnahme erfasst werden, sorgfältig bewertet. Wie in Abschnitt 2.2 dargelegt, dürfte die IPI-Maßnahme die Verfügbarkeit von Medizinprodukten für öffentliche Auftraggeber und Auftraggeber der Union nicht verringern, was durch die Ergebnisse der Konsultation der Mitgliedstaaten im Ausschuss „Handelshemmnisse“ zu möglichen Abhängigkeiten von Medizinprodukten mit Ursprung in der VR China weiter bestätigt wurde. Wie in Erwägungsgrund 37 erläutert, wäre es öffentlichen Auftraggebern und Auftraggebern aus der Union gemäß Artikel 9 Absatz 1 der IPI-Verordnung in jedem Fall gestattet, die IPI-Maßnahme nicht anzuwenden, wenn nur Bieter aus der VR China in der Lage wären, den Bedingungen der Ausschreibung zu entsprechen, oder als Einzige spezifische Medizinprodukte anbieten könnten, die aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses notwendig sind.
- (53) Da zudem etwa 96 % aller Vergabeverfahren der Union nicht in den Anwendungsbereich der IPI-Maßnahme fallen würden, kann davon ausgegangen werden, dass der Verwaltungsaufwand für Auftraggeber gering wäre.

⁽³⁵⁾ medtech-europe-facts-figures-2024.pdf.

⁽³⁶⁾ Die Schätzung steht im Einklang mit dem erwarteten Rückgang der Einfuhren von Medizinprodukten mit Ursprung in der VR China, der zwischen 1 Mrd. EUR und 1,2 Mrd. EUR jährlich (siehe Erwägungsgrund 48) und fast 20 % der 2023 registrierten Gesamteinfuhren von Medizinprodukten mit Ursprung in der VR China im Wert von 6,2 Mrd. EUR ausmacht.

- (54) Die Kommission bewertete mögliche nachteilige Auswirkungen von Beschränkungen der Beschaffung von Medizinprodukten mit Ursprung in der VR China auf die öffentlichen Haushalte. Auf der Grundlage der derzeit verfügbaren Informationen und angesichts der Tatsache, dass die Mitgliedstaaten keine zu erwartenden erheblichen Auswirkungen auf den Haushalt mitgeteilt haben, ist die Kommission der Auffassung, dass die Auswirkungen auf den Haushalt für öffentliche Auftraggeber und Auftraggeber begrenzt bleiben würden. Darüber hinaus ist der Unionsmarkt für Medizinprodukte mit einem breiten Spektrum alternativer Anbieter (sowohl im In- als auch im Ausland) sehr wettbewerbsorientiert. Angesichts dieses starken Wettbewerbs schätzt die Kommission, dass trotz des Ausschlusses von Wirtschaftsteilnehmern mit Ursprung in der VR China von einer begrenzten Zahl von Ausschreibungen ein ausreichendes Angebot an erschwinglichen Medizinprodukten auf dem Unionsmarkt vorhanden wäre.
- (55) Infolgedessen ist davon auszugehen, dass die Auswirkungen der IPI-Maßnahme auf öffentliche Auftraggeber und Auftraggeber der Union insgesamt begrenzt bleiben werden.

2.3.3. *Interesse der Wirtschaft der Union*

- (56) Die ermittelten Maßnahmen und Praktiken, die von der VR China eingeführt und umgesetzt wurden, haben den Unionsherstellern von Medizinprodukten erheblichen Schaden zugefügt, der sich auf ungefähr 700 000 Arbeitsplätze in der Union beziffern lässt⁽³⁷⁾. Die IPI-Maßnahme könnte die Position der Union stärken, um die diskriminierenden Hemmnisse auf dem Markt der VR China für öffentliche Aufträge im Bereich Medizinprodukte zu beseitigen und die schwerwiegenden und wiederholten Behinderung des Marktzugangs von Wirtschaftsteilnehmern aus der Union abzustellen, was den Unionsherstellern und somit der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze in diesem Sektor zugute käme. Selbst für den Fall, dass diese Hindernisse nicht beseitigt würden, schätzte die Kommission, dass die erwartete Substitution der Einfuhren aus der VR China durch in der Union hergestellte Medizinprodukte die vorhandenen Arbeitsplätze in der Branche erhalten und potenziell mehr als 3 000 neue Arbeitsplätze in der Union schaffen könnte⁽³⁸⁾. Daher dürfte sich die derzeitige IPI-Maßnahme insgesamt positiv auf die Gesamtproduktion des Wirtschaftszweigs der Union auswirken.

2.3.4. *Die allgemeinen Interessen der Union*

- (57) Durch die Beschränkung des Zugangs von Wirtschaftsteilnehmern aus der VR China zum Beschaffungsmarkt der Union könnte die IPI-Maßnahme für die VR China als Anreiz wirken, ihre restriktiven und diskriminierenden Maßnahmen und Praktiken gegenüber Wirtschaftsteilnehmern und Medizinprodukten aus der Union aufzuheben und so ihren Beschaffungsmarkt auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zu öffnen. Angesichts des potenziellen Rückgangs der Einfuhren aus der VR China in die Union infolge der Einführung der IPI-Maßnahme in Verbindung mit der strategischen Bedeutung des Sektors Medizinprodukte für die VR China im Rahmen ihres Ziels, ein führender Ausführer auf diesem Gebiet zu werden, könnte die Einführung der IPI-Maßnahme zu der Stärkung der Position der EU führen, die notwendig ist, um die Marktzugangsmöglichkeiten für Wirtschaftsteilnehmer und Waren aus der Union in diesem Sektor zu verbessern. Die erwartete Wirkung der IPI-Maßnahme stünde auch im Einklang mit dem allgemeinen Interesse der Union, offene und faire Märkte für die Vergabe öffentlicher Aufträge zu fördern und zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der entsprechenden Wirtschaftszweige der Union zu fördern.
- (58) Die Kommission ist der Auffassung, dass die begrenzten negativen Folgen der IPI-Maßnahme, die ermittelt wurden, diese allgemeinen Interessen nicht überwiegen würden, insbesondere angesichts der erwarteten positiven Auswirkungen auf den Wirtschaftszweig der Union für Medizinprodukte, welche die schwerwiegende und wiederholte Behinderung des Zugangs von Wirtschaftsteilnehmern aus der Union zum Markt der VR China für Medizinprodukte teilweise ausgleichen können.
- (59) Angesichts der vorstehenden Ausführungen ist die Kommission der Auffassung, dass es im Interesse der Union liegt, diese IPI-Maßnahme einzuführen.

⁽³⁷⁾ medtech-europe--facts-figures-2024.pdf.

⁽³⁸⁾ Diese Schätzung beruht auf der Annahme in Erwägungsgrund 49, dass „die Unionshersteller von Medizinprodukten [sich] ungefähr 60 % des Auftragsvolumens sichern [könnten], das ohne die IPI-Maßnahme aus der VR China eingeführt würde“ (d. h. 60 % von 1-1,2 Mrd. EUR), und auf der geschätzten Produktivität je Beschäftigten in der Union von 177 000 EUR im Jahr 2024 (Quelle: medtech-europe--facts-figures-2024.pdf).

3. SCHLUSSFOLGERUNG

- (60) In Anbetracht der vorstehenden Erwägungen sollte die Kommission im Einklang mit Artikel 6 Absatz 1 der IPI-Verordnung die in Erwägungsgrund 33 beschriebene IPI-Maßnahme einführen.
- (61) Die IPI-Maßnahme sollte für Verfahren betreffend alle Kategorien von Medizinprodukten im Rahmen der Codes 33100000-1 bis 33199000-1 des Gemeinsamen Vokabulars für öffentliche Aufträge gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2195/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽³⁹⁾ gelten.
- (62) Um die Durchführung der IPI-Maßnahme durch die öffentlichen Auftraggeber und Auftraggeber der Union sowie ihre Wirtschaftsteilnehmer zu erleichtern, ist es angebracht, eine angemessene Frist von zehn Tagen zwischen der Veröffentlichung der IPI-Maßnahme im *Amtsblatt der Europäischen Union* und ihrem Inkrafttreten vorzusehen.
- (63) Gemäß Artikel 11 Absatz 1 der IPI-Verordnung wurde die Kommission beim Erlass der IPI-Maßnahme vom Ausschuss „Handelshemmnisse“ unterstützt, bei dem es sich um einen Ausschuss im Sinne von Artikel 3 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽⁴⁰⁾ handelt.
- (64) Die in dieser Verordnung vorgesehene IPI-Maßnahme steht im Einklang mit der Stellungnahme des Ausschusses „Handelshemmnisse“ —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

(1) In allen Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge in der Union, deren Gegenstand die Beschaffung von unter die Codes 33100000-1 bis 33199000-1 des Gemeinsamen Vokabulars für Beschaffungen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2195/2002 fallenden Medizinprodukten ist, deren geschätzter Wert mindestens 5 000 000 EUR ohne Mehrwertsteuer beträgt, wird eine Maßnahme im Rahmen des Instruments betreffend das internationale Beschaffungswesen (im Folgenden „IPI-Maßnahme“) in Form des Ausschlusses im Sinne von Artikel 6 Absatz 6 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2022/1031 aller Angebote von Wirtschaftsteilnehmern aus der VR China eingeführt.

(2) Die in Absatz 1 genannte IPI-Maßnahme gilt für alle öffentlichen Auftraggeber und Auftraggeber der Union unbeschadet Artikel 7 der Verordnung (EU) 2022/1031.

Artikel 2

(1) Öffentliche Auftraggeber und Auftraggeber der Union sowie erfolgreiche Bieter halten bei öffentlichen Vergabeverfahren, die in den Anwendungsbereich der IPI-Maßnahme nach Artikel 1 Absatz 1 fallen, die Anforderungen des Artikels 8 der Verordnung (EU) 2022/1031 ein.

⁽³⁹⁾ Verordnung (EG) Nr. 2195/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. November 2002 über das Gemeinsame Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV) (ABl. L 340 vom 16.12.2002, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2002/2195/oj>).

⁽⁴⁰⁾ Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren (ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2011/182/oj>).

- (2) Öffentliche Auftraggeber und Auftraggeber der Union
- a) bestimmen die Herkunft bzw. den Ursprung der Wirtschaftsteilnehmer und Medizinprodukte, die von der IPI-Maßnahme erfasst werden könnten, nach den Kriterien gemäß Artikel 3 der Verordnung (EU) 2022/1031 bzw. Artikel 60 der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽⁴¹⁾ und
- b) berechnen die relevanten geschätzten Werte der Aufträge gemäß Artikel 5 der Richtlinie 2014/24/EU.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am zehnten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 19. Juni 2025

Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN

⁽⁴¹⁾ Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Oktober 2013 zur Festlegung des Zollkodex der Union (ABl. L 269 vom 10.10.2013, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2013/952/oj>).



2025/1202

20.6.2025

DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2025/1202 DER KOMMISSION

vom 19. Juni 2025

**zur Ausweitung des mit der Durchführungsverordnung (EU) 2022/558 eingeführten
Antidumpingzolls gegenüber den Einfuhren bestimmter Grafitelektrodensysteme mit Ursprung in
der Volksrepublik China auf Einfuhren von künstlichem Grafit in Blöcken oder Zylindern mit
Ursprung in der Volksrepublik China**

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2016/1036 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Union gehörenden Ländern ⁽¹⁾ (im Folgenden „Antidumping-Grundverordnung“), insbesondere auf Artikel 13,

in Erwägung nachstehender Gründe:

1. VERFAHREN

1.1. Vorausgegangene Untersuchungen und geltende Maßnahmen

- (1) Am 8. April 2022 führte die Europäische Kommission im Anschluss an eine Antidumpinguntersuchung (im Folgenden „ursprüngliche Antidumpinguntersuchung“) mit der Durchführungsverordnung (EU) 2022/558 ⁽²⁾ einen endgültigen Antidumpingzoll auf die Einfuhren bestimmter Grafitelektrodensysteme mit Ursprung in der Volksrepublik China (im Folgenden „VR China“) ein. Bei den Maßnahmen handelte es sich um einen Wertzoll in Höhe von 23,0 % bis 74,9 % (im Folgenden „ursprüngliche Maßnahmen“).

1.2. Antrag

- (2) Am 4. September 2024 erhielt die Kommission einen Antrag nach Artikel 13 Absatz 3 und Artikel 14 Absatz 5 der Antidumping-Grundverordnung auf Untersuchung der mutmaßlichen Umgehung der Antidumpingmaßnahmen gegenüber den Einfuhren von Grafitelektrodensystemen mit Ursprung in der VR China und auf zollamtliche Erfassung der Einfuhren von künstlichem Grafit in Blöcken oder Zylindern mit Ursprung in der VR China. Der Antrag wurde vom Europäischen Kohlenstoff- und Grafitverband (European Carbon and Graphite Association — im Folgenden „ECGA“ oder „Antragsteller“) eingereicht.
- (3) Der Antrag enthielt hinreichende Beweise dafür, dass sich das Handelsgefüge der Ausfuhren aus der VR China in die Union nach der Einführung der ursprünglichen Maßnahmen verändert hat. Er enthielt Belege dafür, dass die Ausfuhren von Grafitelektrodensystemen aus der VR China bis zu einem gewissen Grad durch Ausfuhren von künstlichem Grafit ersetzt wurden. Diese Änderung schien auf eine Praxis — nämlich die Montage oder Fertigstellung chinesischer Teile in der Union und der anschließende Verkauf der fertiggestellten gleichartigen Waren auf dem Unionsmarkt — zurückzuführen zu sein, für die es außer der Einführung des Zolls keine hinreichende Begründung oder wirtschaftliche Rechtfertigung gab. Aus den Beweisen ging hervor, dass diese Vorgänge seit — oder kurz vor — der Einleitung der Antidumpinguntersuchung, die zur Einführung der ursprünglichen Maßnahmen führte, erheblich zugenommen haben. Der Antrag enthielt zudem hinreichende Beweise dafür, dass auf die Teile aus der VR China mehr als 60 % des Gesamtwerts der Teile der fertiggestellten Ware entfielen und der durch die Fertigstellungsvorgänge erzielte Mehrwert der Teile weniger als 25 % der Herstellkosten betrug.

⁽¹⁾ ABl. L 176 vom 30.6.2016, S. 21, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2016/1036/oj>.

⁽²⁾ Durchführungsverordnung (EU) 2022/558 der Kommission vom 6. April 2022 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Zolls auf die Einfuhren bestimmter Grafitelektrodensysteme mit Ursprung in der Volksrepublik China (ABl. L 108 vom 7.4.2022, S. 20, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2022/558/oj).

- (4) Ferner ging aus den Beweisen hervor, dass Dumping vorlag und die Abhilfewirkung der ursprünglichen Antidumpingmaßnahmen sowohl hinsichtlich der Mengen als auch hinsichtlich der Preise untergraben wurde.

1.3. Betroffene Ware und untersuchte Ware

- (5) Bei der von der mutmaßlichen Umgehung betroffenen Ware handelt es sich um Grafitelektroden der für Elektroöfen verwendeten Art mit einer Rohdichte von 1,5 g/cm³ oder mehr und einem elektrischen Widerstand von 7,0 µΩm oder weniger, auch mit Nippeln, mit einem Nenndurchmesser von mehr als 350 mm, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Durchführungsverordnung (EU) 2022/558 in den KN-Code ex 8545 11 00 (TARIC-Codes 8545 11 00 10 und 8545 11 00 15) eingereiht wurden und ihren Ursprung in der Volksrepublik China haben (im Folgenden „betroffene Ware“). Dies ist die Ware, für die die derzeit in Kraft befindlichen Maßnahmen gelten.
- (6) Bei der wegen mutmaßlicher Umgehung untersuchten Ware handelt es sich um künstlichen Grafit in Blöcken oder Zylindern mit einer Rohdichte von 1,5 g/cm³ oder mehr und einem elektrischen Widerstand von 7,0 µΩm oder weniger mit einem Nenndurchmesser von mehr als 350 mm, der derzeit in die KN-Codes ex 3801 10 00 und ex 3801 90 00 (TARIC-Codes 3801 10 00 15 und 3801 90 00 80) eingereiht wird und seinen Ursprung in der Volksrepublik China hat (im Folgenden „untersuchte Ware“ oder „künstlicher Grafit“).
- (7) Die Untersuchung ergab, dass Grafitelektrodensysteme, die in der Union aus chinesischem künstlichen Grafit hergestellt werden, dieselben grundlegenden materiellen und chemischen Eigenschaften haben und denselben Verwendungszwecken zugeführt werden wie Grafitelektrodensysteme mit Ursprung in der Volksrepublik China. Daher werden diese Waren als gleichartig im Sinne des Artikels 1 Absatz 4 und des Artikels 13 Absatz 1 der Antidumping-Grundverordnung angesehen.

1.4. Einleitung

- (8) Die Kommission kam nach Unterrichtung der Mitgliedstaaten zu dem Schluss, dass genügend Beweise vorlagen, um die Einleitung einer Untersuchung gemäß Artikel 13 Absatz 3 der Antidumping-Grundverordnung zu rechtfertigen, leitete mit der Durchführungsverordnung (EU) 2024/2686 der Kommission⁽³⁾ (im Folgenden „Einleitungsverordnung“) am 18. Oktober 2024 eine Untersuchung ein und veranlasste nach Artikel 14 Absatz 5 der Antidumping-Grundverordnung die zollamtliche Erfassung der Einfuhren von künstlichem Grafit.

1.5. Untersuchungszeitraum und Betrachtungszeitraum

- (9) Die Untersuchung betraf den Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis zum 30. Juni 2024 (im Folgenden „Untersuchungszeitraum“). Für den Untersuchungszeitraum wurden Daten erhoben, um u. a. Folgendes zu untersuchen: die mutmaßliche Veränderung des Handelsgefüges seit der Einführung der ursprünglichen Maßnahmen sowie das Vorliegen einer Praxis, eines Fertigungsprozesses oder einer Arbeit, für die es außer der Einführung des Zolls keine hinreichende Begründung oder wirtschaftliche Rechtfertigung gab. Detailliertere Daten wurden für den Zeitraum vom 1. Juli 2023 bis zum 30. Juni 2024 (im Folgenden „Betrachtungszeitraum“ oder „BZ“) erfasst, um zu untersuchen, ob die Abhilfewirkung der geltenden Maßnahmen preislich und/oder quantitativ durch Einfuhren untergraben wurde und ob Dumping vorlag.

1.6. Untersuchung

- (10) Die Kommission unterrichtete die Behörden Chinas, die bekannten ausführenden Hersteller in diesem Land, den Wirtschaftszweig der Union und die der Kommission bekannten Einführer in der Union offiziell über die Einleitung der Untersuchung.

⁽³⁾ Durchführungsverordnung (EU) 2024/2686 der Kommission vom 17. Oktober 2024 zur Einleitung einer Untersuchung betreffend die mutmaßliche Umgehung der mit der Durchführungsverordnung (EU) 2022/558 der Kommission eingeführten Antidumpingmaßnahmen gegenüber den Einfuhren bestimmter Grafitelektrodensysteme mit Ursprung in der Volksrepublik China durch Einfuhren von künstlichem Grafit in Blöcken oder Zylindern mit Ursprung in der Volksrepublik China und zur zollamtlichen Erfassung dieser Einfuhren (ABl. L, 2024/2686, 18.10.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2024/2686/oj).

- (11) Die Formulare für Anträge auf Befreiung für Einführer in der Union sowie die Fragebogen für die Hersteller/Ausführer in China wurden auf der Website der GD HANDEL zur Verfügung gestellt.
- (12) Nur ein Einführer, JAP INDUSTRIES s.r.o. (im Folgenden „JAP“), stellte einen Antrag auf Befreiung, der anschließend bei einem Kontrollbesuch in seinen Betrieben überprüft wurde.
- (13) Nur ein chinesischer Hersteller, Fangda Carbon New Material Co., Ltd., übermittelte eine Fragenbogenantwort. Die Kommission verwendete die übermittelten Informationen insbesondere, um die Handelsströme aus China gegenzuprüfen.
- (14) Die Kommissionsdienststellen übermittelten dem ECGA einen Fragebogen, in dem sie Informationen über die Gesamtproduktion, die Gesamtproduktionskapazität, die Kapazitätsauslastung, die Gesamtverkäufe, die Eigenverbrauchsverkäufe, den Eigenverbrauch und die Ausfuhren der Unionshersteller anforderten. Der Antragsteller, der ECGA, beantwortete den Makrofragebogen.
- (15) Die interessierten Parteien erhielten Gelegenheit, innerhalb der in der Einleitungsverordnung gesetzten Frist schriftlich Stellung zu nehmen und eine Anhörung zu beantragen. Allen Parteien wurde mitgeteilt, dass bei Nichtvorlage aller sachdienlichen Informationen oder bei Vorlage unvollständiger, unwahrer oder irreführender Informationen Artikel 18 der Antidumping-Grundverordnung zur Anwendung kommen könnte und die Feststellungen dann auf der Grundlage der verfügbaren Informationen getroffen würden.
- (16) Am 5. November 2024 fand eine Anhörung mit JAP statt.

2. UNTERSUCHUNGSERGEBNISSE

2.1. Allgemeine Erwägungen

- (17) Um zu beurteilen, ob eine mutmaßliche Umgehung vorliegt, sollte nach Artikel 13 Absatz 1 der Antidumping-Grundverordnung nacheinander untersucht werden,
 - a) ob sich das Handelsgefüge zwischen China und der Union verändert hat,
 - b) ob sich diese Veränderung aus einer Praxis, einem Fertigungsprozess oder einer Arbeit ergab, für die es außer der Einführung des Zolls keine hinreichende Begründung oder wirtschaftliche Rechtfertigung gab,
 - c) ob Beweise für eine Schädigung vorliegen oder dafür, dass die Abhilfewirkung der geltenden Antidumpingmaßnahmen im Hinblick auf die Preise und/oder Mengen der untersuchten Ware untergraben wurde,
 - d) und ob Beweise für Dumping im Verhältnis zu den vorher für die betroffene Ware festgestellten Normalwerten vorliegen.
- (18) Da die vom Antragsteller im Antrag vorgelegten Beweise Anhaltspunkte für Montage oder Fertigstellung in der Union enthielten, hat die Kommission im Einzelnen geprüft, ob die Kriterien des Artikels 13 Absatz 2 der Antidumping-Grundverordnung erfüllt sind, und insbesondere untersucht,
 - a) ob der Montagevorgang seit oder kurz vor der Einleitung der Antidumpinguntersuchung begonnen oder erheblich ausgeweitet wurde und ob die verwendeten Teile ihren Ursprung in dem von Maßnahmen betroffenen Land hatten,
 - b) ob der Wert dieser Teile 60 % oder mehr des Gesamtwerts der Teile der montierten Ware ausmachte und ob der Wert, der während der Montage oder Fertigstellung den verwendeten eingeführten Teilen hinzugefügt wurde, mehr als 25 % der Herstellkosten betrug,
 - c) ob die Abhilfewirkung der geltenden Antidumpingmaßnahmen im Hinblick auf die Preise und/oder Mengen der untersuchten Ware untergraben wurde und ob Beweise für Dumping im Verhältnis zu den zuvor für gleichartige oder ähnliche Waren ermittelten Normalwerten vorlagen.

2.2. Ergebnisse der Untersuchung

2.2.1. Umfang der Mitarbeit

- (19) Wie in Erwägungsgrund 12 dargelegt, reichte nur ein Einführer von künstlichem Grafit in der Union einen Antrag auf Befreiung ein und arbeitete während der Untersuchung mit. Die Einfuhren dieses Unternehmens machten 4,8 % ^(*) der Gesamteinfuhren von künstlichem Grafit aus der VR China in die Union im Betrachtungszeitraum aus, was ein geringes Ausmaß an Mitarbeit darstellt. Aufgrund des geringen Ausmaßes an Mitarbeit wurden die Feststellungen nach Artikel 18 der Antidumping-Grundverordnung auf der Grundlage der verfügbaren Informationen getroffen.

2.2.2. Veränderung des Handelsgefüges

- (20) Tabelle 1 zeigt die Entwicklung der Einfuhren von Grafitelektrodensystemen aus der VR China in die Union im Untersuchungszeitraum.

Tabelle 1

Einfuhren von Grafitelektrodensystemen in die Union im Untersuchungszeitraum ^(*) (in Tonnen)

	2021	2022	2023	BZ
China	25 199	23 965	15 760	16 541
Index (Basis = 2021)	100	95	63	66
Andere Drittländer	15 108	13 212	10 158	11 639
Index (Basis = 2021)	100	87	67	77
Gesamteinfuhren	40 307	37 177	25 918	28 180
Anteil der Einfuhren aus China an den Gesamteinfuhren (in %)	63	64	61	59
Anteil der Einfuhren aus China an den Einfuhren aus anderen Drittländern (in %)	167	181	155	142

Quelle: Eurostat.

- (21) Aus Tabelle 1 geht hervor, dass die Menge der Einfuhren von Grafitelektrodensystemen aus der VR China von 25 199 Tonnen im Jahr 2021 auf 16 541 Tonnen im Betrachtungszeitraum abnahm. Die Einfuhrmenge ging von 2021 bis 2023 um 37 % zurück und stieg dann von 2023 bis zum Betrachtungszeitraum um 3 %. Dementsprechend ging die Menge der Einfuhren von Grafitelektrodensystemen aus der VR China im Untersuchungszeitraum um 34 % zurück. Dieser Rückgang fiel zeitlich mit der Einführung der ursprünglichen Maßnahmen im April 2022 zusammen. Auch der Anteil der Einfuhren aus der VR China nahm im Vergleich zu den Gesamteinfuhren (von 63 % auf 59 % zwischen 2021 und dem Betrachtungszeitraum) und den Einfuhren aus anderen Drittländern (von 167 % auf 142 %) ab.
- (22) Tabelle 2 zeigt die Entwicklung der Einfuhren von künstlichem Grafit aus der VR China in die Union im Untersuchungszeitraum.

Tabelle 2

Einfuhren von künstlichem Grafit in die Union im Untersuchungszeitraum ^(*) (in Tonnen)

	2021	2022	2023	BZ
China	80 039	114 625	132 978	118 884
Index (Basis = 2021)	100	143	166	149

Quelle: Eurostat.

^(*) Auf der Grundlage der Einfuhren von künstlichem Grafit, die für die Herstellung von Grafitelektrodensystemen verwendet werden dürften, wie in Erwägungsgrund 29 und Tabelle 3 dargelegt.

^(*) TARIC-Codes 8545 11 00 10 und 8545 11 00 15.

^(*) KN-Codes 3801 10 00 und 3801 90 00.

- (23) Die primäre Vorleistung für die Herstellung von Grafitелеktrodensystemen ist künstlicher Grafit. Aus Tabelle 2 geht hervor, dass die Einfuhren von künstlichem Grafit aus der VR China in die Union von 80 039 Tonnen im Jahr 2021 auf 118 884 Tonnen im Betrachtungszeitraum anstiegen. Von 2021 bis 2022 stiegen die Einfuhren um 43 %, d. h. auf 114 625 Tonnen. Dieser Aufwärtstrend setzte sich bis 2023 fort, wobei die Einfuhren mit 132 978 Tonnen ihren Höchststand erreichten. Von 2023 bis zum Betrachtungszeitraum gingen die Einfuhrmengen auf 118 884 Tonnen zurück. Insgesamt stiegen die Mengen der Einfuhren von künstlichem Grafit aus der VR China im Untersuchungszeitraum um 49 %.
- (24) Die KN-Codes 3801 10 00 und 3801 90 00, in die künstlicher Grafit eingereiht wird, umfassen auch andere Waren. Dabei handelt es sich insbesondere um Materialien, die für die Herstellung von Batterien verwendet werden.
- (25) Es bestehen Unterschiede zwischen den Arten von künstlichem Grafit, die zur Herstellung von Grafitелеktroden verwendet werden, und solchen, die in anderen Anwendungen — insbesondere für die Herstellung von Batterien — genutzt werden. Künstlicher Grafit, der zur Herstellung von Grafitелеktroden verwendet wird, weist die Textur und die Form harter Blöcke oder Zylinder auf; in Form von Pulvern oder Pasten kommt er hingegen in anderen Anwendungen zum Einsatz. Darüber hinaus entspricht die Größe eines Blocks künstlichen Graphits in etwa der Größe einer Grafitелеktrode. Aus der Definition der untersuchten Ware in Abschnitt 1.3 ergibt sich, dass sich die Untersuchung auf zur Herstellung von Grafitелеktroden verwendeten künstlichen Grafit beschränkt.
- (26) Der Antragsteller führte an, dass die für Einfuhren nach Polen und Ungarn geltenden acht- und zehnstelligen Codes der Kombinierten Nomenklatur (KN) offenbar auch bestimmte Materialien umfassten, die für die Herstellung von Batterien verwendet würden. In Anbetracht der vorstehenden Ausführungen analysierte die Kommission die Einfuhrdaten unter Ausschluss der Daten für Einfuhren nach Polen und Ungarn — den Mitgliedstaaten, die in den letzten Jahren die größten Mengen an für die Batterieherstellung bestimmten Waren desselben KN-Codes eingeführt haben.

Tabelle 3

Einfuhren von künstlichem Grafit in die Union (ausgenommen Polen und Ungarn) im Untersuchungszeitraum ^(*) (in Tonnen)

	2021	2022	2023	BZ
China	27 862	49 624	43 723	40 250
Index (Basis = 2021)	100	178	157	144

Quelle: Eurostat.

- (27) Aus Tabelle 3 geht hervor, dass die Menge der Einfuhren von künstlichem Grafit aus der VR China in die Union (ausgenommen Polen und Ungarn) von 27 862 Tonnen im Jahr 2021 auf 40 250 Tonnen im Betrachtungszeitraum anstieg. Die Einfuhren stiegen von 2021 bis 2022 um 78 % und gingen dann im Jahr 2023 auf 43 723 Tonnen und anschließend im Betrachtungszeitraum auf 40 250 Tonnen zurück. Insgesamt stiegen die Einfuhren im Untersuchungszeitraum um 44 %. Dieser Anstieg fiel zeitlich mit der Einführung der ursprünglichen Maßnahmen im April 2022 zusammen.
- (28) Der Rückgang der Ausfuhren von Grafitелеktrodensystemen aus der VR China in die Union, der aus Tabelle 1 hervorgeht, und der beträchtliche Anstieg der Ausfuhren von künstlichem Grafit aus der VR China in die Union während des Untersuchungszeitraums (siehe Tabellen 2 und 3) deuten auf eine Substitution hin (siehe Erwägungsgrund 33) und stellen gemeinsam eine Veränderung des Handelsgefüges im Sinne des Artikels 13 Absatz 1 der Antidumping-Grundverordnung dar.

2.2.3. *Praxis, Fertigungsprozess oder Arbeit, für die/den es keine andere hinreichende Begründung oder wirtschaftliche Rechtfertigung als die Einführung des Zolls gibt*

- (29) In Artikel 13 Absatz 1 der Grundverordnung ist festgelegt, dass sich eine Veränderung im Handelsgefüge aus einer Praxis, einem Fertigungsprozess oder einer Arbeit ergeben muss, für die es außer der Einführung des Zolls keine hinreichende Begründung oder wirtschaftliche Rechtfertigung gibt. Die Praxis, der Fertigungsprozess oder die Arbeit umfasst unter anderem die Montage von Teilen oder Fertigstellungsvorgänge nach Artikel 13 Absatz 2 der Antidumping-Grundverordnung.

^(*) KN-Codes 3801 10 00 und 3801 90 00.

- (30) Künstlicher Grafit gilt als Halbfertigerzeugnis, das zu Fertigerzeugnissen wie Grafitелеktrodensystemen weiterverarbeitet wird. Diese Weiterverarbeitung von künstlichem Grafit zu Grafitелеktrodensystemen fällt unter den Begriff der Fertigstellung im Sinne des Artikels 13 Absatz 2 der Antidumping-Grundverordnung.
- (31) Die Untersuchung ergab, dass künstlicher Grafit aus der VR China in die Union eingeführt und zu Grafitелеktrodensystemen weiterverarbeitet wurde. Sie ergab ferner, dass der künstliche Grafit aus der VR China mehr als 60 % des Gesamtwerts der Teile von Grafitелеktrodensystemen (95 % bis 100 %) ausmachte und dass der bei der Weiterverarbeitung erzielte Mehrwert deutlich unter 25 % der Herstellkosten ⁽⁸⁾ (1 % bis 10 %) lag.
- (32) Die Untersuchung ergab, abgesehen von der Einleitung der ursprünglichen Antidumpinguntersuchung und der anschließenden Einführung der ursprünglichen Maßnahmen, keine wirtschaftliche Rechtfertigung für die in Abschnitt 2.2.2 beschriebene Veränderung des Handelsgefüges.
- (33) Daher waren die Anforderungen des Artikels 13 Absätze 1 und 2 der Antidumping-Grundverordnung erfüllt.

2.2.4. Untergrabung der Abhilfewirkung des Zolls

- (34) Die Kommission prüfte nach Artikel 13 Absatz 2 der Antidumping-Grundverordnung, ob die Abhilfewirkung der derzeit geltenden Maßnahmen durch die Mengen und die Preise der in die Union eingeführten untersuchten Ware untergraben wurde.
- (35) Was die Mengen anbelangt, so machten die Einfuhren von künstlichem Grafit aus der VR China in die Union, die zu Grafitелеktrodensystemen weiterverarbeitet wurden, im Betrachtungszeitraum rund 28 % des Unionsverbrauchs aus. Der Verbrauch von Grafitелеktrodensystemen in der Union wurde auf 142 817 Tonnen ⁽⁹⁾ geschätzt. Das Einfuhrvolumen wurde daher als erheblich angesehen.
- (36) Hinsichtlich der Preise verglich die Kommission den in der ursprünglichen Antidumpinguntersuchung ermittelten durchschnittlichen nicht schädigenden Preis von Grafitелеktrodensystemen, der um die Inflation auf der Grundlage des harmonisierten Verbraucherpreisindex der Europäischen Zentralbank ⁽¹⁰⁾ berichtigt wurde, mit den gewogenen durchschnittlichen CIF-Ausfuhrpreisen von künstlichem Grafit, die auf der Grundlage der Statistiken von Eurostat berechnet worden waren, wobei unter Berücksichtigung der Verarbeitungskosten und der Gewinne eine gebührende Berichtigung vorgenommen wurde. Aus diesem Preisvergleich ging hervor, dass die aus China stammenden Einfuhren die Unionspreise um mehr als 170 % unterboten.
- (37) Daher kam die Kommission zu dem Schluss, dass die Abhilfewirkung der geltenden Maßnahmen sowohl in Bezug auf die Mengen als auch in Bezug auf die Preise untergraben wurde.

2.2.5. Beweise für das Vorliegen von Dumping

- (38) Nach Artikel 13 Absatz 2 der Antidumping-Grundverordnung prüfte die Kommission auch, ob Beweise für Dumping im Verhältnis zu den vorher für die gleichartige Ware festgestellten Normalwerten vorliegen.
- (39) Zu diesem Zweck verglich die Kommission die durchschnittlichen Preise der Ausfuhren von Grafitелеktrodensystemen im Betrachtungszeitraum auf der Grundlage von Eurostat-Einfuhrstatistiken für künstlichen Grafit, ausgenommen Einfuhren nach Polen und Ungarn, berichtigt um die Kosten der Weiterverarbeitung zu Grafitелеktrodensystemen, mit dem in der ursprünglichen Antidumpinguntersuchung ⁽¹¹⁾ für China ermittelten Normalwert, berichtigt um die Inflation. Nach der im Antrag festgelegten Methode verwendete die Kommission den Anstieg der Inflationsrate in Mexiko ⁽¹²⁾, dem repräsentativen Land in der Ausgangsuntersuchung, als Referenz.
- (40) Der Vergleich der Ausfuhrpreise mit den Normalwerten, die zuvor in der ursprünglichen Antidumpinguntersuchung für die gleichartige Ware ermittelt und, wie in Erwägungsgrund 39 erläutert, berichtigt wurden, ergab Beweise für Dumping im Betrachtungszeitraum im Sinne des Artikels 13 Absatz 1 der Antidumping-Grundverordnung.

⁽⁸⁾ Auf der Grundlage der Daten in Antrag, die durch die von JAP bereitgestellten Daten bestätigt wurden.

⁽⁹⁾ Die Zahlen zum Verbrauch beruhten auf den Einfuhren von Grafitелеktrodensystemen, den Verkäufen von Grafitелеktrodensystemen des Wirtschaftszweigs der Union in der Union, wie im Makrofragebogen angegeben, und auf den Einfuhren von künstlichem Grafit, der für die Herstellung von Grafitелеktrodensystemen genutzt werden dürfte (siehe Erwägungsgrund 29 und Tabelle 3).

⁽¹⁰⁾ <https://data.ecb.europa.eu/data/data-categories>.

⁽¹¹⁾ Siehe Durchführungsverordnung (EU) 2022/558.

⁽¹²⁾ <https://www.worldbank.org/en/research/brief/inflation-database>.

3. MAßNAHMEN

- (41) Auf der Grundlage der vorstehend aufgeführten Feststellungen gelangte die Kommission zu dem Schluss, dass der gegenüber den Einfuhren von Grafitелеktrodensystemen mit Ursprung in der VR China eingeführte endgültige Antidumpingzoll durch die Einfuhren von künstlichem Grafit umgangen wurde.
- (42) Daher sollten die geltenden Antidumpingmaßnahmen nach Artikel 13 Absatz 1 der Antidumping-Grundverordnung auf die Einfuhren der untersuchten Ware aus der VR China in die Union ausgeweitet werden.
- (43) Gemäß Artikel 13 Absatz 1 Unterabsatz 2 der Grundverordnung sollte die auszuweitende Maßnahme die in Artikel 1 Absatz 2 der Durchführungsverordnung (EU) 2022/558 für „alle übrigen Unternehmen“ festgelegte Maßnahme sein, bei der es sich um einen endgültigen Antidumpingzoll von 74,9 % auf den Nettopreis frei Grenze der Union, unverzollt, handelt.
- (44) Nach Artikel 13 Absatz 3 der Antidumping-Grundverordnung, nach dem eine etwaige Ausweitung der Maßnahme auf Einfuhren in die Union anwendbar sein sollte, die gemäß der Einleitungsverordnung zollamtlich erfasst wurden, sind die Zölle auf diese zollamtlich erfassten Einfuhren der untersuchten Ware im Einklang mit den Feststellungen in dieser Untersuchung zu erheben.

4. ANTRÄGE AUF BEFREIUNG

- (45) Ein Einführer von künstlichem Grafit beantragte eine Befreiung von der Ausweitung der Maßnahmen.
- (46) Die Kommission prüfte nach Artikel 13 Absätze 1 und 2 der Antidumping-Grundverordnung, ob der Antragsteller an der im vorliegenden Fall festgestellten Umgehungspraxis beteiligt war.
- (47) Insbesondere wurden im Zuge des in Erwägungsgrund 39 erläuterten Vergleichs der ermittelten Normalwerte mit den Preisen von JAP Industries in der Union keine Beweise für das Vorliegen von Dumping im Betrachtungszeitraum festgestellt. Darüber hinaus ergab die Untersuchung, dass die Verkäufe von Grafitелеktrodensystemen von JAP Industries in der Union im Untersuchungszeitraum erheblich zurückgingen. Zudem lagen die Preise von JAP Industries deutlich über den chinesischen Preisen, selbst nachdem die Antidumpingzölle auf chinesische Grafitелеktrodensysteme berücksichtigt worden waren. Folglich wurde festgestellt, dass JAP nicht an der im vorliegenden Fall festgestellten Umgehungspraxis beteiligt war.
- (48) In Anbetracht der vorstehenden Ausführungen kam die Kommission zu dem Schluss, dass JAP die beantragte Befreiung nach Artikel 13 Absatz 4 der Grundverordnung gewährt werden sollte.

5. UNTERRICHTUNG

- (49) Am 25. April 2025 unterrichtete die Kommission alle interessierten Parteien über die wesentlichen Tatsachen und Erwägungen, die zu den dargestellten Schlussfolgerungen geführt haben, und forderte sie zur Stellungnahme auf.
- (50) Nach der Unterrichtung brachte ein chinesischer ausführender Hersteller, Fangda Carbon New Material Co. Ltd, vor, dass die ausgeweiteten Zölle nicht auf der Höhe des residualen Zollsatzes festgesetzt werden sollten. Das Unternehmen gab an, dass die Zollsätze stattdessen den in der Ausgangsuntersuchung ermittelten Sätzen entsprechen sollten und dass für die Einfuhren der Unternehmen, die bei der Ausgangsuntersuchung mitarbeiteten und für die unternehmensspezifische oder gewogene Durchschnittssätze eingeführt wurden, jeweils dieselben Zölle gelten sollten und nicht der für andere Unternehmen geltende residuale Zoll.
- (51) Die Kommission teilte diese Auffassung nicht. Nach Artikel 13 Absatz 1 Unterabsatz 2 der Antidumping-Grundverordnung kann die Kommission die Zölle ausweiten, solange sie den gemäß Artikel 9 Absatz 5 eingeführten residualen Antidumpingzoll nicht übersteigen. Die interessierten Parteien brachten in diesem Fall keine gültigen Argumente dafür vor, warum die Kommission den geltenden Zoll im Rahmen ihres Ermessens in einer Höhe festsetzen sollte, die niedriger ist als der residuale Zoll. Somit hat die Kommission im Einklang mit dem geltenden Rechtsrahmen gehandelt. Dieser Einwand wurde daher zurückgewiesen.

- (52) Ebenso brachte Fangda Carbon vor, dass die Kommission ihre Ermittlung des Mehrwerts nicht hinreichend begründet habe. Die Kommission habe auch nicht klargestellt, ob Waren, die nicht in die Definition der untersuchten Ware fielen, aber in ähnliche KN-Codes eingereiht würden, in den Preisvergleich einbezogen worden seien und ob Daten über Einfuhren aus China nach Ungarn und Polen von der Bewertung ausgenommen worden seien.
- (53) In Bezug auf die Ermittlung des Normalwerts stellte die Kommission fest, dass der bei der Weiterverarbeitung erzielte Mehrwert der Teile deutlich unter 25 % lag. Wie in Abschnitt 2.2.3 erläutert, stützte sich diese Schlussfolgerung auf die im Antrag vorgelegten Daten und wurde durch überprüfte Daten des die Befreiung beantragenden Unternehmens bestätigt. Dieser Einwand wurde daher zurückgewiesen.
- (54) In Bezug auf die in den Preisvergleich einbezogenen Waren und die Berücksichtigung der Einfuhren nach Ungarn und Polen erläuterte die Kommission in Abschnitt 2.2.2 die Methode zur Abgrenzung der untersuchten Ware von anderen Waren, die auf der Grundlage der verfügbaren Informationen ausgeschlossen werden sollten. Die Kommission hob insbesondere die Unterscheidung zwischen Formen von künstlichem Grafit, die für die Herstellung von Grafitелеktroden verwendet werden, und solchen für andere Anwendungszwecke hervor. In den Erwägungsgründen 26 bis 28 und Erwägungsgrund 39 wurde auch erläutert, dass die Einfuhren von künstlichem Grafit in diese beiden Länder von der Analyse ausgenommen wurden.
- (55) Nach der Unterrichtung widersprach der Antragsteller der Schlussfolgerung der Kommission, dass es keine Beweise für das Vorliegen von Dumping bei den Verkaufspreisen von JAP im Betrachtungszeitraum gab, und brachte vor, die Kommission habe es versäumt, die Rechtsgrundlage für die Gewährung der Befreiung anzugeben.
- (56) Die Kommission stellte fest, dass sie die von JAP Industries angeforderten und übermittelten Informationen eingehend geprüft hatte. Im Zuge des in Erwägungsgrund 39 erläuterten Vergleichs der ermittelten Normalwerte mit den Preisen von JAP Industries in der Union wurden keine Beweise für das Vorliegen von Dumping im Betrachtungszeitraum festgestellt. Auf der Grundlage unternehmensspezifischer überprüfter Daten kam die Kommission daher zu dem Schluss, dass es keine Beweise für das Vorliegen von Dumping gab. Da das Vorliegen von Dumping nach Artikel 13 Absatz 2 der Grundverordnung eine notwendige Voraussetzung für die Feststellung einer Umgehung ist, kam die Kommission zu dem Schluss, dass keine Umgehung stattgefunden hatte, und gewährte daher die beantragte Befreiung. Was die JAP zur Last gelegten Dumpingbehauptungen des Antragstellers dagegen betrifft, so entbehren diese einer sachlichen Grundlage. Dieser Einwand wurde daher zurückgewiesen.
- (57) Der Antragsteller beantragte ferner, dass im Falle der Gewährung einer Ausnahme für JAP Industries geeignete Vorkehrungen getroffen werden sollten, um potenzielle Risiken zu mindern, die sich aus Veränderungen des Marktverhaltens von JAP Industries auf dem Unionsmarkt ergeben könnten. So könne das Unternehmen etwa möglicherweise zur Umlenkung von Einfuhren von künstlichem Grafit genutzt werden, die für den Weiterverkauf an andere Verarbeitungsunternehmen in der Union bestimmt sind, oder sich an Dumpingpraktiken beteiligen.
- (58) In Bezug auf das Risiko, dass das Unternehmen zur Umgehung genutzt werden könnte, vertrat die Kommission die Auffassung, dass dem Unternehmen die Befreiung aufgrund der Tatsache gewährt wurde, dass seine eigenen Montage- oder Fertigstellungsvorgänge in der Union keine Umgehung darstellten. Folglich sollten die Befreiungsbedingungen sicherstellen, dass der von der befreiten Partei eingeführte künstliche Grafit auch tatsächlich für die Montagevorgänge der befreiten Partei verwendet und nicht an andere Parteien in der Union weiterverkauft wird. Letzteres würde nämlich dazu führen, dass die Maßnahmen unwirksam werden. Daher hielt es die Kommission für angemessen, dass der von dem befreiten Unternehmen eingeführte künstliche Grafit nur für Montagevorgänge der befreiten Partei verwendet, wieder ausgeführt oder vernichtet werden sollte und dass bei einem Verstoß gegen diese Verpflichtungen — wie dem Weiterverkauf dieser Einfuhren an andere Parteien in der Union — ein Widerruf der Befreiung möglich sein sollte.
- (59) Einer möglichen Beteiligung an Dumpingpraktiken oder Umgehungspraktiken im Allgemeinen kann durch eine Überprüfung der Maßnahmen entgegengewirkt werden, sofern genügend Beweise für die Einleitung einer solchen Überprüfung vorliegen.
- (60) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des nach Artikel 15 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/1036 eingesetzten Ausschusses —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

(1) Der mit der Durchführungsverordnung (EU) 2022/558 auf die Einfuhren von Grafitelektroden der für Elektroöfen verwendeten Art mit einer Rohdichte von 1,5 g/cm³ oder mehr und einem elektrischen Widerstand von 7,0 µΩm oder weniger, auch mit Nippeln, mit einem Nenndurchmesser von mehr als 350 mm, die derzeit in den KN-Code ex 8545 11 00 (TARIC-Codes 8545 11 00 10 und 8545 11 00 15) eingereiht werden und ihren Ursprung in der Volksrepublik China haben, eingeführte endgültige Antidumpingzoll wird auf die Einfuhren von künstlichem Grafit in Blöcken oder Zylindern mit einer Rohdichte von 1,5 g/cm³ oder mehr und einem elektrischen Widerstand von 7,0 µΩm oder weniger mit einem Nenndurchmesser von mehr als 350 mm, die derzeit in die KN-Codes ex 3801 10 00 und ex 3801 90 00 (TARIC-Codes 3801 10 00 15 und 3801 90 00 80) eingereiht werden und ihren Ursprung in der Volksrepublik China haben, ausgeweitet, wobei die Einfuhren von künstlichem Grafit in Blöcken oder Zylindern mit einer Rohdichte von 1,5 g/cm³ oder mehr und einem elektrischen Widerstand von 7,0 µΩm oder weniger mit einem Nenndurchmesser von mehr als 350 mm, die derzeit in die KN-Codes ex 3801 10 00 und ex 3801 90 00 (TARIC-Codes 3801 10 00 15 und 3801 90 00 80) eingereiht werden und von dem nachstehend aufgeführten Unternehmen eingeführt werden, ausgenommen sind:

Unternehmen	TARIC-Zusatzcode
JAP INDUSTRIES s.r.o.	89MJ

(2) Bei dem ausgeweiteten Zoll handelt es sich um den Antidumpingzoll von 74,9 %, der für „alle übrigen Unternehmen“ in der Volksrepublik China (TARIC-Zusatzcode C999) gilt.

(3) Der mit den Absätzen 1 und 2 dieses Artikels ausgeweitete Zoll wird auf Einfuhren mit Ursprung in der Volksrepublik China erhoben, die nach Artikel 2 der Durchführungsverordnung (EU) 2024/2686 zollamtlich erfasst werden, wobei die Einfuhren von künstlichem Grafit in Blöcken oder Zylindern mit einer Rohdichte von 1,5 g/cm³ oder mehr und einem elektrischen Widerstand von 7,0 µΩm oder weniger mit einem Nenndurchmesser von mehr als 350 mm, die derzeit in die KN-Codes ex 3801 10 00 und ex 3801 90 00 (TARIC-Codes 3801 10 00 15 und 3801 90 00 80) eingereiht werden und von dem in Absatz 1 aufgeführten Unternehmen eingeführt werden, ausgenommen sind.

(4) Sofern nichts anderes bestimmt ist, finden die geltenden Zollvorschriften Anwendung.

Artikel 2

Die Zollbehörden werden angewiesen, die zollamtliche Erfassung der Einfuhren nach Artikel 2 der Durchführungsverordnung (EU) 2024/2686, die hiermit aufgehoben wird, einzustellen.

Artikel 3

Die Einfuhren von Teilen, die nach Artikel 1 von dem ausgeweiteten Zoll ausgenommen wurden, werden entweder für Montagevorgänge der befreiten Partei verwendet, vernichtet oder wieder ausgeführt. Im Falle eines Verstoßes gegen diese Bestimmung wird die Befreiung nach dem in Artikel 13 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2016/1036 genannten Verfahren widerrufen.

Artikel 4

(1) Anträge auf Befreiung von dem mit Artikel 1 ausgeweiteten Zoll sind schriftlich in einer Amtssprache der Europäischen Union zu stellen und von einer bevollmächtigten Person des antragstellenden Unternehmens zu unterzeichnen. Der Antrag ist an folgende Adresse zu senden:

Europäische Kommission
Generaldirektion Handel
Direktion G Büro:
CHAR 04/39
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

(2) Nach Artikel 13 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2016/1036 kann die Kommission beschließen, die Einfuhren von Unternehmen, die die mit der Durchführungsverordnung (EU) 2022/558 eingeführten Antidumpingmaßnahmen nicht umgehen, von dem mit Artikel 1 ausgeweiteten Zoll zu befreien.

Artikel 5

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 19. Juni 2025

Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN



2025/1203

20.6.2025

DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2025/1203 DER KOMMISSION

vom 19. Juni 2025

zur Erteilung einer Unionszulassung für die Biozidproduktfamilie „REPELLENT AGAINST FLEAS, TICKS, AND MOSQUITOES“ gemäß der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2012 über die Bereitstellung auf dem Markt und die Verwendung von Biozidprodukten ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 44 Absatz 5 Unterabsatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Am 27. März 2019 reichte Agrobiothers Laboratoire bei der Europäischen Chemikalienagentur (im Folgenden „Agentur“) einen Antrag gemäß Artikel 43 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 auf Unionszulassung einer Biozidproduktfamilie mit der Bezeichnung „REPELLENT AGAINST FLEAS, TICKS, AND MOSQUITOES“ (Abwehrmittel gegen Flöhe, Zecken und Mücken) der Produktart 19 gemäß der Beschreibung in Anhang V der genannten Verordnung ein und legte eine schriftliche Bestätigung dafür vor, dass sich die zuständige Behörde Frankreichs bereit erklärt hatte, den Antrag zu bewerten. Der Antrag wurde mit der Nummer BC-TV050221-21 in das Register für Biozidprodukte eingetragen.
- (2) „REPELLENT AGAINST FLEAS, TICKS, AND MOSQUITOES“ enthält als Wirkstoff Margosa-Extrakt aus kaltgepresstem Öl aus den Kernen von *Azadirachta indica*, extrahiert mit überkritischem Kohlendioxid, der in der Unionsliste genehmigter Wirkstoffe gemäß Artikel 9 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 für die Produktart 19 aufgeführt ist.
- (3) Am 1. Dezember 2023 übermittelte die bewertende zuständige Behörde gemäß Artikel 44 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 der Agentur einen Bewertungsbericht und die Schlussfolgerungen zu ihrer Bewertung.
- (4) Am 25. Juni 2024 übermittelte die Agentur der Kommission gemäß Artikel 44 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 ihre Stellungnahme ⁽²⁾ mit dem Entwurf der Zusammenfassung der Biozidprodukteigenschaften von „REPELLENT AGAINST FLEAS, TICKS, AND MOSQUITOES“ und dem endgültigen Bewertungsbericht für die Biozidproduktfamilie.
- (5) In der Stellungnahme wird der Schluss gezogen, dass „REPELLENT AGAINST FLEAS, TICKS, AND MOSQUITOES“ als Biozidproduktfamilie im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe s der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 gelten kann, dass eine Unionszulassung gemäß Artikel 42 Absatz 1 der genannten Verordnung erteilt werden kann und dass die Biozidproduktfamilie bei Übereinstimmung mit dem Entwurf der Zusammenfassung der Biozidprodukteigenschaften die Bedingungen gemäß Artikel 19 Absatz 6 der genannten Verordnung erfüllt.
- (6) Am 10. Juli 2024 übermittelte die Agentur der Kommission gemäß Artikel 44 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 den Entwurf der Zusammenfassung der Biozidprodukteigenschaften in allen Amtssprachen der Union.
- (7) Die Kommission schließt sich der Stellungnahme der Agentur an und ist daher der Auffassung, dass eine Unionszulassung für die Biozidproduktfamilie „REPELLENT AGAINST FLEAS, TICKS, AND MOSQUITOES“ erteilt werden sollte.
- (8) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Biozidprodukte —

⁽¹⁾ ABl. L 167 vom 27.6.2012, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2012/528/oj>.

⁽²⁾ Stellungnahme der ECHA vom 30. Mai 2024 zur Unionszulassung für „ANTIPARASITE FOR PETS USE“ (ECHA/BPC/434/2024) (<https://echa.europa.eu/opinions-on-union-authorisation>).

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Agrobiothers Laboratoire erhält eine Unionszulassung mit der Zulassungsnummer EU-0032868-0000 für die Bereitstellung der Biozidproduktfamilie „REPELLENT AGAINST FLEAS, TICKS, AND MOSQUITOES“ auf dem Markt und für deren Verwendung gemäß der Zusammenfassung der Biozidprodukteigenschaften im Anhang.

Die Unionszulassung gilt vom 10. Juli 2025 bis zum 30. Juni 2035.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 19. Juni 2025

Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN

ANHANG
ZUSAMMENFASSUNG DER EIGENSCHAFTEN EINER BIOZIDPRODUKTFAMILIE

REPELLENT AGAINST FLEAS, TICKS, AND MOSQUITOES

Produktart(en)

PT19: Repellenzien und Lockmittel

Zulassungsnummer: EU-0032868-0000

R4BP-Assetnummer: EU-0032868-0000

TEIL I

ERSTE INFORMATIONSEBENE

Kapitel 1. ADMINISTRATIVE INFORMATIONEN

1.1. Familienname

Name	REPELLENT AGAINST FLEAS, TICKS, AND MOSQUITOES
------	--

1.2. Produktart(en)

Produktart(en)	PT19: Repellenzien und Lockmittel
----------------	-----------------------------------

1.3. Zulassungsinhaber

Name und Anschrift des Zulassungsinhabers	Name	Agrobiothers Laboratoire
	Anschrift	ZI route des Platières, 71290 Cuisery, Frankreich
Zulassungsnummer	EU-0032868-0000	
R4BP-Assetnummer	EU-0032868-0000	
Datum der Zulassung	10. Juli 2025	
Ablauf der Zulassung	30. Juni 2035	

1.4. Hersteller des Produkts

Name des Herstellers	AGROBIOTHERS LABORATOIRE
Anschrift des Herstellers	ZI Les Platières, 71290 Cuisery, Frankreich
Standort der Produktionsstätten	AF3, 16 rue de l'Oberwald, 68360 Soultz, Frankreich

1.5. Hersteller des Wirkstoffs/der Wirkstoffe

Wirkstoff	Margosa-Extrakt aus kaltgepresstem Öl aus den geschälten Kernen von Azadirachta indica, extrahiert mit überkritischem Kohlendioxid
Name des Herstellers	Flavex Naturextrakte GmbH
Anschrift des Herstellers	Nordstraße 7, 66780 Rehlingen, Deutschland
Standort der Produktionsstätten	Flavex Naturextrakte GmbH, Nordstraße 7, 66780 Rehlingen, Deutschland

Kapitel 2. ZUSAMMENSETZUNG UND FORMULIERUNG DER PRODUKTFAMILIE**2.1. Informationen zur qualitativen und quantitativen Zusammensetzung der Produktfamilie**

Trivialname	IUPAC-Name	Funktion	CAS-Nummer	EG-Nummer	Gehalt (%)
Margosa-Extrakt aus kaltgepresstem Öl aus den geschälten Kernen von Azadirachta indica, extrahiert mit überkritischem Kohlendioxid	Entfällt	Wirkstoff	84696-25-3	283-644-7	0,4- 20 % (w/w)
2-fenoksietanols	—	Non-nicht wirksamer Stoff	122-99-6	204-589-7	0-0,42 % (w/w)

2.2. Art(en) der Formulierung

Formulierungsart(en)	AE Aerosolpackung AL Alle anderen Flüssigkeiten SA Lösung zum Auftropfen
----------------------	--

TEIL II**ZWEITE INFORMATIONSEBENE META-SPC(S)****Kapitel 1. META-SPC 1 ADMINISTRATIVE INFORMATIONEN****1.1. META-SPC 1 Identifikator**

Identifikator	Abwehrspray
---------------	-------------

1.2. Kürzel zur Zulassungsnummer

Nummer	1-1
--------	-----

1.3. **Produktart(en)**

Produktart(en)	PT19: Repellenzien und Lockmittel
----------------	-----------------------------------

Kapitel 2. **META-SPC-ZUSAMMENSETZUNG 1**2.1. **Qualitative und quantitative Informationen zur Zusammensetzung der Meta-SPC 1**

Trivialname	IUPAC-Name	Funktion	CAS-Nummer	EG-Nummer	Gehalt (%)
Margosa-Extrakt aus kaltgepresstem Öl aus den geschälten Kernen von <i>Azadirachta indica</i> , extrahiert mit überkritischem Kohlendioxid	Entfällt	Wirkstoff	84696-25-3	283-644-7	0,5-0,5 % (w/w)
2-fenoksietanols	—	Non-nicht wirksamer Stoff	122-99-6	204-589-7	0,4-0,4 % (w/w)

2.2. **Art(en) der Formulierung der Meta-SPC 1**

Formulierungsart(en)	AL Alle anderen Flüssigkeiten
----------------------	-------------------------------

Kapitel 3. **GEFAHREN- UND SICHERHEITSHINWEISE DER META-SPC 1**

Gefahrenhinweise	
Sicherheitshinweise	

Kapitel 4. **ZUGELASSENE VERWENDUNG(EN) DER META-SPC**4.1. **Verwendungsbeschreibung**

Tabelle 1

Abwehr lotion für Katzen und Hunde

Produktart	PT19: Repellenzien und Lockmittel
Gegebenenfalls eine genaue Beschreibung der zugelassenen Verwendung	ABWEHRMITTEL GEGEN FLÖHE, ZECKEN UND STECHMÜCKEN
Zielorganismus/Zielorganismen (einschließlich Entwicklungsphase)	Wissenschaftlicher Name: <i>Ctenocephalides</i> sp. Trivialname: - Flöhe Entwicklungsstadium: Erwachsene Wissenschaftlicher Name: <i>Rhipicephalus sanguineus</i>, <i>Ixodes ricinus</i> Trivialname: - Zecken Entwicklungsstadium: Erwachsene Wissenschaftlicher Name: <i>Aedes</i> sp., <i>Culex</i> sp Trivialname: - Stechmücken Entwicklungsstadium: Erwachsene

Anwendungsbereich(e)	Abwehr lotion für Katzen und Hunde
Anwendungsmethode(n)	Methode: Sprühen Detaillierte Beschreibung: —
Anwendungsrate(n) und Häufigkeit	Aufwandmenge: 1,6 g/kg Körpergewicht pro Anwendung Anzahl und Zeitpunkt der Anwendung: 6 Sprühstöße (250 ml) für eine Katze mit 3 kg und 10 Sprühstöße (500 ml) für einen Hund mit 10 kg Schutzdauer bis zu 12 Tage Höchstens 30 Anwendungen im Jahr
Anwenderkategorie(n)	Breite Öffentlichkeit (nicht-berufsmäßige Verwender)
Verpackungsgrößen und Verpackungsmaterial	— 250 ml, PET-Flasche (Polyethylenterephthalat) — 500 ml, HDPE-Flasche (Polyethylen hoher Dichte)

4.1.1. Anwendungsspezifische Anweisungen für die Verwendung

—

4.1.2. Anwendungsspezifische Risikominderungsmaßnahmen

—

4.1.3. Anwendungsspezifische Besonderheiten möglicher unerwünschter unmittelbarer oder mittelbarer Nebenwirkungen, Anweisungen für Erste Hilfe sowie Notfallmaßnahmen zum Schutz der Umwelt

—

4.1.4. Anwendungsspezifische Hinweise für die sichere Beseitigung des Produkts und seiner Verpackung

—

4.1.5. Anwendungsspezifische Lagerbedingungen und Haltbarkeit des Produkts unter normalen Lagerungsbedingungen

—

Kapitel 5. ALLGEMEINE ANWEISUNGEN FÜR DIE VERWENDUNG DER META-SPC 1

5.1. Gebrauchsanweisung

- Gebrauchsanweisungen beachten.
- Die Dosierung des Produkts beträgt 1,6 g/kg Körpergewicht pro Anwendung, also 6 Sprühstöße (250 ml) für eine Katze mit 3 kg und 10 Sprühstöße (500 ml) für einen Hund mit 10 kg.
- Bis zu 12 Tage lang besteht eine 90-prozentige Abwehrwirkung gegen Flöhe, Zecken und Stechmücken – in Gebieten mit geringem Parasitendruck (städtische oder teils städtische Gebiete mit geringer Exposition gegenüber Zielorganismen, Tiere leben im Innenraum).
- Das Produkt darf nicht an nassen Tieren angewendet werden.
- Anwendung nur durch Erwachsene.
- Nach der Anwendung und während der gesamten Schutzdauer das Tier nicht waschen oder baden. Wenden Sie das Produkt erneut an, wenn das Tier nach der Anwendung unbeabsichtigt nass geworden ist (zum Beispiel durch Regen), ohne dabei die Höchstzahl der Anwendungen pro Jahr zu überschreiten.
- Die Schutzdauer ist ein unverbindlicher Hinweis. Umweltfaktoren (zum Beispiel hohe Temperaturen, Windgeschwindigkeit) oder das Scheren des Fells können sie beeinflussen.

- Dieses Produkt ist nicht für die Anwendung bei bereits befallenen Tieren gedacht.
- Nicht auf verletzte Haut aufbringen.
- Nicht bei kranken beziehungsweise genesenden Tieren oder bei Tieren unter 3 Monaten anwenden.
- Die Anwendung des Produkts zusammen mit anderen Abwehrprodukten ist nicht zu empfehlen.
- Die Wirksamkeit unter tropischen Bedingungen wurde nicht überprüft.
- Sprühen Sie das Produkt aus circa 10 bis 20 cm Abstand auf den gesamten Körper Ihres Tieres auf, während Sie das Fell gegen den Strich bürsten, und vermeiden Sie dabei Augen und Schleimhäute. Verteilen Sie die Lotion so lange durch Bürsten, bis das Fell vollkommen trocken ist.
- Ein Schutz gegen Stiche wurde nicht nachgewiesen.

5.2. **Risikominderungsmaßnahmen**

—

5.3. **Besonderheiten möglicher unerwünschter unmittelbarer oder mittelbarer Nebenwirkungen, Anweisungen für Erste Hilfe sowie Notfallmaßnahmen zum Schutz der Umwelt**

- Ist ärztlicher Rat erforderlich, Verpackung oder Kennzeichnungsetikett bereithalten.
- NACH HAUTKONTAKT: Haut mit Wasser spülen. Bei Symptomen: GIFTINFORMATIONSZENTRUM oder Arzt anrufen.
- NACH AUGENKONTAKT: Mit Wasser spülen, ggf. Kontaktlinsen entfernen. GIFTINFORMATIONSZENTRUM oder Arzt anrufen.
- NACH VERSCHLUCKEN: Bei Symptomen: GIFTINFORMATIONSZENTRUM oder Arzt anrufen.
- NACH EINATMEN: Bei Symptomen: GIFTINFORMATIONSZENTRUM oder Arzt anrufen.

5.4. **Hinweise für die sichere Beseitigung des Produkts und seiner Verpackung**

- Entsorgen Sie nicht verwendete Reste des Produkts nicht in der Erde, in Wasserläufen, Wasserleitungen (Ausschuss, Toilette etc.) oder der Kanalisation.
- Entsorgen Sie nicht verwendete Reste des Produkts, die Verpackung und jegliche anderen Abfälle in Übereinstimmung mit den lokalen Vorschriften.

5.5. **Lagerbedingungen und Haltbarkeit des Produkts unter normalen Lagerungsbedingungen**

- Außerhalb der Reichweite von Kindern und Haustieren/Nichtzieltieren aufbewahren.
- Vor Frost schützen.
- Bei Temperaturen unter 40 °C aufbewahren.
- Haltbarkeitsdauer: 2 Jahre.

Kapitel 6. **SONSTIGE ANGABEN**

—

Kapitel 7. DRITTE INFORMATIONSEBENE: EINZELNE PRODUKTE IN DER META-SPC 1

7.1. Handelsname(n), Zulassungsnummer und spezifische Zusammensetzung jedes einzelnen Produkts

Handelsname(n)	PREVENTIS 0,5 %M ABWEHR- SPRAY FÜR HUNDE	Absatzmarkt: EU			
	PROTECA- NIS 0,5 %M ABWEHR- SPRAY FÜR HUNDE	Absatzmarkt: EU			
	REPULSIS 0,5 %M ABWEHR- SPRAY FÜR HUNDE	Absatzmarkt: EU			
	EFFECTIS 0,5 %M ABWEHR- SPRAY FÜR HUNDE	Absatzmarkt: EU			
	PREVEN- CID 0,5 %M ABWEHR- SPRAY FÜR HUNDE	Absatzmarkt: EU			
Zulassungsnummer		EU-0032868-0001 1-1			
Trivialname	IUPAC-Name	Funktion	CAS-Nummer	EG-Nummer	Gehalt (%)
Margosa-Extrakt aus kaltgepresstem Öl aus den geschälten Kernen von Azadirachta indica, extrahiert mit überkritischem Kohlendioxid	Entfällt	Wirkstoff	84696-25-3	283-644-7	0,5 % (w/w)
2-fenoksietanols	—	Non-nicht wirksamer Stoff	122-99-6	204-589-7	0,4 % (w/w)

7.2. Handelsname(n), Zulassungsnummer und spezifische Zusammensetzung jedes einzelnen Produkts

Handelsname(n)			PREVENTIS 0,5 %M ABWEHR- SPRAY FÜR KATZEN	Absatzmarkt: EU	
			PROTECA- NIS 0,5 %M ABWEHR- SPRAY FÜR KATZEN	Absatzmarkt: EU	
			REPULSIS 0,5 %M ABWEHR- SPRAY FÜR KATZEN	Absatzmarkt: EU	
			EFFECTIS 0,5 %M ABWEHR- SPRAY FÜR KATZEN	Absatzmarkt: EU	
			PREVENCID 0,5 %M ABWEHR- SPRAY FÜR KATZEN	Absatzmarkt: EU	
Zulassungsnummer			EU-0032868-0002 1-1		
Trivialname	IUPAC-Name	Funktion	CAS-Nummer	EG-Nummer	Gehalt (%)
Margosa-Extrakt aus kaltgepresstem Öl aus den geschälten Kernen von Azadirachta indica, extrahiert mit überkritischem Kohlendioxid	Entfällt	Wirkstoff	84696-25-3	283-644-7	0,5 % (w/w)
2-fenoksietanols	—	Non-nicht wirksamer Stoff	122-99-6	204-589-7	0,4 % (w/w)

Kapitel 1. META-SPC 2 ADMINISTRATIVE INFORMATIONEN

1.1. META-SPC 2 Identifikator

Identifikator	Abwehrschaum
---------------	--------------

1.2. Kürzel zur Zulassungsnummer

Nummer	1-2
--------	-----

1.3. Produktart(en)

Produktart(en)	PT19: Repellenzien und Lockmittel
----------------	-----------------------------------

Kapitel 2. META-SPC-ZUSAMMENSETZUNG 2

2.1. Qualitative und quantitative Informationen zur Zusammensetzung der Meta-SPC 2

Trivialname	IUPAC-Name	Funktion	CAS-Nummer	EG-Nummer	Gehalt (%)
Margosa-Extrakt aus kaltgepresstem Öl aus den geschälten Kernen von Azadirachta indica, extrahiert mit überkritischem Kohlendioxid	Entfällt	Wirkstoff	84696-25-3	283-644-7	0,4-0,4 % (w/w)
2-fenoksietanols	—	Non-nicht wirksamer Stoff	122-99-6	204-589-7	0,42-0,42 % (w/w)

2.2. Art(en) der Formulierung der Meta-SPC 2

Formulierungsart(en)	AE Aerosolpackung
----------------------	-------------------

Kapitel 3. GEFAHREN- UND SICHERHEITSHINWEISE DER META-SPC 2

Gefahrenhinweise	H222: Extrem entzündbares Aerosol. H229: Behälter steht unter Druck: Kann bei Erwärmung bersten. EUH208: Enthält benzyl alcohol. Kann allergische Reaktionen hervorrufen.
Sicherheitshinweise	P101: Ist ärztlicher Rat erforderlich, Verpackung oder Kennzeichnungsetikett bereithalten. P102: Darf nicht in die Hände von Kindern gelangen. P210: Von Hitze/Funken/offener Flamme/heißen Oberflächen fernhalten. Nicht rauchen. P211: Nicht gegen offene Flamme oder andere Zündquelle sprühen. P251: Nicht durchstechen oder verbrennen, auch nicht nach der Verwendung. P410 + P412: Vor Sonnenbestrahlung schützen. Vor Temperaturen über 50 °C/122 °F schützen.

Kapitel 4. ZUGELASSENE VERWENDUNG(EN) DER META-SPC

4.1. Verwendungsbeschreibung

Tabelle 1

Abwehrschaum für Katzen

Produktart	PT19: Repellenzien und Lockmittel
Gegebenenfalls eine genaue Beschreibung der zugelassenen Verwendung	ABWEHRMITTEL GEGEN FLÖHE, ZECKEN UND STECHMÜCKEN
Zielorganismus/Zielorganismen (einschließlich Entwicklungsphase)	Wissenschaftlicher Name: Ctenocephalides sp. Trivialname: - Flöhe Entwicklungsstadium: Erwachsene Wissenschaftlicher Name: Rhipicephalus sanguineus Trivialname: - Zecken Entwicklungsstadium: Erwachsene Wissenschaftlicher Name: Ixodes ricinus Trivialname: - Zecken Entwicklungsstadium: Erwachsene Wissenschaftlicher Name: Aedes sp. Trivialname: - Stechmücken Entwicklungsstadium: Erwachsene Wissenschaftlicher Name: Culex sp. Trivialname: - Stechmücken Entwicklungsstadium: Erwachsene
Anwendungsbereich(e)	Abwehrschaum für Katzen
Anwendungsmethode(n)	Methode: Schäumen Detaillierte Beschreibung: —
Anwendungsrate(n) und Häufigkeit	Aufwandmenge: 4 g/kg Körpergewicht Anzahl und Zeitpunkt der Anwendung: Schutzdauer bis zu 4 Tage (Zecken) und bis zu 7 Tage (Flöhe und Stechmücken) Höchstens 91 Anwendungen im Jahr
Anwenderkategorie(n)	Breite Öffentlichkeit (nicht-berufsmäßige Verwender)
Verpackungsgrößen und Verpackungsmaterial	150 ml Aerosol, lackierte Aluminiumdose

4.1.1. Anwendungsspezifische Anweisungen für die Verwendung

—

4.1.2. Anwendungsspezifische Risikominderungsmaßnahmen

—

4.1.3. Anwendungsspezifische Besonderheiten möglicher unerwünschter unmittelbarer oder mittelbarer Nebenwirkungen, Anweisungen für Erste Hilfe sowie Notfallmaßnahmen zum Schutz der Umwelt

—

4.1.4. Anwendungsspezifische Hinweise für die sichere Beseitigung des Produkts und seiner Verpackung

—

4.1.5. Anwendungsspezifische Lagerbedingungen und Haltbarkeit des Produkts unter normalen Lagerungsbedingungen

—

Kapitel 5. ALLGEMEINE ANWEISUNGEN FÜR DIE VERWENDUNG DER META-SPC 2

5.1. **Gebrauchsanweisung**

- Gebrauchsanweisungen beachten.
- Bis zu 4 Tage lang besteht eine 90-prozentige Abwehrwirkung gegen Zecken und bis zu 7 Tage gegen Flöhe und Stechmücken – in Gebieten mit geringem Parasitendruck (städtische oder teils städtische Gebiete mit geringer Exposition gegenüber Zielorganismen, Tiere leben im Innenraum).
- Das Produkt darf nicht an nassen Tieren angewendet werden.
- Anwendung nur durch Erwachsene.
- Nach der Anwendung und während der gesamten Schutzdauer das Tier nicht waschen oder baden.
- Wenden Sie das Produkt erneut an, wenn das Tier nach der Anwendung unbeabsichtigt nass geworden ist (zum Beispiel durch Regen), ohne dabei die Höchstzahl der Anwendungen pro Jahr zu überschreiten.
- Die Schutzdauer ist ein unverbindlicher Hinweis. Umweltfaktoren (zum Beispiel hohe Temperaturen, Windgeschwindigkeit) oder das Scheren des Fells können sie beeinflussen.
- Dieses Produkt ist nicht für die Anwendung bei bereits befallenen Tieren gedacht.
- Nicht auf verletzte Haut aufbringen.
- Nicht bei kranken beziehungsweise genesenden Tieren oder bei Tieren unter 3 Monaten anwenden.
- Die Anwendung des Produkts zusammen mit anderen Abwehrprodukten ist nicht zu empfehlen.
- Die Wirksamkeit unter tropischen Bedingungen wurde nicht überprüft.
- Vor Gebrauch schütteln. Sprühen Sie eine Menge von der Größe einer Zitrone auf Ihre Handfläche. Bei einer 3 kg schweren Katze entspricht dies einem dreisekündigen Sprühstoß. Bringen Sie den Schaum auf den gesamten Körper des Tieres auf (wobei Sie Augen und Schleimhäute vermeiden) und massieren Sie ihn ein, bis das Fell vollkommen trocken ist.
- Ein Schutz gegen Stiche wurde nicht nachgewiesen.

5.2. **Risikominderungsmaßnahmen**

—

5.3. **Besonderheiten möglicher unerwünschter unmittelbarer oder mittelbarer Nebenwirkungen, Anweisungen für Erste Hilfe sowie Notfallmaßnahmen zum Schutz der Umwelt**

- Ist ärztlicher Rat erforderlich, Verpackung oder Kennzeichnungsetikett bereithalten.
- NACH HAUTKONTAKT: Haut mit Wasser spülen. Bei Symptomen: GIFTINFORMATIONSZENTRUM oder Arzt anrufen.
- NACH AUGENKONTAKT: Mit Wasser spülen, ggf. Kontaktlinsen entfernen. GIFTINFORMATIONSZENTRUM oder Arzt anrufen.
- NACH VERSCHLUCKEN: Bei Symptomen: GIFTINFORMATIONSZENTRUM oder Arzt anrufen.
- NACH EINATMEN: Bei Symptomen: GIFTINFORMATIONSZENTRUM oder Arzt anrufen.

5.4. **Hinweise für die sichere Beseitigung des Produkts und seiner Verpackung**

- Entsorgen Sie nicht verwendete Reste des Produkts nicht in der Erde, in Wasserläufen, Wasserleitungen (Ausguss, Toilette etc.) oder der Kanalisation.
- Entsorgen Sie nicht verwendete Reste des Produkts, die Verpackung und jegliche anderen Abfälle in Übereinstimmung mit lokalen Vorschriften.

5.5. **Lagerbedingungen und Haltbarkeit des Produkts unter normalen Lagerungsbedingungen**

- Außerhalb der Reichweite von Kindern und Haustieren/Nichtzieltieren aufbewahren.
- Vor Frost schützen.
- Bei Temperaturen unter 40 °C aufbewahren.
- Haltbarkeitsdauer: 8 Wochen.

Kapitel 6. **SONSTIGE ANGABEN**

—

Kapitel 7. **DRITTE INFORMATIONSEBENE: EINZELNE PRODUKTE IN DER META-SPC 2**

7.1. **Handelsname(n), Zulassungsnummer und spezifische Zusammensetzung jedes einzelnen Produkts**

Handelsname(n)	PREVENTIS 0,4 %M ABWEHR- SCHAUM FÜR KATZEN	Absatzmarkt: EU
	PROTECA- NIS 0,4 %M ABWEHR- SCHAUM FÜR KATZEN	Absatzmarkt: EU
	REPULSIS 0,4 %M ABWEHR- SCHAUM FÜR KATZEN	Absatzmarkt: EU
	EFFECTIS 0,4 %M ABWEHR- SCHAUM FÜR KATZEN	Absatzmarkt: EU
	PREVENCID 0,4 %M ABWEHR- SCHAUM FÜR KATZEN	Absatzmarkt: EU
Zulassungsnummer	EU-0032868-0003 1-2	

Trivialname	IUPAC-Name	Funktion	CAS-Nummer	EG-Nummer	Gehalt (%)
Margosa-Extrakt aus kaltgepresstem Öl aus den geschälten Kernen von Azadirachta indica, extrahiert mit überkritischem Kohlendioxid	Entfällt	Wirkstoff	84696-25-3	283-644-7	0,4 % (w/w)
2-fenoksietanols	—	Non-nicht wirksamer Stoff	122-99-6	204-589-7	0,42 % (w/w)

Kapitel 1. META-SPC 3 ADMINISTRATIVE INFORMATIONEN

1.1. META-SPC 3 Identifikator

Identifikator	Abwehrmittel als Lösung zum Auftropfen
---------------	--

1.2. Kürzel zur Zulassungsnummer

Nummer	1-3
--------	-----

1.3. Produktart(en)

Produktart(en)	PT19: Repellenzien und Lockmittel
----------------	-----------------------------------

Kapitel 2. META-SPC-ZUSAMMENSETZUNG 3

2.1. Qualitative und quantitative Informationen zur Zusammensetzung der Meta-SPC 3

Trivialname	IUPAC-Name	Funktion	CAS-Nummer	EG-Nummer	Gehalt (%)
Margosa-Extrakt aus kaltgepresstem Öl aus den geschälten Kernen von Azadirachta indica, extrahiert mit überkritischem Kohlendioxid	Entfällt	Wirkstoff	84696-25-3	283-644-7	10-20 % (w/w)

2.2. Art(en) der Formulierung der Meta-SPC 3

Formulierungsart(en)	SA Lösung zum Auftropfen
----------------------	--------------------------

Kapitel 3. GEFAHREN- UND SICHERHEITSHINWEISE DER META-SPC 3

Gefahrenhinweise	
Sicherheitshinweise	

Kapitel 4. ZUGELASSENE VERWENDUNG(EN) DER META-SPC

4.1. Verwendungsbeschreibung

Tabelle 1

Abwehrmittel für Katzen und Hunde als Lösung zum Auftropfen

Produktart	PT19: Repellenzien und Lockmittel
Gegebenenfalls eine genaue Beschreibung der zugelassenen Verwendung	ABWEHRMITTEL GEGEN FLÖHE, ZECKEN UND STECHMÜCKEN
Zielorganismus/Zielorganismen (einschließlich Entwicklungsphase)	Wissenschaftlicher Name: Aedes sp. Trivialname: - Stechmücken Entwicklungsstadium: Erwachsene Wissenschaftlicher Name: Culex sp. Trivialname: - Stechmücken Entwicklungsstadium: Erwachsene Wissenschaftlicher Name: Ctenocephalides sp. Trivialname: - Flöhe Entwicklungsstadium: Erwachsene Wissenschaftlicher Name: Rhipicephalus sanguineus Trivialname: - Zecken Entwicklungsstadium: Erwachsene Wissenschaftlicher Name: Ixodes ricinus Trivialname: - Zecken Entwicklungsstadium: Erwachsene
Anwendungsbereich(e)	Abwehrmittel für Katzen und Hunde als Lösung zum Auftropfen
Anwendungsmethode(n)	Methode: Lösung zum Auftropfen Detaillierte Beschreibung: —
Anwendungsrate(n) und Häufigkeit	Aufwandmenge: 0,368 g/kg Körpergewicht (10 % Margosa) 0,184 g/kg Körpergewicht (20 % Margosa) Anzahl und Zeitpunkt der Anwendung: 0,368 g/kg Körpergewicht (10 % Margosa), also 0,6 ml für Katzen bis 1,5 kg Körpergewicht und 1,2 ml für Katzen bis 3 kg Körpergewicht. 0,184 g/kg Körpergewicht (20 % Margosa), also circa 2 ml für Hunde bis 10 kg Körpergewicht und 3 ml für Hunde bis 15 kg Körpergewicht. Schutzdauer bis zu 30 Tage. Höchstens 4 Anwendungen im Jahr.
Anwenderkategorie(n)	Breite Öffentlichkeit (nicht-berufsmäßige Verwender)
Verpackungsgrößen und Verpackungsmaterial	LDPE-/HDPE-Röhrchen 3 ml (je nach Haustierkategorie mit 0,6 ml bis 3 ml gefüllt)

4.1.1. Anwendungsspezifische Anweisungen für die Verwendung

—

4.1.2. Anwendungsspezifische Risikominderungsmaßnahmen

—

4.1.3. *Anwendungsspezifische Besonderheiten möglicher unerwünschter unmittelbarer oder mittelbarer Nebenwirkungen, Anweisungen für Erste Hilfe sowie Notfallmaßnahmen zum Schutz der Umwelt*

—

4.1.4. *Anwendungsspezifische Hinweise für die sichere Beseitigung des Produkts und seiner Verpackung*

—

4.1.5. *Anwendungsspezifische Lagerbedingungen und Haltbarkeit des Produkts unter normalen Lagerungsbedingungen*

—

Kapitel 5. **ALLGEMEINE ANWEISUNGEN FÜR DIE VERWENDUNG DER META-SPC 3**

5.1. **Gebrauchsanweisung**

- Gebrauchsanweisungen beachten.
- Dosierung des Produkts:
 - 0,368 g/kg Körpergewicht (10 % Margosa), also 0,6 ml für Katzen bis 1,5 kg Körpergewicht und 1,2 ml für Katzen bis 3 kg Körpergewicht.
 - 0,184 g/kg Körpergewicht (20 % Margosa), also circa 2 ml für Hunde bis 10 kg Körpergewicht und 3 ml für Hunde bis 15 kg Körpergewicht.
- 90 % Abwehrwirkung bis zu 30 Tage lang gegen Flöhe, Zecken und Stechmücken in Gebieten mit geringem Parasitendruck (also städtische oder semiurbane Gebiete mit geringer Exposition gegenüber Zielorganismen, Tieren leben im Innenraum).
- Das Produkt darf nicht an nassen Tieren angewendet werden.
- Anwendung nur durch Erwachsene.
- Nach der Anwendung und während der gesamten Schutzdauer das Tier nicht waschen oder baden.
- Wenden Sie das Produkt erneut an, wenn das Tier nach der Anwendung unbeabsichtigt nass geworden ist (zum Beispiel durch Regen), ohne dabei die Höchstzahl der Anwendungen pro Jahr zu überschreiten.
- Die Schutzdauer ist ein unverbindlicher Hinweis. Umweltfaktoren (zum Beispiel hohe Temperaturen, Windgeschwindigkeit) können sie beeinflussen.
- Dieses Produkt ist nicht für die Anwendung bei bereits befallenen Tieren gedacht.
- Nicht auf verletzte Haut aufbringen.
- Nicht bei kranken oder genesenden Tieren anwenden.
- Die Anwendung des Produkts zusammen mit anderen Abwehrprodukten ist nicht zu empfehlen.
- Die Wirksamkeit unter tropischen Bedingungen wurde nicht überprüft.
- Haare am unteren Nacken so auseinanderziehen, dass die Haut sichtbar wird. Die Spitze der Pipette auf der Haut platzieren und sanft zusammendrücken, um sie zu leeren. Die Pipette nicht am Fellkleid ansetzen und die Haut nicht reiben.
- Ein Schutz gegen Stiche wurde nicht nachgewiesen.
- Die Häufigkeit der Verwendung des Produkts ist auf höchstens 4 Anwendungen im Jahr beschränkt.

5.2. **Risikominderungsmaßnahmen**

- Nicht bei Tieren unter 3 Monaten oder bei Hunden unter 2 kg anwenden.

5.3. **Besonderheiten möglicher unerwünschter unmittelbarer oder mittelbarer Nebenwirkungen, Anweisungen für Erste Hilfe sowie Notfallmaßnahmen zum Schutz der Umwelt**

- Ist ärztlicher Rat erforderlich, Verpackungen oder Kennzeichnungsetikett bereithalten.
- NACH HAUTKONTAKT: Haut mit Wasser spülen. Bei Symptomen: GIFTINFORMATIONSZENTRUM oder Arzt anrufen
- NACH AUGENKONTAKT: Mit Wasser spülen, ggf. Kontaktlinsen entfernen. GIFTINFORMATIONSZENTRUM oder Arzt anrufen.
- NACH VERSCHLUCKEN: Bei Symptomen: GIFTINFORMATIONSZENTRUM oder Arzt anrufen.
- NACH EINATMEN: Nicht anwendbar.

5.4. **Hinweise für die sichere Beseitigung des Produkts und seiner Verpackung**

- Entsorgen Sie nicht verwendete Reste des Produkts nicht in der Erde, in Wasserläufen, Wasserleitungen (Aussguss, Toilette etc.) oder der Kanalisation.
- Entsorgen Sie nicht verwendete Reste des Produkts, die Verpackung und jegliche anderen Abfälle in Übereinstimmung mit den lokalen Vorschriften.

5.5. **Lagerbedingungen und Haltbarkeit des Produkts unter normalen Lagerungsbedingungen**

- Außerhalb der Reichweite von Kindern und Haustieren/Nichtzieltieren aufbewahren.
- Vor Frost schützen.
- Bei Temperaturen unter 40 °C aufbewahren.
- Haltbarkeitsdauer: 1 Jahr.

Kapitel 6. **SONSTIGE ANGABEN**

—

Kapitel 7. **DRITTE INFORMATIONSEBENE: EINZELNE PRODUKTE IN DER META-SPC 3**

7.1. **Handelsname(n), Zulassungsnummer und spezifische Zusammensetzung jedes einzelnen Produkts**

Handelsname(n)	PREVENTIS 20 %M ABWEHR- PIPETTE FÜR KLEINE HUNDE	Absatzmarkt: EU
	PROTECA- NIS 20 %M ABWEHR- PIPETTE FÜR KLEINE HUNDE	Absatzmarkt: EU

			REPULSIS 20 %M ABWEHR- PIPETTE FÜR KLEINE HUNDE	Absatzmarkt: EU	
			EFFECTIS 20 %M ABWEHR- PIPETTE FÜR KLEINE HUNDE	Absatzmarkt: EU	
			PREVEN- CID 20 %M ABWEHR- PIPETTE FÜR KLEINE HUNDE	Absatzmarkt: EU	
Zulassungsnummer			EU-0032868-0004 1-3		
Trivialname	IUPAC-Name	Funktion	CAS-Nummer	EG-Nummer	Gehalt (%)
Margosa-Extrakt aus kaltgepresstem Öl aus den geschälten Kernen von Azadirachta indica, extrahiert mit überkritischem Kohlendioxid	Entfällt	Wirkstoff	84696-25-3	283-644-7	20 % (w/w)

7.2. Handelsname(n), Zulassungsnummer und spezifische Zusammensetzung jedes einzelnen Produkts

Handelsname(n)	PREVENTIS 20 %M ABWEHR- PIPETTE FÜR MITTEL- GROSSE HUNDE	Absatzmarkt: EU
----------------	---	-----------------

	PROTECA-NIS 20 %M ABWEHR-PIPETTE FÜR MITTEL-GROSSE HUNDE	Absatzmarkt: EU			
	REPULSIS 20 %M ABWEHR-PIPETTE FÜR MITTEL-GROSSE HUNDE	Absatzmarkt: EU			
	EFFECTIS 20 %M ABWEHR-PIPETTE FÜR MITTEL-GROSSE HUNDE	Absatzmarkt: EU			
	PREVEN-CID 20 %M ABWEHR-PIPETTE FÜR MITTEL-GROSSE HUNDE	Absatzmarkt: EU			
Zulassungsnummer		EU-0032868-0005 1-3			
Trivialname	IUPAC-Name	Funktion	CAS-Nummer	EG-Nummer	Gehalt (%)
Margosa-Extrakt aus kaltgepresstem Öl aus den geschälten Kernen von Azadirachta indica, extrahiert mit überkritischem Kohlendioxid	Entfällt	Wirkstoff	84696-25-3	283-644-7	20 % (w/w)

7.3. Handelsname(n), Zulassungsnummer und spezifische Zusammensetzung jedes einzelnen Produkts

Handelsname(n)	PREVENTIS 20 %M ABWEHR- PIPETTE FÜR GROSSE HUNDE	Absatzmarkt: EU			
	PROTECA- NIS 20 %M ABWEHR- PIPETTE FÜR GROSSE HUNDE	Absatzmarkt: EU			
	REPULSIS 20 %M ABWEHR- PIPETTE FÜR GROSSE HUNDE	Absatzmarkt: EU			
	EFFECTIS 20 %M ABWEHR- PIPETTE FÜR GROSSE HUNDE	Absatzmarkt: EU			
	PREVEN- CID 20 %M ABWEHR- PIPETTE FÜR GROSSE HUNDE	Absatzmarkt: EU			
Zulassungsnummer		EU-0032868-0006 1-3			
Trivialname	IUPAC-Name	Funktion	CAS-Nummer	EG-Nummer	Gehalt (%)
Margosa-Extrakt aus kaltgepresstem Öl aus den geschälten Kernen von Azadirachta indica, extrahiert mit überkritischem Kohlendioxid	Entfällt	Wirkstoff	84696-25-3	283-644-7	20 % (w/w)

7.4. Handelsname(n), Zulassungsnummer und spezifische Zusammensetzung jedes einzelnen Produkts

Handelsname(n)	PREVENTIS 10 %M ABWEHR- PIPETTE FÜR KATZEN	Absatzmarkt: EU			
	PROTECA- NIS 10 %M ABWEHR- PIPETTE FÜR KATZEN	Absatzmarkt: EU			
	REPULSIS 10 %M ABWEHR- PIPETTE FÜR KATZEN	Absatzmarkt: EU			
	EFFECTIS 10 %M ABWEHR- PIPETTE FÜR KATZEN	Absatzmarkt: EU			
	PREVEN- CID 10 %M ABWEHR- PIPETTE FÜR KATZEN	Absatzmarkt: EU			
Zulassungsnummer		EU-0032868-0007 1-3			
Trivialname	IUPAC-Name	Funktion	CAS-Nummer	EG-Nummer	Gehalt (%)
Margosa-Extrakt aus kaltgepresstem Öl aus den geschälten Kernen von Azadirachta indica, extrahiert mit überkritischem Kohlendioxid	Entfällt	Wirkstoff	84696-25-3	283-644-7	10 % (w/w)

7.5. Handelsname(n), Zulassungsnummer und spezifische Zusammensetzung jedes einzelnen Produkts

Handelsname(n)			PREVENTIS 10 %M ABWEHRPI- PETTE FÜR KÄTZCHEN	Absatzmarkt: EU					
			PROTECA- NIS 10 %M ABWEHRPI- PETTE FÜR KÄTZCHEN	Absatzmarkt: EU					
			REPULSIS 10 %M ABWEHRPI- PETTE FÜR KÄTZCHEN	Absatzmarkt: EU					
			EFFECTIS 10 %M ABWEHRPI- PETTE FÜR KÄTZCHEN	Absatzmarkt: EU					
			PREVENCID 10 %M ABWEHRPI- PETTE FÜR KÄTZCHEN	Absatzmarkt: EU					
Zulassungsnummer			EU-0032868-0008 1-3						
Trivialname	IUPAC-Name	Funktion		CAS-Nummer		EG-Nummer		Gehalt (%)	
Margosa-Extrakt aus kaltgepresstem Öl aus den geschälten Kernen von Azadirachta indica, extrahiert mit überkritischem Kohlendioxid	Entfällt	Wirkstoff		84696-25-3		283-644-7		10 % (w/w)	



2025/1205

20.6.2025

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS (EU) 2025/1205 DER KOMMISSION

vom 19. Juni 2025

zur Festlegung von Vorschriften für die Anwendung der Verordnung (EU) 2021/696 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf das Verfahren zur Einbeziehung weiterer Mitgliedstaaten in die Partnerschaft zur Beobachtung und Verfolgung von Objekten im Weltraum

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2021/696 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. April 2021 zur Einrichtung des Weltraumprogramms der Union und der Agentur der Europäischen Union für das Weltraumprogramm und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 912/2010, (EU) Nr. 1285/2013 und (EU) Nr. 377/2014 sowie des Beschlusses Nr. 541/2014/EU ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 58 Absatz 8,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Gemäß Artikel 57 der Verordnung (EU) 2021/696 kann jeder Mitgliedstaat an der Partnerschaft zur Beobachtung und Verfolgung von Objekten im Weltraum (SST) teilnehmen, sofern er die in jenem Artikel festgelegten Voraussetzungen erfüllt.
- (2) Die Regeln und Verfahren für die Beteiligung der Mitgliedstaaten an der SST-Unterkomponente, die Einrichtung der SST-Partnerschaft und die Erarbeitung erster wesentlicher Leistungsindikatoren sind im Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1245 der Kommission ⁽²⁾ festgelegt. Fünfzehn Mitgliedstaaten erfüllten die Teilnahmevoraussetzung gemäß der Verordnung (EU) 2021/696 sowie die individuellen und kollektiven Bedingungen gemäß Anhang I des Durchführungsbeschlusses (EU) 2022/1245. Diese Mitgliedstaaten haben Konstituierende Nationale Stellen benannt, die gemeinsam die SST-Partnerschaft bilden, und haben am 11. November 2022 die Partnerschaftsvereinbarung zur Beobachtung und Verfolgung von Objekten im Weltraum (im Folgenden „SST-Partnerschaftsvereinbarung“) unterzeichnet, in der die Regeln und Mechanismen für ihre Zusammenarbeit festgelegt sind. Ferner unterzeichneten sie am 11. Juli 2023 Durchführungsvereinbarungen mit der SST-Kontaktstelle in Bezug auf die Zusammenarbeit bei der Beobachtung und Verfolgung von Objekten im Weltraum (im Folgenden „Durchführungsvereinbarungen“) und am 13. Juli 2023 das Übereinkommen über die Rechte und Pflichten in Bezug auf die Rechte des geistigen Eigentums (im Folgenden „IPR-Übereinkommen“).
- (3) Andere Mitgliedstaaten haben Interesse an einer Beteiligung an der SST-Partnerschaft zum Ausdruck gebracht. Die Kommission ersuchte daher am 10. Oktober 2024 den Programmausschuss in der Zusammensetzung „Weltraumlageerfassung“ (Space Situational Awareness — SSA), dieses Interesse an einer Beteiligung an der SST-Partnerschaft bis zum 9. Dezember 2024 bekannt zu geben. Einige dieser Mitgliedstaaten haben Interesse an einer Beteiligung an der SST-Partnerschaft erklärt.
- (4) Damit sich andere Mitgliedstaaten an der SST-Partnerschaft beteiligen können, müssen weitere Regeln für die Einreichung ihrer Anträge und für die Überprüfung der Einhaltung der in der Verordnung (EU) 2021/696 festgelegten Voraussetzungen für die Beteiligung, wie sie in den individuellen Bedingungen gemäß dem Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1245 dargelegt sind, festgelegt werden. Um ihren Antrag vorzubereiten und sicherzustellen, dass ihr Beitrag zur SST-Partnerschaft den bisherigen Ergebnissen der SST-Partnerschaft ausreichend Rechnung trägt und darauf aufbaut, sollten diese anderen Mitgliedstaaten Zugang zu bestehenden Übereinkünften und Vereinbarungen und erforderlichenfalls zu allen anderen Dokumenten haben, die den Mitgliedern der SST-Partnerschaft zugänglich sind.
- (5) Wenn Mitgliedstaaten Sensoren für die SST-Partnerschaft vorschlagen, sollte eine Architekturuntersuchung gemäß den im Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1245 festgelegten kollektiven Bedingungen eingefordert werden, um den Mehrwert dieser Sensoren für die bestehende SST-Partnerschaft nachzuweisen.

⁽¹⁾ ABL L 170 vom 12.5.2021, S. 69, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2021/696/oj>.

⁽²⁾ Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1245 der Kommission vom 15. Juli 2022 zur Festlegung von Regeln und Verfahren für die Anwendung der Verordnung (EU) 2021/696 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Beteiligung der Mitgliedstaaten an der SST-Unterkomponente, die Einrichtung der SST-Partnerschaft und die Erarbeitung der ersten wesentlichen Leistungsindikatoren (ABL L 190 vom 19.7.2022, S. 166, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec_impl/2022/1245/oj).

- (6) Damit sich antragstellende Mitgliedstaaten an der nächsten Finanzhilfvereinbarung beteiligen können, die zwischen der SST-Partnerschaft und der Kommission vor der Veröffentlichung der nächsten Finanzhilfe zwischen dem vierten Quartal 2025 und dem ersten Quartal 2026 geschlossen wird, sollte eine Frist für die Einreichung der Anträge der antragstellenden Mitgliedstaaten festgesetzt werden.
- (7) Die in diesem Beschluss vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des in Artikel 107 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/696 genannten Programmausschusses in der Zusammensetzung „Weltraumlageerfassung“.
- (8) Dieser Beschluss sollte so bald wie möglich in Kraft treten, damit genügend Zeit für die Bearbeitung der Anträge und die Vorbereitung der nächsten Finanzhilfvereinbarung bleibt, um die ununterbrochene Erbringung der SST-Dienste der EU zu gewährleisten —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Gegenstand

In diesem Beschluss wird das Verfahren für die Beteiligung weiterer Mitgliedstaaten an der Partnerschaft zur Beobachtung und Verfolgung von Objekten im Weltraum (SST) festgelegt.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieses Beschlusses gelten folgende Begriffsbestimmungen:

1. „SST-Partnerschaft“ bezeichnet die Partnerschaft benannter Konstituierender Nationaler Stellen, die durch die in Artikel 58 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2021/696 genannte SST-Partnerschaftsvereinbarung geschaffen wurde;
2. „beteiligter Mitgliedstaat“ bezeichnet einen an der SST-Partnerschaft beteiligten Mitgliedstaat.

Artikel 3

Antragstellung

(1) Ein Mitgliedstaat, der kein beteiligter Mitgliedstaat ist, kann die Teilnahme an der SST-Partnerschaft beantragen, indem er bei der Kommission einen Einzelantrag gemäß den Absätzen 2 bis 6 einreicht (im Folgenden „antragstellender Mitgliedstaat“).

Die SST-Partnerschaft gewährt Mitgliedstaaten, die ihr Interesse am Beitritt zu der SST-Partnerschaft bekundet haben, Zugang zu bestehenden Übereinkünften und Vereinbarungen und erforderlichenfalls zu allen anderen Dokumenten, die den Mitgliedern der SST-Partnerschaft zugänglich sind.

(2) Ein antragstellender Mitgliedstaat benennt eine in seinem Hoheitsgebiet niedergelassene Konstituierende Nationale Stelle, die ihn vertritt. Bei der Stelle handelt es sich um eine Behörde oder eine mit der Ausübung behördlicher Funktionen betraute Stelle des Mitgliedstaats.

(3) Ein antragstellender Mitgliedstaat reicht einen Antrag ein, der Folgendes enthält:

- a) den Namen und die Kontaktdaten der Konstituierenden Nationalen Stelle, die gemäß Absatz 2 benannt wurde;
- b) Angaben über das Eigentum an oder den Zugang zu für die SST-Unterkomponente verfügbare geeignete SST-Sensoren und Personal für deren Betrieb, oder über angemessene operative Analyse- und Datenverarbeitungsfähigkeiten, die speziell für die SST entwickelt wurden und für die SST-Unterkomponente verfügbar sind, sowie eine erste Sicherheitsrisikobewertung für jeden der SST-Sensoren und jede Datenverarbeitungsfähigkeit, die vom antragstellenden Mitgliedstaat durchgeführt und validiert wurde, um die Einhaltung der in Artikel 57 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstaben a und b der Verordnung (EU) 2021/696 festgelegten Voraussetzungen, wie sie in den individuellen Bedingungen gemäß Anhang I Abschnitt 1 des Durchführungsbeschlusses (EU) 2022/1245 dargelegt sind, nachzuweisen;

- c) falls der antragstellende Mitgliedstaat Sensoren als Teil seines Antrags vorschlägt, eine vom antragstellenden Mitgliedstaat und der SST-Partnerschaft erstellte Architekturuntersuchung gemäß Anhang III Abschnitt 2.2 des Durchführungsbeschlusses (EU) 2022/1245, in der der Mehrwert der vom antragstellenden Mitgliedstaat für die SST-Partnerschaft vorgeschlagenen Sensoren analysiert wird.

(4) Falls ein Antrag Verschlusssachen enthält, gilt der Beschluss 2013/488/EU des Rates⁽³⁾. Ein antragstellender Mitgliedstaat darf in einen Antrag keine Verschlusssachen aufnehmen, die über den Geheimhaltungsgrad „RESTREINT UE/EU RESTRICTED“ hinausgehen.

Die Anträge enthalten eine Zusammenfassung, in die keinerlei Verschlusssachen aufgenommen werden.

(5) Die Anträge sind in elektronischer Form spätestens 15 Kalendertage nach der Bekanntmachung dieses Beschlusses bis 17.00 Uhr Brüsseler Zeit per E-Mail an DEFIS-SST@ec.europa.eu zu übermitteln. Unter außergewöhnlichen Umständen kann die Kommission auf begründeten Antrag des antragstellenden Mitgliedstaats eine Verlängerung dieser Frist um höchstens fünf Kalendertage gewähren.

(6) Eine vollständige gedruckte Fassung jedes Antrags ist so bald wie möglich nach der Einreichung des Antrags gemäß Absatz 5 an folgende Anschrift zu senden:

Europäische Kommission
GD Verteidigungsindustrie und Weltraum
Referat C.1 Sichere Konnektivität und Weltraumüberwachung
BREY 07/080
Avenue d'Auderghem 45
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

Artikel 4

Konformitätsbewertung

(1) Die Kommission prüft den Antrag.

(2) Während der Prüfung des Antrags kann die Kommission der benannten Konstituierenden Nationalen Stelle des antragstellenden Mitgliedstaats gemäß Artikel 3 Absatz 3 Buchstabe a Fragen und Bemerkungen zu dem Antrag übermitteln. Der antragstellende Mitgliedstaat antwortet innerhalb von vier Wochen und aktualisiert seinen Antrag gegebenenfalls.

(3) Die Kommission prüft Folgendes:

- a) ob der antragstellende Mitgliedstaat die Einhaltung der in Artikel 57 Absatz 1 Buchstaben a und b der Verordnung (EU) 2021/696 genannten Voraussetzungen wie sie in den individuellen Bedingungen gemäß Anhang I Abschnitt 1 des Durchführungsbeschlusses (EU) 2022/1245 dargelegt sind, nachgewiesen hat;
- b) sofern der antragstellende Mitgliedstaat Sensoren als Teil seines Antrags vorschlägt, ob die SST-Partnerschaft im Rahmen der Architekturuntersuchung nachgewiesen hat, dass die vom antragstellenden Mitgliedstaat vorgeschlagenen Sensoren der SST-Partnerschaft einen Mehrwert bringen.

(4) Die Kommission teilt dem antragstellenden Mitgliedstaat und den von den beteiligten Mitgliedstaaten benannten Konstituierenden Nationalen Stellen das Ergebnis der Konformitätsbewertung mit.

⁽³⁾ Beschluss 2013/488/EU des Rates vom 23. September 2013 über die Sicherheitsvorschriften für den Schutz von EU-Verschlusssachen (ABl. L 274 vom 15.10.2013, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/2013/488/oj>).

*Artikel 5***Endgültige Annahme**

- (1) Sobald die Kommission festgestellt hat, dass der Antrag im Einklang mit Artikel 4 steht, übermittelt der antragstellende Mitgliedstaat der Kommission die unterzeichneten Exemplare der SST-Partnerschaftsvereinbarung, der Vereinbarung über Rechte des geistigen Eigentums und der Durchführungsvereinbarungen mit der SST-Kontaktstelle.
- (2) Die Kommission veröffentlicht auf ihrer Website eine aktualisierte Liste der beteiligten Mitgliedstaaten.

*Artikel 6***Inkrafttreten**

Dieser Beschluss tritt am Tag nach seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Brüssel, den 19. Juni 2025

Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN



2025/1206

20.6.2025

DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2025/1206 DER KOMMISSION

vom 19. Juni 2025

über die Aussetzung der APS+-Zollpräferenzen für Einfuhren von Ethanol mit Ursprung in Pakistan

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) Nr. 978/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über ein Schema allgemeiner Zollpräferenzen und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 732/2008 des Rates ⁽¹⁾ (im Folgenden „APS-Verordnung“), insbesondere auf Artikel 30,

in Erwägung nachstehender Gründe:

1. VERFAHREN

- (1) Nach Artikel 30 der APS-Verordnung erlässt die Kommission, wenn die Einfuhren von Waren des Anhangs I des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union eine ernste Störung der Märkte der Union verursachen oder dies zu tun drohen, von sich aus oder auf Antrag eines Mitgliedstaats einen Durchführungsrechtsakt, mit dem sie die Präferenzregelungen für die betreffenden Waren aussetzt.
- (2) Am 15. Mai 2024 ging bei der Kommission ein Antrag Frankreichs, Deutschlands, Spaniens, Italiens, Ungarns und Polens ein, dem zufolge die Menge der seit 2022 aus Pakistan unter den Codes 2207 10 und 2207 20 der Kombinierten Nomenklatur (KN) eingeführten Waren eine ernste Störung des Unionsmarktes für Ethanol verursachte; die Kommission wurde daher ersucht, ein Verfahren nach Artikel 30 der APS-Verordnung einzuleiten. Der Antrag enthielt Daten, die von der Ethanolindustrie der EU zur Verfügung gestellt worden waren.
- (3) Die Kommission prüfte den Antrag der Mitgliedstaaten, um zu ermitteln, ob die Einfuhren von Ethanol aus Pakistan eine ernste Störung des Unionsmarktes verursachten oder zu verursachen drohten. Am 15. Oktober 2024 veröffentlichte die Kommission auf ihrer Website eine Aufforderung zur Vorlage von Informationen und Daten, die für die Feststellung einer ernsten Störung der Märkte der Union infolge der Einfuhren von Ethanolerzeugnissen aus Pakistan relevant sind. Am 24. Oktober 2024 führte die Kommission einen Dialog mit Interessenträgern, um das Verfahren nach Artikel 30 zu erläutern und Interessenträgern, die beabsichtigten, schriftliche Stellungnahmen einzureichen, Gelegenheit zu geben, ihre Ansichten zu der Angelegenheit darzulegen.
- (4) Nach Prüfung aller verfügbaren Informationen und Daten, einschließlich der von den Mitgliedstaaten bereitgestellten und von Interessenträgern vorgelegten Informationen, kam die Kommission zu dem nachfolgend dargelegten Schluss.
- (5) Die Kommission konsultierte den Ausschuss für die gemeinsame Organisation der Agrarmärkte — GMO für Ackerkulturen und Olivenöl gemäß Artikel 30 der APS-Verordnung.
- (6) Die Kommission hat die Regierung Pakistans und andere Interessenträger, die Informationen übermittelt haben, am 31. März 2025 über die vorläufigen Schlussfolgerungen ihrer Bewertung unterrichtet. Die als Antwort auf die vorläufigen Schlussfolgerungen übermittelten Stellungnahmen wurden sorgfältig geprüft und sind gegebenenfalls in diese Verordnung eingeflossen.
- (7) Gemäß Artikel 31 der APS-Verordnung wird die Kommission die Regierung Pakistans über die Annahme der vorliegenden Durchführungsverordnung unterrichten, bevor sie wirksam wird.

⁽¹⁾ ABl. L 303 vom 31.10.2012, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2012/978/oj>.

2. BEWERTUNG

2.1. Relevante Ware

- (8) Ethanol, eingereiht in die KN-Codes ex 2207 10 (Ethylalkohol mit einem Alkoholgehalt von 80 % vol. oder mehr, unvergällt, aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen hergestellt, die in Anhang I des AEUV aufgeführt sind) und ex 2207 20 (Ethylalkohol und Branntwein mit beliebigem Alkoholgehalt, vergällt, aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen hergestellt, die in Anhang I des AEUV aufgeführt sind), ist eine Ware, die in Anhang I des AEUV und in Anhang IX der APS-Verordnung aufgeführt ist.
- (9) Aufgrund von Pakistans Status als in Anhang III der APS-Verordnung aufgeführtes, nach der Sonderregelung für nachhaltige Entwicklung und verantwortungsvolle Staatsführung begünstigtes Land (APS+) genießen die pakistanischen Ausfuhren unter diesen beiden Zollcodes einen präferenziellen zollfreien Zugang zu den Unionsmärkten.
- (10) Der Ethanolmarkt der Union ist nach der endgültigen Verwendung in zwei Teilmärkte, den Markt für Kraftstoff-Ethanol sowie den Markt für Nicht-Kraftstoff-Ethanol, gegliedert. Diese Teilmärkte unterscheiden sich auch durch das Preisniveau, da auf dem Markt für Kraftstoff-Ethanol die Preise insgesamt niedriger sind als auf dem Markt für Nicht-Kraftstoff-Ethanol, das zu Lebensmitteln oder Industrieprodukten (etwa Arzneimitteln, Kosmetika und Chemikalien) verarbeitet wird. Die beiden Ethanoltypen weisen meist unterschiedliche Eigenschaften (im Hinblick auf Alkoholgehalt, Reinheit oder Wassergehalt) auf und sind ohne zusätzliche Verarbeitung nicht austauschbar. In der EU besteht der Hauptunterschied auch darin, ob die EU-Nachhaltigkeitskriterien für Biokraftstoffe erfüllt werden, da Ethanol nur in diesem Fall für die Ziele in Bezug auf die Nutzung erneuerbarer Energien im Verkehrswesen zählt. Die pakistanischen Ausfuhren in die Union können nicht als Kraftstoff-Ethanol auf den EU-Markt gelangen⁽²⁾, da sie die Nachhaltigkeitskriterien der derzeit geltenden Erneuerbare-Energien-Richtlinie⁽³⁾ nicht erfüllen, und konkurrieren somit auf dem Markt für Nicht-Kraftstoff-Ethanol. Infolgedessen handelt es sich bei 91 % der Einfuhren aus Pakistan um Nicht-Kraftstoff-Ethanol⁽⁴⁾. Einfuhren von Ethanol aus erneuerbaren Quellen für Kraftstoffe unterliegen derzeit einer nachträglichen Überwachung durch die Union⁽⁵⁾.

2.2. Vorliegen einer ernsten Störung auf den Märkten der Union

- (11) Auf der Grundlage der verfügbaren Daten und Informationen ist die Kommission der Auffassung, dass Beweise für eine ernste Störung des Unionsmarktes für Nicht-Kraftstoff-Ethanol vorliegen, die durch einen erheblichen Anstieg der Einfuhren zu deutlich niedrigeren Preisen im Vergleich zu den Unionsherstellern und einen Rückgang der Unionsproduktion gekennzeichnet ist. Die Kommission hat den Zeitraum 2021 bis 2024 berücksichtigt und die Entwicklungen im gesamten Zeitraum bewertet, da das von Inflationsdruck infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und Entwicklungen im Zusammenhang mit der Normalisierung nach der COVID-19-Pandemie geprägte Jahr 2022 möglicherweise anomal ist. Darüber hinaus sind die für 2021 und 2024 verfügbaren Daten dank den Ergebnissen einer nachträglichen Überwachung durch die Union⁽⁶⁾ vollständiger.
- (12) Insbesondere geht aus den EU-Zolldaten hervor, dass die Einfuhren von Nicht-Kraftstoff-Ethanol unter den beiden Zolltarifcodes in die EU zwischen 2021 und 2024 erheblich gestiegen sind. Auf der Grundlage der Daten⁽⁷⁾ wird geschätzt, dass die Einfuhren von etwa 376 000 Tonnen im Jahr 2021⁽⁸⁾ auf 726 000 Tonnen im Jahr 2024 gestiegen sind, eine Zunahme um über 90 %⁽⁹⁾.

⁽²⁾ Auf der Grundlage von Überwachungsdaten, mittels Suche nach dem jeweiligen Integrierten Zolllarif der Europäischen Union (im Folgenden „TARIC-Code“) abrufbar auf folgender Website: <https://agridata.ec.europa.eu/extensions/DashboardTaxud/TaxudWeeklyImport.html>.

⁽³⁾ Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (ABl. L 328 vom 21.12.2018, S. 82, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dir/2018/2001/oj>) in ihrer jeweils gültigen Fassung.

⁽⁴⁾ Auf der Grundlage von Überwachungsdaten, mittels Suche nach den jeweiligen TARIC-Codes abrufbar auf folgender Website: <https://agridata.ec.europa.eu/extensions/DashboardTaxud/TaxudWeeklyImport.html>.

⁽⁵⁾ Durchführungsverordnung (EU) 2023/1777 der Kommission vom 14. September 2023 zur Einführung einer nachträglichen Überwachung der Einfuhren von Kraftstoffethanol aus erneuerbaren Quellen durch die Union (ABl. L 228 vom 15.9.2023, S. 247, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2023/1777/oj).

⁽⁶⁾ Durchführungsverordnung (EU) 2020/1628 der Kommission vom 3. November 2020 zur Einführung einer nachträglichen Überwachung der Einfuhren von Kraftstoffethanol aus erneuerbaren Quellen durch die Union (ABl. L 366 vom 4.11.2020, S. 12, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2020/1628/oj) und Durchführungsverordnung (EU) 2023/1777.

⁽⁷⁾ Die Einfuhren von Kraftstoff-Ethanol sowie von Nicht-Kraftstoff-Ethanol können in den Zeiträumen vom 5. November 2020 bis zum 4. November 2021 sowie von September 2023 bis heute, für die Überwachungsdaten vorliegen, verfolgt werden, siehe <https://agridata.ec.europa.eu/extensions/DashboardTaxud/TaxudWeeklyImport.html>.

⁽⁸⁾ Auf der Grundlage von Überwachungsdaten aus den ersten zehn Monaten des Jahres 2021.

⁽⁹⁾ Für Nicht-Kraftstoff-Ethanol liegen keine Daten aus den Jahren 2022 und 2023 vor.

- (13) Aus den EU-Zolldaten geht hervor, dass die Ausführer von Nicht-Kraftstoff-Ethanol aus einer Reihe internationaler Partnerländer ⁽¹⁰⁾ niedrigere Preise berechnen als Unionshersteller ⁽¹¹⁾. Im Jahr 2024 lagen die Preise aller Einfuhrquellen unter denen der Unionsproduktion.
- (14) Schließlich zeigen Daten, die von der Ethanolindustrie der EU und aus unabhängigen Quellen stammen, dass die Unionsproduktion von Nicht-Kraftstoff-Ethanol 2022 und 2023 erheblich sank (von 2021 auf 2022 um 10 % und im Jahr 2023 um weitere 9 %) 2024 hat sich die EU-Produktion von Nicht-Kraftstoff-Ethanol leicht erholt, nämlich um 11 % gegenüber 2023, betrug aber immer noch 8 % weniger als 2021. Unabhängigen Prognosen ⁽¹²⁾ zufolge dürfte der schwankende Marktanteil der EU (2021: 73 %, 2022: 67 %, 2023: 66 %, 2024: 73 %) im Jahr 2025 aufgrund einer sinkenden Produktion und eines steigenden Verbrauchs abnehmen. Die Ethanolindustrie der EU berichtete ebenfalls, aus bei ihr erhobenen Daten gehe hervor, dass die EU-Verkäufe von Nicht-Kraftstoff-Ethanol im Zeitraum zwischen dem vierten Quartal 2023 und dem dritten Quartal 2024 auf einen Anteil von 75 % am EU-Markt gegenüber 77 % im gesamten Jahr 2021 gekommen seien.
- (15) Die Kommission ist somit der Auffassung, dass ein Anstieg der Einfuhren zu erheblich niedrigeren Preisen und ein Rückgang der EU-Produktion auf das Vorliegen einer ernststen Störung des Unionsmarkts für Nicht-Kraftstoff-Ethanol im Zeitraum von 2021 bis 2024 hindeuten. Einige der für 2024 vorliegenden Daten zeigen zwar eine leichte Erholung, diese reichte jedoch nicht aus, um die Produktionsmenge von 2021 wieder zu erreichen, was ein Hinweis auf das Fortbestehen der ernststen Störung ist.

2.3. Analyse der schadensverursachenden Faktoren

- (16) Nachdem die Kommission eine ernste Störung des Unionsmarktes für Nicht-Kraftstoff-Ethanol gemäß Artikel 30 der APS-Verordnung festgestellt hatte, prüfte sie, ob ein ursächlicher Zusammenhang zwischen den Einfuhren der betroffenen Ware aus Pakistan einerseits und der ernststen Störung des Unionsmarkts andererseits bestand. Die Kommission prüfte zudem, ob die ernste Störung auf andere Faktoren als die Einfuhren aus Pakistan zurückgeführt werden konnte.
- (17) Aus den der Kommission vorliegenden Daten und Informationen ergibt sich ein zeitlicher Zusammenfall der Entwicklung der Einfuhren aus Pakistan mit der ersten Störung des Unionsmarktes.
- (18) Zwischen 2021 und 2022 stiegen die Einfuhren von Ethanol aus Pakistan ⁽¹³⁾ um fast 300 % von 132 396 auf 393 590 Tonnen. 2023 gingen sie leicht auf 324 151 Tonnen zurück, übertrafen die Einfuhren im Jahr 2021 aber noch um 244 %. 2024 verringerten sich die pakistanischen Ethanoleinfuhren auf 215 929 Tonnen ⁽¹⁴⁾. Jedoch liegt auch dieser Wert noch beträchtlich über dem von 2021. Im Jahr 2024 machten die Einfuhren aus Pakistan 27 % aller Einfuhren von Nicht-Kraftstoff-Ethanol aus, sodass Pakistan die größte Quelle für Einfuhren in die EU war ⁽¹⁵⁾.
- (19) In dieser Zeit lag der Preis der Einfuhren aus Pakistan ständig unter dem Verkaufspreis der Unionsproduktion. Insbesondere ist der Preis der Einfuhren von pakistanischem Nicht-Kraftstoff-Ethanol unter den beiden Zollcodes im Jahr 2024 niedriger als der Verkaufspreis des Wirtschaftszweigs der EU ⁽¹⁶⁾ (um etwa 25 %). Dies stellt einen weit größeren Preisunterschied dar, als er 2021 beobachtet wurde (7 %).
- (20) Schließlich ging, wie bereits erwähnt, die Unionsproduktion von Nicht-Kraftstoff-Ethanol im betreffenden Zeitraum zurück.
- (21) Der Anstieg der Einfuhren aus Pakistan zu niedrigeren Preisen als die EU-Produktion fiel somit zeitlich mit der ernststen Störung zusammen.

⁽¹⁰⁾ Im Jahr 2024 entfielen auf folgende Länder mehr als 5 % der Einfuhren von Nicht-Kraftstoff-Ethanol in die EU: Pakistan (27 %), USA (24 %), Guatemala (9 %), Vereinigtes Königreich (8 %), Peru (5 %), Brasilien (5 %) und Südafrika (5 %).

⁽¹¹⁾ Die Daten zu den EU-Verkaufspreisen wurden vom Wirtschaftszweig der EU bereitgestellt.

⁽¹²⁾ S & P data source Global Commodity Insights (<https://connect.ihsmarket.com/home>).

⁽¹³⁾ Wie in Erwägungsgrund 10 ausgeführt, führt Pakistan hauptsächlich Nicht-Kraftstoff-Ethanol in die EU aus.

⁽¹⁴⁾ Auf der Grundlage von Überwachungsdaten, mittels Suche nach den jeweiligen TARIC-Codes abrufbar auf folgender Website: <https://agridata.ec.europa.eu/extensions/DashboardTaxud/TaxudWeeklyImport.html>.

⁽¹⁵⁾ Auf der Grundlage von Überwachungsdaten, mittels Suche nach den jeweiligen TARIC-Codes abrufbar auf folgender Website: <https://agridata.ec.europa.eu/extensions/DashboardTaxud/TaxudWeeklyImport.html>.

⁽¹⁶⁾ Vom Wirtschaftszweig der EU bereitgestellte Daten.

- (22) Die Kommission prüfte ferner, ob andere Faktoren als die Einfuhren aus Pakistan zu der ersten Störung des Unionsmarktes beigetragen haben können. Insbesondere bewertete die Kommission anhand der verfügbaren Daten die möglichen Auswirkungen von Einfuhren aus anderen Ländern.
- (23) Den Zoll Daten der Union zufolge entfielen auf Pakistan 27 % der Einfuhren von Nicht-Kraftstoff-Ethanol im Jahr 2024. Das zweitgrößte Ursprungsland waren die USA, deren Anteil von 2021 bis 2024 erheblich zunahm, nämlich von nahezu null auf 24 % der Einfuhren von Nicht-Kraftstoff-Ethanol.
- (24) Den Zoll Daten der Union für 2024 zufolge lagen die Einfuhrpreise von Nicht-Kraftstoff-Ethanol aus den USA 15 % unter den Preisen der Einfuhren aus Pakistan und 35 % unter denen der Unionshersteller.
- (25) Auf der Grundlage dieser Daten kann der Schluss gezogen werden, dass sowohl die Einfuhren aus Pakistan als auch die aus den USA, die 2024 gemeinsam 50 % der Einfuhren von Nicht-Kraftstoff-Ethanol ausmachten, zu der ersten Störung des Marktes beigetragen haben. Keine der beiden Einfuhrquellen, weder Pakistan noch die USA, ist jedoch in Bezug auf Mengen oder Preisdifferenz so vorherrschend, dass sie den ursächlichen Zusammenhang für die andere aufheben könnte.
- (26) Die USA genießen keinen präferenziellen Zugang zum Unionsmarkt, während Pakistan bei seinen Ausfuhren von einem zollfreien Zugang zur Union profitiert. Es besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen dem zollfreien Zugang Pakistans aufgrund von APS+-Präferenzen und den für die USA im Rahmen der Meistbegünstigung geltenden Zöllen⁽¹⁷⁾.
- (27) Eine weitere wichtige Quelle der Einfuhren von Nicht-Kraftstoff-Ethanol war 2024 Guatemala mit 9 % der Einfuhren, während auf das Vereinigte Königreich 8 % sowie auf Peru, Südafrika und Brasilien jeweils 5 % entfielen. Abgesehen vom Vereinigten Königreich, dessen Preise höher als die anderer Einfuhrquellen, aber niedriger als die Unionspreise waren, wurde Nicht-Kraftstoff-Ethanol aus diesen Ländern zu Preisen unter denen Pakistans eingeführt. Obwohl die meisten Einfuhren aus diesen alternativen Quellen anscheinend wettbewerbsfähige Preise haben, gelangen sie nur in beschränktem Maße auf den Unionsmarkt und dürften daher geringere Auswirkungen haben als die Einfuhren aus Pakistan und den USA.
- (28) Im Bezugszeitraum (2021-2024) haben daher der Anstieg der pakistanischen Einfuhren zu Preisen, die erheblich unter den EU-Verkaufspreisen lagen, und der zeitlich damit zusammenfallende Preisdruck auf den EU-Markt für Nicht-Kraftstoff-Ethanol erheblich zur Störung dieses Marktes beigetragen. Angesichts steigender Einfuhren zu niedrigeren Preisen verringerte der Wirtschaftszweig der EU seine Produktion, was zu einem erheblichen Verlust von Marktanteilen insbesondere in den Jahren 2022 und 2023 führte. Das Fehlen anderer Faktoren, die den Zusammenhang zwischen den pakistanischen Einfuhren und der ersten Störung des EU-Marktes aufheben könnten, führt die Kommission weiter zu der Auffassung, dass die pakistanischen Einfuhren erheblich dazu beigetragen haben. Trotz der leichten Anzeichen einer Erholung im Jahr 2024 sind die Einfuhren aus Pakistan, die über ihrem Niveau von 2021 liegen, die Preise der Unionshersteller deutlich unterbieten und dabei von Zollpräferenzen im Rahmen der APS +-Regelung profitieren, nach wie vor die größte externe Quelle von Nicht-Kraftstoff-Ethanol auf dem Unionsmarkt. Eine Aussetzung dieser Präferenzen würde die Preise der pakistanischen Einfuhren an die Preise für Nicht-Kraftstoff-Ethanol des Wirtschaftszweigs der EU annähern und somit die beobachtete erste Störung des Unionsmarktes abmildern.
- (29) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ausschusses für allgemeine Präferenzen nach Artikel 39 Absatz 3 der APS-Verordnung.

3. SCHLUSSFOLGERUNGEN

- (30) Ethanol mit Ursprung in Pakistan wird in Mengen und zu Preisen eingeführt, die eine erste Störung des Unionsmarktes verursachen, weshalb Maßnahmen nach Artikel 30 der APS-Verordnung gerechtfertigt sind. Die Menge des seit 2021 unter den KN-Codes 2207 10 und 2207 20 aus Pakistan eingeführten Nicht-Kraftstoff-Ethanols verursacht erste Störungen des Unionsmarktes für Nicht-Kraftstoff-Ethanol. Eine Aussetzung von Präferenzen sollte auf Einfuhren aus Pakistan unter den Zollcodes 2207 10 und 2207 20 mit Ausnahme von Kraftstoff-Ethanol, das in

⁽¹⁷⁾ Die Erga-omnes-Zölle für die Codes 2207 10 und 2207 20 betragen 19,20 EUR bzw. 10,20 EUR pro Hektoliter, mit einem Umrechnungsfaktor von 0,079 t/Hektoliter entspricht das etwa 243 EUR bzw. 129 EUR pro Tonne.

die TARIC-Codes 2207 10 00 11 (aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die im Anhang I des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union aufgeführt sind, hergestellter Ethylalkohol, ausgenommen Erzeugnisse mit einem Wassergehalt von mehr als 0,3 % (m/m) gemessen nach der Norm DIN EN15376) und 2207 20 00 11 (aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen hergestellter Ethylalkohol (siehe Anhang I des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union), ausgenommen Erzeugnisse mit einem Wassergehalt von mehr als 0,3 % (m/m) gemessen nach der Norm DIN EN15376) eingereiht wird, abzielen.

- (31) Vor diesem Hintergrund stellte die Kommission fest, dass der Antrag der Mitgliedstaaten ausreichende Beweise dafür enthielt, dass Nicht-Kraftstoff-Ethanol mit Ursprung in Pakistan in Mengen eingeführt wurde, die eine ernste Störung des Wirtschaftszweigs der Union verursachten. Diese Schlussfolgerung wird auch durch Daten aus anderen unabhängigen Quellen gestützt. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind daher im Hinblick auf Artikel 30 der APS-Verordnung erforderlich und gerechtfertigt.
- (32) Einige Interessenträger stellten angesichts der wiedergewonnenen Marktanteile des Wirtschaftszweigs der Union infrage, dass die Daten die Feststellung einer ernsten Störung stützten. Die Kommission erkennt an, dass die Marktbedingungen sich verbessern, jedoch nicht in dem Maße, dass die Feststellung einer ernsten Störung entkräftet würde.
- (33) Einige Interessenträger brachten ebenfalls vor, die Kommission habe andere mögliche Faktoren, etwa Einfuhren aus anderen Drittländern und Schwankungen der Energiepreise, nicht angemessen berücksichtigt. Die Kommission weist diese Vorbringen zurück. Sie schließt zwar nicht aus, dass diese anderen Faktoren zu der ersten Störung beigetragen haben können, doch geht aus den Nachweisen hervor, dass die Einfuhren aus Pakistan erheblich dazu beigetragen haben und die Kausalkette von keinem anderen Faktor durchbrochen wurde.
- (34) Einige Interessenträger beanstandeten die Bewertung der Preisdifferenz zwischen den pakistanischen Einfuhren und dem Wirtschaftszweig der Union durch die Kommission, da diese Transport- und Lagerkosten nicht berücksichtigt habe. Die Kommission weist dieses Vorbringen zurück, da diese Kosten bei der Bewertung, ob eine erste Störung vorliegt, nicht berücksichtigt werden müssen.
- (35) Artikel 30 der APS-Verordnung enthält keine Bestimmungen zur Dauer der Aussetzung von Präferenzen. Angesichts der Ziele der APS-Regelung im Bereich Entwicklung und unter Berücksichtigung der Geltungsdauer von allgemeinen Schutzmaßnahmen im Rahmen des APS ist es angemessen und verhältnismäßig, die Präferenzen für einen Zeitraum von zwei Jahren auszusetzen, nach dessen Ablauf die Kommission prüfen kann, ob es notwendig ist, die normalen Zölle des Gemeinsamen Zolltarifs wieder einzuführen, auch im Hinblick auf die Entwicklung der Marktlage und der Ausfuhren von Kraftstoff- und Nicht-Kraftstoff-Ethanol durch Pakistan —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Zölle des Gemeinsamen Zolltarifs gelten für die Einfuhren von Ethanol mit Ursprung in Pakistan, das derzeit in die KN-Codes ex 2207 10 (Ethylalkohol mit einem Alkoholgehalt von 80 % vol. oder mehr, unvergällt, hergestellt aus den in Anhang I des AEUV aufgeführten landwirtschaftlichen Erzeugnissen) und ex 2207 20 (Ethylalkohol und Branntwein mit beliebigem Alkoholgehalt, vergällt, hergestellt aus den in Anhang I des AEUV aufgeführten landwirtschaftlichen Erzeugnissen) eingereiht wird, mit Ausnahme von Kraftstoff-Ethanol, das in die TARIC-Codes 2207 10 00 11 (aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen hergestellter Ethylalkohol (siehe Anhang I AEUV), ausgenommen Erzeugnisse mit einem Wassergehalt von mehr als 0,3 % (m/m) gemessen nach der Norm DIN EN15376) und 2207 20 00 11 (aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen hergestellter Ethylalkohol (siehe Anhang I AEUV), ausgenommen Erzeugnisse mit einem Wassergehalt von mehr als 0,3 % (m/m) gemessen nach der Norm DIN EN15376) eingereiht wird, ab Inkrafttreten dieser Verordnung für einen Zeitraum von zwei Jahren.

Artikel 2

Einführen der Waren gemäß Artikel 1, die sich zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung bereits auf dem Weg in die Union befinden, wird weiterhin die Präferenzbehandlung gewährt, sofern der Bestimmungsort der Waren nicht geändert werden kann.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 19. Juni 2025

Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN



2025/1208

20.6.2025

VERORDNUNG (EU) 2025/1208 DES RATES

vom 12. Juni 2025

zur Erhöhung der Sicherheit der Personalausweise von Unionsbürgern und der Aufenthaltsdokumente, die Unionsbürgern und deren Familienangehörigen ausgestellt werden, die ihr Recht auf Freizügigkeit ausüben

(Text von Bedeutung für den EWR)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 77 Absatz 3,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments ⁽¹⁾,

gemäß einem besonderen Gesetzgebungsverfahren,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Der Vertrag über die Europäische Union (EUV) sieht vor, die Freizügigkeit unter gleichzeitiger Gewährleistung der Sicherheit der Unionsbürger durch den Aufbau eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts nach Maßgabe der Bestimmungen des EUV und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) zu fördern.
- (2) Die Unionsbürgerschaft verleiht jedem Unionsbürger das Recht auf Freizügigkeit vorbehaltlich bestimmter Beschränkungen und Bedingungen. Mit der Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽²⁾ wird dieses Recht konkret ausgestaltet. In Artikel 45 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden „Charta“) sind die Freizügigkeit und die Aufenthaltsfreiheit ebenfalls verankert. Die Freizügigkeit schließt das Recht ein, mit einem gültigen Personalausweis oder Reisepass aus Mitgliedstaaten auszureisen und in Mitgliedstaaten einzureisen.
- (3) Nach der Richtlinie 2004/38/EG stellen die Mitgliedstaaten ihren Staatsangehörigen gemäß den nationalen Rechtsvorschriften Personalausweise oder Reisepässe aus und verlängern diese Dokumente. Diese Richtlinie sieht außerdem vor, dass die Mitgliedstaaten von Unionsbürgern und deren Familienangehörigen verlangen können, sich bei den zuständigen Behörden anzumelden. Die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, Unionsbürgern unter den darin festgelegten Bedingungen Anmeldebescheinigungen auszustellen. Gemäß dieser Richtlinie sind die Mitgliedstaaten außerdem verpflichtet, den Familienangehörigen, die nicht die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzen, Aufenthaltskarten auszustellen sowie auf Antrag Dokumente zur Bescheinigung des Daueraufenthalts beziehungsweise Daueraufenthaltskarten auszustellen.
- (4) Die Richtlinie 2004/38/EG sieht vor, dass die Mitgliedstaaten die Maßnahmen erlassen können, die notwendig sind, um die durch diese Richtlinie verliehenen Rechte im Falle von Rechtsmissbrauch oder Betrug zu verweigern, aufzuheben oder zu widerrufen. Als typische Fälle von Betrug im Sinne dieser Richtlinie wurden die Fälschung von Dokumenten und die Vorspiegelung falscher Tatsachen in Bezug auf die an das Aufenthaltsrecht geknüpften Bedingungen ausgewiesen.
- (5) Vor der Annahme von Vorschriften auf Unionsebene gab es erhebliche Unterschiede zwischen den Sicherheitsniveaus der nationalen Personalausweise und Aufenthaltsdokumente für Unionsbürger und ihre Familienangehörigen, die sich in einem anderen Mitgliedstaat aufhalten. Diese Unterschiede steigern das Risiko für Fälschungen und Dokumentenbetrug und führen auch zu praktischen Schwierigkeiten für Bürger, die ihr Recht auf Freizügigkeit ausüben wollen.

⁽¹⁾ Stellungnahme vom 2. April 2025 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht).

⁽²⁾ Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 und zur Aufhebung der Richtlinien 64/221/EWG, 68/360/EWG, 72/194/EWG, 73/148/EWG, 75/34/EWG, 75/35/EWG, 90/364/EWG, 90/365/EWG und 93/96/EWG (ABL. L 158 vom 30.4.2004, S. 77, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dir/2004/38/oj>).

- (6) Sichere Reise- und Identitätsdokumente sind von entscheidender Bedeutung, wenn die Identität einer Person zweifelsfrei festgestellt werden muss. Ein hohes Maß an Dokumentensicherheit ist wichtig, um Missbrauch und Bedrohungen der inneren Sicherheit, insbesondere im Zusammenhang mit Terrorismus und grenzüberschreitender Kriminalität, zu verhindern. Unzureichend sichere nationale Personalausweise gehörten in der Vergangenheit zu den am häufigsten aufgedeckten gefälschten Dokumenten, die für Reisen innerhalb der Union verwendet wurden.
- (7) Um Identitätsbetrug zu verhindern, sollten die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass in ihren nationalen Rechtsvorschriften angemessene Sanktionen für die Fälschung und Verfälschung von Identitätsdokumenten und die Verwendung gefälschter oder verfälschter Dokumente vorgesehen sind.
- (8) Die Ausstellung echter und sicherer Personalausweise erfordert ein zuverlässiges Verfahren zur Registrierung der Identität und sichere Ausgangsdokumente bei der Beantragung. Angesichts der Zunahme der Verwendung gefälschter Ausgangsdokumente sollten die Kommission, die Mitgliedstaaten und die einschlägigen Agenturen der Union auch künftig zusammenarbeiten, um die Ausgangsdokumente weniger anfällig für Betrug zu machen.
- (9) Diese Verordnung verpflichtet die Mitgliedstaaten nicht, Personalausweise oder Aufenthaltsdokumente einzuführen, wenn diese nach nationalem Recht nicht vorgesehen sind; ebenso wenig berührt sie die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für die Ausstellung anderer Aufenthaltsdokumente nach nationalem Recht, die nicht in den Anwendungsbereich des Unionsrechts fallen, beispielsweise Aufenthaltskarten, die allen im Hoheitsgebiet ansässigen Personen unabhängig von deren Staatsangehörigkeit ausgestellt werden. Ferner berührt diese Verordnung nicht den sich aus der Rechtsprechung des Gerichtshofs ergebenden Grundsatz, dass der Anspruch auf das Recht auf Freizügigkeit und Aufenthalt durch jedes Beweismittel nachgewiesen werden kann.
- (10) Diese Verordnung hindert die Mitgliedstaaten nicht daran, für Identifizierungszwecke Dokumente anzuerkennen, bei denen es sich nicht um Reisedokumente handelt, also etwa Führerscheine, sofern dies diskriminierungsfrei erfolgt.
- (11) Identitätsdokumente von Bürgern, deren Recht auf Freizügigkeit gemäß dem Unionsrecht oder dem nationalen Recht eingeschränkt wurde, aus denen ausdrücklich hervorgeht, dass sie nicht als Reisedokumente verwendet werden dürfen, sollten nicht in den Geltungsbereich dieser Verordnung fallen.
- (12) Reisedokumente, die Teil 5 des Dokuments 9303 der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) über maschinenlesbare Reisedokumente (siebte Auflage, 2015) (im Folgenden „ICAO-Dokument 9303“) entsprechen, die im ausstellenden Mitgliedstaat nicht zur Identifizierung verwendet werden, etwa die irische „Passport Card“, sollten nicht in den Geltungsbereich dieser Verordnung fallen.
- (13) Der Verweis in dieser Verordnung auf das ICAO-Dokument 9303 sollte nicht so verstanden werden, dass die Mitgliedstaaten daran gehindert sind, die Spezifikationen nachfolgender Auflagen anzuwenden.
- (14) Diese Verordnung berührt weder die Verwendung von Personalausweisen und Aufenthaltsdokumenten mit eID-Funktion durch die Mitgliedstaaten zu sonstigen Zwecken noch die Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates⁽³⁾, die die unionsweite gegenseitige Anerkennung der elektronischen Identifizierung für den Zugang zu öffentlichen Diensten vorsieht und die gegenseitige Anerkennung von elektronischen Identifizierungsmitteln unter bestimmten Bedingungen vorschreibt, wodurch es Bürgern erleichtert wird, sich in einen anderen Mitgliedstaat zu begeben. Verbesserte Personalausweise sollten eine einfachere Identifizierung gewährleisten und zu einem besseren Zugang zu Diensten beitragen.
- (15) Damit Personalausweise und Aufenthaltsdokumente angemessen überprüft werden können, ist es unerlässlich, dass die Mitgliedstaaten für jede Art von Dokument, das unter diese Verordnung fällt, den richtigen Titel verwenden. Um die Überprüfung der Dokumente, die unter diese Verordnung fallen, in anderen Mitgliedstaaten zu erleichtern, sollte der Titel des Dokuments zudem in mindestens einer weiteren Amtssprache der Union erscheinen. Verwenden Mitgliedstaaten für Personalausweise bereits andere etablierte Bezeichnungen als die Bezeichnung „Personalausweis“, sollten sie dies in ihrer Amtssprache bzw. ihren Amtssprachen auch weiterhin tun können. Allerdings sollten künftig keine neuen Bezeichnungen eingeführt werden.
- (16) Sicherheitsmerkmale sind erforderlich, um ein Dokument auf seine Echtheit zu überprüfen und die Identität einer Person festzustellen. Die Festlegung von Mindestsicherheitsstandards und die Aufnahme biometrischer Daten in Personalausweise und Aufenthaltskarten für Familienangehörige, die nicht die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzen, sind wichtige Schritte, um die Verwendung dieser Dokumente in der Union sicherer zu machen. Die Aufnahme solcher biometrischen Identifikatoren sollte gewährleisten, dass die Unionsbürger in vollem Umfang von ihrem Recht auf Freizügigkeit Gebrauch machen können.

(³) Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 73, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2014/910/oj>).

- (17) Die Speicherung biometrischer Daten im Sinne der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates (*), nämlich des Gesichtsbilds und zweier Fingerabdrücke des Inhabers, auf Personalausweisen und Aufenthaltskarten, die in Bezug auf biometrische Pässe für Unionsbürger und Aufenthaltstitel für Drittstaatsangehörige bereits vorgesehen ist, stellt eine geeignete Kombination für eine zuverlässige Identifizierung und Echtheitsprüfung im Hinblick auf eine Verringerung des Betrugsrisikos dar, um die Sicherheit von Personalausweisen und Aufenthaltskarten zu verbessern. Der Gerichtshof hat bestätigt, dass die obligatorische Speicherung von Fingerabdrücken auf dem Speichermedium mit den in den Artikeln 7 und 8 der Charta garantierten Grundrechten auf Achtung des Privatlebens und auf Schutz personenbezogener Daten vereinbar ist.
- (18) Als allgemeine Praxis sollten die Mitgliedstaaten zur Überprüfung der Echtheit des Dokuments und der Identität des Inhabers vorrangig das Gesichtsbild überprüfen und nur darüber hinaus, falls zur zweifelsfreien Bestätigung der Echtheit des Dokuments und der Identität des Inhabers notwendig, auch die Fingerabdrücke.
- (19) Die Mitgliedstaaten sollten sicherstellen, dass zwingend eine manuelle Kontrolle durch qualifiziertes Personal erfolgt, wenn sich die Echtheit des Dokuments oder die Identität des Inhabers nicht anhand der biometrischen Daten bestätigen lassen.
- (20) Diese Verordnung stellt keine Rechtsgrundlage für die Einrichtung oder Aufrechterhaltung von Datenbanken auf nationaler Ebene zur Speicherung biometrischer Daten in den Mitgliedstaaten dar, zumal es sich dabei um eine Frage des nationalen Rechts handelt, welches dem Datenschutzrecht der Union, einschließlich seinen Anforderungen an Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit, entsprechen muss. Diese Verordnung stellt ferner keine Rechtsgrundlage für die Einrichtung oder Aufrechterhaltung einer zentralen Datenbank auf Unionsebene dar.
- (21) Auf das auf dem Speichermedium von Personalausweisen und Aufenthaltsdokumenten gespeicherte Gesichtsbild sollte nur von ordnungsgemäß befugtem Personal der zuständigen nationalen Behörden, Agenturen der Union und privaten Stellen für die Zwecke der Überprüfung der Echtheit des Dokuments oder der Überprüfung der Identität des Inhabers zugegriffen werden, wenn die Vorlage des Dokuments gesetzlich vorgeschrieben ist. Ein solcher Zugriff sollte im Einklang mit dem Datenschutzrecht der Union erfolgen. Darüber hinaus sollten private Stellen verpflichtet sein, die Einwilligung des Inhabers zum Zugriff auf das Gesichtsbild einzuholen, es sei denn, das Unionsrecht oder das nationale Recht sieht vor, dass eine solche Einwilligung im Einzelfall nicht erforderlich ist. Die Einwilligung der betroffenen Person sollte daher als zusätzlicher Schutzmechanismus verstanden werden und für sich genommen keine Rechtsgrundlage für die Verarbeitung durch private Stellen darstellen. Diese Verordnung enthält keine Vorschriften für die Vorratsspeicherung von Gesichtsbildern außerhalb des Speichermediums von Personalausweisen und Aufenthaltsdokumenten, nachdem auf sie zugegriffen wurde. Eine solche Vorratsspeicherung müsste in anderen Rechtsvorschriften der Union oder nationalen Rechtsvorschriften, die mit dem Datenschutzrecht der Union im Einklang stehen müssen, vorgesehen werden und sollte auf die Zwecke der Überprüfung der Echtheit des Dokuments oder der Identität des Inhabers beschränkt sein. Darüber hinaus sollten Gesichtsbilder nicht länger als für diese Zwecke erforderlich gespeichert werden, sie sollten gelöscht werden, sobald die Überprüfung abgeschlossen ist, und sollten nicht an Drittländer oder internationale Organisationen übermittelt werden, es sei denn, dies ist nach dem Datenschutzrecht der Union zulässig. Diese Schutzmechanismen sollen den angemessenen Schutz des Gesichtsbildes gewährleisten und gleichzeitig dessen Verwendung zum Vorteil des Dokumenteninhabers, insbesondere im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Reisen, nicht verbieten.
- (22) Die Überprüfung der auf dem Speichermedium gespeicherten Fingerabdrücke sollte ausschließlich durch ordnungsgemäß befugtes Personal der zuständigen nationalen Behörden und Agenturen der Union erfolgen und ferner nur, wenn die Vorlage des Dokuments nach Unionsrecht oder nationalem Recht vorgeschrieben ist. Fingerabdrücke, auf die zu diesem Zweck zugegriffen wird, sollten nicht gespeichert werden.
- (23) Biometrische Daten, die für den Zweck der Personalisierung von Personalausweisen oder Aufenthaltsdokumenten gespeichert werden, sollten auf eine hochsichere Weise und nicht länger als 90 Tage ab dem bei der Personalisierung auf dem Dokument aufgedruckten Datum der Ausstellung gespeichert werden. Nach diesem Zeitraum sollten diese biometrischen Daten umgehend gelöscht oder vernichtet werden. Diese Verordnung sollte nicht so verstanden werden, dass die Verarbeitung dieser Daten, sofern dies nach Unionsrecht oder nationalem Recht im Einklang mit dem Datenschutzrecht der Union erforderlich ist, verboten wird.
- (24) Für die Zwecke dieser Verordnung sollten die Spezifikationen des ICAO-Dokuments 9303 berücksichtigt werden, die die weltweite Interoperabilität — auch bei der Maschinenlesbarkeit und der Sichtprüfung — gewährleisten.

(*) Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2016/679/oj>).

- (25) Die Mitgliedstaaten sollten entscheiden können, ob auf Dokumenten, die unter diese Verordnung fallen, das Geschlecht erfasst wird. Beschließt ein Mitgliedstaat, das Geschlecht auf einem solchen Dokument zu erfassen, sollten entsprechend den Spezifikationen des ICAO-Dokuments 9303 die Optionen „F“, „M“ oder „X“ oder die entsprechende einzelne Initiale in der oder den Sprachen des betreffenden Mitgliedstaats verwendet werden.
- (26) Der Kommission sollten Durchführungsbefugnisse übertragen werden, um sicherzustellen, dass die künftigen, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1030/2002 des Rates ⁽⁵⁾ angenommenen Sicherheitsstandards und technischen Spezifikationen gegebenenfalls in Bezug auf Personalausweise und Aufenthaltskarten angemessen berücksichtigt werden. Diese Befugnisse sollten im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽⁶⁾ ausgeübt werden. Zu diesem Zweck sollte die Kommission von dem mit Artikel 6 der Verordnung (EG) Nr. 1683/95 des Rates ⁽⁷⁾ eingesetzten Ausschuss unterstützt werden. Falls erforderlich, um dem Risiko der Fälschung und Verfälschung vorzubeugen, sollten die Durchführungsrechtsakte geheim gehalten werden können.
- (27) Die Mitgliedstaaten sollten sicherstellen, dass angemessene und wirksame Verfahren für die Erfassung biometrischer Identifikatoren bestehen, die den in der Charta, in der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten des Europarats und im Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes verankerten Rechten und Grundsätzen entsprechen. Die Mitgliedstaaten sollten sicherstellen, dass das Kindeswohl während des gesamten Verfahrens der Erfassung Vorrang hat. Zu diesem Zweck sollte qualifiziertes Personal angemessene Schulungen über kinderfreundliche Verfahren zur Erfassung biometrischer Identifikatoren absolvieren.
- (28) Treten bei der Erfassung der biometrischen Identifikatoren Schwierigkeiten auf, sollten die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass geeignete Verfahren zur Wahrung der Würde der betroffenen Person vorhanden sind. Daher sollte auf geschlechtergerechtes Vorgehen geachtet werden und den spezifischen Bedürfnissen von Kindern und schutzbedürftigen Personen Rechnung getragen werden. Qualifiziertes Personal sollte über bewährte Verfahren für die Erfassung biometrischer Identifikatoren von Kindern und schutzbedürftigen Personen geschult werden.
- (29) Die Einführung von Mindeststandards für die Sicherheit und die Gestaltung von Personalausweisen sollte den Mitgliedstaaten ermöglichen, sich auf die Echtheit dieser Dokumente zu verlassen, wenn Unionsbürger ihr Recht auf Freizügigkeit ausüben. Mit der Einführung höherer Sicherheitsstandards sollten den öffentlichen und privaten Stellen ausreichende Garantien geboten werden, sodass sie sich auf die Echtheit von Personalausweisen, die von den Unionsbürgern für die Zwecke der Identifizierung vorgelegt werden, verlassen können.
- (30) Das Unterscheidungszeichen in Form eines zwei Buchstaben umfassenden Ländercodes des das Dokument ausstellenden Mitgliedstaats im Negativdruck in einem blauen Rechteck, umgeben von zwölf gelben Sternen, erleichtert die Sichtprüfung des Dokumentes, wenn der Inhaber sein Recht auf Freizügigkeit ausübt.
- (31) An der Möglichkeit, zusätzliche nationale Merkmale vorzusehen, wird zwar festgehalten, die Mitgliedstaaten sollten allerdings sicherstellen, dass diese Merkmale die Wirksamkeit der gemeinsamen Sicherheitsmerkmale nicht beeinträchtigen oder sich negativ auf die grenzübergreifende Kompatibilität der Personalausweise auswirken, damit beispielsweise Personalausweise auch von Maschinen in anderen Mitgliedstaaten als den ausstellenden Mitgliedstaaten gelesen werden können.
- (32) Die Einführung von Sicherheitsstandards für Personalausweise und Aufenthaltskarten für Familienangehörige, die nicht die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzen, sollte nicht zu einer unverhältnismäßigen Erhöhung der Gebühren für Unionsbürger oder Drittstaatsangehörige führen. Die Mitgliedstaaten sollten diesem Grundsatz Rechnung tragen, wenn sie Ausschreibungen veröffentlichen.
- (33) Die Mitgliedstaaten sollten alle Vorkehrungen treffen, die notwendig sind, damit der Inhaber eines Personalausweises anhand der biometrischen Daten korrekt identifiziert werden kann. Zu diesem Zweck könnten die Mitgliedstaaten erwägen, biometrische Identifikatoren, insbesondere das Gesichtsbild, durch die nationalen Behörden, die Personalausweise ausstellen, vor Ort aufnehmen und erfassen zu lassen.
- (34) Die Mitgliedstaaten sollten untereinander die Informationen austauschen, die für den Zugriff auf die Daten, die auf dem sicheren Speichermedium enthalten sind, sowie für deren Authentifizierung und Überprüfung notwendig sind. Die für das sichere Speichermedium verwendeten Formate sollten interoperabel sein, und zwar auch mit Blick auf automatisierte Grenzübergangsstellen.

⁽⁵⁾ Verordnung (EG) Nr. 1030/2002 des Rates vom 13. Juni 2002 zur einheitlichen Gestaltung des Aufenthaltstitels für Drittstaatenangehörige (ABl. L 157 vom 15.6.2002, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2002/1030/oj>).

⁽⁶⁾ Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren (ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2011/182/oj>).

⁽⁷⁾ Verordnung (EG) Nr. 1683/95 des Rates vom 29. Mai 1995 über eine einheitliche Visagegestaltung (ABl. L 164 vom 14.7.1995, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/1995/1683/oj>).

- (35) In der Richtlinie 2004/38/EG wird auf den Umstand eingegangen, dass Unionsbürgern und nicht die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzenden Familienangehörigen, die nicht über die erforderlichen Reisedokumente verfügen, jede angemessene Möglichkeit zu gewähren ist, mit anderen Mitteln nachzuweisen, dass sie das Recht auf Freizügigkeit genießen. Diese Möglichkeiten können vorläufige Identitätsdokumente sowie Aufenthaltskarten umfassen, die diesen Familienmitgliedern ausgestellt werden.
- (36) Diese Verordnung trägt den Verpflichtungen aus der Charta und dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen Rechnung. Daher sollten die Mitgliedstaaten mit der Kommission zusammenarbeiten, um die Aufnahme zusätzlicher Merkmale, die Personalausweise für Menschen mit Behinderungen — zum Beispiel Menschen mit Sehbehinderung — barrierefreier und nutzerfreundlicher machen, zu erreichen. Die Mitgliedstaaten sollten die Verwendung von mobilen Registrierungsgeräten und anderen Lösungen für die Ausstellung von Personalausweisen für Personen, die die für die Ausstellung von Personalausweisen zuständigen Behörden nicht aufsuchen können, prüfen.
- (37) Unionsbürgern ausgestellte Aufenthaltsdokumente sollten spezifische Informationen enthalten, die gewährleisten, dass sie in allen Mitgliedstaaten als Unionsbürger identifiziert werden. Dies sollte die Anerkennung der Wahrnehmung des Rechts auf Freizügigkeit durch Unionsbürger und der damit verbundenen Rechte erleichtern; die Harmonisierung sollte allerdings nicht über das zur Beseitigung der Schwachstellen der derzeitigen Dokumente angemessene Maß hinausgehen. Den Mitgliedstaaten steht es frei, in welchem Format diese Dokumente ausgestellt werden; sie könnten allerdings in einem Format ausgestellt werden, das den Spezifikationen des ICAO-Dokuments 9303 entspricht.
- (38) Bei Aufenthaltsdokumenten, die Familienangehörigen, die nicht die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzen, ausgestellt werden, sollten dieselbe Gestaltung und dieselben Sicherheitsmerkmale verwendet werden, wie sie in der Verordnung (EG) Nr. 1030/2002, geändert durch die Verordnung (EU) 2017/1954 des Europäischen Parlaments und des Rates⁽⁸⁾, vorgesehen sind. Ein solches Aufenthaltsdokument dient als Nachweis des Aufenthaltsrechts und befreit darüber hinaus den ansonsten visumpflichtigen Inhaber vom Visumerfordernis, wenn er einen Unionsbürger innerhalb des Gebiets der Union begleitet oder ihm nachzieht.
- (39) Nach der Richtlinie 2004/38/EG werden Dokumente, die Familienangehörigen, die nicht die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzen, ausgestellt werden, als „Aufenthaltskarte für Familienangehörige eines Unionsbürgers“ bezeichnet. Um die Identifizierung dieser Dokumente zu erleichtern, sollten Aufenthaltskarten für Familienangehörige eines Unionsbürgers einen Standardtitel und -code tragen.
- (40) Unter Berücksichtigung des Sicherheitsrisikos wie auch der den Mitgliedstaaten entstehenden Kosten sollten Personalausweise sowie Aufenthaltskarten für Familienangehörige eines Unionsbürgers, die nicht die Anforderungen dieser Verordnung erfüllen, aus dem Verkehr gezogen werden. Bei Dokumenten, denen wesentliche Sicherheitsmerkmale fehlen oder die nicht maschinenlesbar sind, ist aus Sicherheitsgründen eine kürzere Auslaufphase erforderlich.
- (41) In Bezug auf die im Rahmen der Anwendung dieser Verordnung zu verarbeitenden personenbezogenen Daten gilt die Verordnung (EU) 2016/679, einschließlich beispielsweise der Verpflichtung der Verantwortlichen und Auftragsverarbeiter, geeignete technische und organisatorische Maßnahmen zu ergreifen, um ein dem Risiko der Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten angemessenes Sicherheitsniveau zu gewährleisten. Es muss weiter präzisiert werden, welche Garantien für die verarbeiteten personenbezogenen Daten sowie insbesondere für sensible Daten wie beispielsweise biometrische Daten gelten. Die betroffenen Personen sollten darauf hingewiesen werden, dass ihre Dokumente mit einem den kontaktlosen Datenzugriff ermöglichenden Speichermedium, das die sie betreffenden biometrischen Daten enthält, versehen sind; außerdem sollten sie von allen Fällen in Kenntnis gesetzt werden, in denen die in ihren Personalausweisen und Aufenthaltsdokumenten erfassten Daten verwendet werden. In jedem Fall sollten die betroffenen Personen Zugang zu den personenbezogenen Daten haben, die in ihren Personalausweisen und Aufenthaltsdokumenten verarbeitet werden, und sie berichtigen lassen können, indem ein neues Dokument ausgestellt wird, wenn diese Daten falsch oder unvollständig sind. Das Speichermedium sollte hochsicher sein, und die auf ihm gespeicherten personenbezogenen Daten sollten wirksam vor unbefugtem Zugriff geschützt sein.
- (42) Die Mitgliedstaaten sollten gemäß der Verordnung (EU) 2016/679 für die ordnungsgemäße Verarbeitung biometrischer Daten verantwortlich sein, die von der Erfassung der Daten bis zu ihrer Aufnahme in das hochsichere Speichermedium reicht.
- (43) Die Mitgliedstaaten sollten besondere Vorsicht walten lassen, wenn sie mit einem externen Dienstleistungsanbieter zusammenarbeiten. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit sollte keine Befreiung der Mitgliedstaaten von der Haftung nach dem Unionsrecht oder dem nationalen Recht gewährt werden, was Verstöße gegen Pflichten im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten angeht.

⁽⁸⁾ Verordnung (EU) 2017/1954 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2017 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1030/2002 des Rates zur einheitlichen Gestaltung des Aufenthaltstitels für Drittstaatenangehörige (ABl. L 286 vom 1.11.2017, S. 9, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2017/1954/oj>).

- (44) In dieser Verordnung muss die Grundlage für die Erfassung und Speicherung von Daten auf dem Speichermedium von Personalausweisen und Aufenthaltsdokumenten festgelegt werden. Gemäß dem Unionsrecht oder dem nationalen Recht und unter Achtung der Grundsätze der Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit sollten die Mitgliedstaaten für elektronische Dienste oder sonstige Zwecke im Zusammenhang mit Personalausweisen oder Aufenthaltsdokumenten andere Daten auf einem Speichermedium speichern können. Die Verarbeitung solcher anderer Daten einschließlich ihrer Erfassung und die Zwecke, zu denen sie verwendet werden dürfen, sollten nach Unionsrecht oder nationalem Recht zulässig sein. Alle nationalen Daten sollten von den in dieser Verordnung genannten biometrischen Daten physisch oder logisch getrennt sein und gemäß der Verordnung (EU) 2016/679 verarbeitet werden.
- (45) Gemäß der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 13. April 2016 über bessere Rechtsetzung⁽⁹⁾ sollte die Kommission diese Verordnung innerhalb von sechs Jahren nach dem Geltungsbeginn unter anderem auf der Grundlage der Informationen, die im Rahmen spezifischer Monitoring-Regelungen eingeholt werden, um die tatsächlichen Auswirkungen der Verordnung zu beurteilen und zu prüfen, bewerten, ob es weiterer Maßnahmen bedarf. Für die Zwecke des Monitoring sollten die Mitgliedstaaten Statistiken über die Zahl der von ihnen aufgestellten Personalausweise und Aufenthaltsdokumente erstellen.
- (46) Da die Ziele dieser Verordnung, nämlich die Erhöhung der Sicherheit und die Erleichterung der Ausübung des Rechts auf Freizügigkeit von Unionsbürgern und ihren Familienangehörigen von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden können, sondern vielmehr wegen des Umfangs und der Wirkungen der Maßnahmen auf Unionsebene besser zu verwirklichen sind, kann die Union im Einklang mit dem in Artikel 5 EUV verankerten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Verordnung nicht über das für die Verwirklichung dieser Ziele erforderliche Maß hinaus.
- (47) Nach den Artikeln 1 und 2 des dem EUV und dem AEUV beigefügten Protokolls Nr. 22 über die Position Dänemarks beteiligt sich Dänemark nicht an der Annahme dieser Verordnung, die daher weder für Dänemark bindend noch Dänemark gegenüber anwendbar ist.
- (48) Nach Artikel 3 des dem EUV und dem AEUV beigefügten Protokolls Nr. 21 über die Position des Vereinigten Königreichs und Irlands hinsichtlich des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts hat Irland mit Schreiben vom 18. Oktober 2024 mitgeteilt, dass es sich an der Annahme und Anwendung dieser Verordnung beteiligen möchte.
- (49) Diese Verordnung steht im Einklang mit den Grundrechten und Grundsätzen, die insbesondere mit der Charta anerkannt wurden, darunter die Würde des Menschen, das Recht auf Unversehrtheit, das Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung, die Gleichheit vor dem Gesetz und die Nichtdiskriminierung, die Rechte des Kindes, die Rechte älterer Menschen sowie die Achtung des Privat- und Familienlebens, das Recht auf Schutz personenbezogener Daten, das Recht auf Freizügigkeit und das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf. Die Mitgliedstaaten sollten bei der Durchführung dieser Verordnung der Charta Rechnung tragen.
- (50) Der Europäische Datenschutzbeauftragte wurde gemäß Artikel 42 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates⁽¹⁰⁾ angehört und hat am 13. September 2024 eine Stellungnahme abgegeben —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

KAPITEL I

Gegenstand, Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen

Artikel 1

Gegenstand

Mit dieser Verordnung werden die Sicherheitsstandards für Personalausweise verschärft, die die Mitgliedstaaten ihren Staatsangehörigen ausstellen, und für Aufenthaltsdokumente, die die Mitgliedstaaten Unionsbürgern und deren Familienangehörigen ausstellen, die ihr Recht auf Freizügigkeit in der Union ausüben.

⁽⁹⁾ ABl. L 123 vom 12.5.2016, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/agree_interinstitut/2016/512/oj.

⁽¹⁰⁾ Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 39, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2018/1725/oj>).

*Artikel 2***Anwendungsbereich**

Diese Verordnung gilt für:

- a) Personalausweise, die die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 4 Absatz 3 der Richtlinie 2004/38/EG ihren Staatsangehörigen ausstellen;
- b) Anmeldebescheinigungen, die sich länger als drei Monate in einem Aufnahmemitgliedstaat aufhaltenden Unionsbürgern gemäß Artikel 8 der Richtlinie 2004/38/EG ausgestellt werden, und Dokumente zur Bescheinigung des Daueraufenthalts, die Unionsbürgern gemäß Artikel 19 der Richtlinie 2004/38/EG auf Antrag ausgestellt werden;
- c) Aufenthaltskarten, die nicht die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzenden Familienangehörigen von Unionsbürgern gemäß Artikel 10 der Richtlinie 2004/38/EG ausgestellt werden, und Daueraufenthaltskarten, die nicht die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzenden Familienangehörigen von Unionsbürgern gemäß Artikel 20 der Richtlinie 2004/38/EG ausgestellt werden.

Diese Verordnung gilt nicht für vorläufig ausgestellte Identitätsdokumente mit einem Gültigkeitszeitraum von höchstens sechs Monaten.

*KAPITEL II***Nationale Personalausweise***Artikel 3***Sicherheitsstandards/Gestaltung/Spezifikationen**

(1) Die von den Mitgliedstaaten ausgestellten Personalausweise werden im ID-1-Format hergestellt und sind mit einer maschinenlesbaren Zone (MRZ) ausgestattet. Diese Personalausweise basieren auf den Spezifikationen und Mindestsicherheitsstandards des ICAO-Dokuments 9303 und entsprechen den Anforderungen der Buchstaben c, d, f und g des Anhangs der Verordnung (EG) Nr. 1030/2002, geändert durch die Verordnung (EU) 2017/1954.

(2) Die Datenelemente von Personalausweisen entsprechen den Spezifikationen des Teils 5 des ICAO-Dokuments 9303.

Abweichend von Unterabsatz 1 kann die Dokumentennummer in Zone I erfasst werden, und die Angabe des Geschlechts ist optional.

(3) Auf dem Dokument erscheint der Titel „Personalausweis“ oder eine andere bereits etablierte nationale Bezeichnung in der Amtssprache oder den Amtssprachen des ausstellenden Mitgliedstaats sowie das Wort „Personalausweis“ in mindestens einer weiteren Amtssprache der Union.

(4) Auf der Vorderseite des Personalausweises erscheint der zwei Buchstaben umfassende Ländercode des ausstellenden Mitgliedstaats im Negativdruck in einem blauen Rechteck, umgeben von zwölf gelben Sternen.

(5) Die Personalausweise sind mit einem hochsicheren Speichermedium ausgestattet, das biometrische Daten, nämlich ein Gesichtsbild des Personalausweisinhabers und zwei Fingerabdrücke, in interoperablen digitalen Formaten, enthält. Bei der Erfassung dieser beiden Arten von biometrischen Identifikatoren wenden die Mitgliedstaaten die technischen Spezifikationen gemäß dem Durchführungsbeschluss C(2018) 7767 der Kommission ⁽¹¹⁾ in der durch den Durchführungsbeschluss C(2021) 3726 der Kommission geänderten Fassung ⁽¹²⁾ an.

(6) Das Speichermedium weist eine ausreichende Kapazität auf und ist geeignet, die Integrität, die Authentizität und die Vertraulichkeit der Daten sicherzustellen. Auf die gespeicherten Daten kann kontaktlos zugegriffen werden, und sie werden nach Maßgabe des Durchführungsbeschlusses C(2018) 7767 in der durch den Durchführungsbeschluss C(2021) 3726 geänderten Fassung gesichert. Die Mitgliedstaaten tauschen untereinander die Informationen aus, die für die Authentifizierung des Speichermediums und den Zugriff auf und die Überprüfung der in Absatz 5 genannten biometrischen Daten notwendig sind.

⁽¹¹⁾ Durchführungsbeschluss C(2018) 7767 der Kommission vom 30. November 2018 zur Festlegung der technischen Spezifikationen für die einheitliche Gestaltung des Aufenthaltstitels für Drittstaatsangehörige und zur Aufhebung des Beschlusses K(2002) 3069.

⁽¹²⁾ Durchführungsbeschluss C(2021) 3726 der Kommission vom 4. Juni 2021 zur Änderung des Anhangs III des Durchführungsbeschlusses C(2018) 7767 in Bezug auf die Liste der Verweise auf Normen und Standards.

(7) Kinder unter zwölf Jahren können von der Pflicht zur Abgabe von Fingerabdrücken befreit werden.

Kinder unter sechs Jahren sind von der Pflicht zur Abgabe von Fingerabdrücken befreit.

Personen, bei denen eine Abnahme von Fingerabdrücken physisch nicht möglich ist, sind von der Pflicht zur Abgabe von Fingerabdrücken befreit.

(8) Sofern zur Erreichung des angestrebten Ziels erforderlich und angemessen, können die Mitgliedstaaten für den innerstaatlichen Gebrauch nach dem nationalen Recht vorgeschriebene Hinweise und Bemerkungen eintragen. Die Wirksamkeit der Mindestsicherheitsstandards und die grenzübergreifende Kompatibilität der Personalausweise dürfen dadurch nicht beeinträchtigt werden.

(9) Nehmen die Mitgliedstaaten ein Dual Interface oder ein gesondertes Speichermedium in den Personalausweis auf, so muss das zusätzliche Speichermedium den einschlägigen ISO-Normen entsprechen und darf keine Interferenzen mit dem in Absatz 5 genannten Speichermedium bewirken.

(10) Speichern die Mitgliedstaaten im Personalausweis Daten für elektronische Dienste wie elektronische Behördendienste und den elektronischen Geschäftsverkehr, so müssen diese nationalen Daten von den in Absatz 5 genannten biometrischen Daten physisch oder logisch getrennt sein.

(11) Versehen die Mitgliedstaaten den Personalausweis mit zusätzlichen Sicherheitsmerkmalen, so darf das die grenzübergreifende Kompatibilität eines solchen Personalausweises und die Wirksamkeit der Mindestsicherheitsstandards nicht beeinträchtigen.

Artikel 4

Gültigkeitsdauer

(1) Personalausweise sind mindestens fünf und höchstens zehn Jahre gültig.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die Mitgliedstaaten folgende Gültigkeitsdauer vorsehen:

a) weniger als fünf Jahre bei Personalausweisen für Minderjährige;

b) in Ausnahmefällen weniger als fünf Jahre bei Personalausweisen für Personen, die sich in besonderen und begrenzten Umständen befinden, wenn die Gültigkeitsdauer gemäß dem Unionsrecht und dem nationalen Recht begrenzt wird;

c) länger als zehn Jahre bei Personalausweisen für Personen, die mindestens 70 Jahre alt sind.

(3) Die Mitgliedstaaten stellen einen Personalausweis mit einer Gültigkeitsdauer von zwölf Monaten oder weniger aus, wenn vorübergehend aus physischen Gründen von keinem der Finger des Antragstellers Fingerabdrücke genommen werden können.

Artikel 5

Auslaufregelung

(1) Personalausweise, die den Anforderungen des Artikels 3 nicht entsprechen, verlieren ihre Gültigkeit mit Ablauf ihrer Gültigkeitsdauer oder am 3. August 2031, je nachdem, welcher Zeitpunkt früher eintritt.

(2) Abweichend von Absatz 1 gilt Folgendes:

a) Personalausweise, die den Mindestsicherheitsstandards des Teils 2 des ICAO-Dokuments 9303 nicht entsprechen oder die keine funktionale maschinenlesbare Zone gemäß Absatz 3 enthalten, verlieren ihre Gültigkeit mit Ablauf ihrer Gültigkeitsdauer oder am 3. August 2026, je nachdem, welcher Zeitpunkt früher eintritt;

b) Personalausweise für Personen, die am 2. August 2021 mindestens 70 Jahre alt sind, die den Mindestsicherheitsstandards des Teils 2 des ICAO-Dokuments 9303 entsprechen und die eine funktionale maschinenlesbare Zone gemäß Absatz 3 enthalten, verlieren ihre Gültigkeit mit Ablauf ihrer Gültigkeitsdauer.

(3) Für die Zwecke des Absatzes 2 bezeichnet der Begriff „funktionale maschinenlesbare Zone“

a) eine maschinenlesbare Zone gemäß dem ICAO-Dokument 9303 oder

b) jede andere maschinenlesbare Zone, wobei der ausstellende Mitgliedstaat die Vorgaben für das Auslesen und die Anzeige der darin enthaltenen Informationen bekanntgibt.

KAPITEL III

Aufenthaltsdokumente für Unionsbürger

Artikel 6

Mindestangaben

Wenn die Mitgliedstaaten Unionsbürgern Aufenthaltsdokumente ausstellen, enthalten diese mindestens folgende Angaben:

- a) den Titel des Dokuments in der Amtssprache oder den Amtssprachen des betreffenden Mitgliedstaats und in mindestens einer weiteren Amtssprache der Union;
- b) einen eindeutigen Vermerk, dass das Dokument einem Unionsbürger gemäß der Richtlinie 2004/38/EG ausgestellt wurde;
- c) die Dokumentennummer;
- d) den Namen (Nachname und Vorname(n)) des Inhabers;
- e) das Geburtsdatum des Inhabers;
- f) die Angaben, die in Anmeldebescheinigungen und Dokumenten zur Bescheinigung des Daueraufenthalts gemäß Artikel 8 bzw. Artikel 19 der Richtlinie 2004/38/EG aufgenommen werden;
- g) die ausstellende Behörde;
- h) auf der Vorderseite den zwei Buchstaben umfassenden Ländercode des ausstellenden Mitgliedstaats im Negativdruck in einem blauen Rechteck, umgeben von zwölf gelben Sternen.

Beschließt ein Mitgliedstaat, dass Fingerabdrücke abgenommen werden, so gilt Artikel 3 Absatz 7 entsprechend.

KAPITEL IV

Aufenthaltskarten für Familienangehörige, die nicht die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzen

Artikel 7

Einheitliche Gestaltung

(1) Bei der Ausstellung von Aufenthaltskarten für nicht die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzende Familienangehörige von Unionsbürgern legen die Mitgliedstaaten dieselbe Gestaltung zugrunde, wie sie mit der Verordnung (EG) Nr. 1030/2002, geändert durch die Verordnung (EU) 2017/1954 und durchgeführt mit dem Durchführungsbeschluss C(2018) 7767 in der durch den Durchführungsbeschluss C(2021) 3726 geänderten Fassung, festgelegt wurde.

(2) Abweichend von Absatz 1 trägt eine Karte den Titel „Aufenthaltskarte“ oder „Daueraufenthaltskarte“. Die Mitgliedstaaten geben dabei an, dass diese Dokumente für Familienangehörige von Unionsbürgern gemäß der Richtlinie 2004/38/EG ausgestellt werden. Für diesen Zweck verwenden die Mitgliedstaaten den standardisierten Code „EU-Familienangehöriger Art 10 RL 2004/38/EG“ oder „EU-Familienangehöriger Art 20 RL 2004/38/EG“ im Datenfeld [10] gemäß dem Anhang der Verordnung (EG) Nr. 1030/2002, geändert durch die Verordnung (EU) 2017/1954.

(3) Die Mitgliedstaaten können gemäß dem nationalen Recht Daten für den innerstaatlichen Gebrauch eintragen. Bei der Eintragung und Speicherung solcher Daten beachten die Mitgliedstaaten die Anforderungen des Artikels 4 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1030/2002, geändert durch die Verordnung (EU) 2017/1954.

Artikel 8

Auslaufregelung für bestehende Aufenthaltskarten

(1) Aufenthaltskarten für nicht die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzende Familienangehörige von Unionsbürgern, die nicht den Anforderungen des Artikels 7 entsprechen, verlieren ihre Gültigkeit mit Ablauf ihrer Gültigkeitsdauer oder am 3. August 2026, je nachdem, welcher Zeitpunkt früher eintritt.

(2) Abweichend von Absatz 1 gilt Folgendes:

- a) Aufenthaltskarten für nicht die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzende Familienangehörige von Unionsbürgern, die den Mindestsicherheitsstandards von Teil 2 des ICAO-Dokuments 9303 nicht entsprechen oder die keine funktionale maschinenlesbare Zone gemäß dem ICAO-Dokument 9303 aufweisen, sind ungültig;

- b) Aufenthaltskarten, die nicht den Anforderungen des Artikels 7 entsprechen, jedoch den Mindestsicherheitsstandards von Teil 2 des ICAO-Dokuments 9303 und den Anforderungen der Buchstaben c und g des Anhangs der Verordnung (EG) Nr. 1030/2002, geändert durch die Verordnung (EU) 2017/1954, entsprechen, verlieren ihre Gültigkeit mit Ablauf ihrer Gültigkeitsdauer oder am 3. August 2031, je nachdem, welcher Zeitpunkt früher eintritt.

KAPITEL V

Gemeinsame Bestimmungen

Artikel 9

Kontaktstellen

(1) Jeder Mitgliedstaat benennt mindestens eine zentrale Behörde, die als Kontaktstelle für die Durchführung dieser Verordnung dient. Benennt ein Mitgliedstaat mehr als eine zentrale Behörde, so teilt er mit, welche dieser Behörden als Kontaktstelle für die Durchführung dieser Verordnung fungiert. Er teilt der Kommission und den anderen Mitgliedstaaten den Namen dieser Behörde mit. Wechselt ein Mitgliedstaat die benannte Behörde, so setzt er die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten davon in Kenntnis.

(2) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Kontaktstellen die relevanten Informations- und Unterstützungsdienste auf Unionsebene, die über das einheitliche digitale Zugangstor gemäß der Verordnung (EU) 2018/1724 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽¹³⁾ zur Verfügung stehen, kennen und mit ihnen zusammenarbeiten können.

Artikel 10

Erfassung biometrischer Identifikatoren

(1) Biometrische Identifikatoren werden ausschließlich durch qualifiziertes und ordnungsgemäß befugtes Personal erfasst, das von den für die Ausstellung der Personalausweise oder Aufenthaltskarten zuständigen Behörden benannt wird; diese Erfassung erfolgt zum Zwecke der Aufnahme in ein hochsicheres Speichermedium gemäß Artikel 3 Absatz 5 bei Personalausweisen bzw. gemäß Artikel 7 Absatz 1 bei Aufenthaltskarten. Abweichend von Satz 1 werden Fingerabdrücke ausschließlich von qualifiziertem und ordnungsgemäß befugtem Personal dieser Behörden erfasst, es sei denn, es handelt sich um Anträge, die bei den diplomatischen und konsularischen Behörden des Mitgliedstaats eingereicht wurden.

Um die Übereinstimmung der biometrischen Identifikatoren mit der Identität des Antragstellers zu gewährleisten, muss der Antragsteller während des Ausstellungsverfahrens für jeden Antrag mindestens einmal persönlich erscheinen.

(2) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass angemessene und wirksame Verfahren für die Erfassung biometrischer Identifikatoren bestehen, und dass diese Verfahren den in der Charta, in der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten und im Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes verankerten Rechten und Grundsätzen entsprechen.

Treten bei der Erfassung der biometrischen Identifikatoren Schwierigkeiten auf, stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass geeignete Verfahren zur Wahrung der Würde der betroffenen Person vorhanden sind.

(3) Biometrische Identifikatoren, die für den Zweck der Personalisierung von Personalausweisen oder Aufenthaltsdokumenten gespeichert werden, werden auf eine hochsichere Weise und nicht länger als 90 Tage ab dem Datum der Ausstellung gespeichert. Nach diesem Zeitraum werden diese biometrischen Identifikatoren umgehend gelöscht oder vernichtet. Dies gilt unbeschadet ihrer Vorratsspeicherung, sofern diese nach Unionsrecht oder nationalem Recht im Einklang mit dem Datenschutzrecht der Union erforderlich ist.

Artikel 11

Schutz personenbezogener Daten und Haftung

(1) Unbeschadet der Verordnung (EU) 2016/679 gewährleisten die Mitgliedstaaten die Sicherheit, Integrität, Echtheit und vertrauliche Behandlung der für die Zwecke der vorliegenden Verordnung erfassten, abgerufenen und gespeicherten Daten.

(2) Für die Zwecke dieser Verordnung gelten die für die Ausstellung von Personalausweisen und Aufenthaltsdokumenten zuständigen Behörden als der Verantwortliche gemäß Artikel 4 Nummer 7 der Verordnung (EU) 2016/679, und sind für die Verarbeitung personenbezogener Daten verantwortlich.

⁽¹³⁾ Verordnung (EU) 2018/1724 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Oktober 2018 über die Einrichtung eines einheitlichen digitalen Zugangstors zu Informationen, Verfahren, Hilfs- und Problemlösungsdiensten und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2018/1724/oj>).

(3) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die Aufsichtsbehörden ihren Aufgaben gemäß der Verordnung (EU) 2016/679 umfassend nachkommen können, was den Zugang zu allen personenbezogenen Daten und allen erforderlichen Informationen sowie zu den Räumlichkeiten oder Datenverarbeitungsgeräten der zuständigen Behörden einschließt.

(4) Durch die Zusammenarbeit mit externen Dienstleistungsanbietern wird ein Mitgliedstaat nicht von der Haftung nach dem Unionsrecht oder dem nationalen Recht für Verstöße gegen Pflichten im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten befreit.

(5) Maschinenlesbare Informationen dürfen nur gemäß dieser Verordnung oder dem nationalen Recht des ausstellenden Mitgliedstaats in einen Personalausweis oder ein Aufenthaltsdokument aufgenommen werden.

(6) Auf das auf dem Speichermedium von Personalausweisen und Aufenthaltsdokumenten gespeicherte Gesichtsbild des Inhabers darf nur von ordnungsgemäß befugtem Personal der zuständigen nationalen Behörden, Agenturen der Union und privaten Stellen und im Einklang mit dem Datenschutzrecht der Union zugegriffen werden, um

- a) den Personalausweis oder das Aufenthaltsdokument auf seine Echtheit zu überprüfen,
- b) die Identität des Inhabers anhand direkt verfügbarer abgleichbarer Merkmale zu überprüfen, wenn die Vorlage des Personalausweises oder Aufenthaltsdokuments gesetzlich vorgeschrieben ist.

Für den Zugriff privater Stellen auf das Gesichtsbild ist auch die Einwilligung des Inhabers erforderlich, es sei denn, der Zugriff ist unabhängig von der Einwilligung für die in Unterabsatz 1 festgelegten Zwecke unbedingt erforderlich und im Unionsrecht oder im nationalen Recht im Einklang mit dem Datenschutzrecht der Union vorgesehen.

Das Gesichtsbild, auf das gemäß Unterabsatz 1 zugegriffen wird, darf nicht gespeichert werden, es sei denn, seine Weiterverarbeitung ist für die in Unterabsatz 1 festgelegten Zwecke erforderlich und im Unionsrecht oder im nationalen Recht im Einklang mit dem Datenschutzrecht der Union vorgesehen. Das Gesichtsbild darf nicht länger als für diese Zwecke erforderlich gespeichert werden; andernfalls wird es gelöscht, sobald die in Unterabsatz 1 genannte Überprüfung abgeschlossen ist, und darf nicht an Drittländer oder internationale Organisationen übermittelt werden, es sei denn, dies ist nach dem Datenschutzrecht der Union zulässig.

(7) Auf die beiden auf dem Speichermedium von Personalausweisen und Aufenthaltsdokumenten gespeicherten Fingerabdrücke des Inhabers darf nur dann zugegriffen werden, wenn dies

- a) für die in Absatz 6 Unterabsatz 1 festgelegten Zwecke erfolgt,
- b) im Einklang mit dem Datenschutzrecht der Union steht,
- c) durch ordnungsgemäß befugtes Personal der zuständigen nationalen Behörden und Agenturen der Union erfolgt und
- d) die Vorlage des Dokuments nach Unionsrecht oder nationalem Recht vorgeschrieben ist.

Die beiden Fingerabdrücke, auf die gemäß diesem Absatz zugegriffen wird, werden nicht gespeichert.

Artikel 12

Monitoring

(1) Bis zum 11. Juli 2026 erstellt die Kommission ein ausführliches Programm für das Monitoring der Leistungen, Ergebnisse und Auswirkungen dieser Verordnung, einschließlich ihrer Auswirkungen auf die Grundrechte.

(2) In dem Monitoring-Programm werden die Instrumente benannt, mit denen Daten und sonstige erforderliche Nachweise zu erfassen sind, und die Zeitabstände der Erfassung angegeben. Darin wird auch festgelegt, welche Maßnahmen die Kommission und die Mitgliedstaaten bei der Erfassung und Auswertung der Daten und sonstigen Nachweise zu ergreifen haben.

(3) Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission die für das Monitoring erforderlichen Daten und sonstigen Nachweise.

Artikel 13

Bewertung

(1) Bis zum 11. Juli 2031 führt die Kommission eine Bewertung dieser Verordnung durch und legt dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss einen Bericht mit den wichtigsten Ergebnissen vor. Der Schwerpunkt des Berichts liegt insbesondere auf

- a) den Auswirkungen dieser Verordnung auf die Grundrechte;
 - b) der Mobilität der Unionsbürger;
 - c) der Wirksamkeit der biometrischen Überprüfung für die Gewährleistung der Sicherheit der Reisedokumente;
 - d) einer möglichen weiteren visuellen Vereinheitlichung der Personalausweise;
 - e) der Notwendigkeit, die Sicherheitsmerkmale von Aufenthaltsdokumenten weiter zu vereinheitlichen.
- (2) Die Mitgliedstaaten und die einschlägigen Agenturen der Union übermitteln der Kommission die für die Ausarbeitung dieses Berichts erforderlichen Informationen.

Artikel 14

Zusätzliche technische Spezifikationen

(1) Um gegebenenfalls die erforderliche Übereinstimmung der in Artikel 2 Buchstaben a und c genannten Personalausweise und Aufenthaltsdokumente mit künftigen Mindestsicherheitsstandards zu gewährleisten, legt die Kommission im Wege von Durchführungsrechtsakten zusätzliche technische Spezifikationen zu Folgendem fest:

- a) zusätzliche Sicherheitsmerkmale und -anforderungen, einschließlich höherer Standards zum Schutz vor Fälschung, Verfälschung und Nachahmung;
- b) technische Spezifikationen für das Speichermedium der biometrischen Daten gemäß Artikel 3 Absatz 5 und deren Sicherung, einschließlich der Verhinderung des unbefugten Zugriffs und einer Erleichterung der Validierung;
- c) Qualitätsanforderungen an und gemeinsame technische Standards für das Gesichtsbild und die Fingerabdrücke.

Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 15 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen.

(2) Nach dem in Artikel 15 Absatz 2 genannten Verfahren kann beschlossen werden, dass die Spezifikationen gemäß dem vorliegenden Artikel geheim und nicht zu veröffentlichen sind. In diesem Fall werden sie ausschließlich den von den Mitgliedstaaten für den Druck benannten Stellen sowie Personen zugänglich gemacht, die von einem Mitgliedstaat oder der Kommission hierzu ordnungsgemäß ermächtigt worden sind.

(3) Jeder Mitgliedstaat benennt eine Stelle, die für den Druck der Personalausweise, und eine Stelle, die für den Druck der Aufenthaltskarten für Familienangehörige von Unionsbürgern zuständig ist, und teilt der Kommission und den anderen Mitgliedstaaten die Namen dieser Stellen mit. Die Mitgliedstaaten sind berechtigt, andere Stellen als die zunächst benannte zu benennen; sie informieren die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten entsprechend.

Die Mitgliedstaaten können auch beschließen, eine einzige zuständige Stelle für den Druck von Personalausweisen und von Aufenthaltskarten für Familienangehörige von Unionsbürgern zu benennen; sie teilen der Kommission und den anderen Mitgliedstaaten den Namen dieser Stelle mit.

Zwei oder mehr Mitgliedstaaten können auch eine einzige Stelle für diese Zwecke benennen; sie informieren die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten entsprechend.

Artikel 15

Ausschussverfahren

(1) Die Kommission wird von dem mit Artikel 6 der Verordnung (EG) Nr. 1683/95 eingesetzten Ausschuss unterstützt. Dieser Ausschuss ist ein Ausschuss im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.

(2) Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gilt Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.

Gibt der Ausschuss keine Stellungnahme ab, so erlässt die Kommission den Entwurf des Durchführungsrechtsaktes nicht, und Artikel 5 Absatz 4 Unterabsatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 findet Anwendung.

Artikel 16

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt gemäß den Verträgen unmittelbar in den Mitgliedstaaten.

Geschehen zu Luxemburg am 12. Juni 2025.

Im Namen des Rates

Der Präsident

A. BODNAR



2025/1222

20.6.2025

DELEGIERTE VERORDNUNG (EU) 2025/1222 DER KOMMISSION

vom 2. April 2025

**zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates
hinsichtlich der harmonisierten Einstufung und Kennzeichnung bestimmter Stoffe**

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen, zur Änderung und Aufhebung der Richtlinien 67/548/EWG und 1999/45/EG und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 37 Absatz 5,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Tabelle 3 in Anhang VI Teil 3 der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 enthält eine Liste von harmonisierten Einstufungen und Kennzeichnungen gefährlicher Stoffe auf Basis der Kriterien gemäß Anhang I Teile 2 bis 5 jener Verordnung.
- (2) Der Europäischen Chemikalienagentur (im Folgenden „Agentur“) wurden gemäß Artikel 37 der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 Vorschläge zur Einführung harmonisierter Einstufungen und Kennzeichnungen bestimmter Stoffe sowie zur Aktualisierung der harmonisierten Einstufungen und Kennzeichnungen bestimmter anderer Stoffe unterbreitet. Unter Berücksichtigung der Bemerkungen der Betroffenen verabschiedete der Ausschuss für Risikobeurteilung (RAC) der Agentur die folgenden Stellungnahmen ⁽²⁾ zu diesen Vorschlägen:
 - Stellungnahme vom 16. März 2023 betreffend 2-Ethylhexansäure, Monoester mit Propan-1,2-diol;
 - Stellungnahme vom 16. März 2023 betreffend wässrigen Extrakt aus gekeimten Samenkörnern der Süßlupine *Lupinus albus*;
 - Stellungnahme vom 16. März 2023 betreffend N-1-Naphthylanilin; N-Phenyl-1-naphthylamin;
 - Stellungnahme vom 16. März 2023 betreffend Propyl-4-hydroxybenzoat;
 - Stellungnahme vom 16. März 2023 betreffend α,α' -Propylendinitrilodi-o-kresol;
 - Stellungnahme vom 16. März 2023 betreffend Ozon;
 - Stellungnahme vom 16. März 2023 betreffend Distickstoffoxid;
 - Stellungnahme vom 16. März 2023 betreffend Tetraeisen(tris(pyrophosphat)); Eisenpyrophosphat;
 - Stellungnahme vom 16. März 2023 betreffend 2-Phenylpropen; α -Methylstyrol;
 - Stellungnahme vom 16. März 2023 betreffend Tetraphosphortrisulfid; Phosphorsesquisulfid;

⁽¹⁾ ABl. L 353 vom 31.12.2008, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2008/1272/oj>.

⁽²⁾ Die Stellungnahmen können hier eingesehen werden: https://echa.europa.eu/registry-of-clh-intentions-until-outcome/-/dislist/name/-/ecNumber/-/casNumber/-/dte_receiptFrom/-/dte_receiptTo/-/prc_public_status/Opinion+Adopted/dte_withdrawnFrom/-/dte_withdrawnTo/-/sbm_expected_submissionFrom/-/sbm_expected_submissionTo/-/dte_finalise_deadlineFrom/-/dte_finalise_deadlineTo/-/haz_additional_hazard/-/lec_submitter/-/dte_assessmentFrom/-/dte_assessmentTo/-/prc_regulatory_programme/-/.

- Stellungnahme vom 16. März 2023 betreffend Pethoxamid (ISO); 2-Chlor-N-(2-ethoxyethyl)-N-(2-methyl-1-phenylprop-1-enyl)acetamid;
- Stellungnahme vom 8. Juni 2023 betreffend 1,1-Dichlorethylen; Vinylidenchlorid;
- Stellungnahme vom 8. Juni 2023 betreffend Bixlozone (ISO); 2-(2,4-Dichlorbenzyl)-4,4-dimethyl-1,2-oxazolidin-3-on;
- Stellungnahme vom 8. Juni 2023 betreffend 9-Octadecensäure (Z)-, sulfoniert, Kaliumsalze [1]; Reaktionsprodukte aus Fettsäuren, C18 (ungesättigt) Alkyl mit Schwefeltrioxid, Kaliumsalze [2]; 9(oder 10)-Sulfooctadecensäure, Kaliumsalz [3];
- Stellungnahme vom 8. Juni 2023 betreffend Bariumbis[2-chlor-5-[(2-hydroxy-1-naphthyl)azo]toluol-4-sulfonat]; C.I. Pigment Red 53:1;
- Stellungnahme vom 8. Juni 2023 betreffend Bariumchromat;
- Stellungnahme vom 8. Juni 2023 betreffend *Chrysanthemum cinerariaefolium*, Extrakt aus offenen und reifen *Tanacetum-cinerariifolium*-Blüten, mit Kohlenwasserstoff-Lösungsmittel gewonnen;
- Stellungnahme vom 8. Juni 2023 betreffend *Chrysanthemum cinerariaefolium*, Extrakt aus offenen und reifen *Tanacetum-cinerariifolium*-Blüten, mit überkritischem CO₂ gewonnen;
- Stellungnahme vom 8. Juni 2023 betreffend Fluorethylen;
- Stellungnahme vom 8. Juni 2023 betreffend Tetrahydrofurfurylmethacrylat;
- Stellungnahme vom 8. Juni 2023 betreffend 2,3-Epoxypropylisopropylether;
- Stellungnahme vom 8. Juni 2023 betreffend Trimethylphosphat;
- Stellungnahme vom 8. Juni 2023 betreffend 3-Isocyanatomethyl-3,5,5-trimethylcyclohexylisocyanat; Isophorondiisocyanat;
- Stellungnahme vom 8. Juni 2023 betreffend 2-Brom-2-(brommethyl)pentandinitril; [DBDCB];
- Stellungnahme vom 8. Juni 2023 betreffend Folpet (ISO); N-(Trichlormethylthio)phthalimid;
- Stellungnahme vom 14. September 2023 betreffend 2-Brom-3,3,3-trifluor-1-propen;
- Stellungnahme vom 14. September 2023 betreffend Clopyralid (ISO); 3,6-Dichlorpyridin-2-carbonsäure;
- Stellungnahme vom 14. September 2023 betreffend 3-Iod-2-propinylbutylcarbamat; 3-Iodprop-2-in-1-yl-butylcarbamat;
- Stellungnahme vom 14. September 2023 betreffend Captan (ISO); 1,2,3,6-Tetrahydro-N-(trichlormethylthio)phthalimid;
- Stellungnahme vom 14. September 2023 betreffend Dinotefuran (ISO); (RS)-1-Methyl-2-nitro-3-(tetrahydro-3-furylmethyl)guanidin;
- Stellungnahme vom 14. September 2023 betreffend Methyloct-2-inoat;
- Stellungnahme vom 14. September 2023 betreffend Proquinazid (ISO); 6-Iod-2-propoxy-3-propylchinazolin-4(3H)-on;
- Stellungnahme vom 14. September 2023 betreffend 2,3-Epoxypropyl-o-tolyether;
- Stellungnahme vom 14. September 2023 betreffend 2-Methyl-2H-isothiazol-3-on-Hydrochlorid; 2-Methyl-2,3-dihydro-1,2-thiazol-3-on-Hydrochlorid.

- (3) Die Kommission hat zusätzliche Informationen von Interessenträgern erhalten, die die wissenschaftliche Bewertung anfechten, die in der Stellungnahme des RAC vom 16. März 2023 betreffend Distickstoffoxid dargelegt wurde. Die zusätzlichen Informationen wurden von der Kommission geprüft und es wurde festgestellt, dass sie nicht ausreichen, um die wissenschaftliche Bewertung in den RAC-Stellungnahmen anzuzweifeln.
- (4) In Anbetracht der Stellungnahmen des RAC ist es angezeigt, die harmonisierte Einstufung und Kennzeichnung der betreffenden Stoffe auf der Grundlage der in diesen Stellungnahmen vorgenommenen Bewertung und im Anschluss an die weitere Bewertung durch die Kommission einzuführen oder zu aktualisieren.
- (5) Die Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 sollte daher entsprechend geändert werden.
- (6) Die Einhaltung der neuen oder aktualisierten harmonisierten Einstufungen sollte nicht unverzüglich verlangt werden, da ein gewisser Zeitraum erforderlich ist, damit die Lieferanten die Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen an die neue oder aktualisierte Einstufung anpassen und noch vorhandene Bestände gemäß den bisher geltenden regulatorischen Anforderungen verkaufen können. Ein solcher Zeitraum ist auch notwendig, damit die Lieferanten genug Zeit haben, die Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, damit andere rechtliche Anforderungen nach den Änderungen gemäß dieser Verordnung weiterhin eingehalten werden. Die Lieferanten sollten jedoch die mit dieser Verordnung eingeführten oder aktualisierten Einstufungs-, Kennzeichnungs- und Verpackungsvorschriften vor ihrem Geltungsbeginn auf freiwilliger Basis anwenden können, damit ein hohes Schutzniveau für die menschliche Gesundheit und die Umwelt gewährleistet und den Lieferanten genügend Flexibilität eingeräumt wird —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Anhang VI der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 wird entsprechend dem Anhang der vorliegenden Verordnung geändert.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Sie gilt ab dem 1. Februar 2027.

Lieferanten können Stoffe und Gemische jedoch ab dem Datum des Inkrafttretens der vorliegenden Verordnung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 in der durch die vorliegende Verordnung geänderten Fassung einstufen, kennzeichnen und verpacken.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 2. April 2025

Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN

ANHANG

Anhang VI Teil 3 Tabelle 3 der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 wird wie folgt geändert:

1. Die folgenden Einträge werden in der Reihenfolge der den einzelnen Einträgen entsprechenden Indexnummern eingefügt:

Index-Nr.	Chemische Bezeichnung	EG-Nr.	CAS-Nr.	Einstufung		Kennzeichnung			Spezifische Konzentrationsgrenzen, M-Faktoren und ATE	Anmerkungen
				Kodierung der Gefahrenklassen und -kategorien	Kodierung der Gefahrenhinweise	Piktogramm, Kodierung der Signalworte	Kodierung der Gefahrenhinweise	Kodierung der ergänzenden Gefahrenmerkmale		
„607-776-00-5	2-Ethylhexansäure, Monoester mit Propan-1,2-diol	285-503-5	85114-00-7	Repr. 1B	H360D	GHS08 Dgr	H360D“			
„612-300-00-4	N-1-Naphthylanilin; N-Phenyl-1-naphthylamin	201-983-0	90-30-2	Acute Tox. 4 STOT RE 2 Skin Sens. 1	H302 H373 (Blutkreislauf, Leber) H317	GHS07 GHS08 Wng	H302 H373 (Blutkreislauf, Leber) H317		Oral: ATE = 1 200 mg/kg KG“	
„026-005-00-8	Tetraeisen-tris(pyrophosphat); Eisenpyrophosphat	233-190-0	10058-44-3	Eye Irrit. 2	H319	GHS07 Wng	H319“			
„604-103-00-7	α, α'-Propylendinitrildi-o-kresol	202-374-2	94-91-7	Repr. 1B	H360FD	GHS08 Dgr	H360FD“			
„008-004-00-4	Ozon	233-069-2	10028-15-6	Ox. Gas 1 Carc. 2 Muta. 2 Acute Tox. 1 STOT SE 1	H270 H351 H341 H330 H370 (Nervensystem,	GHS03 GHS08 GHS06 GHS09 Dgr	H270 H351 H341 H330 H370 (Nervensystem,		Einatmen: ATE = 10 ppmV STOT SE 1; H370: C ≥ 0,002 %	

Index-Nr.	Chemische Bezeichnung	EG-Nr.	CAS-Nr.	Einstufung		Kennzeichnung			Spezifische Konzentrationsgrenzen, M-Faktoren und ATE	Anmerkungen
				Kodierung der Gefahrenklassen und -kategorien	Kodierung der Gefahrenhinweise	Piktogramm, Kodierung der Signalworte	Kodierung der Gefahrenhinweise	Kodierung der ergänzenden Gefahrenmerkmale		
				STOT RE 1 Aquatic Acute 1 Aquatic Chronic 1	Atemwege, Herz-Kreislauf-System) H372 (Nervensystem, Atemwege) H400 H410		Atemwege, Herz-Kreislauf-System) H372 (Nervensystem, Atemwege) H410		STOT SE 2; H371: 0,0005 % ≤ C < 0,002 % STOT RE 1; H372: C ≥ 0,05 % STOT RE 2; H373: 0,01 % ≤ C < 0,05 % M = 100 M = 1“	
„007-031-00-9	Distickstoffoxid	233-032-0	10024-97-2	Repr. 1B STOT SE 3 STOT RE 1 Ozone 1	H360Df H336 H372 (Nervensystem) H420	GHS08 GHS07 Dgr	H360Df H336 H372 (Nervensystem) H420“			
„056-006-00-9	Bariumchromat	233-660-5	10294-40-3	Carc. 1B	H350	GHS08 Dgr	H350“			
„650-060-00-2	<i>Chrysanthemum cinerariaefolium</i> , Extrakt aus offenen und reifen <i>Tanacetum-cinerariifolium</i> -Blüten, mit überkritischem CO ₂ gewonnen	289-699-3	89997-63-7	Acute Tox. 4 Acute Tox. 4 STOT SE 1 STOT RE 2 Skin Sens. 1 Aquatic Acute 1 Aquatic Chronic 1	H332 H302 H370 (Nervensystem) H373 (Atemwege, Einatmen) H317 H400 H410	GHS07 GHS08 Dgr	H332 H302 H370 (Nervensystem) H373 (Atemwege, Einatmen) H317 H410		Einatmen: ATE = 2,6 mg/l (Stäube oder Nebel) Oral: ATE = 730 mg/kg KG M = 1 000 M = 100“	

Index-Nr.	Chemische Bezeichnung	EG-Nr.	CAS-Nr.	Einstufung		Kennzeichnung			Spezifische Konzentrationsgrenzen, M-Faktoren und ATE	Anmerkungen
				Kodierung der Gefahrenklassen und -kategorien	Kodierung der Gefahrenhinweise	Piktogramm, Kodierung der Signalworte	Kodierung der Gefahrenhinweise	Kodierung der ergänzenden Gefahrenmerkmale		
„650-059-00-7	<i>Chrysanthemum cinerariaefolium</i> , Extrakt aus offenen und reifen <i>Tanacetum-cinerariifolium</i> -Blüten, mit Kohlenwasserstoff-Lösungsmitteln gewonnen	289-699-3	89997-63-7	Acute Tox. 4 Acute Tox. 4 STOT SE 1 STOT RE 2 Skin Sens. 1 Aquatic Acute 1 Aquatic Chronic 1	H332 H302 H370 (Nervensystem) H373 (Atemwege, Einatmen) H317 H400 H410	GHS07 GHS08 Dgr	H332 H302 H370 (Nervensystem) H373 (Atemwege, Einatmen) H317 H410		Einatmen: ATE = 2,6 mg/l (Stäube oder Nebel) Oral: ATE = 730 mg/kg KG M = 1 000 M = 100“	
„607-777-00-0	Bariumbis[2-chlor-5-[(2-hydroxy-1-naphthyl)azo]toluol-4-sulfonat]; C.I. Pigment Red 53:1	225-935-3	5160-02-1	Carc. 2	H351	GHS08 Wng	H351“			
„608-070-00-X	2-Brom-2-(brommethyl)pentandinitril; [DBDCB]	252-681-0	35691-65-7	Acute Tox. 2 Acute Tox. 4 STOT RE 2 Eye Dam. 1 Skin Sens. 1A Aquatic Chronic 2	H330 H302 H373 (Schilddrüse, zentrales Nervensystem) H318 H317 H411	GHS06 GHS08 GHS05 GHS09 Dgr	H330 H302 H373 (Schilddrüse, zentrales Nervensystem) H318 H317 H411		Einatmen: ATE = 0,27 mg/l (Stäube oder Nebel) Oral: ATE = 500 mg/kg KG Skin Sens. 1A; H317: C ≥ 0,001 %“	
„607-779-00-1	9-Octadecensäure (Z)-, sulfoniert, Kaliumsalze [1]; Reaktionsprodukte aus Fettsäuren, C18 (ungesättigt) Alkyl mit Schwefeltrioxid, Kaliumsalze [2]; 9(oder 10)-Sulfooctadecensäure, Kaliumsalz [3]	271-843-1 [1]; - [2]; 267-966-5 [3]	68609-93-8 [1]; - [2]; 67968-63-2 [3]	Repr. 1B	H360D	GHS08 Dgr	H360D“			

Index-Nr.	Chemische Bezeichnung	EG-Nr.	CAS-Nr.	Einstufung		Kennzeichnung			Spezifische Konzentrationsgrenzen, M-Faktoren und ATE	Anmerkungen
				Kodierung der Gefahrenklassen und -kategorien	Kodierung der Gefahrenhinweise	Piktogramm, Kodierung der Signalworte	Kodierung der Gefahrenhinweise	Kodierung der ergänzenden Gefahrenmerkmale		
„613-352-00-0	Bixlozone (ISO); 2-(2,4-Dichlorbenzyl)-4,4-dimethyl-1,2-oxazolidin-3-on	—	81777-95-9	Aquatic Acute 1 Aquatic Chronic 1	H400 H410	GHS09 Wng	H410		M = 1 M = 10“	
„603-248-00-3	2,3-Epoxypropylisopropylether	223-672-9	4016-14-2	Repr. 1B	H360F	GHS08 Dgr	H360F“			
„607-778-00-6	Tetrahydrofurfurylmetacrylat	219-529-5	2455-24-5	Repr. 1B Skin Sens. 1A	H360Df H317	GHS08 GHS07 Dgr	H360Df H317“			
„015-209-00-2	Trimethylphosphat	208-144-8	512-56-1	Carc. 1B Muta. 1B Repr. 1B Acute Tox. 4 STOT RE 2	H350 H340 H360FD H302 H373 (Nervensystem)	GHS08 GHS07 Dgr	H350 H340 H360FD H302 H373 (Nervensystem)		Oral: ATE = 1 300 mg/kg KG“	
„602-111-00-5	Fluorethylen	200-832-6	75-02-5	Carc. 1A Muta. 2	H350 H341	GHS08 Dgr	H350 H341			D“
„602-112-00-0	2-Brom-3,3,3-trifluor-1-propen	—	1514-82-5	Repr. 1B STOT SE 3 STOT SE 3	H360FD H335 H336	GHS08 GHS07 Dgr	H360FD H335 H336“			
„613-353-00-6	2-Methyl-2H-isothiazol-3-on-Hydrochlorid; 2-Methyl-2,3-dihydro-1,2-thiazol-3-on-Hydrochlorid	247-499-3	26172-54-3	Acute Tox. 2 Acute Tox. 3 Acute Tox. 3 Skin Corr. 1 Eye Dam. 1 Skin Sens. 1A Acute Aquatic 1 Acute Chronic 1	H330 H311 H301 H314 H318 H317 H400 H410	GHS06 GHS05 GHS09 Dgr	H330 H311 H301 H314 H317 H410	EUH071	Einatmen: ATE = 0,15 mg/l (Stäube oder Nebel) Dermal: ATE = 320 mg/kg KG Oral: ATE = 180 mg/kg KG Skin Sens 1A; H317: C ≥ 0,0015 % M = 10 M = 1“	

Index-Nr.	Chemische Bezeichnung	EG-Nr.	CAS-Nr.	Einstufung		Kennzeichnung			Spezifische Konzentrationsgrenzen, M-Faktoren und ATE	Anmerkungen
				Kodierung der Gefahrenklassen und -kategorien	Kodierung der Gefahrenhinweise	Piktogramm, Kodierung der Signalworte	Kodierung der Gefahrenhinweise	Kodierung der ergänzenden Gefahrenmerkmale		
„603-249-00-9	2,3-Epoxypropyl-o-tolylether	218-645-3	2210-79-9	Skin Irrit. 2 Skin Sens. 1A Muta. 2 Aquatic Chronic 2	H315 H317 H341 H411	GHS07 GHS08 GHS09 Wng	H315 H317 H341 H411			C“
„607-780-00-7	Methyloct-2-inoat	203-836-6	111-12-6	Skin Sens. 1A	H317	GHS07 Wng	H317“			
„612-301-00-X	Dinotefuran (ISO); (RS)-1-Methyl-2-nitro-3-(tetrahydro-3-furylmethyl)guanidin	—	165252-70-0	Acute Tox. 4 Aquatic Acute 1 Aquatic Chronic 1	H302 H400 H410	GHS07 GHS09 Wng	H302 H410		Oral: ATE = 2 000 mg/kg KG M = 10 M = 10“	

2. Die Einträge zu den Index-Nummern 015-012-00-1, 601-027-00-6, 602-025-00-8, 607-231-00-1, 613-044-00-6, 613-045-00-1, 615-008-00-5, 616-145-00-3, 616-211-00-1 und 616-212-00-7 erhalten jeweils folgende Fassung:

Index-Nr.	Chemische Bezeichnung	EG-Nr.	CAS-Nr.	Kodierung der Gefahrenklassen und -kategorien	Kodierung der Gefahrenhinweise	Piktogramm, Kodierung der Signalworte	Kodierung der Gefahrenhinweise	Kodierung der ergänzenden Gefahrenmerkmale	Spezifische Konzentrationsgrenzen, M-Faktoren und ATE	Anmerkungen
„601-027-00-6	2-Phenylpropen; α -Methylstyrol	202-705-0	98-83-9	Flam. Liq. 3 Carc. 2 STOT SE 3 Eye Irrit. 2 Skin Sens. 1B Aquatic Chronic 2	H226 H351 H335 H319 H317 H411	GHS02 GHS08 GHS07 GHS09 Wng	H226 H351 H335 H319 H317 H411		STOT SE 3; H335: C $\geq$ 25 %	D“

Index-Nr.	Chemische Bezeichnung	EG-Nr.	CAS-Nr.	Kodierung der Gefahrenklassen und -kategorien	Kodierung der Gefahrenhinweise	Piktogramm, Kodierung der Signalworte	Kodierung der Gefahrenhinweise	Kodierung der ergänzenden Gefahrenmerkmale	Spezifische Konzentrationsgrenzen, M-Faktoren und ATE	Anmerkungen
„616-145-00-3	Pethoxamid (ISO); 2-Chlor-N-(2-ethoxyethyl)- N-(2-methyl-1-phenylprop-1-enyl) acetamid	—	106700-29-2	Acute Tox. 4 Skin Sens. 1A Aquatic Acute 1 Aquatic Chronic 1	H302 H317 H400 H410	GHS07 GHS09 Wng	H302 H317 H410		Oral: ATE = 980 mg/kg KG M = 100 M = 10“	
„015-012-00-1	Tetraphosphortrisulfid; Phosphorsesquisulfid	215-245-0	1314-85-8	Flam. Sol. 1 Self-heat. 1 Acute Tox. 4*	H228 H251 H302	GHS02 GHS07 Dgr	H228 H251 H302			T“
„602-025-00-8	1,1-Dichlorethylen; Vinylidenchlorid	200-864-0	75-35-4	Flam. Liq. 1 Carc. 1B Muta. 2 Acute Tox. 1 Acute Tox. 3 STOT RE 1 Aquatic Chronic 3	H224 H350 H341 H330 H301 H372 (Atemwege, Niere, Leber) H412	GHS02 GHS08 GHS06 Dgr	H224 H350 H341 H330 H301 H372 (Atemwege, Niere, Leber) H412		Einatmen: ATE = 0,5 mg/l (Dämpfe) Oral: ATE = 300 mg/kg KG	D“
„615-008-00-5	3-Isocyanatomethyl-3,5,5-trimethylcyclohexylisocyanat; Isophorondiisocyanat	223-861-6	4098-71-9	Acute Tox. 1 Skin Corr. 1 Eye Dam. 1 Resp. Sens. 1 Skin Sens. 1A Aquatic Chronic 2	H330 H314 H334 H317 H411	GHS06 GHS05 GHS08 GHS09 Dgr	H330 H314 H318 H334 H317 H411	EUH071	Einatmen: ATE = 0,03 mg/l (Stäube oder Nebel) Resp. Sens. 1; H334: C ≥ 0,5 % Skin Sens. 1A; H317: C ≥ 0,001 %	2“

Index-Nr.	Chemische Bezeichnung	EG-Nr.	CAS-Nr.	Kodierung der Gefahrenklassen und -kategorien	Kodierung der Gefahrenhinweise	Piktogramm, Kodierung der Signalworte	Kodierung der Gefahrenhinweise	Kodierung der ergänzenden Gefahrenmerkmale	Spezifische Konzentrationsgrenzen, M-Faktoren und ATE	Anmerkungen
„613-045-00-1	Folpet (ISO); N-(Trichlormethylthio)phthalimid	205-088-6	133-07-3	Carc. 2 Acute Tox. 2 STOT RE 1 Eye Dam. 1 Skin Sens. 1A Aquatic Acute 1 Aquatic Chronic 1	H351 H330 H372 (Atemwege) H318 H317 H400 H410	GHS08 GHS06 GHS05 GHS09 Dgr	H351 H330 H372 (Atemwege) H318 H317 H410	EUH066	Einatmen: ATE = 0,30 mg/l (Stäube oder Nebel) STOT RE 1: C ≥ 5 % STOT RE 2: 0,5 % ≤ C < 5 % Skin Sens. 1A; H317: C ≥ 0,001 % M = 10 M = 10“	
„613-044-00-6	Captan (ISO); 1,2,3,6-Tetrahydro-N-(trichlormethylthio)phthalimid	205-087-0	133-06-2	Carc. 2 Repr. 2 Acute Tox. 2 STOT RE 1 Eye Dam. 1 Skin Sens. 1A Aquatic Acute 1 Aquatic Chronic 1	H351 H361f H330 H372 H318 H317 H400 H410	GHS08 GHS06 GHS05 GHS09 Dgr	H351 H361f H330 H372 H318 H317 H410		Einatmen: ATE = 0,22 mg/l (Stäube oder Nebel) Skin Sens. 1A; H317: C ≥ 0,001 % M = 10 M = 10“	
„607-231-00-1	Clopyralid (ISO); 3,6-Dichlorpyridin-2-carbonsäure	216-935-4	1702-17-6	Eye Dam. 1 Aquatic Chronic 1	H318 H410	GHS05 GHS09 Dgr	H318 H410	EUH066	M = 10“	
„616-211-00-1	Proquinazid (ISO); 6-Iod-2-propoxy-3-propylchinazolin-4(3H)-on	—	189278-12-4	Carc. 2 STOT RE 1 Aquatic Acute 1 Aquatic Chronic 1	H351 H372 (Schilddrüse, Leber) H400 H410	GHS08 GHS09 Dgr	H351 H372 (Schilddrüse, Leber) H410		M = 1 M = 10“	

Index-Nr.	Chemische Bezeichnung	EG-Nr.	CAS-Nr.	Kodierung der Gefahrenklassen und -kategorien	Kodierung der Gefahrenhinweise	Piktogramm, Kodierung der Signalworte	Kodierung der Gefahrenhinweise	Kodierung der ergänzen- den Gefahren-merkmale	Spezifische Konzentrationsgren- zen, M-Faktoren und ATE	Anmer- kungen
„616-212-00-7	3-Iod-2-propinylbutylcarba- mat; 3-Iodprop-2-in-1-yl-butyl- carbamat	259-627-5	55406-53-6	Acute Tox. 2 Acute Tox. 4 STOT RE 1 Eye Dam. 1 Skin Sens. 1 Aquatic Acute 1 Aquatic Chronic 1	H330 H302 H372 (Kehlkopf) H318 H317 H400 H410	GHS06 GHS08 GHS05 GHS09 Dgr	H330 H302 H372 (Kehlkopf) H318 H317 H410		Einatmen: ATE = 0,17 mg/l (Stäube oder Nebel) M = 10 M = 10“	



2025/1223

20.6.2025

DELEGIERTE RICHTLINIE (EU) 2025/1223 DER KOMMISSION

vom 10. April 2025

zur Änderung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Mindestanforderungen an die Ausbildung für den Beruf des Tierarztes

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 21 Absatz 6 Unterabsatz 2 und Artikel 38 Absatz 1 Unterabsatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die harmonisierten Mindestanforderungen an die Ausbildung für den Beruf des Tierarztes sind in Artikel 38 sowie in Anhang V Nummer 5.4.1 der Richtlinie 2005/36/EG festgelegt.
- (2) In ihrem Grünbuch von 2011 über die Überarbeitung der Richtlinie 2005/36/EG ⁽²⁾ erkannte die Kommission an, dass die harmonisierten Mindestanforderungen an die Ausbildung in mehreren Stufen modernisiert werden müssen.
- (3) Im Zusammenhang mit der Änderung der Richtlinie 2005/36/EG durch die Richtlinie 2013/55/EU des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽³⁾ wiesen nationale Behörden, akademische Einrichtungen und Berufsverbände darauf hin, dass sich die unter Titel III Kapitel III der Richtlinie fallenden Berufe seit der Harmonisierung ihrer Mindestanforderungen an die Ausbildung erheblich weiterentwickelt haben.
- (4) Zwar wurden mit der Richtlinie 2013/55/EU die Kenntnisse und Fähigkeiten für den Beruf des Tierarztes gemäß Artikel 38 Absatz 3 der Richtlinie 2005/36/EG in gewissem Umfang überarbeitet, jedoch erfuhren die in Anhang V Nummer 5.4.1 der Richtlinie 2005/36/EG aufgeführten Fächer der Ausbildungsprogramme keine wesentlichen Änderungen.
- (5) Mit Artikel 21 Absatz 6 der Richtlinie 2005/36/EG in der geänderten Fassung wurde der Kommission die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 57c der Richtlinie 2005/36/EG die Mindestanforderungen an die Ausbildung zu aktualisieren, um sie an den allgemein anerkannten wissenschaftlichen und technischen Fortschritt anzupassen und so der Entwicklung des EU-Rechts Rechnung zu tragen, das sich unmittelbar auf die betreffenden Berufsangehörigen auswirkt.
- (6) Die Kommission hat geprüft, ob die Mindestanforderungen an die Ausbildung von Tierärzten gemäß der Richtlinie 2005/36/EG unter Berücksichtigung des allgemein anerkannten wissenschaftlichen und technischen Fortschritts aktualisiert werden sollten.

⁽¹⁾ ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 22, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dir/2005/36/oj>.

⁽²⁾ Grünbuch „Überarbeitung der Richtlinie über Berufsqualifikationen“, KOM(2011) 367 endg. vom 22. Juni 2011.

⁽³⁾ Richtlinie 2013/55/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 zur Änderung der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems („IMI-Verordnung“) (AbI. L 354 vom 28.12.2013, S. 132, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dir/2013/55/oj>).

- (7) Eine Studie wurde in Auftrag gegeben, um die Kommission bei dieser Prüfung zu unterstützen. Ziel der Studie war es, die Entwicklung der Ausbildungsanforderungen für den Beruf des Tierarztes in den Mitgliedstaaten und den Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) zu untersuchen. Zu diesem Zweck wurden Daten auf EU- und nationaler Ebene durch Sekundärforschung und gezielte Konsultationen der Interessenträger erhoben. Die Datenerhebung konzentrierte sich auf Entwicklungen bei den Anforderungen an die Berufsausbildung auf nationaler Ebene: i) wissenschaftlicher und technischer Fortschritt, der sich auf den Beruf des Tierarztes auswirkt; ii) Ausbildungsgänge sowie Kenntnisse und Fähigkeiten, die über die in der Richtlinie 2005/36/EG festgelegten Mindestanforderungen an die Ausbildung hinausgehen und eine etwaige Anpassung an den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt widerspiegeln.
- (8) In der Studie wurde eine vergleichende Bewertung der erhobenen Daten durchgeführt. Der Schwerpunkt lag auf Entwicklungen und Gemeinsamkeiten in den Ausbildungsanforderungen in allen Mitgliedstaaten und den EFTA-Staaten vor dem Hintergrund des allgemein anerkannten wissenschaftlichen und technischen Fortschritts. Zu diesem Zweck wurde eine Arbeitsdefinition des Begriffs „allgemein anerkannter“ wissenschaftlicher und technischer Fortschritt erstellt, die auf wissenschaftliche und technische Fortschritte abstellt, die in mindestens 16 Mitgliedstaaten und EFTA-Staaten festgestellt wurden.
- (9) Die Ergebnisse der Studie wurden Interessenträgern in einem Workshop und auf der Sitzung der Koordinatorengruppe auf dem Gebiet der Anerkennung von Berufsqualifikationen vorgestellt. Auf der Grundlage der Rückmeldungen wurden die Schlussfolgerungen der Studie ausgearbeitet, in denen vorgeschlagen wurde, die in der Richtlinie 2005/36/EG festgelegten Mindestanforderungen an die Ausbildung in Bezug auf Ausbildungsgänge sowie Kenntnisse und Fähigkeiten zu aktualisieren.
- (10) In der Studie⁽⁴⁾ wurden die folgenden allgemein anerkannten wissenschaftlichen und technischen Fortschritte bei Ausbildungsprogrammen in Mitgliedstaaten und EFTA-Staaten ermittelt, die in den Mindestanforderungen an die Ausbildung gemäß der Richtlinie 2005/36/EG nicht oder nicht ausreichend vertreten waren: das Konzept „Eine Gesundheit“; Nachhaltigkeit und Transdisziplinarität; Interdisziplinarität, multidisziplinäre und soziale Kompetenzen; Behandlungen und Therapien; Tiergesundheit und Tierwohl; öffentliche Gesundheit: Hygiene und Lebensmittelsicherheit; Biologie, Digitalisierung und digitale Daten sowie Diagnose- und Laborinstrumente und -techniken.
- (11) Gemäß der Gemeinsamen Politischen Erklärung vom 28. September 2011 der Mitgliedstaaten und der Kommission zu erläuternden Dokumenten⁽⁵⁾ haben sich die Mitgliedstaaten verpflichtet, in begründeten Fällen zusätzlich zur Mitteilung ihrer Umsetzungsmaßnahmen ein oder mehrere Dokumente zu übermitteln, in denen der Zusammenhang zwischen den Bestandteilen einer Richtlinie und den entsprechenden Teilen nationaler Umsetzungsinstrumente erläutert wird. Bei dieser Richtlinie hält der Gesetzgeber die Übermittlung derartiger Dokumente für gerechtfertigt.
- (12) Die Richtlinie 2005/36/EG sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDE RICHTLINIE ERLASSEN:

Artikel 1

Änderungen der Richtlinie 2005/36/EG

Die Richtlinie 2005/36/EG wird wie folgt geändert:

1. Artikel 38 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Die Ausbildung des Tierarztes stellt sicher, dass der betreffende Berufsangehörige folgende Kenntnisse und Fähigkeiten erwirbt:

- a) Kenntnisse in den Wissenschaften, auf denen die Tätigkeiten eines Tierarztes beruhen, und der diese Tätigkeiten betreffenden Rechtsvorschriften der EU;
- b) angemessene Kenntnisse über die Struktur, die biologischen Funktionen, das Verhalten und die physiologischen Bedürfnisse von Tieren sowie die Fähigkeiten und Kompetenzen, die allgemein zur Zucht, zur Ernährung, zum Wohlergehen, zur Fortpflanzung und zur Hygiene im Allgemeinen im Zusammenhang mit Tieren gehören;

⁽⁴⁾ Europäische Kommission, Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU, *Mapping and assessment of developments of one of the sectoral professions under Directive 2005/36/EC — The profession of veterinary surgeon — Final study*, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2022.

⁽⁵⁾ ABl. C 369 vom 17.12.2011, S. 14.

- c) die klinischen, epidemiologischen und analytischen Fähigkeiten und Kompetenzen, die für die Prävention, Diagnose und Behandlung der Krankheiten von Tieren sowie für die Bewertung und Kontrolle von Schmerzen und die sichere Durchführung von aseptischer Chirurgie, Sedierung, Anästhesie und Euthanasie erforderlich sind, unabhängig davon, ob sie einzeln oder in Gruppen betrachtet werden, einschließlich besonderer Kenntnisse der auf Menschen übertragbaren Krankheiten;
- d) angemessene Kenntnisse, Fähigkeiten und Kompetenzen auf dem Gebiet der Präventivmedizin, einschließlich Kompetenzen in Bezug auf Biosicherheit, Auskunftersuchen und Zertifizierung;
- e) angemessene Kenntnisse der Hygiene und der Technologie bei der Gewinnung, der Herstellung und dem Inverkehrbringen von Futtermitteln oder von zum menschlichen Verzehr bestimmten Lebensmitteln tierischer Herkunft, einschließlich der Fähigkeiten und Kompetenzen, die zum Verständnis und zur Erläuterung der diesbezüglichen bewährten Praxis notwendig sind;
- f) die Kenntnisse, Fähigkeiten und Kompetenzen, die im Hinblick auf die Behandlung von Tieren sowie die Sicherheit der Lebensmittelkette und den Schutz der Umwelt für einen verantwortungsvollen und sinnvollen Umgang mit Tierarzneimitteln benötigt werden;
- g) angemessene Kenntnis und angemessenes Verständnis des Konzepts „Eine Gesundheit“, einschließlich Fähigkeiten und Kompetenzen für seine Anwendung und Integration in veterinärmedizinische Maßnahmen im Zusammenhang mit der öffentlichen Gesundheit;
- h) Kenntnisse der Organisation und des Managements eines tierärztlichen Unternehmens, einschließlich Praxismanagement und Tiergesundheitsökonomie; angemessene Kenntnisse, Fähigkeiten und Kompetenzen in den Bereichen interpersonelle und interprofessionelle Interaktion, Kommunikation, Teamarbeit und multidisziplinäre Zusammenarbeit;
- i) angemessene Kenntnisse im Bereich der Datenverwaltung, der Informationstechnologie und der digitalen Technologien sowie die für ihre praktische Anwendung im Veterinärbereich erforderlichen Fähigkeiten und Kompetenzen.“

2. Anhang V wird gemäß dem Anhang der vorliegenden Richtlinie geändert.

Artikel 2

Umsetzung

(1) Die Mitgliedstaaten setzen die Rechts- und Verwaltungsvorschriften in Kraft, die erforderlich sind, um dieser Richtlinie bis spätestens 10. April 2027 nachzukommen. Sie teilen der Kommission unverzüglich den Wortlaut dieser Vorschriften mit.

Bei Erlass dieser Vorschriften nehmen die Mitgliedstaaten in den Vorschriften selbst oder durch einen Hinweis bei der amtlichen Veröffentlichung auf diese Richtlinie Bezug. Die Mitgliedstaaten regeln die Einzelheiten der Bezugnahme.

(2) Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission den Wortlaut der wichtigsten nationalen Rechtsvorschriften mit, die sie auf dem unter diese Richtlinie fallenden Gebiet erlassen.

Artikel 3

Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

*Artikel 4***Adressaten**

Diese Richtlinie ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 10. April 2025

Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN

ANHANG

In Anhang V der Richtlinie 2005/36/EG erhält Nummer 5.4.1 folgende Fassung:

„5.4.1. Ausbildungsprogramm für Tierärzte

Das Programm der Ausbildung, die zu den Ausbildungsnachweisen für Tierärzte führt, umfasst mindestens die nachstehenden Fächer.

Der Unterricht in einem oder mehreren dieser Fächer kann im Rahmen der anderen Fächer oder in Verbindung mit ihnen erteilt werden.

A. Grundfächer

- Physik
- Chemie
- Zoologie und Zytologie
- Botanik
- Biomathematik

B. Spezifische Fächer

a. Grundlegende Fächer:

- Anatomie, einschließlich Histologie und Embryologie
- Physiologie
- Biochemie
- Genetik und Molekulargenetik
- Pharmazeutik, Pharmakologie und Pharmakotherapie (einschließlich antimikrobieller Resistenz)
- Toxikologie
- Mikrobiologie
- Immunologie
- Epidemiologie
- Berufskunde

b. Klinische Fächer:

- Geburtshilfe
- Pathologie, einschließlich pathologischer Anatomie
- Parasitologie
- Klinische Medizin und Chirurgie, einschließlich Anästhesiologie
- Klinische Ausbildung betreffend Haustiere, Geflügel und andere Tierarten
- Präventivmedizin
- Diagnostische Bildgebung
- Fortpflanzung und Fortpflanzungsstörungen
- Tierseuchenrechtliche Vorschriften
- Gerichtliche Veterinärmedizin und Veterinärrecht

- Therapeutik
- Propädeutik
- c. Tierproduktion
 - Tierproduktion
 - Ernährung
 - Agronomie
 - Agrarwirtschaft
 - Tierzucht und Tierärztliche Bestandsbetreuung
 - Tierhygiene
 - Tierwohl, Tierschutz und Verhaltenslehre
- d. Lebensmittelhygiene
 - Untersuchung und Kontrolle von Futtermitteln und Lebensmitteln tierischer Herkunft
 - Lebensmittelhygiene, -technologie und -mikrobiologie
 - Praktische Arbeiten, einschließlich praktischer Tätigkeit im Schlachthof und in der Lebensmittelverarbeitung

Die praktische Ausbildung kann in Form eines Praktikums erfolgen, wenn dieses unter der unmittelbaren Kontrolle der zuständigen Behörde oder Einrichtung auf Vollzeitbasis abgeleistet wird und innerhalb der Gesamtdauer der Hochschulbildung von 5 Jahren nicht mehr als 6 Monate beträgt.

Die Aufteilung des theoretischen und praktischen Unterrichts auf die einzelnen Fächergruppen muss so ausgewogen und koordiniert sein, dass die Kenntnisse und Erfahrungen in angemessener Weise erworben werden können und der Tierarzt damit die Möglichkeit erhält, allen seinen Aufgaben nachzukommen.“



2025/1227

20.6.2025

VERORDNUNG (EU) 2025/1227 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES

vom 17. Juni 2025

zur Änderung von Zöllen auf die Einfuhren bestimmter Waren, die ihren Ursprung in der Russischen Föderation und der Republik Belarus haben bzw. von dort ausgeführt werden

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 207 Absatz 2,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,

gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren ⁽¹⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Der Umfang der Einfuhren von Düngemitteln auf Harn- und Stickstoffbasis aus der Russischen Föderation in die Union war 2023 mit 3,6 Mio. Tonnen erheblich und nahm 2024 gegenüber 2023 deutlich zu. Die Einfuhren der unter diese Verordnung fallenden landwirtschaftlichen Waren (im Folgenden „betroffene landwirtschaftliche Waren“) aus der Russischen Föderation in die Union sind bei den meisten dieser Waren relativ niedrig, könnten aber erheblich steigen, wenn die derzeitigen Handelsbedingungen anhalten.
- (2) Die Einfuhren der unter diese Verordnung fallenden Düngemittel (im Folgenden „betroffene Düngemittel“) in die Union spiegeln eine derzeitige wirtschaftliche Abhängigkeit von der Russischen Föderation wider. Darüber hinaus könnten die Einfuhren der betroffenen landwirtschaftlichen Waren zu einer ähnlichen, zusätzlichen wirtschaftlichen Abhängigkeit von der Russischen Föderation führen, die angesichts der momentanen Umstände verhindert bzw. verringert werden sollte, um den Unionsmarkt zu schützen und die Lebensmittelsicherheit der Union zu gewährleisten.
- (3) Die Erga-omnes-Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs der Union sind die derzeit auf Einfuhren der betroffenen landwirtschaftlichen Waren und der betroffenen Düngemittel (im Folgenden „betroffene Waren“) geltenden Meistbegünstigungszollsätze. Diese Zollsätze unterscheiden sich derzeit stark. Abhängig von den jeweiligen betroffenen Waren handelt es sich entweder um einen Nullzollsatz oder einen sehr niedrig angesetzten Zollsatz, während andere Zölle so hoch angesetzt sind, dass kein Handel stattfindet.
- (4) Anhaltende Einfuhren der betroffenen Waren aus der Russischen Föderation könnten die Union angesichts der momentanen Umstände anfällig für Zwangsmaßnahmen vonseiten der Russischen Föderation machen. Insbesondere könnte ein potenzieller Anstieg der Einfuhren der betroffenen Waren aus der Russischen Föderation Störungen auf dem Unionsmarkt verursachen und sich negativ auf die Unionshersteller auswirken. Daher müssen geeignete zolltarifliche Maßnahmen ergriffen werden, um der derzeitigen sowie einer potenziellen wirtschaftlichen Abhängigkeit der Union von Einfuhren der betroffenen Waren aus der Russischen Föderation entgegenzuwirken. Dies sollte geschehen, indem die betroffenen Waren nicht länger zu Bedingungen auf den Unionsmarkt gelangen, die ebenso günstig sind wie jene, die für Waren aus anderen Ursprungsländern im Rahmen der Meistbegünstigung gelten.
- (5) Die Einfuhren der betroffenen Düngemittel aus der Russischen Föderation sind bereits im Steigen begriffen und könnten weiter und rasch zunehmen, wenn zusätzliche russische Produktionsmengen in die Union umgeleitet würden. Ein solcher potenzieller Anstieg der Einfuhren aus der Russischen Föderation würde zu Störungen auf dem Unionsmarkt für die betroffenen Düngemittel führen und den Unionsherstellern von Stickstoffdüngemitteln schaden, die aufgrund der nach wie vor hohen Gaspreise in der Union bereits Schwierigkeiten haben, mit den Einfuhren aus der Russischen Föderation zu konkurrieren. Das langfristige Überleben des Wirtschaftszweigs der Union für Stickstoffdüngemittel ist für die Lebensmittelsicherheit der Union von entscheidender Bedeutung, da der Agrarsektor der Union die betroffenen Düngemittel für die Nahrungsmittelerzeugung benötigt. Für die Gewährleistung und Aufrechterhaltung der Lebensmittelsicherheit der Union ist es daher unabdingbar, die zunehmende Abhängigkeit von den Einfuhren der betroffenen Düngemittel aus der Russischen Föderation anzugehen und die Lebensfähigkeit eines autonomen Wirtschaftszweigs der Union für Stickstoffdüngemittel zu erhalten. Um eine künftige Abhängigkeit von der Einfuhr von landwirtschaftlichen Waren aus der Russischen Föderation abzuwenden, müssen auch die Zollsätze für die betroffenen landwirtschaftlichen Waren angepasst werden.

⁽¹⁾ Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 22. Mai 2025 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht) und Beschluss des Rates vom 12. Juni 2025.

- (6) Vor dem Hintergrund der engen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Republik Belarus zur Russischen Föderation sollten ebenfalls zolltarifliche Maßnahmen gegenüber der Republik Belarus ergriffen werden, um die Umleitung potenzieller Einfuhren aus der Russischen Föderation in die Union über die Republik Belarus zu verhindern. Eine derartige Umleitung potenzieller Einfuhren könnte stattfinden, wenn die Zölle der Union auf Einfuhren der betroffenen Waren aus der Republik Belarus unverändert blieben. Einfuhren der betroffenen Waren, die ihren Ursprung in der Russischen Föderation und der Republik Belarus haben bzw. direkt oder indirekt aus der Russischen Föderation und der Republik Belarus in die Union ausgeführt werden, sollten daher höheren Zöllen unterliegen als Einfuhren aus anderen Drittländern.
- (7) Einfuhren aus der Russischen Föderation und der Republik Belarus sollten nicht in den Genuss ermäßigter Zollsätze im Rahmen der Zollkontingente der Union nach dem Meistbegünstigungsprinzip kommen. Daher sollten die ermäßigten Zollsätze im Rahmen der Zollkontingente der Union für die in den Anhängen dieser Verordnung aufgeführten Waren nicht für solche Waren gelten, die ihren Ursprung in der Russischen Föderation oder der Republik Belarus haben bzw. direkt oder indirekt von dort in die Union ausgeführt werden.
- (8) Die geplante Zollerhöhung dürfte keine negativen Folgen für die weltweite Lebensmittelsicherheit haben, da sie nur für Einfuhren in die Union gilt und sich nicht auf die betroffenen Waren auswirkt, wenn diese nur durch das Gebiet der Union in Endbestimmungsdrittländer befördert werden. Vielmehr könnte die vorgesehene Erhöhung der Einfuhrzölle der Union könnte die Ausfuhren der betroffenen Waren in Drittländer fördern und die Versorgung in diesen Drittländern verbessern.
- (9) Gleichzeitig sind Düngemittel essenziell sowohl für die Lebensmittelsicherheit als auch für die finanzielle Stabilität von Landwirtschaftsbetrieben in der Union. Aus diesem Grund muss dafür gesorgt werden, dass die Landwirtschaftsbetriebe in der Union einen vorhersehbaren und ausreichenden Zugang zu erschwinglichen Düngemitteln erhalten, was wiederum zur Stabilisierung der Agrarmärkte beitragen sollte. In einem Übergangszeitraum würde durch die vorgeschlagene Maßnahme die Steigerung der Produktion in der Union gefördert und die Stärkung alternativer Bezugsquellen aus anderen internationalen Partnerländern ermöglicht, wodurch das Risiko gemindert würde, dass die Düngemittelpreise für Landwirtschaftsbetriebe in der Union erheblich steigen. Daher sollte die Kommission die Entwicklung der Düngemittelpreise auf dem Unionsmarkt genau beobachten. Falls die Düngemittelpreise erheblich steigen, sollte die Kommission die Lage bewerten und alle geeigneten Maßnahmen ergreifen, um diesem Preisanstieg entgegenzuwirken.
- (10) Die geplante Erhöhung der Zölle steht im Einklang mit dem auswärtigen Handeln der Union in anderen Bereichen, wie in Artikel 21 Absatz 3 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) festgelegt. Die Beziehungen zwischen der Union und der Russischen Föderation haben sich in den letzten Jahren und insbesondere seit 2022 massiv verschlechtert. Der Grund für diese Verschlechterung der Beziehungen ist die eklatante Missachtung des Völkerrechts durch die Russische Föderation und insbesondere ihr grundloser und ungerechtfertigter Angriffskrieg gegen die Ukraine. Seit Juli 2014 hat die Union als Reaktion auf das Vorgehen der Russischen Föderation gegen die Ukraine schrittweise restriktive Maßnahmen für den Handel mit der Russischen Föderation verhängt.
- (11) Die Russische Föderation ist Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO). Allerdings ist die Union derzeit aufgrund der im Übereinkommen zur Errichtung der Welthandelsorganisation (im Folgenden „WTO-Übereinkommen“), insbesondere in Artikel XXI des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens 1994 (Ausnahmen zur Wahrung der Sicherheit), geltenden Ausnahmen von der Verpflichtung befreit, den aus der Russischen Föderation eingeführten Waren Meistbegünstigung zu gewähren, und sie darf ungehindert höhere Einfuhrzölle auferlegen, als sie in der Liste von zolltariflichen Verpflichtungen der Union für den Warenhandel vorgesehen sind, wenn die Union diese Maßnahmen zum Schutz der wesentlichen Sicherheitsinteressen der Union für erforderlich hält.
- (12) Die Beziehungen zwischen der Union und der Republik Belarus haben sich in den letzten Jahren ebenfalls verschlechtert, da die Republik Belarus das Völkerrecht, die Grundfreiheiten und die Menschenrechte missachtet und den Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine unterstützt. Seit Oktober 2020 hat die Union schrittweise restriktive Maßnahmen für den Handel mit der Republik Belarus verhängt.
- (13) Die Republik Belarus ist nicht Mitglied der WTO. Die Union ist daher gemäß dem WTO-Übereinkommen nicht verpflichtet, Waren aus der Republik Belarus die Meistbegünstigung und sonstige Behandlungen im Einklang mit diesem Übereinkommen zu gewähren. Darüber hinaus ermöglichen bestehende Handelsabkommen zwischen der Union und der Republik Belarus Maßnahmen, die auf der Grundlage geltender Ausnahmeregelungen — insbesondere Ausnahmen zur Wahrung der Sicherheit — gerechtfertigt sind.

- (14) Zur Gewährleistung einheitlicher Bedingungen für die Durchführung dieser Verordnung im Hinblick auf die Festlegung der Modalitäten für die Überwachung der Einfuhrmengen sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse übertragen werden. Diese Befugnisse sollten im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽²⁾ ausgeübt werden.
- (15) Im Einklang mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ist es erforderlich und angemessen, mit sofortiger Wirkung Vorschriften zur Erhöhung der Zölle auf die betroffenen Waren festzulegen; erstens zur Erreichung des grundlegenden Ziels sicherzustellen, dass durch die betroffenen Waren, die ihren Ursprung in der Russischen Föderation und der Republik Belarus haben bzw. direkt oder indirekt von dort ausgeführt werden, keine Störungen auf dem Unionsmarkt für die betroffenen Waren entstehen, und zweitens zur Umsetzung der gemeinsamen Handelspolitik sowie zur Verringerung der Einfuhren der betroffenen Waren aus der Russischen Föderation und der Republik Belarus in die Union als Reaktion auf Bedenken, dass diese Einfuhren negative Folgen für den Binnenmarkt der Union haben und die Lebensmittelsicherheit der Union beeinträchtigen könnten. Die vorliegende Verordnung geht entsprechend Artikel 5 Absatz 4 EUV nicht über das zur Erreichung dieser Ziele erforderliche Maß hinaus.
- (16) Um eine weitere wirtschaftliche Abhängigkeit der Union von Einfuhren der betroffenen Waren aus der Russischen Föderation und der Republik Belarus zu verhindern, sollte diese Verordnung am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft treten —

HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

(1) Waren, die unter den in Anhang I aufgeführten Codes der Kombinierten Nomenklatur (KN) eingereiht sind, in die Union eingeführt werden und ihren Ursprung in der Russischen Föderation oder der Republik Belarus haben bzw. direkt oder indirekt von dort ausgeführt werden, unterliegen einem zusätzlichen Zoll von 50 %, der zusätzlich zum anzuwendenden Zollsatz des Gemeinsamen Zolltarifs gilt. Bei derartigen Waren, die ihren Ursprung in der Russischen Föderation und der Republik Belarus haben bzw. direkt oder indirekt von dort ausgeführt werden, können keine niedrigeren Einfuhrzölle für begrenzte Mengen (Zollkontingente) erhoben werden, wenn diese Zölle gemäß den Verpflichtungen der Union nach dem WTO-Übereinkommen gelten oder Zollkontingente von der Union auf einer anderen Grundlage eröffnet werden.

(2) Waren, die unter die in Anhang II aufgeführten KN-Codes eingereiht sind, in die Union eingeführt werden und ihren Ursprung in der Russischen Föderation oder der Republik Belarus haben bzw. direkt oder indirekt von dort ausgeführt werden, unterliegen folgenden Einfuhrzöllen:

a) Unter dem KN-Code 3102 eingereihte Waren:

- i) Wertzoll von 6,5 % + 40 EUR/Tonne vom 1. Juli 2025 bis zum 30. Juni 2026,
- ii) Wertzoll von 6,5 % + 60 EUR/Tonne vom 1. Juli 2026 bis zum 30. Juni 2027,
- iii) Wertzoll von 6,5 % + 80 EUR/Tonne vom 1. Juli 2027 bis zum 30. Juni 2028,
- iv) Wertzoll von 6,5 % + 315 EUR/Tonne ab dem 1. Juli 2028.

b) Unter den KN-Codes 3105 20, 3105 30, 3105 40, 3105 51, 3105 59 und 3105 90 eingereihte Waren:

- i) Wertzoll von 6,5 % + 45 EUR/Tonne vom 1. Juli 2025 bis zum 30. Juni 2026,
- ii) Wertzoll von 6,5 % + 70 EUR/Tonne vom 1. Juli 2026 bis zum 30. Juni 2027,
- iii) Wertzoll von 6,5 % + 95 EUR/Tonne vom 1. Juli 2027 bis zum 30. Juni 2028,
- iv) Wertzoll von 6,5 % + 430 EUR/Tonne ab dem 1. Juli 2028.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 erhebt die Kommission innerhalb von 21 Tagen einen Zoll in der unter Buchstabe a Ziffer iv bzw. Buchstabe b Ziffer iv des genannten Absatzes festgelegten Höhe auf die verbleibenden Einfuhren dieser Waren in dem betreffenden Zeitraum, wenn die Gesamtmenge der Einfuhren der unter Buchstaben a und b des genannten Absatzes aufgeführten Waren die folgenden Schwellenwerte erreicht:

⁽²⁾ Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren (ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13. ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2011/182/oj>).

- a) 2,7 Mio. Tonnen vom 1. Juli 2025 bis zum 30. Juni 2026,
 - b) 1,8 Mio. Tonnen vom 1. Juli 2026 bis zum 30. Juni 2027,
 - c) 0,9 Mio. Tonnen vom 1. Juli 2027 bis zum 30. Juni 2028.
- (4) Die Kommission kann Durchführungsrechtsakte zur Festlegung der Modalitäten für die Überwachung der in Absatz 3 dieses Artikels festgelegten Einfuhrmengen erlassen. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem in Artikel 3 Absatz 2 genannten Beratungsverfahren erlassen.

Artikel 2

- (1) Die Kommission überwacht die in der Union für die in Anhang II aufgeführten Waren geltenden Preise über einen Zeitraum von vier Jahren ab dem 21. Juni 2025.
- (2) Falls die Preise der in Anhang II aufgeführten Waren das Preisniveau von 2024 während des in Absatz 1 genannten Zeitraums erheblich überschreiten, so bewertet die Kommission die Lage und ergreift alle geeigneten Maßnahmen, um diesem Preisanstieg entgegenzuwirken. Zu diesen Maßnahmen kann gegebenenfalls auch ein Vorschlag zur vorübergehenden Aussetzung der Zölle für diese Waren zählen, die ihren Ursprung in anderen Ländern als der Russischen Föderation oder der Republik Belarus haben und von dort ausgeführt werden.

Artikel 3

- (1) Die Kommission wird von dem Ausschuss für den Zollkodex, der durch die Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽³⁾ eingesetzt wurde, unterstützt. Dieser Ausschuss ist ein Ausschuss im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.
- (2) Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gilt Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.

Artikel 4

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.
Für die in Anhang I aufgeführten Waren gilt diese Verordnung ab dem 20. Juli 2025.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Straßburg am 17. Juni 2025.

Im Namen des Europäischen Parlaments

Die Präsidentin

R. METSOLA

Im Namen des Rates

Der Präsident

A. SZŁAPKA

⁽³⁾ Verordnung (EU) Nr. 952/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Oktober 2013 zur Festlegung des Zollkodex der Union (ABl. L 269 vom 10.10.2013, S. 1. ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2013/952/oj>).

ANHANG I

LISTE DER WAREN NACH ARTIKEL 1 ABSATZ 1

KN-Code	Beschreibung
01	Lebende Tiere
02	Fleisch und genießbare Schlachtnbenerzeugnisse
04	Milch und Milcherzeugnisse; Vogeleier; natürlicher Honig; genießbare Waren tierischen Ursprungs, anderweit weder genannt noch inbegriffen
05	Andere Waren tierischen Ursprungs, anderweit weder genannt noch inbegriffen
06	Lebende Pflanzen und Waren des Blumenhandels
Ex 07	Gemüse, Pflanzen, Wurzeln und Knollen, die zu Ernährungszwecken verwendet werden, ausgenommen: 0713 10 Erbsen (<i>Pisum sativum</i>) 0713 20 Kichererbsen
08	Genießbare Früchte und Nüsse; Schalen von Zitrusfrüchten oder von Melonen
09	Kaffee, Tee, Mate und Gewürze
1004	Hafer
1006	Reis
1008 60	Triticale
Ex 11	Müllereierzeugnisse; Malz; Stärke; Inulin; Kleber von Weizen, ausgenommen KN-Code 1106 10 00
1209	Samen, Früchte und Sporen, zur Aussaat
1210	Hopfen (Blütenzapfen), frisch oder getrocknet, auch gemahlen, sonst zerkleinert oder in Form von Pellets; Lupulin
1211	Pflanzen, Pflanzenteile, Samen und Früchte der hauptsächlich zur Herstellung von Riechmitteln oder zu Zwecken der Medizin, Insektenvertilgung, Schädlingsbekämpfung und dergleichen verwendeten Art, frisch, gekühlt, gefroren oder getrocknet, auch geschnitten, gemahlen oder ähnlich fein zerkleinert
1212	Johannisbrot, Algen, Tange, Zuckerrüben und Zuckerrohr, frisch, gekühlt, gefroren oder getrocknet, auch gemahlen; Steine und Kerne von Früchten sowie andere pflanzliche Waren (einschließlich nichtgerösteter Zichorienwurzeln der Varietät <i>Cichorium intybus sativum</i>) der hauptsächlich zur menschlichen Ernährung verwendeten Art, anderweit weder genannt noch inbegriffen
1213	Stroh und Spreu von Getreide, roh, auch gehäckselt, gemahlen, gepresst oder in Form von Pellets
1214	Steckrüben, Futterrüben, Wurzeln zu Futterzwecken, Heu, Luzerne, Klee, Esparsette, Futterkohl, Lupinen, Wicken und ähnliches Futter, auch in Form von Pellets
13	Schellack; Gummen, Harze und andere Pflanzensäfte und Pflanzenauszüge

KN-Code	Beschreibung
1401	Pflanzliche Stoffe von der hauptsächlich zum Herstellen von Korb- oder Flechtwaren verwendeten Art (z. B. Bambus, Peddig und Stuhlrohr, Schilf, Binsen, Korbweiden/Flechtweiden, Raffiabast, gereinigtes, gebleichtes oder gefärbtes Getreidestroh, Lindenbast)
1404 20	Baumwoll-Linters
1501	Schweinefett (einschließlich Schweineschmalz) und Geflügelfett, ausgenommen solches der Position 0209 oder 1503
1502	Fett von Rindern, Schafen oder Ziegen, ausgenommen solches der Position 1503
1503	Schmalzstearin, Schmalzöl, Oleostearin, Oleomargarin und Talgöl, weder emulgiert, vermischt noch anders verarbeitet
1505	Wollfett und daraus stammende Fettstoffe, einschließlich Lanolin
1506	Andere tierische Fette und Öle sowie deren Fraktionen, auch raffiniert, jedoch nicht chemisch modifiziert
1509	Olivöl und seine Fraktionen, auch raffiniert, jedoch nicht chemisch modifiziert
1510	Andere Öle und ihre Fraktionen, ausschließlich aus Oliven gewonnen, auch raffiniert, jedoch nicht chemisch modifiziert, einschließlich Mischungen dieser Öle oder Fraktionen mit Ölen oder Fraktionen der Position 1509
1511	Palmöl und seine Fraktionen, auch raffiniert, jedoch nicht chemisch modifiziert
1513	Kokosöl (Kopraöl), Palmkernöl und Babassuöl sowie deren Fraktionen, auch raffiniert, jedoch nicht chemisch modifiziert
1515 30	Rizinusöl und seine Fraktionen
1515 50	Sesamöl und seine Fraktionen
1515 60	mikrobielle Fette und Öle und ihre Fraktionen
1515 90 11	Tungöl (Holzöl); Jojobaöl und Oiticicaöl; Myrtenwachs und Japanwachs; deren Fraktionen
1515 90 21	Rohes Tabaksamenöl und seine Fraktionen, zu technischen oder industriellen Zwecken, ausgenommen zum Herstellen von Lebensmitteln
1515 90 29	Rohes Tabaksamenöl und seine Fraktionen, ausgenommen zu technischen oder industriellen Zwecken, ausgenommen zum Herstellen von Lebensmitteln
1515 90 31	Tabaksamenöl und seine Fraktionen, ausgenommen rohe Öle, zu technischen oder industriellen Zwecken, ausgenommen zum Herstellen von Lebensmitteln
1515 90 39	Tabaksamenöl und seine Fraktionen, ausgenommen rohe Öle, ausgenommen zu technischen oder industriellen Zwecken, ausgenommen zum Herstellen von Lebensmitteln
1516 10	Tierische Fette und Öle sowie deren Fraktionen
1516 20 10	Hydriertes Rizinusöl (sog. Opalwachs)
1516 30	Mikrobielle Fette und Öle und ihre Fraktionen

KN-Code	Beschreibung
1517	Margarine; genießbare Mischungen und Zubereitungen von tierischen, pflanzlichen oder mikrobiellen Fetten und Ölen sowie von Fraktionen verschiedener Fette und Öle des Kapitels 15, ausgenommen genießbare Fette und Öle sowie deren Fraktionen der Position 1516
1518 00 10	Linoxyn
1520	Glycerin, roh; Glycerinwasser und Glycerinunterlaugen
1521	Pflanzenwachse (ausgenommen Triglyceride), Bienenwachs, andere Insektenwachse und Walrat, auch raffiniert oder gefärbt
1522	Degras; Rückstände aus der Verarbeitung von Fettstoffen oder von tierischen oder pflanzlichen Wachsen
1601	Würste und ähnliche Erzeugnisse, aus Fleisch, Schlachtnieberzeugnissen, Blut oder Insekten; Lebensmittelzubereitungen auf der Grundlage dieser Erzeugnisse
1602	Fleisch, Schlachtnieberzeugnisse, Blut oder Insekten, anders zubereitet oder haltbar gemacht
17	Zucker und Zuckerwaren
18	Kakao und Zubereitungen aus Kakao
19	Zubereitungen aus Getreide, Mehl, Stärke oder Milch; Backwaren
20	Zubereitungen von Gemüse, Früchten, Nüssen oder anderen Pflanzenteilen
21	Verschiedene Lebensmittelzubereitungen
22	Getränke, alkoholhaltige Flüssigkeiten und Essig
2301 10	Mehl und Pellets von Fleisch oder von Schlachtnieberzeugnissen, ungenießbar; Grieben/Grammeln
2302 10	Kleie und andere Rückstände, auch in Form von Pellets, vom Sichten, Mahlen oder von anderen Bearbeitungen von Mais
2302 40 02	Kleie und andere Rückstände, auch in Form von Pellets, vom Sichten, Mahlen oder von anderen Bearbeitungen von Reis, mit einem Gehalt an Stärke von 35 GHT oder weniger
2302 40 08	Kleie und andere Rückstände, auch in Form von Pellets, vom Sichten, Mahlen oder von anderen Bearbeitungen von Reis, andere als mit einem Gehalt an Stärke von 35 GHT oder weniger
2302 50	Kleie und andere Rückstände, auch in Form von Pellets, vom Sichten, Mahlen oder von anderen Bearbeitungen von Hülsenfrüchten
2306 90 11	Ölkuchen und andere feste Rückstände aus der Gewinnung von Olivenöl, auch gemahlen oder in Form von Pellets, mit einem Gehalt an Olivenöl von 3 GHT oder weniger
2306 90 19	Ölkuchen und andere feste Rückstände aus der Gewinnung von Olivenöl, auch gemahlen oder in Form von Pellets, mit einem Gehalt an Olivenöl von mehr als 3 GHT
2307	Weintrub/Weingeläger; Weinstein, roh

KN-Code	Beschreibung
2308 00 11	Traubentrester der zur Fütterung verwendeten Art, auch in Form von Pellets, anderweit weder genannt noch inbegriffen, mit einem Gesamtalkoholgehalt von 4,3 % mas oder weniger und einem Trockenmassegehalt von 40 GHT oder mehr
2308 00 19	Traubentrester der zur Fütterung verwendeten Art, auch in Form von Pellets, anderweit weder genannt noch inbegriffen, ausgenommen solche mit einem Gesamtalkoholgehalt von 4,3 % mas oder weniger und einem Trockenmassegehalt von 40 GHT oder mehr
2308 00 40	Eicheln und Rosskastanien; Trester (ausgenommen Traubentrester) der zur Fütterung verwendeten Art, auch in Form von Pellets, anderweit weder genannt noch inbegriffen
2309 10	Hunde- und Katzenfutter, in Aufmachungen für den Einzelverkauf
2309 90 10	Solubles von Fischen oder Meeressäugtieren der zur Fütterung verwendeten Art
2309 90 33	Zubereitungen, einschließlich Vormischungen, von der zur Fütterung verwendeten Art, Glucose, Glucosesirup, Maltodextrin oder Maltodextrinsirup der Unterpositionen 1702 30 50, 1702 30 90, 1702 40 90, 1702 90 50 und 2106 90 55 enthaltend, jedoch keine Stärke enthaltend oder mit einem Gehalt an Stärke von 10 GHT oder weniger und mit einem Gehalt an Milcherzeugnissen von 10 GHT oder mehr, jedoch weniger als 50 GHT
2309 90 35	Zubereitungen, einschließlich Vormischungen, von der zur Fütterung verwendeten Art, Glucose, Glucosesirup, Maltodextrin oder Maltodextrinsirup der Unterpositionen 1702 30 50, 1702 30 90, 1702 40 90, 1702 90 50 und 2106 90 55 enthaltend, jedoch keine Stärke enthaltend oder mit einem Gehalt an Stärke von 10 GHT oder weniger und mit einem Gehalt an Milcherzeugnissen von 50 GHT oder mehr, jedoch weniger als 75 GHT
2309 90 39	Zubereitungen, einschließlich Vormischungen, von der zur Fütterung verwendeten Art, Glucose, Glucosesirup, Maltodextrin oder Maltodextrinsirup der Unterpositionen 1702 30 50, 1702 30 90, 1702 40 90, 1702 90 50 und 2106 90 55 enthaltend, jedoch keine Stärke enthaltend oder mit einem Gehalt an Stärke von 10 GHT oder weniger und mit einem Gehalt an Milcherzeugnissen von 75 GHT oder mehr
2309 90 43	Zubereitungen, einschließlich Vormischungen, von der zur Fütterung verwendeten Art, Glucose, Glucosesirup, Maltodextrin oder Maltodextrinsirup der Unterpositionen 1702 30 50, 1702 30 90, 1702 40 90, 1702 90 50 und 2106 90 55 enthaltend mit einem Gehalt an Stärke von mehr als 10 bis 30 GHT und mit einem Gehalt an Milcherzeugnissen von 10 GHT oder mehr, jedoch weniger als 50 GHT
2309 90 49	Zubereitungen, einschließlich Vormischungen, von der zur Fütterung verwendeten Art, Glucose, Glucosesirup, Maltodextrin oder Maltodextrinsirup der Unterpositionen 1702 30 50, 1702 30 90, 1702 40 90, 1702 90 50 und 2106 90 55 enthaltend mit einem Gehalt an Stärke von mehr als 10 bis 30 GHT und mit einem Gehalt an Milcherzeugnissen 50 GHT oder mehr
2309 90 53	Zubereitungen, einschließlich Vormischungen, von der zur Fütterung verwendeten Art, Glucose, Glucosesirup, Maltodextrin oder Maltodextrinsirup der Unterpositionen 1702 30 50, 1702 30 90, 1702 40 90, 1702 90 50 und 2106 90 55 enthaltend mit einem Gehalt an Stärke von mehr als 30 GHT und mit einem Gehalt an Milcherzeugnissen von 10 GHT oder mehr, jedoch weniger als 50 GHT
2309 90 59	Zubereitungen, einschließlich Vormischungen, von der zur Fütterung verwendeten Art, Glucose, Glucosesirup, Maltodextrin oder Maltodextrinsirup der Unterpositionen 1702 30 50, 1702 30 90, 1702 40 90, 1702 90 50 und 2106 90 55 enthaltend mit einem Gehalt an Stärke von mehr als 30 GHT und mit einem Gehalt an Milcherzeugnissen von 50 GHT oder mehr
2309 90 70	Zubereitungen, einschließlich Vormischungen, von der zur Fütterung verwendeten Art, weder Stärke, Glucose, Glucosesirup, Maltodextrin noch Maltodextrinsirup, jedoch Milcherzeugnisse enthaltend

KN-Code	Beschreibung
24	Tabak und verarbeitete Tabakersatzstoffe; Erzeugnisse, auch nikotinhalzig, die zur Inhalation ohne Verbrennung bestimmt sind; andere nikotinhalzige Erzeugnisse, die zur Nikotinaufnahme in den menschlichen Körper bestimmt sind
2905 43	Mannitol
2905 44	D-Glucitol (Sorbit)
3301	Ätherische Öle (auch entterpenisiert), einschließlich „konkrete“ oder „absolute“ Öle; Resinoide; extrahierte Oleoresine; Konzentrate ätherischer Öle in Fetten, nicht flüchtigen Ölen, Wachsen oder ähnlichen Stoffen, durch Enfleurage oder Mazeration gewonnen; terpenhaltige Nebenerzeugnisse aus ätherischen Ölen; destillierte aromatische Wässer und wässrige Lösungen ätherischer Öle
3501	Casein, Caseinate und andere Caseinderivate; Caseinleime
3502	Albumine (einschließlich Konzentrate aus zwei oder mehr Molkenproteinen, die mehr als 80 GHT Molkenproteine, bezogen auf die Trockenmasse, enthalten), Albuminate und andere Albuminderivate
3503	Gelatine (auch in quadratischen oder rechteckigen Blättern, auch an der Oberfläche bearbeitet oder gefärbt) und ihre Derivate; Hausenblase; andere Leime tierischen Ursprungs, ausgenommen Caseinleime der Position 3501
3504	Peptone und ihre Derivate; andere Eiweißstoffe und ihre Derivate, anderweit weder genannt noch inbegriffen; Hautpulver, auch chromiert
3505	Dextrine und andere modifizierte Stärken (z. B. Quellstärke oder veresterte Stärke); Leime auf der Grundlage von Stärken, Dextrinen oder anderen modifizierten Stärken
3809 10	Appretur- oder Endausstattungsmittel, Beschleuniger zum Färben oder Fixieren von Farbstoffen und andere Erzeugnisse und Zubereitungen (z. B. zubereitete Schlichtemittel und Zubereitungen zum Beizen), von der in der Textilindustrie, Papierindustrie, Lederindustrie oder ähnlichen Industrien verwendeten Art, anderweit weder genannt noch inbegriffen, auf der Grundlage von Stärke oder Stärkederivaten
3824 60	Sorbit, ausgenommen Waren der Unterposition 2905 44
4101	Rohe Häute und Felle von Rindern und Kälbern (einschließlich Büffeln) oder von Pferden und anderen Einhufern (frisch oder gesalzen, getrocknet, geäschert, gepickelt oder anders konserviert, jedoch weder gegerbt noch zu Pergament- oder Rohhautleder konserviert, noch zugerichtet), auch enthaart oder gespalten
4102	Rohe Häute und Felle von Schafen oder Lämmern (frisch oder gesalzen, getrocknet, geäschert, gepickelt oder anders konserviert, jedoch weder gegerbt noch zu Pergament- oder Rohhautleder konserviert, noch zugerichtet), auch enthaart oder gespalten, ausgenommen solche, die aufgrund der Anmerkung 1 c zu Kapitel 41 ausgeschlossen sind
4103	Andere rohe Häute und Felle (frisch oder gesalzen, getrocknet, geäschert, gepickelt oder anders konserviert, jedoch weder gegerbt noch zu Pergament- oder Rohhautleder konserviert, noch zugerichtet), auch enthaart oder gespalten, ausgenommen solche, die aufgrund der Anmerkung 1 b oder der Anmerkung 1 c zu Kapitel 41 ausgeschlossen sind
4301	Rohe Pelzfelle (einschließlich Kopf, Schwanz, Klauen und andere zu Kürschnerzwecken verwendbare Teile), ausgenommen rohe Häute und Felle der Position 4101, 4102 oder 4103
5001	Seidenraupenkokons, zum Abhaspeln geeignet
5002	Grège, weder gedreht noch gezwirnt
5003	Abfälle von Seide (einschließlich nicht abhaspelbare Kokons, Garnabfälle und Reißspinnstoff)
5101	Wolle, weder gekrempelt noch gekämmt

KN-Code	Beschreibung
5102	Feine oder grobe Tierhaare, weder gekrempelt noch gekämmt
5103	Abfälle von Wolle oder feinen oder groben Tierhaaren (einschließlich Garnabfälle), ausgenommen Reißspinnstoff
5201	Baumwolle, weder kardierte noch gekämmt
5202	Abfälle von Baumwolle (einschließlich Garnabfälle und Reißspinnstoff)
5203	Baumwolle, kardierte oder gekämmt
5301	Flachs (Leinen), roh oder bearbeitet, jedoch nicht versponnen; Werg und Abfälle von Flachs (Leinen) (einschließlich Garnabfälle und Reißspinnstoff)
5302	Hanf (<i>Cannabis sativa</i> L.), roh oder bearbeitet, jedoch nicht versponnen; Werg und Abfälle von Hanf (einschließlich Garnabfälle und Reißspinnstoff)

ANHANG II

LISTE DER WAREN NACH ARTIKEL 1 ABSATZ 2

KN-Code	Beschreibung
3102	Mineralische oder chemische Stickstoffdüngemittel
Ex 3105	Mineralische oder chemische Düngemittel, zwei oder drei der düngenden Stoffe Stickstoff, Phosphor und Kalium enthaltend; andere Düngemittel; Waren des Kapitels 31 in Tabletten oder ähnlichen Formen oder in Packungen mit einem Rohgewicht von 10 kg oder weniger, ausgenommen: 3105 10 00 — Waren des Kapitels 31 in Tabletten oder ähnlichen Formen oder in Packungen mit einem Rohgewicht von 10 kg oder weniger 3105 60 00 — Mineralische oder chemische Düngemittel, die beiden düngenden Stoffe Phosphor und Kalium enthaltend



2025/1228

20.6.2025

BESCHLUSS (EU) 2025/1228 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES

vom 17. Juni 2025

zur Änderung der Entscheidung 2003/17/EG des Rates zur Gleichstellung von Feldbesichtigungen der Vermehrungsbestände von Futterpflanzensaatgut in der Republik Moldau und der Gleichstellung des in der Republik Moldau erzeugtem Futterpflanzensaatguts sowie zur Gleichstellung von Feldbesichtigungen der Vermehrungsbestände von Betarübensaatgut und der Vermehrungsbestände von Ölpflanzensaatgut in der Ukraine und der Gleichstellung des in der Ukraine erzeugten Betarüben- und Ölpflanzensaatguts

(Text von Bedeutung für den EWR)

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 43 Absatz 2,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses ⁽¹⁾,

gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren ⁽²⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Gemäß der Entscheidung 2003/17/EG des Rates ⁽³⁾ sind Feldbesichtigungen bestimmter Saatgutvermehrungsbestände, die in den im Anhang I dieser Entscheidung aufgelisteten Drittländern durchgeführt werden, unter bestimmten Voraussetzungen den gemäß dem Unionsrecht durchgeführten Feldbesichtigungen gleichgestellt, und Saatgut bestimmter Arten, das in diesen Drittländern erzeugt wird, ist unter bestimmten Voraussetzungen dem Unionsrecht entsprechenden Saatgut gleichgestellt.
- (2) Im Jahr 2022 beantragte die Republik Moldau bei der Kommission die Gleichstellung ihres Systems der Feldbesichtigungen der Vermehrungsbestände von Futterpflanzensaatgut und des in der Republik Moldau erzeugten und zertifizierten Futterpflanzensaatguts.
- (3) Die Kommission hat die einschlägigen Rechtsvorschriften der Republik Moldau geprüft. Darüber hinaus wurde von ihr 2016 ein Audit des Systems der amtlichen Kontrollen und der Zertifizierung des Saatguts von Getreide, Gemüsepflanzen, Öl- und Faserpflanzen in der Republik Moldau durchgeführt und dessen Ergebnisse wurden in einem Bericht veröffentlicht. Nach dem Erhalt zusätzlicher Unterlagen von der Republik Moldau kam die Kommission zu dem Schluss, dass alle im Bericht über das Audit ausgesprochenen Empfehlungen in zufriedenstellender Weise umgesetzt worden waren. Gestützt auf dieses Audit und die zusätzlichen Unterlagen ist die Kommission zu dem Ergebnis gelangt, dass die nationalen Behörden, die für die Durchführung der Saatgutzertifizierung in der Republik Moldau verantwortlich sind, die Zuständigkeit haben, über geeignete Einrichtungen verfügen und ordnungsgemäß arbeiten. Diese Behörden sind auch für Feldbesichtigungen der Vermehrungsbestände von Futterpflanzensaatgut und für die Zertifizierung des Futterpflanzensaatguts zuständig.

⁽¹⁾ ABl. C, C/2024/3386 vom 31.5.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2024/3386/oj>.

⁽²⁾ Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 22. Mai 2025 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht) und Beschluss des Rates vom 12. Juni 2025.

⁽³⁾ Entscheidung 2003/17/EG des Rates vom 16. Dezember 2002 über die Gleichstellung von Saatgutvermehrungsbeständen in Drittländern und über die Gleichstellung von in Drittländern erzeugtem Saatgut (ABl. L 8 vom 14.1.2003, S. 10, ELI: [http://data.europa.eu/eli/dec/2003/17\(1\)/oj](http://data.europa.eu/eli/dec/2003/17(1)/oj)).

- (4) Auf der Grundlage der Prüfung der Rechtsvorschriften der Republik Moldau und des Audits ist die Kommission zu dem Schluss gekommen, dass die Feldbesichtigungen von Vermehrungsbeständen von Futterpflanzensaatgut, und die Probenahme, Saatgutprüfung und amtliche Nachkontrolle von Futterpflanzensaatgut in der Republik Moldau angemessen durchgeführt werden und den Anforderungen gemäß Anhang II der Entscheidung 2003/17/EG und der Richtlinie 66/401/EWG des Rates (*) entsprechen.
- (5) Im Jahr 2022 beantragte die Ukraine bei der Kommission die Gleichstellung ihres Systems der Feldbesichtigungen von Vermehrungsbeständen des Saatguts von Betarüben (*Beta vulgaris*), Sonnenblumen (*Helianthus annuus*) und Raps (*Brassica napus*) sowie des Saatguts von Betarüben, Sonnenblumen und Raps, das in der Ukraine erzeugt und zertifiziert wurde.
- (6) Im Jahr 2023 beantragte die Ukraine bei der Kommission die Gleichstellung ihres Systems der Feldbesichtigungen von Vermehrungsbeständen des Saatguts von Sojabohnen (*Glycine max*) sowie des Saatguts von Sojabohnen, das in der Ukraine erzeugt und zertifiziert wurde.
- (7) Die Kommission hat die einschlägigen Rechtsvorschriften der Ukraine geprüft. Darüber hinaus wurde von ihr 2015 ein Audit des Systems der amtlichen Kontrollen und der Zertifizierung des Saatguts von Getreide in der Ukraine durchgeführt und dessen Ergebnisse wurden in einem Bericht veröffentlicht. Nach dem Erhalt zusätzlicher Unterlagen von der Ukraine kam die Kommission zu dem Schluss, dass alle im Bericht über das Audit ausgesprochenen Empfehlungen in zufriedenstellender Weise umgesetzt worden waren. Gestützt auf dieses Audit und die zusätzlichen Unterlagen ist die Kommission zu dem Ergebnis gelangt, dass die nationalen Behörden, die für die Durchführung der Saatgut-zertifizierung in der Ukraine zuständig sind, fachkundig sind, über geeignete Einrichtungen verfügen und ordnungsgemäß arbeiten. Diese Behörden sind auch für die Feldbesichtigungen der Vermehrungsbestände des Saatguts von Betarüben, Sonnenblumen, Raps und Sojabohnen sowie für die Zertifizierung des Saatguts von Betarüben, Sonnenblumen, Raps und Sojabohnen zuständig.
- (8) Auf der Grundlage der Prüfung der Rechtsvorschriften der Ukraine und des Audits, ist die Kommission zu dem Schluss gekommen, dass die Feldbesichtigungen von Vermehrungsbeständen des Saatguts von Betarüben, Sonnenblumen, Raps und Sojabohnen, und die Probenahme, Saatgutprüfung und amtliche Nachkontrolle des Saatguts von Betarüben, Sonnenblumen, Raps und Sojabohnen in der Ukraine angemessen durchgeführt werden und den Anforderungen gemäß Anhang II der Entscheidung 2003/17/EG und der Richtlinien 2002/54/EG (°) und 2002/57/EG (°) des Rates entsprechen.
- (9) Die Republik Moldau wurde in Bezug auf Futterpflanzen in das System für die sortenmäßige Anerkennung oder die Kontrolle von für den internationalen Handel bestimmtem Saatgut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (System für Saatgut der OECD) aufgenommen.
- (10) Die Ukraine wurde in Bezug auf Betarüben, Sonnenblumen, Raps und Sojabohnen in das System für Saatgut der OECD aufgenommen.
- (11) Die Republik Moldau und die Ukraine verfügen über Saatgutlabore, die von der Internationalen Vereinigung für Saatgutprüfung akkreditiert sind. Dies bietet zusätzliche Gewähr für die Qualität der Kontrollen und des in diesen Ländern erzeugten Saatguts sowie für deren Einhaltung des Unionsrechts.
- (12) Daher ist es angezeigt, die Gleichstellung von Feldbesichtigungen der Vermehrungsbestände von Futterpflanzensaatgut in der Republik Moldau und des in der Republik Moldau erzeugten und von den Behörden der Republik Moldau amtlich zertifizierten Futterpflanzensaatguts zu gewähren.
- (13) Es ist gleichermaßen angezeigt, die Gleichstellung der Feldbesichtigungen von Vermehrungsbeständen des Saatguts von Betarüben, Sonnenblumen, Raps und Sojabohnen in der Ukraine sowie des in der Ukraine erzeugten und von den Behörden der Ukraine amtlich zertifizierten Saatguts von Betarüben, Sonnenblumen, Raps und Sojabohnen zu gewähren.
- (14) Die Entscheidung 2003/17/EG sollte daher entsprechend geändert werden —

HABEN FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

- (*) Richtlinie 66/401/EWG des Rates vom 14. Juni 1966 über den Verkehr mit Futterpflanzensaatgut (ABl. 125 vom 11.7.1966, S. 2298/66, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dir/1966/401/oj>).
- (°) Richtlinie 2002/54/EG des Rates vom 13. Juni 2002 über den Verkehr mit Betarübensaatgut (ABl. L 193 vom 20.7.2002, S. 12, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dir/2002/54/oj>).
- (°) Richtlinie 2002/57/EG des Rates vom 13. Juni 2002 über den Verkehr mit Saatgut von Öl- und Faserpflanzen (ABl. L 193 vom 20.7.2002, S. 74, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dir/2002/57/oj>).

Artikel 1

Änderungen der Entscheidung 2003/17/EG

Anhang I der Entscheidung 2003/17/EG wird gemäß dem Anhang des vorliegenden Beschlusses geändert.

Artikel 2

Inkrafttreten

Dieser Beschluss tritt am zwanzigsten Tag nach seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Artikel 3

Adressaten

Dieser Beschluss ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Geschehen zu Straßburg am 17. Juni 2025.

Im Namen des Europäischen Parlaments

Die Präsidentin

R. METSOLA

Im Namen des Rates

Der Präsident

A. SZŁAPKA

ANHANG

In Anhang I der Entscheidung 2003/17/EG wird die Tabelle wie folgt geändert:

1. Der Eintrag „MD“ erhält folgende Fassung:

„MD	National Agency for Food Safety (ANSA) str. Mihail Kogălniceanu 63, MD-2009, CHIȘINĂU	66/401/EWG
		66/402/EWG
		2002/55/EG
		2002/57/EG“

2. Der Eintrag „UA“ erhält folgende Fassung:

„UA	Ministry of Agrarian Policy and Food of Ukraine Khreshchatyk str. 24, 01001 KYIV	66/402/EWG
		2002/54/EG
		2002/57/EG — nur in Bezug auf
		<i>Brassica napus</i> , <i>Glycine max</i> und <i>Helianthus annuus</i> “



2025/1229

20.6.2025

**BESCHLUSS Nr. 1/2025 DES MIT DEM ABKOMMEN ÜBER HANDEL UND ZUSAMMENARBEIT
ZWISCHEN DER EUROPÄISCHEN UNION UND DER EUROPÄISCHEN ATOMGEMEINSCHAFT
EINERSEITS UND DEM VEREINIGTEN KÖNIGREICH GROßBRITANNIEN UND NORDIRLAND
ANDERERSEITS EINGESETZTEN PARTNERSCHAFTSRATES**

vom 18. Juni 2025

**zur Vorlage einer Auslegung von Artikel 508 Absatz 2 Buchstabe d des Abkommens über Handel
und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft
einerseits und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland andererseits [2025/1229]**

DER PARTNERSCHAFTSRAT —

gestützt auf das Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland andererseits (im Folgenden „Abkommen“), insbesondere auf Artikel 519 Buchstabe b,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Der in Anhang 38 des Abkommens vorgesehene Anpassungszeitraum, in dem jede Vertragspartei den Schiffen der anderen Vertragspartei uneingeschränkten Zugang zu ihren Gewässern zur Befischung gewährt, endet am 30. Juni 2026.
- (2) Gemäß Artikel 500 Absatz 1 des Abkommens, der nach dem 30. Juni 2026 gilt, gewährt jede Vertragspartei, sofern TACs vereinbart wurden, im jeweiligen Jahr den Schiffen der anderen Vertragspartei Zugang zum Fischfang in ihren Gewässern in den entsprechenden ICES-Untergebieten in der Höhe und unter den Bedingungen, die in den jährlichen Konsultationen festgelegt wurden.
- (3) Die Vertragsparteien wollen nach Juni 2026 einen mehrjährigen uneingeschränkten Zugang zum Fischfang in ihren Gewässern für einen bestimmten Zeitraum vorsehen.
- (4) Nach Artikel 508 Absatz 2 Buchstabe b in Verbindung mit Artikel 508 Absatz 1 Buchstabe l des Abkommens kann der Sonderausschuss für Fischerei Beschlüsse zur Ausarbeitung von Leitlinien zur Unterstützung der praktischen Anwendung von Artikel 500 des Abkommens erlassen. Darüber hinaus kann der Ausschuss nach Artikel 508 Absatz 2 Buchstabe d des Abkommens Beschlüsse in Bezug auf alle anderen Aspekte der Zusammenarbeit im Bereich des nachhaltigen Fischereimanagements erlassen.
- (5) In diesem Zusammenhang ist es zweckmäßig, eine Auslegung von Artikel 508 Absatz 2 Buchstabe d des Abkommens vorzulegen, um zu klären, auf welcher Grundlage der Sonderausschuss für Fischerei einen solchen Beschluss erlassen kann —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Der Begriff „Zusammenarbeit im Bereich des nachhaltigen Fischereimanagements“ in Artikel 508 Absatz 2 Buchstabe d des Abkommens ist ausschließlich für die Zwecke dieser Bestimmung so auszulegen, dass er auch die Annahme eines Beschlusses des Sonderausschusses für Fischerei umfasst, mit dem ein mehrjähriger uneingeschränkter Zugang zum Fischfang in den Gewässern für einen bestimmten Zeitraum gewährt wird, der für die Zwecke von Artikel 500 Absätze 1 und 4 des Abkommens als vereinbartes Ergebnis der jährlichen Konsultationen gilt (dies schließt den Zugang nach Artikel 500 Absatz 5 des Abkommens ein, wenn vorläufige TACs nach Artikel 499 des Abkommens festgesetzt werden).

Artikel 2

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

Geschehen zu Brüssel und London am 18. Juni 2025.

Im Namen des Partnerschaftsrates

Die Ko-Vorsitzenden

Maroš ŠEFČOVIČ

Nick THOMAS-SYMONDS



2025/1230

20.6.2025

**BESCHLUSS Nr. 2/2025 DES MIT DEM ABKOMMEN ÜBER HANDEL UND ZUSAMMENARBEIT
ZWISCHEN DER EUROPÄISCHEN UNION UND DER EUROPÄISCHEN ATOMGEMEINSCHAFT
EINERSEITS UND DEM VEREINIGTEN KÖNIGREICH GROßBRITANNIEN UND NORDIRLAND
ANDERERSEITS EINGESETZTEN PARTNERSCHAFTSRATES**

vom 19. Juni 2025

**zur Vorlage einer Auslegung von Artikel 331 Absatz 2 und zur Verlängerung der Geltungsdauer von
Teil Zwei Teilbereich Eins Titel VIII (Energie) des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit
zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem
Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland andererseits [2025/1230]**

DER PARTNERSCHAFTSRAT —

gestützt auf das Abkommen über Handel und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland andererseits (im Folgenden „Abkommen“), insbesondere auf Artikel 519 Buchstabe b und Artikel 331 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Gemäß Artikel 331 Absatz 1 des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit endet die Geltungsdauer von Teil Zwei Teilbereich Eins Titel VIII dieses Abkommens (im Folgenden „Titel VIII“) am 30. Juni 2026.
- (2) Gemäß Artikel 331 Absatz 2 des Abkommens kann der Partnerschaftsrat zwischen dem 1. Juli 2026 und dem 31. Dezember 2026 beschließen, die Geltungsdauer des Titels VIII bis zum 31. März 2027 zu verlängern.
- (3) Eine Situation, in der der Partnerschaftsrat erst dann einen Beschluss über die Verlängerung der Geltungsdauer des Titels VIII fassen könnte, wenn die Geltungsdauer von Titel VIII bereits geendet hat, könnte zu einer Unterbrechung der Geltung von Titel VIII und damit zu Unsicherheit hinsichtlich des Rechtsrahmens für Handel und Investitionen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich in den Bereichen Energie und Rohstoffe führen.
- (4) Im Interesse der Rechtssicherheit und rechtlichen Vorhersehbarkeit ist es daher angezeigt, einen Beschluss zur Auslegung von Artikel 331 Absatz 2 des Abkommens dahin gehend zu erlassen, dass ein Beschluss des Partnerschaftsrates über die Verlängerung der Geltungsdauer des Titels VIII bis zum 31. März 2027 vor dem 1. Juli 2026 angenommen werden kann, sofern er erst ab dem 1. Juli 2026 wirksam wird.
- (5) Die Ziele des Titels VIII bestehen darin, Handel und Investitionen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich in den Bereichen Energie und Rohstoffe zu erleichtern und die Versorgungssicherheit sowie die ökologische Nachhaltigkeit zu fördern, indem in diesen Bereichen insbesondere ein Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels geleistet wird.
- (6) Um die Ziele des Titels VIII zu erreichen, ist es sowohl für die Europäische Union als auch für das Vereinigte Königreich angezeigt, ihre Zusammenarbeit im Energiebereich durch die Anwendung des Titels VIII fortzusetzen.
- (7) Für die Fortsetzung einer solchen Zusammenarbeit sollte den Interessenträgern im Energiebereich ein stabiler und vorhersehbarer Rechtsrahmen zur Verfügung gestellt werden, der die Geschäftstätigkeit erleichtert und Marktstabilität gewährleistet.
- (8) Daher ist es angezeigt, einen Beschluss über die Geltungsdauer des Titels VIII bis zum 31. März 2027 anzunehmen —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Artikel 331 Absatz 2 des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit ist dahin gehend auszulegen, dass ein Beschluss über die Verlängerung der Geltungsdauer von Teil Zwei Teilbereich Eins Titel VIII des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit bis zum 31. März 2027 vor dem 1. Juli 2026 angenommen werden kann, sofern er erst ab dem 1. Juli 2026 wirksam wird.

Artikel 2

Die Geltungsdauer von Teil Zwei Teilbereich Eins Titel VIII des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit wird bis zum 31. März 2027 verlängert.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

Artikel 2 wird am 1. Juli 2026 wirksam.

Geschehen zu Brüssel und London am 19. Juni 2025.

Im Namen des Partnerschaftsrates

Die Ko-Vorsitzenden

Maroš ŠEFČOVIČ

Nick THOMAS-SYMONDS



2025/1231

20.6.2025

**BESCHLUSS Nr. 1/2025 DES MIT ARTIKEL 8 ABSATZ 1 BUCHSTABE Q DES ABKOMMENS ÜBER
HANDEL UND ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DER EUROPÄISCHEN UNION UND DER
EUROPÄISCHEN ATOMGEMEINSCHAFT EINERSEITS UND DEM VEREINIGTEN KÖNIGREICH
GROßBRITANNIEN UND NORDIRLAND ANDERERSEITS EINGERICHTETEN
SONDERAUSSCHUSSES FÜR FISCHEREI**

vom 19. Juni 2025

**in Bezug auf die Regelungen über die Höhe und die Bedingungen des Zugangs, den jede
Vertragspartei den Schiffen der anderen Vertragspartei zum Fischfang in ihren Gewässern vom 1. Juli
2026 bis zum 30. Juni 2038 gewährt [2025/1231]**

DER SONDERAUSSCHUSS FÜR FISCHEREI —

gestützt auf das Abkommen über Handel und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland andererseits (im Folgenden „Abkommen“), insbesondere auf Artikel 508 Absatz 2 Buchstabe d und den Beschluss des Partnerschaftsrates vom 18. Juni 2025 zur Auslegung dieses Artikels,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Der in Anhang 38 des Abkommens vorgesehene Anpassungszeitraum, in dem jede Vertragspartei den Schiffen der anderen Vertragspartei uneingeschränkten Zugang zu ihren Gewässern zur Befischung gewährt, endet am 30. Juni 2026.
- (2) Gemäß Artikel 500 Absatz 1 des Abkommens, der nach dem 30. Juni 2026 gilt, gewährt jede Vertragspartei, sofern TACs vereinbart wurden, im jeweiligen Jahr den Schiffen der anderen Vertragspartei Zugang zum Fischfang in ihren Gewässern in den entsprechenden ICES-Untergebieten in der Höhe und unter den Bedingungen, die in den jährlichen Konsultationen festgelegt werden.
- (3) Die Vertragsparteien vereinbaren die Festlegung von Regelungen über die Höhe und die Bedingungen des Zugangs vom 1. Juli 2026 bis zum 30. Juni 2038, die für die Zwecke des Artikels 500 Absätze 1, 4 und 5 des Abkommens als Höhe und Bedingungen des Zugangs zu betrachten sind und im genannten Zeitraum, auch wenn nach Artikel 499 des Abkommens vorläufige TACs festgesetzt werden, zum Fischfang einen mehrjährigen gegenseitigen Zugang zu den Gewässern verleihen.
- (4) Die jeweiligen Anteile der Vertragsparteien, die in den Anhängen 35 und 36 für die Zeit ab 2026 festgelegt sind und die Bestimmungen des Anhangs 37 des Abkommens werden von diesem Beschluss nicht berührt.
- (5) In der Vereinbarung vom 19. Mai 2025 vermerkten die Europäische Kommission und das Vereinigte Königreich die politische Einigung, die zu einem uneingeschränkten gegenseitigen Zugang zu Gewässern für die Befischung bis zum 30. Juni 2038 führt —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Mit diesem Beschluss werden die Regelungen über die Höhe und die Bedingungen des Zugangs, den jede Vertragspartei den Schiffen der anderen Vertragspartei zum Fischfang in ihren Gewässern gewährt, die für die Zwecke des Artikels 500 Absätze 1, 4 und 5 des Abkommens als Höhe und Bedingungen des Zugangs zu betrachten sind, festgelegt. Zur Klarstellung sei angemerkt, dass Artikel 500 Absatz 2 des Abkommens von diesem Beschluss nicht berührt wird.

Artikel 2

- (1) Sofern TACs vereinbart wurden, gewährt jede Vertragspartei den Schiffen der anderen Vertragspartei
- a) uneingeschränkter Zugang zu den in Anhang 35 und Anhang 36 Tabellen A, B und F des Abkommens aufgeführten Beständen in der AWZ der jeweils anderen Vertragspartei und in den Gewässern der Vertragsparteien zwischen sechs und zwölf Seemeilen von der Basislinie in den ICES-Divisionen 4c und 7d-g in einer Höhe, die dem jeweiligen Anteil der Vertragsparteien an den TACs angemessen ist;
 - b) uneingeschränkter Zugang zu den nicht quotengebundenen Beständen in der AWZ der jeweils anderen Vertragspartei und in den Gewässern der Vertragsparteien zwischen sechs und zwölf Seemeilen von der Basislinie in den ICES-Divisionen 4c und 7d-g in einer Höhe, die mindestens der durchschnittlichen Tonnage entspricht, die von dieser Vertragspartei im Zeitraum 2012-2016 in den Gewässern der anderen Vertragspartei gefischt wurde.

Für die Zwecke der Buchstaben a und b gilt für qualifizierte Schiffe der uneingeschränkte Zugang zu Fischbeständen zwischen sechs und zwölf Seemeilen von der Basislinie in den ICES-Divisionen 4c und 7d-g, soweit qualifizierte Schiffe der jeweiligen Vertragspartei am 31. Dezember 2020 Zugang zu diesen Gewässern hatten. „Qualifiziertes Schiff“ hat dieselbe Bedeutung wie „qualifiziertes Schiff“ in Artikel 500 Absatz 4 entsprechend der Definition für die Zwecke von Artikel 500 Absatz 4 Buchstabe c.

(2) Der Zugang gemäß Absatz 1 Buchstabe a wird auch gewährt, wenn für einen in Anhang 35 oder Anhang 36 Tabellen A, B und F aufgeführten Bestand am 20. Dezember eines Jahres keine vereinbarte TAC vorhanden war und jede Vertragspartei gemäß Artikel 499 des Abkommens eine vorläufige TAC festgesetzt hat. Gleiches gilt sinngemäß für den Zugang nach Absatz 1 Buchstabe b zu nicht quotengebundenen Beständen.

(3) Die in den Absätzen 1 und 2 festgelegten Regelungen umfassen keine finanziellen Verpflichtungen und Quotenübertragungen zwischen den Vertragsparteien.

Artikel 3

Aus Gründen der Transparenz können die Vertragsparteien die Regelungen gemäß Artikel 2 in die schriftlichen Aufzeichnungen der jährlichen Fischereikonsultationen gemäß Artikel 498 Absatz 6 des Abkommens aufnehmen.

Artikel 4

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

Er gilt ab dem 1. Juli 2026. Die Geltung endet am 30. Juni 2038, es sei denn, der Sonderausschuss für Fischerei erlässt einen Beschluss zur Verlängerung.

Geschehen zu Brüssel und London am 19. Juni 2025.

Für den Sonderausschuss für Fischerei
Die Ko-Vorsitzenden
Eva María CARBALLEIRA FERNANDEZ
Mike DOWELL



2025/1232

20.6.2025

**GEMEINSAME ERKLÄRUNG 1/2025 DER UNION UND DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS IM MIT
DEM ABKOMMEN ÜBER HANDEL UND ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DER EUROPÄISCHEN
UNION UND DER EUROPÄISCHEN ATOMGEMEINSCHAFT EINERSEITS UND DEM
VEREINIGTEN KÖNIGREICH GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND ANDERERSEITS
EINGESETZTEN PARTNERSCHAFTSRAT**

vom 19. Juni 2025

Die Europäische Union und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland (im Folgenden „Vereinigtes Königreich“) bekräftigen ihr Bekenntnis zur vollständigen Durchführung des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit als Teil einer ambitionierten, weitreichenden und ausgewogenen Wirtschaftspartnerschaft, die von beiderseitigem Nutzen ist.

In diesem Zusammenhang und unter Berücksichtigung der in Teil Zwei Teilbereich Eins Titel VIII (Energie) des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit (im Folgenden „Titel VIII“) festgelegten Ziele, die darin bestehen, Handel und Investitionen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich in den Bereichen Energie und Rohstoffe zu erleichtern und kontinuierlich die Versorgungssicherheit sowie die ökologische Nachhaltigkeit zu fördern, indem in diesen Bereichen insbesondere ein Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels geleistet wird, teilen die Europäische Union und das Vereinigte Königreich die politische Auffassung, dass diese Ziele fortlaufend weiterverfolgt werden sollten und dass es angezeigt wäre, die Geltungsdauer von Titel VIII zu verlängern.

Dies würde durch sukzessive Beschlüsse gemäß Artikel 331 Absatz 2 des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit erfolgen.



2025/1236

20.6.2025

BESCHLUSS (GASP) 2025/1236 DES RATES

vom 16. Juni 2025

zur Ernennung des Stellvertretenden Vorsitzenden des Militärausschusses der Europäischen Union

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 240,

gestützt auf den Beschluss 2001/79/GASP des Rates vom 22. Januar 2001 zur Einsetzung des Militärausschusses der Europäischen Union ⁽¹⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Gemäß Nummer 4 des Anhangs des Beschlusses 2001/79/GASP wird der Vorsitzende des Militärausschusses der Europäischen Union (im Folgenden „Militärausschuss“) bei Abwesenheit durch den ständigen Stellvertretenden Vorsitzenden des Militärausschusses der Europäischen Union (im Folgenden „Stellvertretender Vorsitzender“) vertreten, falls die Schaffung dieses Amtes und dessen Besetzung beschlossen wird.
- (2) Am 15. Oktober 2024 ist der Militärausschuss, der auf Ebene der Generalstabschefs zusammengetreten ist, übereingekommen, das Amt des Stellvertretenden zu schaffen. Der Stellvertretende Vorsitzende sollte vom Rat auf Empfehlung des Militärausschusses ernannt werden.
- (3) In seiner Sitzung vom 30. April 2025 hat der Militärausschuss empfohlen, Generalmajor Enrico BARDUANI für einen Zeitraum von drei Jahren, vom 1. Dezember 2025 bis zum 30. November 2028, zum Stellvertretenden Vorsitzenden zu ernennen —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Generalmajor Enrico BARDUANI wird für einen Zeitraum von drei Jahren, vom 1. Dezember 2025 bis zum 30. November 2028, zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Militärausschusses der Europäischen Union ernannt.

Artikel 2

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

Geschehen zu Luxemburg am 16. Juni 2025.

Im Namen des Rates

Die Präsidentin

P. HENNIG-KLOSKA

⁽¹⁾ ABl. L 27 vom 30.1.2001, S. 4.



2025/1240

20.6.2025

BESCHLUSS (EU) 2025/1240 DER EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK

vom 11. Juni 2025

zur Änderung des Beschlusses (EU) 2020/187 über die Umsetzung des dritten Programms zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen (EZB/2020/8) (EZB/2025/20)

DER EZB-RAT —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 127 Absatz 2 erster Gedankenstrich,

gestützt auf die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, insbesondere auf Artikel 12.1 zweiter Unterabsatz in Verbindung mit Artikel 3.1 erster Gedankenstrich und Artikel 18.1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Durch den Beschluss EZB/2014/40 der Europäischen Zentralbank⁽¹⁾ wurde das dritte Programm zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen (third covered bond purchase programme — CBPP3) eingeführt. Der Beschluss wurde mit dem Beschluss (EU) 2020/187 der Europäischen Zentralbank (EZB/2020/8)⁽²⁾ neu gefasst. Das CBPP3 umfasst verschiedene Sicherungen, um zu gewährleisten, dass der Ankauf und das Halten gedeckter Schuldverschreibungen in angemessenem Verhältnis zu seinen Zielen stehen. Diese Sicherungen sollten zudem gewährleisten, dass verbundene Finanzrisiken bei der Ausgestaltung des CBPP3 berücksichtigt werden und unterschiedliche Sichtweisen des Risikomanagements widerspiegeln.
- (2) Dementsprechend hat der EZB-Rat am 24. April 2025 beschlossen, die Vorschriften für im Rahmen des CBPP3 zugelassene Geschäftspartner zu ändern, damit den Zentralbanken des Eurosystems gestattet wird, sich an Standardmarkttransaktionen wie Repogeschäften durch Emittenten von Unternehmensanleihen („Rückkaufgeschäfte“ bzw. „buybacks“) zu beteiligen.
- (3) Der Beschluss (EU) 2020/187 (EZB/2020/8) sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Änderung

Artikel 4 des Beschlusses (EU) 2020/187 (EZB/2020/8) erhält folgende Fassung:

„Artikel 4

Zugelassene Geschäftspartner

Die folgenden Geschäftspartner sind für das CBPP3 sowohl für endgültige Käufe bzw. Verkäufe und für Wertpapierleihgeschäfte mit in den CBPP3-Portfolios des Eurosystems gehaltenen gedeckten Schuldverschreibungen zugelassen:

- a) Rechtssubjekte, die die Zulassungskriterien für die Teilnahme an geldpolitischen Geschäften des Eurosystems gemäß Artikel 55 der Leitlinie (EU) 2015/510 (EZB/2014/60) erfüllen;
- b) andere Geschäftspartner, die von Zentralbanken des Eurosystems für die Anlage ihres auf Euro lautenden Anlageportfolios verwendet werden, einschließlich außerhalb des Euro-Währungsgebiets ansässige Geschäftspartner, die am Markt für gedeckte Schuldverschreibungen tätig sind; und
- c) Emittenten von in den CBPP3-Portfolios des Eurosystems gehaltenen gedeckten Schuldverschreibungen, auf die weder Buchstabe a noch Buchstabe b Anwendung findet, jedoch nur im Falle eines Rückkaufs der betreffenden gedeckten Schuldverschreibung durch diesen Emittenten im Rahmen eines Rückkaufgeschäfts.“

⁽¹⁾ Beschluss EZB/2014/40 der Europäischen Zentralbank vom 15. Oktober 2014 über die Umsetzung des dritten Programms zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen (ABl. L 335 vom 22.11.2014, S. 22, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/2014/828/oj>).

⁽²⁾ Beschluss (EU) 2020/187 der Europäischen Zentralbank vom 3. Februar 2020 über die Umsetzung des dritten Programms zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen (EZB/2020/8) (ABl. L 39 vom 12.2.2020, S. 6, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/2020/187/oj>).

*Artikel 2***Inkrafttreten**

Dieser Beschluss tritt am fünften Tag nach seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Geschehen zu Frankfurt am Main am 11. Juni 2025.

Die Präsidentin der EZB
Christine LAGARDE



2025/1241

20.6.2025

BESCHLUSS (EU) 2025/1241 DER EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK

vom 11. Juni 2025

**zur Änderung des Beschlusses (EU) 2020/440 zu einem zeitlich befristeten
Pandemie-Notfallankaufprogramm (EZB/2020/17) (EZB/2025/21)**

DER EZB-RAT —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 127 Absatz 2 erster Gedankenstrich,

gestützt auf die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, insbesondere auf Artikel 12.1 zweiter Unterabsatz in Verbindung mit Artikel 3.1 erster Gedankenstrich und Artikel 18.1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Unter Berücksichtigung der außergewöhnlichen Wirtschafts- und Finanzlage infolge der Ausbreitung der durch das Coronavirus bedingten Erkrankung (COVID-19) hat der EZB-Rat am 18. März 2020 beschlossen, ein zeitlich befristetes Pandemie-Notfallankaufprogramm (PEPP) für alle Kategorien von Vermögenswerten aufzulegen, die im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten der EZB zugelassen sind, bestehend aus dem Programm zum Ankauf von Wertpapieren des öffentlichen Sektors an den Sekundärmärkten, dem dritten Programm zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen (CBPP3), dem Programm zum Ankauf von Asset-Backed Securities und dem Programm zum Ankauf von Wertpapieren des Unternehmenssektors (CSPP).
- (2) Das CBPP3 wurde mit dem Beschluss EZB/2014/40 der Europäischen Zentralbank ⁽¹⁾ eingerichtet, der als Beschluss (EU) 2020/187 der Europäischen Zentralbank (EZB/2020/8) ⁽²⁾ neu gefasst wurde. Es umfasst verschiedene Sicherungen, um zu gewährleisten, dass der Ankauf und das Halten gedeckter Schuldverschreibungen in angemessenem Verhältnis zu seinen Zielen stehen. Zudem sollten diese Sicherungen gewährleisten, dass die verbundenen Finanzrisiken bei der Ausgestaltung des CBPP3 und damit auch des PEPP berücksichtigt werden und unterschiedliche Sichtweisen des Risikomanagements widerspiegeln.
- (3) Dementsprechend hat der EZB-Rat am 24. April 2025 beschlossen, die für Wertpapierleihgeschäfte mit vom Eurosystem im Rahmen des CBPP3 und des PEPP gehaltenen gedeckten Schuldverschreibungen geltende Vorschrift zu ändern, um Risikomanagement-Erwägungen Rechnung zu tragen.
- (4) Der Beschluss (EU) 2020/440 der Europäischen Zentralbank (EZB/2020/17) ⁽³⁾ sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Änderung

Artikel 7 des Beschlusses (EU) 2020/440 (EZB/2020/17) erhält folgende Fassung:

„Artikel 7

Wertpapierleihgeschäfte

Mit Ausnahme von Wertpapieren, welche die Bonitätsanforderungen für Wertpapiere, die im Rahmen des Programms zum Ankauf von Wertpapieren des Unternehmenssektors oder des dritten Programms zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen angekauft wurden, nicht mehr erfüllen, macht das Eurosystem zur Sicherstellung der Wirksamkeit des PEPP die im Rahmen des PEPP angekauften Wertpapiere für die Wertpapierleihe, einschließlich Repogeschäfte, verfügbar.“

⁽¹⁾ Beschluss EZB/2014/40 der Europäischen Zentralbank vom 15. Oktober 2014 über die Umsetzung des dritten Programms zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen (ABl. L 335 vom 22.11.2014, S. 22, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/2014/828/oj>).

⁽²⁾ Beschluss (EU) 2020/187 der Europäischen Zentralbank vom 3. Februar 2020 über die Umsetzung des dritten Programms zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen (EZB/2020/8) (ABl. L 39 vom 12.2.2020, S. 6, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/2020/187/oj>).

⁽³⁾ Beschluss (EU) 2020/440 der Europäischen Zentralbank vom 24. März 2020 zu einem zeitlich befristeten Pandemie-Notfallankaufprogramm (EZB/2020/17) (ABl. L 91 vom 25.3.2020, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/2020/440/oj>).

*Artikel 2***Inkrafttreten**

Dieser Beschluss tritt am fünften Tag nach seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Geschehen zu Frankfurt am Main am 11. Juni 2025.

Die Präsidentin der EZB
Christine LAGARDE



2025/1242

20.6.2025

DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2025/1242 DER KOMMISSION

vom 19. Juni 2025

**zur Änderung der Anhänge I und II der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 mit besonderen
Seuchenbekämpfungsmaßnahmen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest**

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 zu Tierseuchen und zur Änderung und Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tiergesundheit („Tiergesundheitsrecht“) ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 71 Absatz 3 und Artikel 259 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Afrikanische Schweinepest ist eine ansteckende Viruserkrankung, die gehaltene Schweine und Wildschweine befällt und schwerwiegende Auswirkungen auf die betroffene Tierpopulation sowie die Rentabilität der Landwirtschaft haben kann, was zu Störungen bei Verbringungen von Sendungen dieser Tiere und daraus gewonnener Erzeugnisse innerhalb der Union sowie bei Ausfuhren dieser Sendungen in Drittländer führen kann.
- (2) Mit der Delegierten Verordnung 2020/687 der Kommission ⁽²⁾ wurden die Vorschriften zur Bekämpfung der gelisteten Seuchen gemäß Artikel 9 Absatz 1 Buchstaben a, b und c der Verordnung (EU) 2016/429 ergänzt, die in der Durchführungsverordnung (EU) 2018/1882 der Kommission als Seuchen der Kategorien A, B und C definiert sind. Insbesondere sind in den Artikeln 63 bis 66 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 bestimmte Maßnahmen vorgesehen, die im Falle einer amtlichen Bestätigung eines Ausbruchs einer Seuche der Kategorie A bei wild lebenden Tieren, einschließlich der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen, zu ergreifen sind. Diese Bestimmungen sehen insbesondere die Einrichtung einer infizierten Zone sowie Verbote der Verbringung wild lebender Tiere gelisteter Arten und daraus gewonnener Erzeugnisse tierischen Ursprungs vor.
- (3) Die Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 der Kommission ⁽³⁾ enthält besondere Seuchenbekämpfungsmaßnahmen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest, die für einen begrenzten Zeitraum von den Mitgliedstaaten, die in deren Anhängen I und II gelistet sind oder die über in den genannten Anhängen gelistete Gebiete verfügen (im Folgenden „betroffene Mitgliedstaaten“), anzuwenden sind. Die genannte Durchführungsverordnung enthält Vorschriften für die Listung auf Unionsebene von Sperrzonen I, II und III nach Ausbrüchen der Afrikanischen Schweinepest in Anhang I sowie Vorschriften für die Listung auf Unionsebene nach einem Ausbruch dieser Seuche in einem zuvor seuchenfreien Mitgliedstaat oder einer zuvor seuchenfreien Zone in Anhang II der genannten Verordnung.
- (4) Darüber hinaus ist im Fall eines Ausbruchs der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen in einem Mitgliedstaat gemäß Artikel 3 Buchstabe b der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 von der zuständigen Behörde dieses Mitgliedstaats eine infizierte Zone gemäß Artikel 63 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 einzurichten.
- (5) Deutschland hat die Kommission über die Lage in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest in seinem Hoheitsgebiet nach einem am 14. Juni 2025 bestätigten Ausbruch dieser Seuche bei einem Wildschwein in einer zuvor seuchenfreien Zone im Bundesland Nordrhein-Westfalen unterrichtet. Gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 und der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 hat Deutschland eine infizierte Zone eingerichtet, in der die allgemeinen Seuchenbekämpfungsmaßnahmen gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 durchgeführt werden, um eine weitere Ausbreitung dieser Seuche zu verhindern.

⁽¹⁾ ABl. L 84 vom 31.3.2016, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2016/429/oj>.

⁽²⁾ Delegierte Verordnung (EU) 2020/687 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für die Prävention und Bekämpfung bestimmter gelisteter Seuchen (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 64, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_del/2020/687/oj).

⁽³⁾ Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 der Kommission vom 16. März 2023 mit besonderen Seuchenbekämpfungsmaßnahmen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 (ABl. L 79 vom 17.3.2023, S. 65, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2023/594/oj).

- (6) Im Fall eines ersten Ausbruchs der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen in einem zuvor seuchenfreien Mitgliedstaat oder einer zuvor seuchenfreien Zone ist dieses Gebiet gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 als infizierte Zone in Anhang II Teil A der genannten Durchführungsverordnung zu listen. Daher sollte die von der zuständigen Behörde Deutschlands im deutschen Bundesland Nordrhein-Westfalen eingerichtete infizierte Zone in Anhang II Teil A der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 gelistet werden.
- (7) Nachdem sich die Seuchenlage in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest in Deutschland, Lettland, Polen und der Slowakei geändert hatte, wurde Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 zuletzt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2025/1072 ⁽⁴⁾ der Kommission geändert.
- (8) Seit dem Erlass der Durchführungsverordnung (EU) 2025/1072 wurden neue Ausbrüche der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen in Italien und Polen sowie Ausbrüche der Afrikanischen Schweinepest bei gehaltenen Schweinen in Griechenland gemeldet. Die Seuchenlage bei gehaltenen Schweinen hat sich in bestimmten Gebieten Kroatiens verbessert.
- (9) Änderungen an der Listung der Sperrzonen I, II und III in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 müssen sich auf die Seuchenlage in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest in den von dieser Seuche betroffenen Gebieten, die allgemeine Seuchenlage in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest in dem betroffenen Mitgliedstaat sowie auf das Risikoniveau hinsichtlich der weiteren Ausbreitung dieser Seuche stützen. Sperrzonen stützen sich auch auf wissenschaftlich anerkannte Grundsätze und Kriterien für die geografische Abgrenzung von Zonen aufgrund der Afrikanischen Schweinepest gemäß der Bekanntmachung der Kommission über die Leitlinien für die Prävention, Bekämpfung und Tilgung der Afrikanischen Schweinepest in der Union (ASP-Leitlinien) ⁽⁵⁾ und tragen internationalen Standards wie dem Gesundheitskodex für Landtiere ⁽⁶⁾ der Weltorganisation für Tiergesundheit (WOAH) sowie den von den zuständigen Behörden des betroffenen Mitgliedstaats vorgelegten Begründungen für die Abgrenzung der Zonen Rechnung.
- (10) Im Mai 2025 wurden zwei Ausbrüche der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen in der Region Emilia-Romagna in Italien in einem Gebiet festgestellt, das in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 als Sperrzone II gelistet ist, sich aber in unmittelbarer Nähe eines Gebiets befindet, das in dem genannten Anhang als Sperrzone I gelistet ist. Durch diese neuen Ausbrüche der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen erhöht sich das Risiko, was sich in dem genannten Anhang widerspiegeln sollte. Dieses derzeit als Sperrzone I gelistete Gebiet in Italien sollte in dem genannten Anhang daher als Sperrzone II gelistet werden; zudem müssen auch die derzeitigen Grenzen der Sperrzonen I und II neu festgelegt werden, um diesen Ausbrüchen Rechnung zu tragen.
- (11) Darüber hinaus wurden im Mai 2025 zwei Ausbrüche der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen in den Woiwodschaften Pomorskie und Świętokrzyskie in Polen in Gebieten festgestellt, die in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 als Sperrzonen II gelistet sind, sich jedoch in unmittelbarer Nähe von in dem genannten Anhang als Sperrzonen I gelisteten Gebieten befinden. Durch diese neuen Ausbrüche der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen erhöht sich das Risiko, was sich in dem genannten Anhang widerspiegeln sollte. Diese derzeit als Sperrzonen I gelisteten Gebiete in Polen sollten daher in dem genannten Anhang als Sperrzonen II gelistet werden; zudem müssen auch die derzeitigen Grenzen der Sperrzonen I und II neu festgelegt werden, um diesen Ausbrüchen Rechnung zu tragen.
- (12) Ferner wurde im Mai 2025 ein Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest bei gehaltenen Schweinen in der Region Florina in Griechenland in einem in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 als Sperrzone II gelisteten Gebiet festgestellt. Durch diesen neuen Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest bei gehaltenen Schweinen erhöht sich das Risiko, was sich in dem genannten Anhang widerspiegeln sollte. Zum Zweck der Sicherstellung der territorialen Kontinuität gemäß Artikel 7 Absatz 2 der genannten Durchführungsverordnung sollte dieses Gebiet in Griechenland, das derzeit als Sperrzone II gelistet und von diesem jüngsten Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest betroffen ist, daher in dem genannten Anhang nun stattdessen als Sperrzone III gelistet werden; zudem müssen die derzeitigen Grenzen der Sperrzone II neu festgelegt werden, um diesem Ausbruch Rechnung zu tragen.

⁽⁴⁾ Durchführungsverordnung (EU) 2025/1072 der Kommission vom 22. Mai 2025 zur Änderung des Anhangs I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 mit besonderen Seuchenbekämpfungsmaßnahmen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest (ABl. L, 2025/1072, 23.5.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2025/1072/oj).

⁽⁵⁾ C/2023/7855 (ABl. C, C/2023/1504, 18.12.2023, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2023/1504/oj>).

⁽⁶⁾ WOAH-Gesundheitskodex für Landtiere, 31. Ausgabe, 2023. Bände I und II, ISBN 978-92-95121-74-4; <https://www.woah.org/en/what-we-do/standards/codes-and-manuals/terrestrial-code-online-access/>.

- (13) Ferner wurde im Mai 2025 ein Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest bei gehaltenen Schweinen in der Region Thessaloniki in Griechenland in einem in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 als Sperrzone I gelisteten Gebiet festgestellt. Durch diesen neuen Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest bei gehaltenen Schweinen erhöht sich das Risiko, was sich in dem genannten Anhang widerspiegeln sollte. Zum Zweck der Sicherstellung der territorialen Kontinuität gemäß Artikel 7 Absatz 2 der genannten Durchführungsverordnung sollte dieses Gebiet in Griechenland, das derzeit als Sperrzone I gelistet und von diesem jüngsten Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest betroffen ist, in dem genannten Anhang nun stattdessen als Sperrzone III gelistet werden; zudem müssen die derzeitigen Grenzen der Sperrzonen I und III neu festgelegt werden, um diesem Ausbruch Rechnung zu tragen.
- (14) Aufgrund der von Kroatien vorgelegten Informationen und Begründung und angesichts der Wirksamkeit der Seuchenbekämpfungsmaßnahmen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest bei gehaltenen Schweinen in bestimmten in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 gelisteten Sperrzonen III, die in Kroatien gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 und insbesondere gemäß deren Artikeln 22, 25 und 40 sowie in Übereinstimmung mit den Risikominderungsmaßnahmen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest gemäß dem WOA-H-Kodex ergriffen werden, sollten bestimmte Zonen in den Gespanschaften Vukovar-Srijem, Brod-Posavina und Osijek-Baranja in Kroatien, die derzeit in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 als Sperrzonen III gelistet sind, in dem genannten Anhang nun als Sperrzonen I gelistet werden, da in diesen Sperrzonen III in den letzten zwölf Monaten keine Ausbrüche der Afrikanischen Schweinepest bei gehaltenen Schweinen und Wildschweinen aufgetreten sind.
- (15) Aufgrund der von Kroatien vorgelegten Informationen und Begründung und angesichts der Wirksamkeit der Seuchenbekämpfungsmaßnahmen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest bei gehaltenen Schweinen und Wildschweinen in bestimmten in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 gelisteten Sperrzonen I und III, die in Kroatien gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 und insbesondere gemäß deren Artikeln 22, 25 und 40 sowie in Übereinstimmung mit den Risikominderungsmaßnahmen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest gemäß dem WOA-H-Kodex ergriffen werden, sollten die Zonen in den Gespanschaften Sisak-Moslavina, Karlovac, Brod-Posavina und Osijek-Baranja in Kroatien, die derzeit in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 als Sperrzonen I und III gelistet sind, nun aus dem genannten Anhang gestrichen werden, da in diesen Sperrzonen I und III in den letzten zwölf Monaten keine Ausbrüche der Afrikanischen Schweinepest bei gehaltenen Schweinen und Wildschweinen aufgetreten sind.
- (16) Um den jüngsten Entwicklungen der Seuchenlage in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest in der Union Rechnung zu tragen und die mit der Ausbreitung dieser Seuche verbundenen Risiken proaktiv anzugehen, sollten daher in Kroatien, Griechenland, Italien und Polen neue, ausreichend große Sperrzonen abgegrenzt und als Sperrzonen I, II und III in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 aufgenommen und bestimmte Sperrzonen I und III sollten für Kroatien aus dem genannten Anhang gestrichen werden.
- (17) Außerdem sollte die infizierte Zone im deutschen Bundesland Nordrhein-Westfalen in Anhang II Teil A der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 gelistet werden.
- (18) Da sich die Lage in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest in der Union laufend ändert, wurde bei der Abgrenzung dieser neuen Sperrzonen der Seuchenlage in den umliegenden Gebieten Rechnung getragen.
- (19) Angesichts der Dringlichkeit der Seuchenlage in der Union in Bezug auf die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest ist es wichtig, dass die mit der vorliegenden Verordnung an Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 vorzunehmenden Änderungen so bald wie möglich wirksam werden.
- (20) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594

Die Anhänge I und II der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 erhalten die Fassung des Anhangs der vorliegenden Verordnung.

*Artikel 2***Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 19. Juni 2025

Für die Kommission

Die Präsidentin

Ursula VON DER LEYEN

ANHANG

Die Anhänge I und II der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 erhalten folgende Fassung:

„ANHANG I

SPERRZONEN I, II UND III

TEIL I

1. Deutschland

Die folgenden Sperrzonen I in Deutschland:

Bundesland Brandenburg:

— Landkreis Märkisch-Oderland:

- Gemeinde Bleyen-Genschmar mit Teilen der Gemarkungen Bleyen und Genschmar, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
- Gemeinde Küstriner Vorland mit der Gemarkung Neu Manschnow und mit Teilen der Gemarkungen Gorgast, Manschnow und Küstrin-Kietz,
- Gemeinde Alt Tucheband mit Teilen der Gemarkung Rathstock,
- Gemeinde Reitwein mit Teilen der Gemarkung Reitwein,
- Gemeinde Podelzig mit Teilen der Gemarkung Podelzig,
- Gemeinde Lebus mit Teilen der Gemarkungen Lebus und Wüste Kunersdorf,
- Stadt Bad Freienwalde mit den Gemarkungen Altglietzen, Hohenwutzen, Hohensaaten und mit Teilen der Gemarkungen Bralitz, Schiffmühle und Neuenhagen,
- Gemeinde Oderaue mit den Gemarkungen Neuküstrinchen, Neurüdnitz, Zäckericker Loose und mit Teilen der Gemarkungen Neuranft, Neuwustrow, Altwustrow, Neureetz und Altreetz,
- Gemeinde Neulewin mit der Gemarkung Güstebieser Loose und mit Teilen der Gemarkungen Neulietzegörcke, Karlshof, Kerstenbruch und Neulewin,
- Gemeinde Letschin mit Teilen der Gemarkungen Ortwig, Neubarnim, Zelliner Loose, Mehrin Graben, Ortwig Graben, Sophienthal, Kienitz und Groß Neuendorf, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
- Gemeinde Zechin mit Teilen der Gemarkung Zechin,

— Landkreis Barnim:

- Gemeinde Lunow-Stolzenhagen,
- Gemeinde Parsteinsee,
- Gemeinde Oderberg,
- Gemeinde Liepe,
- Gemeinde Hohenfinow (nördlich der B167),
- Gemeinde Niederfinow,
- Gemeinde (Stadt) Eberswalde mit den Gemarkungen Eberswalde nördlich der B167 und östlich der L200, Sommerfelde und Tornow nördlich der B167,

- Gemeinde Chorin mit den Gemarkungen Brodowin, Chorin östlich der L200, Serwest, Neuehütte, Buchholz, Sandkrug östlich der L200,
- Gemeinde Ziethen,
- Landkreis Uckermark:
 - Stadt Schwedt/Oder mit den Gemarkungen Briest, Passow, Schönow, Grünow, Schönermark, Landin nördlich der B2, Felchow westlich der B2,
 - Gemeinde Angermünde mit den Gemarkungen Frauenhagen, Mürow, Angermünde nördlich und nordwestlich der B2, Dobberzin nördlich der B2, Kerkow, Welsow, Bruchhagen, Greiffenberg, Günterberg, Biesenbrow, Görlsdorf, Wolletz und Altkünkendorf,
 - Gemeinde Zichow,
 - Gemeinde Casekow mit den Gemarkungen Blumberg, Wartin, Luckow-Petershagen und den Gemarkungen Biesendahlshof und Casekow westlich der L272 und nördlich der L27,
 - Gemeinde Hohenselchow-Groß Pinnow mit der Gemarkung Hohenselchow nördlich der L27,
 - Gemeinde Tantow,
 - Gemeinde Mescherin mit der Gemarkung Radekow, der Gemarkung Rosow südlich der K 7311 und der Gemarkung Neurochlitz westlich der B2,
 - Gemeinde Gartz (Oder) mit der Gemarkung Geesow westlich der B2 sowie den Gemarkungen Gartz und Hohenreinkendorf nördlich der L27 und der B2 bis zur Kastanienallee, dort links abbiegend dem Schülerweg folgend bis Höhe Bahnhof, von hier in östlicher Richtung den Salveybach kreuzend bis zum Tantower Weg, diesen in nördlicher Richtung bis zu Stettiner Straße, diese weiter folgend bis zur B2, dieser in nördlicher Richtung folgend,
 - Gemeinde Pinnow nördlich und westlich der B2,
- Landkreis Oder-Spree:
 - Gemeinde Brieskow-Finkenheerd mit Teilen der Gemarkung Brieskow-Finkenheerd,
 - Stadt Eisenhüttenstadt mit Teilen der Gemarkung Eisenhüttenstadt,
 - Gemeinde Lawitz mit Teilen der Gemarkung Lawitz,
 - Gemeinde Neiße münde mit den Gemarkungen Breslack, Coschen, Ratzdorf und Teilen der Gemarkung Wellnitz,
 - Gemeinde Neuzelle mit der Gemarkung Steinsdorf und Teilen der Gemarkung Neuzelle,
 - Gemeinde Vogelsang mit Teilen der Gemarkung Vogelsang,
 - Gemeinde Wiesenau mit Teilen der Gemarkung Wiesenau,
 - Gemeinde Ziltendorf mit Teilen der Gemarkung Ziltendorf,
- Teile der kreisfreien Stadt Frankfurt/Oder,
- Teile der kreisfreien Stadt Cottbus mit Teilen der Gemarkungen Kiekebusch, Kahren, Gallinchen und Groß Gaglow,
- Landkreis Spree-Neiße:
 - Gemeinde Kolkwitz mit Teilen der Gemarkungen Hänchen und Klein Gaglow,

- Gemeinde Schenkendöbern mit Teilen der Gemarkungen Grano, Schenkendöbern, Atterwasch, Kerkwitz und Groß Gastrose,
- Gemeinde Guben mit Teilen der Gemarkung Guben und den Gemarkungen Bresinchen, Deulowitz und Schlagsdorf,
- Gemeinde Jänschwalde mit Teilen der Gemarkung Griefen,
- Stadt Forst mit Teilen der Gemarkungen Horno, Briesnig, Weißagk, Klein Bademeusel, Bohrau, Groß Bademeusel, Forst (Lausitz) und Naundorf und die Gemarkungen Mulknitz, Klein Jamno und Groß Jamno,
- Gemeinde Wiesengrund mit Teilen der Gemarkung Gosda und Jethe und den Gemarkungen Gahry, Trebendorf und Mattendorf,
- Gemeinde Neuhausen/Spree mit Teilen der Gemarkungen Roggosen und Sergen und den Gemarkungen Groß Döbbern, Klein Döbbern, Groß Oßnig, Frauendorf, Koppatz, Komptendorf, Gablenz, Drieschnitz, Kahsel, Bagenz, Neuhausen und Laubsdorf,
- Gemeinde Groß Schacksdorf-Simmersdorf
- Gemeinde Neiße-Malxetal mit den Gemarkungen Preschen, Jochsdorf, Klein Kölzig, Groß Kölzig und Teile der Gemarkung Järschke
- Gemeinde Jämlitz-Klein Düben mit einem Teil der Gemarkung Jämlitz
- Gemeinde Tschernitz mit einem Teil der Gemarkung Tschernitz
- Gemeinde Döbern mit einem Teil der Gemarkung Döbern
- Gemeinde Felixsee mit der Gemarkung Bloischdorf und Teilen der Gemarkungen Bohlsdorf, Klein Loitz, Friedrichshain und Reuthen
- Gemeinde Spremberg mit den Gemarkungen Hornow, Wadelsdorf, Groß Luja, Türkendorf, Sellessen, Bühlow, Groß Buckow, Klein Buckow, Straußdorf, Radeweise, Stradow und Wolkenberg und Teilen der Gemarkungen Schönheide, Graustein, Spremberg, Terpe, Pulsberg und Jessen
- Gemeinde Welzow mit der Gemarkung Welzow und mit Teilen der Gemarkungen Haidemühl und Proschim
- Gemeinde Drebkau mit den Gemarkungen Jehserig und Kausche und mit Teilen der Gemarkungen Schorbus, Leuthen, Laubst, Drebkau und Domsdorf,
- Landkreis Oberspreewald-Lausitz:
 - Gemeinde Schwarzheide,
 - Gemeinde Schipkau mit den Gemarkungen Annahütte, Drochow, Klettwitz, Meuro und Schipkau,
 - Gemeinde Großräschen mit den Gemarkungen Saalhausen, Barzig, Freienhufen, Großräschen, Woschkow, Dörrwalde und Allmosen
 - Teil der Gemeinde Frauendorf,
 - Gemeinde Ruhland mit einem Teil der Gemarkung Arnisdorf
 - Gemeinde Hermsdorf mit Teilen der Gemarkungen Hermsdorf und Jannowitz,
 - Teil der Gemeinde Kroppen,
 - Gemeinde Ortrand mit der Gemarkung Ortrand und einem Teil der Gemarkung Burkersdorf,
 - Gemeinde Großkmehlen mit Teilen der Gemarkungen Großkmehlen und Kleinkmehlen,

- Teil der Gemeinde Lindenau,
- Gemeinde Neu-Seeland mit den Gemarkungen Leeskow, Lubochow, Ressen, Lindchen und Bahnsdorf
- Gemeinde Neupetershain,
- Gemeinde Hohenbocka,
- Gemeinde Grünewald,
- Gemeinde Guteborn,
- Gemeinde Schwarzbach,

Bundesland Sachsen:

- Landkreis Bautzen:
 - Gemeinde Burkau,
 - Gemeinde Crostwitz, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
 - Gemeinde Demitz-Thumitz mit den Gemarkungen Cannewitz, Medewitz, Pohla, Pottschapplitz, Rothnaußlitz, Stacha, Thumitz, Wölkau,
 - Gemeinde Doberschau-Gaußig mit den Gemarkungen Doberschau, Drauschkowitz, Grubschütz, Preuschwitz, Techritz, Zockau,
 - Gemeinde Göda,
 - Gemeinde Großdubrau, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
 - Gemeinde Kubschütz mit den Gemarkungen Kreckwitz, Litten, Purschwitz,
 - Gemeinde Malschwitz, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
 - Gemeinde Nebelschütz, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
 - Gemeinde Neukirch mit den Gemarkungen Gottschdorf, Neukirch, Schmorkau,
 - Gemeinde Panschwitz-Kuckau,
 - Gemeinde Radibor, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
 - Gemeinde Schwepnitz,
 - Gemeinde Stadt Bautzen mit den Gemarkungen Basankwitz, Bautzen, Bolbritz, Burk, Großwelka, Kleinseidau, Kleinwelka, Löschau, Lubachau, Malsitz, Nadelwitz, Niederkaina, Oehna, Rattwitz, Salzenforst, Schmochtitz, Seidau, Stiebitz, Teichnitz, Temritz,
 - Gemeinde Stadt Bischofswerda mit der Gemarkung Schönbrunn,
 - Gemeinde Stadt Elstra,
 - Gemeinde Stadt Kamenz,
 - Gemeinde Stadt Königsbrück mit der Gemarkung Königsbrück-Land,
 - Gemeinde Stadt Weißenberg nördlich der BAB 4,
- Landkreis Görlitz:
 - Gemeinde Hähnichen,
 - Gemeinde Hohendubrau,
 - Gemeinde Horka,

- Gemeinde Kodersdorf nördlich der BAB 4 und östlich des Verlaufes der Torgauer Straße in südliche Richtung beginnend mit Kreuzungspunkt der BAB4 in Richtung Osten (Rengersdorf), östlich der Kunnersdorfer Straße,
- Gemeinde Königshain östlich des Verlaufes der Verbindungsstraße von Liebstein in südliche Richtung nach Königshain bis zum Abzweig der K8402 in östliche Richtung (Girbigsdorfer Straße), dann nördlich der K8402 in östliche Richtung,
- Gemeinde Krauschwitz i.d. O.L., sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
- Gemeinde Kreba-Neudorf, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
- Gemeinde Markersdorf südöstlich des Verlaufes der Verbindungsstraße zwischen K8402 und Thomas-Münzer-Siedlung bis Schlesischer Weg, weiter entlang des nördlichen Verbindungsweges der Siedlung Am Schöps zur B6, auf der B6 in westliche Richtung bis zum Abzweig Am Schöps in Richtung Kirchmühle, südwestlich der Straße Am Schöps in Markersdorf bis zum Abzweig der Tennishalle und der folgenden Verbindungsstraße von der B6 nach Gersdorf in südöstliche Richtung, südlich dieser Verbindungsstraße bis zum Abzweig Richtung Gersdorf bis zur Straße Im Niederdorf, in Gersdorf südwestlich des nördlichsten Straßenverlaufes von Im Niederdorf über Feldstraße bis Im Oberdorf und Ortsstraße in südliche Richtung bis zur Kreuzung S 111, dann östlich des Verbindungsweges von S111 nach Friedersdorf bis Am Kieferberg und Kreuzung der K8403, östlich der K8403 in südliche Richtung,
- Gemeinde Mittelherwigsdorf östlich des Verbindungsweges zwischen Wittgendorf und Zittau bis zur K8636 (Geschwister Scholl-Straße), südlich der K8636 in westliche Richtung bis Abzweig Neue Straße, östlich Neue Straße bis Schillerstraße,
- Gemeinde Mückä,
- Gemeinde Neißeau,
- Gemeinde Olbersdorf östlich des Mittelweges (Verbindungsweg von Zittau bis Olbersdorfer Feldgrenzweg (Niederer Grüneplanweg)),
- Gemeinde Oybin südlich des Olbersdorfer Feldgrenzweges (Niederer Grüneplanweg) in westliche Richtung bis Waldweg, östlich des Verlaufes in südliche Richtung von Waldweg über Olbersdorfer Flügelweg entlang des Goldbachs bis zum Biersteig (Teufelsmühle) an der S133, östlich der S133 in südliche Richtung bis zum ersten Abzweig der Bürgerallee, östlich der Bürgerallee in südliche Richtung über den Fürstensteig bis Brandsteinweg, südlich des Brandsteinweges in Richtung Westen bis zur S133 (Kammstraße), östlich der S133 in südliche Richtung bis zur Landesgrenze,
- Gemeinde Quitzdorf am See,
- Gemeinde Rietschen, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
- Gemeinde Schönau-Berzdorf a. d. Eigen östlich der K8403 (Friedersdorfer Straße) in südliche Richtung zur S128 in Schönau Bertzdorf a.d. Eigen, östlich der S128 in südliche Richtung bis Obere Straße und Abzweig am Klärwerk Kiesdorf, nördlich des Verbindungsweges Richtung Leuba bis Abzweig des Verbindungsweges in südliche Richtung zur S129, östlich des Ostritzer Stadtwaldes,
- Gemeinde Schöpstal östlich des Verlaufes der Kunnersdorfer Straße von Rengersdorf in südliche Richtung über Liebstein bis Richtung Königshain sowie östlich des Verlaufes der K8402 in östliche Richtung (Girbigsdorfer Straße) bis zum Abzweig der Verbindungsstraße in südliche Richtung zur Thomas-Münzer-Siedlung, östlich der Verbindungsstraße zur Thomas-Münzer-Siedlung,
- Gemeinde Stadt Bad Muskau, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,

- Gemeinde Stadt Bernstadt a. d. Eigen östlich des Ostritzer Stadtwaldes und des Klosterwaldes,
- Gemeinde Stadt Görlitz,
- Gemeinde Stadt Niesky,
- Gemeinde Stadt Ostritz östlich des Verbindungsweges von der S128 Richtung Leuba bis Abzweig des Verbindungsweges in südliche Richtung zur S129, östlich des Ostritzer Stadtwaldes und des Klosterwaldes,
- Gemeinde Stadt Rothenburg/O.L.,
- Gemeinde Stadt Zittau östlich des Ostritzer Stadtwaldes bis zum Abzweig Grenzviebig, östlich des Grenzviebig in südliche Richtung bis zur Dorfstraße K8630, südlich K8630 in westliche Richtung bis zum Verbindungsweg Am Schloss in Schlegel, östlich dieses Verbindungsweges in südliche Richtung zur K8631, östlich des weiteren Verlaufs dieses Verbindungsweges von der K8631 in südliche Richtung über Wittgendorfer Feld bis zur K8633 (Hauptstraße), südlich der K8633 in westliche Richtung bis Abzweig Verbindungsweg Richtung Radgendorf und B178 zur K8636 (Geschwister Scholl-Straße) in Zittau, südlich der K8636 in westliche Richtung bis Abzweig Neue Straße, östlich der Zittauer Straßenverläufe in Richtung Süden über Neue Straße - Schillerstraße - Theaterring - Klosterstraße - Johannisstraße - Böhmisches Straße - Hochwaldstraße - Mittelweg,
- Gemeinde Vierkirchen nördlich der BAB 4,
- Gemeinde Waldhufen nördlich der BAB 4,
- Gemeinde Weißkeißel, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,

Bundesland Mecklenburg-Vorpommern:

- Landkreis Vorpommern Greifswald:
 - Gemeinde Penkun,
 - Gemeinde Nadrensee,
 - Gemeinde Krackow,
 - Gemeinde Glasow,
 - Gemeinde Grambow,
- Gemeinde Ramin mit der Gemarkung Bismark östlich der B113 bis Ortslage Linken, nordwestlich der Ortslage Linken nördlich der B104 (Flur 6) und nördlich Flur 6 in 500m Abstand zur deutsch-polnischen Grenze auf Flur 102 sowie 103 bis Gemeindegrenze Ramin-Blankensee,
- Gemeinde Blankensee mit der Gemarkung Blankensee nördlich der Gemeindegrenze Ramin-Blankensee in 1000 m Abstand zur deutsch-polnischen Grenze über die Fluren 5, 6 und 3 bis einschließlich Ortslage Blankensee sowie nördlich der Ortslage Blankensee zwischen der deutsch-polnischen Grenze bis 10 m westlich der Kreisstraße K81 bis Gemarkungsgrenze Blankensee-Pampow und der Gemarkung Pampow nördlich der Gemarkungsgrenze Blankensee-Pampow von der deutsch-polnischen Grenze bis 10 m westlich der Kreisstraße K81 bis einschließlich Ortslage Pampow sowie nordwestlich der Ortslage Pampow nördlich der Kreisstraße K80 mit den Fluren 8, 9, 101, 102, 103, 104, 106 sowie 7 (Ost),
- Gemeinde Hintersee mit der Gemarkung Hintersee mit den Fluren 1, 4 und 10,
- Gemeinde Luckow mit der Gemarkung Luckow mit den Fluren 2 und 6, mit der Gemarkung Rieth mit den Fluren 1, 2 und 3 sowie mit der Gemarkung Riether Werder mit der Flur 1,

- Gemeinde Altwarp-Fischerdorf mit der Gemarkung Altwarp mit den Fluren 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9 und 10,
- Gemeinde Vogelsang-Warsin mit der Gemarkung Vogelsang mit den Fluren 1, 2, 3 und 5,

Bundesland Hessen:

- Landkreis Rheingau-Taunus-Kreis:
 - Teile der Gemeinde Taunusstein,
 - Gemeinde Niedernhausen,
 - Teile der Gemeinde Schlangenbad,
 - Teile der Gemeinde Bad Schwalbach,
 - Teile der Gemeinde Hohenstein,
 - Teile der Gemeinde Idstein,
 - Teile der Gemeinde Heidenrod,
 - Teile der Gemeinde Oestrich-Winkel,
 - Teile der Gemeinde Geisenheim,
 - Gemeinde Rüdesheim,
 - Teile der Gemeinde Lorch,
- Landkreis Hoch-Taunus-Kreis:
 - Stadt Königstein im Taunus,
 - Stadt Kronberg im Taunus,
 - Stadt Steinbach (Taunus),
 - Teile der Gemeinde Glashütten,
 - Teile der Stadt Oberursel im Taunus,
- Landkreis Main-Taunus-Kreis:
 - Stadt Eppstein,
 - Stadt Kelkheim (Taunus),
 - Stadt Bad Soden am Taunus,
 - Gemeinde Liederbach am Taunus,
 - Gemeinde Sulzbach (Taunus),
 - Stadt Schwalbach am Taunus,
 - Stadt Eschborn,
 - Teile der Stadt Hofheim am Taunus,
- Stadt Offenbach am Main:
 - Teile des Stadtteils Rosenhöhe,
 - Teile des Stadtteils Tempelsee,
 - Teile des Stadtteils Buchrain,

- Landkreis Offenbach:
 - Teile der Stadt Dreieich,
 - Stadt Dietzenbach,
 - Teile der Stadt Neu-Isenburg,
 - Teile der Stadt Rödermark,
 - Stadt Heusenstamm,
 - Teile der Stadt Obertshausen,
 - Teile der Stadt Rodgau,
 - Teile der Gemeinde Hainburg,
 - Teile der Stadt Seligenstadt,
 - Teile der Gemeinde Mainhausen,
- Landkreis Odenwaldkreis:
 - Stadt Breuberg,
 - Gemeinde Höchst i. Odw.,
 - Teile der Gemeinde Lützelbach,
 - Teile der Stadt Bad König,
 - Gemeinde Brombachtal,
 - Teile der Gemeinde Brensbach,
 - Teile der Gemeinde Reichelsheim (Odenwald),
 - Gemeinde Mossautal,
 - Teile der Stadt Erbach,
 - Teile der Stadt Michelstadt,
 - Teile der Stadt Oberzent,
- Landkreis Darmstadt-Dieburg:
 - Teile der Gemeinde Eppertshausen,
 - Teile der Stadt Babenhausen,
 - Teile der Gemeinde Münster (Hessen),
 - Gemeinde Schaafheim,
 - Teile der Stadt Groß-Umstadt,
 - Teile der Gemeinde Otzberg,
- Landkreis Bergstraße:
 - Teile der Gemeinde Fürth,
 - Teile der Gemeinde Grasellenbach,
 - Teile der Gemeinde Wald-Michelbach,
 - Stadt Hirschhorn (Neckar),

- Gemeinde Michelbuch,
- Stadt Neckarsteinach,
- Stadt Wiesbaden:
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Rambach,
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Heßloch,
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Naurod,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Dotzheim,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Nordost,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Bierstadt,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Sonnenberg,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Kloppenheim,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Auringen,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Medenbach,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Klarenthal,
- Stadt Frankfurt am Main:
 - Stadtteil Niederrad,
 - Bezirk 32,
 - Bezirk 33,
 - Stadtteil Oberrad,
 - Stadtteil Nied,
 - Stadtteil Griesheim,
 - Bezirk 16,
 - Bezirk 15,
 - Bezirk 9,
 - Bezirk 10,
 - Bezirk 17,
 - Bezirk 18,
 - Bezirk 11,
 - Bezirk 1,
 - Bezirk 12,
 - Bezirk 13,
 - Bezirk 14,
 - Bezirk 19,
 - Bezirk 20,
 - Bezirk 21,

- Bezirk 22,
- Bezirk 23,
- Bezirk 24,
- Bezirk 25,
- Bezirk 26,
- Stadtteil Sossenheim,
- Stadtteil Nied,
- Stadtteil Rödelheim,
- Stadtteil Bockenheim,
- Stadtteil Praunheim,
- Stadtteil Hausen,
- Stadtteil Eschersheim,
- Stadtteil Eckenheim,
- Stadtteil Heddernheim,
- Stadtteil Niederursel F.,
- Stadtteil Niederursel H.,
- Teile des Stadtteils Wald,
- Teile des Stadtteils Schwanheim,
- Teile des Stadtteils Höchst,
- Teile des Stadtteils Unterliedbach,

Bundesland Rheinland-Pfalz:

- Landkreis Mainz-Bingen:
 - Stadt Bingen, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
 - Gemeinde Münster-Sarmsheim,
 - Gemeinde Niederheimbach,
 - Gemeinde Trechtingshausen,
 - Gemeinde Waldalgesheim,
 - Gemeinde Weiler bei Bingen,
 - Gemeinde Appenheim,
 - Gemeinde Essenheim,
 - Gemeinde Stackeden-Elsheim,
 - Gemeinde Bubenheim,
 - Gemeinde Nieder-Hilbersheim,
 - Gemeinde Ober-Hilbersheim,
 - Gemeinde Ockenheim,

- Gemeinde Engelstadt,
- Gemeinde Jugenheim in Rheinhessen,
- Gemeinde Aspisheim,
- Gemeinde Gensingen,
- Gemeinde Grolsheim,
- Gemeinde Horrweiler,
- Gemeinde Sankt Johann,
- Gemeinde Sprendlingen,
- Gemeinde Welgesheim,
- Gemeinde Wolfsheim,
- Gemeinde Zotzenheim,
- Gemeinde Nieder-Olm, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
- Gemeinde Ober-Olm, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
- Landkreis Alzey-Worms:
 - Gemeinde Partenheim,
 - Gemeinde Saulheim,
 - Gemeinde Udenheim,
 - Gemeinde Vendersheim,
 - Gemeinde Gau-Weinheim,
 - Gemeinde Wallertheim,
 - Gemeinde Sulzheim,
 - Gemeinde Wörrstadt,
 - Gemeinde Schornsheim,
 - Gemeinde Gau-Bickelheim,
 - Gemeinde Armsheim,
 - Gemeinde Ensheim,
 - Gemeinde Spiesheim,
 - Gemeinde Gabsheim,
 - Gemeinde Gumbsheim,
 - Gemeinde Wöllstein,
 - Gemeinde Siefersheim,
 - Gemeinde Eckelsheim,
 - Gemeinde Flonheim,
 - Gemeinde Biebelnheim,
 - Gemeinde Bornheim,

- Gemeinde Lonsheim,
- Gemeinde Bermersheim v.d. Höhe,
- Gemeinde Albig,
- Stadt Alzey,
- Gemeinde Gau-Heppenheim,
- Gemeinde Mauchenheim,
- Gemeinde Freimersheim,
- Gemeinde Wahlheim,
- Gemeinde Kettenheim,
- Gemeinde Esselborn,
- Gemeinde Dintesheim,
- Gemeinde Eppelsheim,
- Gemeinde Hangen-Weisheim,
- Gemeinde Hochborn,
- Gemeinde Flomborn,
- Gemeinde Ober-Flörsheim,
- Gemeinde Gundersheim,
- Gemeinde Bermersheim,
- Gemeinde Mölsheim,
- Gemeinde Flörsheim-Dalsheim,
- Gemeinde Gundheim,
- Gemeinde Mörtstadt,
- Gemeinde Wachenheim,
- Gemeinde Monsheim,
- Gemeinde Hohen-Sülzen,
- Gemeinde Offstein,
- Landkreis Bad Dürkheim:
 - Stadt Bad Dürkheim östlich der S-Bahnlinie bis zur B 37, nördlich der B 37 und A 650,
 - Stadt Grünstadt mit den Gemarkungen RLP. 853 und Gemarkung 1420 Asselheim,
 - Gemeinde Dackenheim mit Gemarkung RLP. 2118,
 - Gemeinde Ebertsheim,
 - Gemeinde Freinsheim mit Gemarkung RLP. 1655,
 - Gemeinde Herxheim am Berg,
 - Gemeinde Kirchheim mit Gemarkung RLP. 191,

- Gemeinde Neuleiningen nördlich der L 453/Tiefenthaler Straße/Schlossberg/Sausenheimer Straße, nördlich der Mittelgasse und östlich der Verbindung zwischen Mittelgasse und Talstraße,
- Gemeinde Quirnheim,
- Gemeinde Weisenheim am Sand mit Gemarkung RLP. 806,
- Gemeinde Bockenheim,
- Gemeinde Dirmstein,
- Gemeinde Obrigheim,
- Gemeinde Kindenheim,
- Gemeinde Bissersheim,
- Gemeinde Ellerstadt in Teilen,
- Gemeinde Erpolzheim mit Gemarkung RLP. 1454,
- Gemeinde Gönnheim,
- Gemeinde Gerolsheim,
- Gemeinde Großkarlbach,
- Gemeinde Laumersheim,
- Gemeinde Obersülzen,
- Gemeinde Mertesheim,
- Gemeinde Sausenheim,
- Gemeinde Kleinkarlbach,
- Landkreis Rhein-Pfalz-Kreis:
 - Gemeinde Heuchelheim bei Frankenthal,
 - Gemeinde Heßheim,
 - Gemeinde Lambsheim,
 - Gemeinde Maxdorf,
 - Gemeinde Birkenheide,
 - Gemeinde Fußgönnheim,
 - Gemeinde Mutterstadt,
 - Gemeinde Limburgerhof,
 - Gemeinde Neuhofen,
 - Gemeinde Altrip,
 - Stadt Frankenthal (Pfalz), sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
 - Gemeinde Otterstadt,

- Gemeinde Schifferstadt: Gebiet im Westen an Grenze nach Böhl-Iggelheim das Gebiet nördlich der L454 bis zum Kurzgraben und dann dem Scheidegraben nach Süden folgend bis zur A 61 nach Süden folgend bis zum Staudamm Rehbach/ Neugraben. Dann dem Neugraben nach Südosten folgend der bebauten Grenze von Schifferstadt entlang bis zur Waldseer Straße im Osten folgend. Entlang der Waldseer Straße nach Osten bis zur südlichen Grenze des Kiesabgrabungsgebietes (Flurbezeichnung Heuplatte) folgend bis zum Ranschgraben. Dem Ranschgraben nach Nordosten folgend bis zur Gemeindegrenze Neuhausen,
 - Gemeinde Waldsee,
 - Stadt Ludwigshafen am Rhein, sofern nicht Teil der Sperrzone II,
 - Stadt Speyer, gesamtes Gebiet nördlich der AB61, sowie das Teichgebiet südlich der AB61, westlich begrenzt durch Spitzenreierhofgraben und Franzosengraben, einschließlich Steinhäuserwühlsee, Wammsee und Kläranlage der Stadt Speyer,
 - Landkreis Donnersbergkreis:
 - Gemeinde Ilbesheim,
 - Gemeinde Stetten,
 - Gemeinde Albsheim,
 - Gemeinde Einselthum,
 - Gemeinde Zellertal mit den Ortsteilen Zell, Harxheim und Niefernheim,
 - Gemeinde Bubenheim,
 - Gemeinde Immesheim,
 - Gemeinde Morschheim,
 - Gemeinde Rittersheim,
 - Gemeinde Gauersheim,
 - Gemeinde Ottersheim,
 - Gemeinde Rüßingen,
 - Gemeinde Biedesheim,
 - Gemeinde Lautersheim,
- Bundesland Baden-Württemberg:
- Stadt Heidelberg:
 - Gesamtes Stadtgebiet,
 - Landkreis Rhein-Neckar-Kreis:
 - Gemeinde Brühl,
 - Stadt Schwetzingen,
 - Gemeinde Plankstadt,
 - Stadt Eppelheim,
 - Gemeinde Ketsch,
 - Gemeinde Oftersheim,
 - Stadt Hockenheim,

- Stadt Leimen (Stadt),
- Stadt Leimen (St. Ilgen),
- Gemeinde Sandhausen,
- Gemeinde Gaiberg,
- Gemeinde Bammental,
- Stadt Neckargemünd,
- Gemeinde Wiesenbach,
- Gemeinde Schönaue,
- Gemeinde Heddesbach,
- Gemeinde Schönbrunn (Schönbrunn),
- Gemeinde Schönbrunn (Moosbrunn),
- Stadt Eberbach (Pleutersbach),
- Stadt Eberbach (Brombach),
- Stadt Eberbach (Gebiet westlich der B45).

2. Estland

Die folgenden Sperrzonen I in Estland:

- Hiiu maakond.

3. Lettland

Die folgenden Sperrzonen I in Lettland:

- Dienvidkurzemes novads, Nīcas pagasta daļa uz ziemeļiem no apdzīvotas vietas Bernāti, autoceļš V1232, A11, V1222, Bārtas upes, Otaņķu pagasts,
- Ropažu novads Stopiņu pagasta daļa, kas atrodas uz rietumiem no autoceļš V36, P4 un P5, Acones ielas, Daugulupes ielas un Daugulupītes.

4. Ungarn

Die folgenden Sperrzonen I in Ungarn:

- Békés vármegye 950150, 950250, 950350, 950450, 950550, 950650, 950660, 950750, 950850, 950860, 951050, 951150, 951250, 951260, 951350, 951450, 951460, 951550, 951650, 951750, 952150, 952250, 952350, 952450, 952550, 952650, 953250, 953260, 953270, 953350, 953450, 953550, 953560, 953950, 954050, 954060, 954150, 954950, 955050, 955550, 955650, 955750, 955760, 955950, 956050, 956060, 956150, 956160, 956250, 956350, 956450, 956550, 956650 és 956750 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Bács-Kiskun vármegye 600150, 600850 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Budapest 1 kódszámú, vadgazdálkodási tevékenységre nem alkalmas területe,
- Fejér vármegye 400150, 400250, 400351, 400352, 400450, 400550, 401150, 401250, 401350, 402050, 402350, 402360, 402850, 402950, 403050, 403450, 403550, 403650, 403750, 403950, 403960, 403970, 404650, 404750, 404850, 404950, 404960, 405050, 405750, 405850, 405950,
- 406050, 406150, 406550, 406650 és 406750 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,

- Győr-Moson-Sopron vármegye 100550, 100650, 100950, 101050, 101350, 101450, 101550, 101560 és 102150 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Jász-Nagykun-Szolnok vármegye 750150, 750160, 750260, 750350, 750450, 750460, 750850, 750970, 750980, 751050, 751150, 751160, 751250, 751260, 751350, 751360, 751450, 751460, 751470, 751550, 751650, 751750, 751850, 751950, 752250, 752350, 752650, 752750, 752850, 752950, 753070, 753060, 753150, 753250, 753310, 753450, 753550, 753650, 753660, 753750, 753850, 753950, 753960, 754050, 754150, 754250, 754360, 754370, 754850, 755550, 755650 és 755750 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Komárom-Esztergom vármegye 250150, 250250, 250450, 250460, 250550, 250650, 250750, 251050, 251150, 251250, 251350, 251360, 251650, 251750, 251850, 252250, kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Pest vármegye 571550, 572150, 572250, 572350, 572550, 572650, 572750, 572850, 572950, 573150, 573250, 573260, 573350, 573360, 573450, 573850, 573950, 573960, 574050, 574150, 574350, 574360, 574550, 574650, 574750, 574850, 574860, 574950, 575050, 575150, 575250, 575350, 575550, 575650, 575750, 575850, 575950, 576050, 576150, 576250, 576350, 576450, 576650, 576750, 576950, 577050, 577150, 577250, 577350, 577450, 577650, 578050, 578150, 578250, 578350, 578360, 578450, 578550, 579050, 580250 és 580450 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe.

5. **Polen**

Die folgenden Sperrzonen I in Polen:

w województwie kujawsko - pomorskim:

- gmina Bartniczka, Brzozie, Górzno, Świdziebnia, część gminy Osiek położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Dzierzno – Kretki Małe – Osiek – Łapinówek w powiecie brodnickim,
- gminy Brzuze, Rypin, z miastem Rypin, część gminy Wąpielsk położona na południe od drogi łączącej miejscowości Osiek – Łapinówek – Radziki Małe – Radziki Duże – Szczawniki – Pólka Duże – Pusta Dąbrówka w powiecie rypińskim,
- gmina Radzyń Chełmiński w powiecie grudziądzkim,
- gminy Dębowa Łąka, Książki, Płużnica w powiecie wąbrzeskim,
- gmina Radomin, część gminy wiejskiej Golub - Dobrzyń położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Pólka Duże – Pusta Dąbrówka – Cieszyń- Wrocki – Łobdowo oraz na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 534 biegnącą od północnej granicy gminy do granicy miasta Golub Dobrzyń w powiecie golubsko – dobrzyńskim,
- gminy Drzycim, Osie, część gminy Pruszcz niewymieniona w części II załącznika I, część gminy Bukowiec niewymieniona w części II załącznika I w powiecie świeckim,
- część gminy Lisewo położona na wschód od linii wyznaczonej przez linię kolejową w powiecie chełmińskim,
- część gminy Łubianka położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 551 łączącą miejscowości Nawra – Grzybno, część gminy Zławieś Wielka położona na północ od linii wyznaczonej przez ulicę Bierzysłowską w miejscowości Czarne Błoto biegnącą do granicy miejscowości Górsk, a następnie na północ od linii wyznaczonej przez północno – zachodnią granicę miasta Górsk biegnącą od przecięcia z linią wyznaczoną przez ul. Bierzysłowską w m. Czarne Błoto do linii wyznaczonej przez rzekę Wisła, część gminy wiejskiej Chełmża położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Dubielno – Chełmża biegnącą do granicy miasta Chełmża oraz na południe od linii wyznaczonej linią kolejową łączącą miejscowości Chełmża - Unisław biegnącą od zachodniej granicy miasta Chełmża do przecięcia z linią wyznaczoną przez rzekę Fryba, a następnie na wschód od linii wyznaczonej przez rzekę Fryba biegnącą od przecięcia z linią kolejową do południowej granicy gminy, miasto Chełmża w powiecie toruńskim,

- gmina Osielsko, część powiatu miejskiego Bydgoszcz położona na północ od linii wyznaczonej przez linię kolejową łączącą Pruszcz – Bydgoszcz – Chełmża, część gminy Dąbrowa Chełmińska niewymieniona w części II załącznika I, część gminy Dobrcz niewymieniona w części II załącznika I w powiecie bydgoskim,

- gminy Janowiec Wielkopolski i Rogowo w powiecie żnińskim,

- gmina Śliwice w powiecie tucholskim,

w województwie warmińsko-mazurskim:

- powiat szczycieński,

- powiat działdowski,

- powiat nidzicki,

- gmina Grodziczno, część gminy Kurzętnik położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Nowe Miasto Lubawskie – Marzęcice – Małe Bałówki – Tereszewo – Szafarnia – Strzemiuszczek w powiecie nowomiejskim,

- gmina Piecki w powiecie mrągowskim,

- gmina Ruciane-Nida w powiecie piskim,

w województwie podlaskim:

- część powiatu wysokomazowieckiego niewymieniona w części II załącznika I,

- część powiatu łomżyńskiego niewymieniona w części II załącznika I,

- część powiatu kolneńskiego niewymieniona w części II załącznika I,

- część powiatu zambrowskiego niewymieniona w części II załącznika I,

- powiat miejski Łomża,

- gminy Grodzisk, Perlejewo w powiecie siemiatyckim,

- gminy Brańsk, miasto Brańsk, Rudka w powiecie bielskim,

w województwie mazowieckim:

- gminy Lelis, Łyse, Kadzidło, Myszyniec w powiecie ostrołęckim,

- część powiatu żyrardowskiego niewymieniona w części II załącznika I,

- gminy Grodzisk Mazowiecki, Jaktorów, Żabia Wola, miasto Milanówek, miasto Podkowa Leśna w powiecie grodziskim,

- gminy Kuczbork-Osada, Lubowidz w powiecie żuromińskim,

- gminy Andrzejewo, Boguty-Pianki, Nur w powiecie ostrowskim,

- gmina Nowe Miasto nad Pilicą w powiecie grójeckim,

- część powiatu przysuskiego nie wymieniona w części II załącznika I,

- miasto Zielonka, miasto Ząbki w powiecie wołomińskim,

- część powiatu siedleckiego niewymieniona w części II załącznika I,

- powiat miejski Siedlce,

- powiat miński,

- gminy Bielany, Jabłonna Lacka, Repki, Sabnie, Stedryń, gmina wiejska Sokołów Podlaski w powiecie sokołowskim,

- gmina Ciepiałów w powiecie lipskim,
- gminy Tczów, Zwoleń w powiecie zwoleńskim,
- gminy Borowie, Górzno, Miastków Kościelny, Żelechów, misto Garwolin, część gminy wiejskiej Garwolin położona na wschód od linii wyznaczonej przez linię kolejową, część gminy wiejskiej Łaskarzew położona na wschód od linii wyznaczonej przez linię kolejową, część miasta Łaskarzew położona na wschód od linii wyznaczonej przez linię kolejową, część gminy Sobolew położona na wschód od linii wyznaczonej przez linię kolejową, część gminy Trojanów położona na wschód od linii wyznaczonej przez linię kolejową w powiecie garwolińskim,
- powiat pruszkowski,
- powiat miejski Warszawa,
- gmina Wiązowna w powiecie otwockim,

w województwie podkarpackim:

- gmina Krempna w powiecie jasielskim,
- gminy, Leżajsk, miasto Leżajsk, część gminy Nowa Sarzyna położona na południowy - zachód od linii wyznaczonej przez linię kolejową w powiecie leżańskim,
- gmina Jezowe w powiecie niżańskim,
- gminy Bojanów, Stalowa Wola w powiecie stalowowolskim,
- gmina Ostrów, część gminy Sędziszów Małopolski położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr A4 w powiecie ropczycko – sędziszowskim,
- gminy Chłopice, Pawłosiów, Jarosław z miastem Jarosław w powiecie jarosławskim,
- gminy Fredropol, Krasiczyn, Krzywczka, Przemyśl, Medyka, Żurawica, część gminy Orły położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 77, w powiecie przemyskim,
- powiat miejski Przemyśl,
- gminy Adamówka, Sieniawa, Tryńcza, Przeworsk z miastem Przeworsk, część gminy Zarzecze położona na północ od linii wyznaczonej przez rzekę Mlecza w powiecie przeworskim,
- gminy Cmolasy, Dzikowiec, Kolbuszowa, Majdan Królewski, Niwiska w powiecie kolbuszowskim,
- gmina Czarna, część gminy Żyraków położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Róża – Zasów – Mokre – Żyraków - Wola Żyrakowska – Bobrowa - Brzeźnica, część gminy wiejskiej Dębica położona na północ od linii wyznaczonej przez linię kolejową łączącą Dębicę – Sędziszów Małopolski, część miasta Dębica położona na północ do linii wyznaczonej przez linię kolejową łączącą Dębicę – Sędziszów Małopolski w powiecie dębickim,
- gminy Dukla, Jaśliska w powiecie krośnieńskim,
- gmina Ostrów, część gminy Sędziszów Małopolski położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr A4 w powiecie ropczycko – sędziszowskim,
- gmina Komańcza w powiecie sanockim,
- gmina Cisna w powiecie leskim,
- gminy Lutowiska, Czarna, Ustrzyki Dolne w powiecie bieszczadzkim,
- gmina Wadowice Górne w powiecie mieleckim,
- gmina Kamień w powiecie rzeszowskim,

w województwie świętokrzyskim:

- gmina Pacanów w powiecie buskim,
- część powiatu opatowskiego niewymieniona w części II załącznika I,
- część powiatu sandomierskiego niewymieniona w części II załącznika I,
- gminy Bogoria, Łubnice, Oleśnica, Połaniec, Rytwiany, Staszów w powiecie staszowskim,
- część powiatu ostrowieckiego niewymieniona w części II załącznika I,
- powiat miejski Kielce,
- gminy Daleszyce, Miedziana Góra, Masłów, Mniów, Raków, Strawczyn w powiecie kieleckim,
- gminy Ruda Maleniecka, Radoszyce, Smyków w powiecie koneckim,

w województwie łódzkim:

- gmina Kowiesy w powiecie skierniewickim,
- gminy Biała Rawska, Regnów i Sadkowice w powiecie rawskim,
- gminy Poświętne, Sławno, Paradyż, Żarnów, część gminy Opoczno położona na zachód od linii wyznaczonej przez linię kolejową biegnącą od północnej do południowej granicy gminy w kierunku miejscowości Włoszczowa w powiecie opoczyńskim,
- gminy Bolesławiec, Łubnice w powiecie wieruszowskim,
- gminy Mokrsko, Skomlin, Pątnów, Wieluń w powiecie wieluńskim,

w województwie pomorskim:

- gminy Chmielno, Sierakowice, Stężycza w powiecie kartuskim,
- gminy Karsin, Kościerzyna i miasto Kościerzyna, Stara Kiszewa w powiecie kościerskim,
- gminy Dębica Kaszubska, Smołdzino, Damnica, część gminy Potęgowo położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Dąbrówka – Grapiczki – Grapice – Głuszynko, a następnie na północ od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Głuszynko – Głuszyno do przecięcia tej drogi z rzeką Darżyńska Struga, dalej od tego przecięcia na zachód od linii wyznaczonej przez rzekę Darżyńska Struga do przecięcia linii wyznaczonej przez tę rzekę z linią wyznaczoną przez drogę nr S6 w miejscowości Darżyno i dalej od tego skrzyżowania na zachód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Darżyno – Dąbrówno- Wargowo, do granicy gminy, część gminy Głównyzyce położona na zachód od linii wyznaczonej przez linię wyznaczoną przez Kanał Klęciński, biegnącą od zachodniej granicy gminy do przecięcia z drogą nr 213, następnie na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 213 biegnącą od tego przecięcia do skrzyżowania z drogą łączącą miejscowości Głównyzyce – Warblino – Szczypkowie – Michałowo - Stowięcino, dalej na zachód od linii wyznaczonej przez tę drogę biegnącą od skrzyżowania z drogą nr 213 do miejscowości Stowięcino, następnie na zachód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Podole Wielkie – Stowięcino – Rzechcino, biegnącą od miejscowości Stowięcino do południowej granicy gminy w powiecie słupskim,
- gmina Czersk w powiecie chojnickim,
- część gminy Czarna Dąbrówka położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 211 do skrzyżowania się z drogą 212 a następnie od tego skrzyżowania na południowy-wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 212 w powiecie bytowskim,

w województwie dolnośląskim:

- gminy Międzybórz, Syców, część gminy wiejskiej Oleśnica położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr S8, część gminy Dobroszyce położona na wschód od linii wyznaczonej przez linię kolejową biegnącą od północnej do południowej granicy gminy w powiecie oleśnickim,
- gminy Jordanów Śląski, Sobótka, część gminy Żórawina położona na zachód od linii wyznaczonej przez autostradę A4 w powiecie wrocławskim,
- część gminy Domaniów położona na południowy zachód od linii wyznaczonej przez autostradę A4 w powiecie oławskim,
- gminy Borów i Wiązów w powiecie strzelińskim,
- część gminy Pielgrzymka położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 364 do skrzyżowania z drogą w miejscowości Pielgrzymka łączącą miejscowości Wojcieszyn - Pielgrzymka – Proboszczów, a następnie na wschód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Pielgrzymka – Proboszczów – Sokołowiec, część gminy wiejskiej Złotoryja położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 364 biegnącą od zachodniej granicy gminy do granicy miasta Złotoryja oraz na południe od linii wyznaczonej od południowo-wschodniej granicy miasta Złotoryja, łączącej miejscowości Złotoryja – Leszczyna – Stanisławów w powiecie złotoryjskim,
- gminy Janowice Wielkie, Mysłakowice, Stara Kamienica, Szklarska Poręba w powiecie karkonoskim, część powiatu miejskiego Jelenia Góra położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 366,
- gminy Bolków, Paszowice, część gminy Męcinka położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Leszczyna – Stanisławów - Pomocne - Myślinów – Myślubórz w powiecie jaworskim,
- gminy Dobromierz i Marcinowice w powiecie świdnickim,
- gminy Dzierżoniów, Pieszyce, miasto Bielawa, miasto Dzierżoniów w powiecie dzierżoniowskim,
- gmina Nowa Ruda i miasto Nowa Ruda w powiecie kłodzkim,
- gminy Kamienna Góra, Marciszów i miasto Kamienna Góra w powiecie kamiennogórskim,

w województwie wielkopolskim:

- gminy Koźmin Wielkopolski, Rozdrażew w powiecie krotoszyńskim,
- gminy Dolsk, Książ Wielkopolski w powiecie śremskim,
- gminy Borek Wielkopolski, Gostyń, Piaski, Pogorzela, w powiecie gostyńskim,
- gminy Czarniejewo, Gniezno z miastem Gniezno, Mieleszyn, Niechanowo w powiecie gnieźnieńskim,
- miasto Czarnków, część gminy Czarnków niewymieniona w części III załącznika I, część gminy Trzcianka niewymieniona w części III załącznika I, część gminy Lubasz położona na północ od linii wyznaczonej przez linię kolejową w powiecie czarnkowsko – trzcianeckim,
- gminy Margonin i Szamocin w powiecie chodzieskim,
- gminy Damasławek, Gołańcz, Wapno, miasto Wągrowiec, część gminy Mieścisko położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 190, część gminy Wągrowiec położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 190 biegnącej od południowej granicy miasta Wągrowiec do południowej granicy gminy oraz na północ i na wschód od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od granicy z gminą Budzyń przez miejscowości Kamienica – Bartodzieje do granicy z miastem Wągrowiec w powiecie wągrowieckim,

- gminy Miłosław, Nekla, Września w powiecie wrzesińskim,
- gmina Dobrzyca w powiecie pleszewskim,
- gminy Odolanów, Przygodzice, Raszków, Sośnie, miasto Ostrów Wielkopolski, część gminy wiejskiej Ostrów Wielkopolski położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Sulisław – Łakociny – Wierzbno i na zachód od miasta Ostrów Wielkopolski oraz część gminy wiejskiej Ostrów Wielkopolski położona na wschód od miasta Ostrów Wielkopolski w powiecie ostrowskim,
- gmina Kobyla Góra w powiecie ostrzeszowskim,
- gminy Baranów, Bralin, Perzów, Łęka Opatowska w powiecie kępińskim,
- część powiatu średzkiego niewymieniona w części II załącznika I,
- gminy Białosłiwie, Miasteczko Krajeńskie, Szydłowo, Wysoka w powiecie pilskim,
- gminy Krajenka, Tarnówka, Jastrowie w powiecie złotowskim,

w województwie opolskim:

- gmina Rudniki w powiecie oleskim,
- część gminy Grodków położona na zachód od linii wyznaczonej przez linię kolejową w powiecie brzeskim,
- gminy Łambinowice, Pakosławice, Skoroszyce, część gminy Korfantów położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 407 w powiecie nyskim,
- część gminy Biała położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 407 biegnącą od zachodniej granicy gminy do skrzyżowania z drogą nr 414 i dalej na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 414 biegnącej od tego skrzyżowania do skrzyżowania z drogą nr 409, a następnie na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 409 biegnącą od tego skrzyżowania do wschodniej granicy gminy w powiecie prudnickim,
- gminy Chrzastowice, Komprachcice, Prószków, część gminy Tarnów Opolski położona na wschód od linii wyznaczonej przez linię kolejową łączącą Opole - Tarnów Opolski – Strzelce Opolskie, część gminy Łubniany położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Świerkle – Masów, ulicę Leśną w miejscowości Masów oraz na południe od ulicy Kolanowskiej biegnącej do wschodniej granicy gminy w powiecie opolskim,
- powiat miejski Opole,
- gmina Strzelce Opolskie, część gminy Izbicko położona na północ od linii wyznaczonej przez linię kolejową przecinającą gminę, część gminy Ujazd położona na północ od linii wyznaczonej przez autostradę A4 w powiecie strzeleckim.

w województwie zachodniopomorskim:

- gminy Radowo Małe, Resko, Węgorzyno w powiecie łobeskim,
- gminy Gryfice, Płoty w powiecie gryfickim,
- gminy Golczewo, Wolin, Międzyzdroje w powiecie kamieńskim,
- część powiatu miejskiego Świnoujście położona na południe od linii wyznaczonej przez rzekę Stara Świna biegnącą od wschodniej granicy gminy do przecięcia z rzeką Świna, a następnie na zachód od linii wyznaczonej przez rzekę Świna biegnącą od przecięcia z linią wyznaczoną przez rzekę Stara Świna do ujścia do morza Bałtyckiego,

— gminy Czaplinek, Drawsko Pomorskie, Złocieniec, część gminy Wierzchowo położona na zachód od linii wyznaczonej przez linię kolejową łączącą miejscowości Złocieniec - Mirosławiec w powiecie drawskim,

— gmina Borne Sulinowo w powiecie szczecineckim,

w województwie małopolskim:

— gminy Uście Gorlickie, Sękowa w powiecie gorlickim,

— gminy Krynica-Zdrój, Muszyna, Piwniczna-Zdrój w powiecie nowosądeckim,

— gminy Czorsztyn, Krościenko nad Dunajcem, Szczawnica w powiecie nowotarskim,

— gminy Radgoszcz, Szczucin w powiecie dąbrowskim,

— część gminy Lisia Góra położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 984 biegnącą od północnej granicy gminy do skrzyżowania się z drogą w kierunku miejscowości Stare Żukowice, następnie od tego skrzyżowania z drogą nr 984 na wschód od linii łączącej miejscowości Stare Żukowice – Zaczarnie - Wola Rzędzińska biegnącej do południowej granicy gminy w powiecie tarnowskim,

w województwie lubelskim:

— część powiatu łukowskiego nie wymieniona w części II załącznika I.

w województwie śląskim:

— gminy Krzepice, Panki, Przystajń, część gminy Wręczyca Wielka położona na zachód od linii wyznaczonej przez linię kolejową biegnącą od północnej do południowej granicy gminy w powiecie kłobuckim,

— gminy Herby, Kochanowice, miasto Lubliniec, część gminy Koszęcin położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Doły - Cieszowa, biegnącą do skrzyżowania z drogą nr 906, a następnie od tego skrzyżowania na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 906 do skrzyżowania się z drogą nr 907, i dalej na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 907 biegnącą od skrzyżowania dróg nr 906 i 907 do południowej granicy gminy w powiecie lublinieckim,

— gmina Krupski Młyn, część gminy Tworóg położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 907 w powiecie tarnogórskim,

— gminy Toszek, Wielowieś w powiecie gliwickim,

w województwie lubuskim:

— powiat słubicki.

6. **Słowakei**

Die folgenden Sperrzonen I in der Slowakei:

— the whole district of Nové Zámky except municipalities included in zone II ,

— in the district of Komárno the municipalities of Zlatná na Ostrove, Okoličná na Ostrove, Čalovec, Kameničná, Vrbová nad Váhom, Nesvady, Imeľ,

— the whole district of Ružomberok,

— in the district of Martin, municipalities of Blatnica, Folkušová, Necpaly, Belá-Dulice, Ďanová, Turčianske Jaseno, Záborie, Sklabiňa, Sklabinský Podzámok, Turčianska Štiavnička, Podhradie, Nolčovo, Krpeľany, Šútovo, Turany, Sučany, Turčianske Kľačany, Lipovec,

- in the district of Dolný Kubín, the municipalities of Kraľovany, Žaškov, Jasenová, Vyšný Kubín, Oravská Poruba, Leštiny, Osádka, Malatiná, Chlebnice, Krivá,
- in the district of Tvrdošín, the municipalities of Oravský Biely Potok, Habovka, Zuberec,
- in the district of Žilina, the municipalities of Strečno, Nezbudská Lúčka, Varín, Gbeľany, Mojš, Nededza, Teplička nad Váhom, Kotričná Lúka, Žilina, Rosina, Lietavská Lúčka, Lietava, Porúbka, Lietavská Svinná, Zbyňov, Konská, Kľače, Jasenové, Malá Čierna, Veľká Čierna, Podhorie,
- the whole district of Nitra, except municipalities included in part II,
- in the district of Bánovce nad Bebravou, the municipalities of Chudá Lehota, Dolné Naštice, Rybany, Pečeňany, Borčany, Šišov, Libichava, Veľké Hoste, Malé Hoste, Pochabany, Zlatníky, Otrhánky, Veľké Chlievany, Haláčovce, Dvorec, Veľké Držkovce, Cimenná, Malá Hradná,
- in the district of Trenčín, the municipalities of Dubodiel, Veľká Hradná, Trenčianske Jastrabie, Neporadza, Trenčianske Míťice, Mníchova Lehota, Soblahov, Trenčín, Trenčianske Teplice, Trenčianska Teplá,
- in the district of Ilava, the municipalities of Nová Dubnica, Dubnica nad Váhom, Ilava, Horná Poruba, Košecké Podhradie, Košeca, Ladce,
- in the district of Púchov, the municipalities of Mojtín, Beluša,
- in the district of Považská Bystrica, the municipalities of Pružina, Dolný Lieskov, Slopná, Bodiná, Prečín, Počarová, Malé Lednice, Domaníža, Podskalie, Ďurďové, Čelkova Lehota, Sádóčné,
- in the district of Nové Mesto nad Váhom, the municipalities of Kálnica, Hôrka nad Váhom, Hrádok, Nová Lehota, Stará Lehota, Modrová,
- in the district of Piešťany, the municipalities of Hubina, Morava nad Váhom, Banka, Ratnovce, Sokolovce, Piešťany, Drahovce,
- in the district of Hlohovec, the municipalities of Jašovce, Horné Otrokovce, Horné Trhovište, Tekoldány, Dolné Otrokovce, Dolné Trhovište, Merašice, Pastuchov, Kľačany, Sasinkovo.
- the whole district of Gelnica,
- the whole district of Poprad
- the whole district of Spišská Nová Ves,
- the whole district of Levoča,
- the whole district of Kežmarok,
- the whole district of Michalovce, except municipalities included in part II
- the whole district of Medzilaborce
- the whole district of Košice-okolie,
- the whole district of Rožnava,
- the whole city of Košice,
- the whole district of Vranov nad Topľou,
- the whole district of Humenné,
- the whole district of Prešov,
- the whole district of Sabinov,

- the whole district of Svidník,
- the whole district of Stropkov,
- the whole district of Stará Ľubovňa,
- the whole district of Trebišov, except municipalities included in part II
- the whole district of Liptovský Mikuláš,
- the whole district of Bardejov.

7. Italien

Die folgenden Sperrzonen I in Italien:

Piedmont Region:

- in the province of Alessandria the following Municipalities: Quargnento, Casale Monferrato, Fubine, Altavilla Monferrato, Camino, Cerrina Monferrato, Gabiano, Mombello Monferrato, Moncestino, Solonghello, Villamiroglio, Serralunga di Crea, Ponzano Monferrato,
- in the province of Asti the following Municipalities: Antignano, Celle Enomondo, Revigliasco d'Asti, San Martino Alfieri, Asti, Coazzolo, Costigliole D'asti, Castagnole delle Lanze, Refrancore, Azzano d'Asti, Isola d'Asti, Scurzolengo, Portacomaro, Montemagno Monferrato, Mongardino, Castagnole Monferrato, Vigliano d'Asti, Viarigi, Moncalvo, Grazzano Badoglio, Casorzo, Calliano Monferrato, Grana, Penango,
- in the province of Cuneo the following Municipalities: Govone, Levice, Castelletto Uzzone, Castino, Cossano Belbo, Rocchetta Belbo, Gottasecca, Monesiglio, Camerana, Prunetto, Bosia, Torre Bormida, Mango, Gorzegno, Mombarcaro, Borgomale, Cravanzana, Lequio Berria, Cerreto Langhe, Neive, Trezzo Tinella, Feisoglio, Arguello, Neviglie, Bergolo, Saliceto,
- In the Province of Novara, the following Municipalities: Vinzaglio, Marano Ticino, Mezzomerico, Pombia, Agrate Conturbia, Boca, Bogogno, Borgomanero, Borgo Ticino, Briga Novarese, Castelletto Sopra Ticino, Cavallirio, Comignago, Cressa, Cureggio, Divignano, Fontaneto d'Agogna, Ghemme, Grignasco, Maggiora, Prato Sesia, Romagnano Sesia, Suno, Varallo Pombia, Gattico - Veruno,
- In the Province of Vercelli, the following Municipalities: Carisio, Borgo Vercelli, Alice Castello, Balocco, Borgo d'Ale, Buronzo, Cigliano, Crescentino, Fontanetto Po, Lamporo, Livorno Ferraris, Moncrivello, Palazzolo Vercellese, Rovasenda, Saluggia, San Giacomo Vercellese, Gattinara, Lenta, Lozzolo, Roasio, Serravalle Sesia, Valduggia
- In the Province of Torino, the following Municipalities: Azeglio, Cossano Canavese, Maglione, Verrua Savoia, Settimo Rottaro, Villareggia, Borgomasino, Piverone,
- In the Province of Biella, the following Municipalities: Castelletto Cervo, Cavaglià, Cerrione, Dorzano, Giffenga, Massazza, Mottalciata, Roppolo, Salussola, Villanova Biellese, Viverone, Zimone, Benna, Brusnengo, Candelo, Cossato, Masserano, Sostegno, Verrone, Villa del Bosco, Lessona.

Liguria Region:

- In the Province of La Spezia, the following Municipalities: Pignone, Levante, Monterosso al Mare, Riccò del Golfo di Spezia, La Spezia, Bonassola, Vernazza, Riomaggiore, Ameglia, Lerici, Castelnuovo Magra, Luni,
- in the province of Savona the following Municipalities: Pallare, Piana Crixia, Dego, Giusvalla, Cosseria, Mallare, Cengio, Altare, Carcare, Millesimo, Plodio, Roccavignale, Finale Ligure, Noli, Bormida, Rialto, Orco Feglino, Vezzi Portio, Calice Ligure, Spotorno

Emilia-Romagna Region:

- in the Province of Piacenza, the following Municipalities: Besenzone, Caorso, San Pietro in Cerro, Cortemaggiore, Villanova sull'Arda, Monticelli D'Ongina.
- in the Province of Parma, the following Municipalities: Soragna, Fontanellato, Parma, Fontevivo, Tizzano Val Parma, Palanzano, Monchio delle Corti, Corniglio (a est di Via Bartolomeo Ollari, Località Signatico, Località Pugnetolo, Località Vestola, SP 13, SP 40, SP 75), Busseto, Neviano, Traversetolo, Lesignano De' Bagni, Montechiarugolo,

Toscana Region:

- In the Province of Massa Carrara, the following Municipalities: Comano, Fivizzano (a nord della SP21, a est della SS63, a nord della SR445 e a est della SP10), Carrara, Casola in Lunigiana,
- In the Province of Lucca, the following Municipalities: Minucciano

Lombardia Region:

- In the Province of Cremona, the following Municipalities: Pizzighettone, Crotta d'Adda, Agnadello, Bagnolo Cremasco, Capergnanica, Casaleto Ceredano, Casaleto Vaprio, Castelleone, Chieve, Credera Rubbiano, Crema, Cremona, Dovera, Fiesco, Formigara, Gombito, Madignano, Monte Cremasco, Montodine, Moscazzano, Palazzo Pignano, Pandino, Pieranica, Quintano, Ripalta Arpina, Ripalta Cremasca, Ripalta Guerina, Rivolta D'adda, San Bassano, Spino D'adda, Torlino Vimercati, Trescore Cremasco, Vaiano Cremasco.
 - In the Province of Pavia, all Municipalities not included in part II and III.
 - In the Province of Milan, the following Municipalities: Albairate, Cassinetta di Lugagnano, Cislano, Cusago, Cesano Boscone, Bareggio, Settimo Milanese, Corsico, Cornaredo, Sedriano, Milano, Magnago, Arluno, Busto Garolfo, Corbetta, Dairago, San Giorgio su Legnano, Vanzaghella, Santo Stefano Ticino, Vittuone, Villa Cortese, Parabiago, Ossona, Casorezzo, Canegrate, Vizzolo Predabissi, Colturano, Dresano, San Donato Milanese, Tribiano, Mediglia, Pogliano Milanese, Pregnana Milanese, Vanzago, Legnano, San Vittore Olona, Nerviano, Paullo, Pantigliate, Pioltello, Segrate, Rodano, Settala, Peschiera Borromeo,
 - In the Province of Lodi, the following Municipalities: Senna Lodigiana, San Rocco al Porto, Somaglia, Guardamiglio, Corno Giovine, Santo Stefano Lodigiano, Caselle Landi, Castelgerundo, Cornovecchio, Maccastorna, San Fiorano, Castelnuovo Bocca d'Adda, Maleo, Fombio, Terranova dei Passerini, Codogno, Meleti, Zelo Buon Persico, Abbazia Cerreto, Bertinico, Castiglione D'adda, Comazzo, Corte Palasio, Crespiatica, Merlino, Turano Lodigiano,
- In the Province of Varese, the following Municipalities: Lonate Pozzolo, Cardano al Campo, Ferno, Fagnano Olona, Busto Arsizio, Castellanza, Cassano Magnago, Gallarate, Samarate, Casorate Sempione, Solbiate Olona, Vizzola Ticino, Somma Lombardo, Olgiate Olona.

Calabria Region:

- In Reggio Calabria Province the following Municipalities: Taurianova, Locri, Cittanova, Gerace, Rizziconi, Antonimina, Portigliola, Gioia Tauro, Sant'Ilario dello Ionio, Terranova Sappo Minulio, Malochio, Bagnara Calabria, Oppido Mamertina, Palmi, Melicuccà, Ardore, Seminara, Ciminà, Varapodio, San Procopio.

Basilicata Region:

- In Potenza Province the following Municipalities: Marsico Nuovo, Rivello, Sasso di Castalda, Brienza, Moliterno, Grumento Nova, Paterno, Lagonegro, Tramutola.

Campania Region:

- In Salerno Province the following Municipalities: Piaggine, Monte San Giacomo, Tortorella (escluso enclave), Teggiano, Sala Consilina, Valle Dell'angelo, San Giovanni a Piro, Vibonati, San Rufo, Roccagloriosa (escluso enclave), Laurito, Roscigno, Futani, Sapri, Polla, Ispani, Montano Antilia, Novi Velia, Laurino, Cannalonga, Celle di Bulgheria, Cuccaro Vetere, Corleto Monforte, Campora, San Pietro al Tanagro, Sacco, Torraca, Sant'angelo a Fasanella, Santa Marina, Sant'Arsenio, Atena Lucana, Bellosguardo, Pisciotta, Camerota, Centola, San Mauro La Bruca, Vallo Della Lucania, Moio Della Civitella, Ceraso, Ascea.

8. Tschechien

Die folgenden Sperrzonen I in Tschechien:

Liberecký kraj:

- v okrese Liberec katastrální území obcí Česká Ves v Podještědí, Družcov, Chrastrná, Jablonné v Podještědí, Janův Důl, Lázně Kundratice, Markvartice v Podještědí, Osečná, Postřelná, Rozstání pod Ještědem, Heřmanice v Podještědí, Hodkovice nad Mohelkou, Jílové u Hodkovic nad Mohelkou, Paceřice, Petrašovice, Radoňovice, Radostín u Sychrova, Vlčetín u Bílé, Záskalí, Žďárek u Sychrova, Bílá u Českého Dubu, Český Dub, Chvalčovice, Kotel, Modlibohov, Smržov u Českého Dubu, Sobákov, Starý Dub, Zábrdí u Osečné,
- v okrese Česká Lípa katastrální území obcí Brniště, Břevniště pod Ralskem, Dubnice pod Ralskem, Hamr na Jezeře, Hlemýžď, Kamenice u Zákup, Luhov u Mimoně, Noviny pod Ralskem, Stráž pod Ralskem, Velenice u Zákup, Velký Grunov, Velký Valtinov, Mařeničky, Mařenice, Krompach, Horní Světlá pod Luží, Dolní Světlá pod Luží, Svor, Naděje, Cvikov, Kunratice u Cvikova, Trávník u Cvikova, Drnovec, Lindava,
- v okrese Jablonec nad Nisou katastrální území obcí Harrachov, Alšovice, Bezděčín u Jablonce nad Nisou, Bohdalovice, Bratříkov, Bzí u Železného Brodu, Dalešice u Jablonce nad Nisou, Desná II, Držkov, Frýdštejn, Haratice, Horská Kamenice, Hrubá Horka, Huť, Chlístov u Železného Brodu, Jenišovice u Jablonce nad Nisou, Jílové u Držkova, Jirkov u Železného Brodu, Jistebko, Kokonín, Lhotka u Zlaté Olešnice, Líšný, Loužnice, Mařovice u Jablonce nad Nisou, Mukařov u Jablonce nad Nisou, Nová Ves nad Nisou, Odolenovice u Jenišovic, Ondříkovice, Pelíkovice, Plavy, Příchovice u Kořenova, Pulečný, Radčice, Rejdice, Rychnov u Jablonce nad Nisou, Skuhrov u Železného Brodu, Sněhov, Stanový, Střevelná, Šumburk nad Desnou, Velké Hamry, Vlastiboř u Železného Brodu, Vranové I, Vranové II, Vráta, Vrkoslavice, Zásada, Zlatá Olešnice Navarovská, Zlatá Olešnice Semilská, Železný Brod,
- v okrese Semily katastrální území obcí Buřany, Dolní Rokytnice, Františkov v Krkonoších, Horní Rokytnice nad Jizerou, Jablonec nad Jizerou, Jesenný, Paseky nad Jizerou, Rokytno v Krkonoších, Roztoky u Semil, Sklenářice, Stará Ves u Vysokého nad Jizerou, Tříč, Vysoké nad Jizerou,

9. Griechenland

Die folgenden Sperrzonen I in Griechenland:

- in the regional unit of Kavala:
 - the municipal departments of Keramoti and Chrisoupoli, the community departments of Agiasma, Nea Karia, Piges, Gravouni, Eratino, Perni, Petropigi, Pontolivado and Chrisochori (Nestos Municipality),
 - the municipal departments of Eleftheroupoli, Nea Peramos, the community departments of Amisianes, Antifilipi, Kipi, Kokinochoma, Chrisokastro, Agios Andreas, Eleochori, Eleftheri, Mirtofito, Nea Iraklitsa, Paleochori, Avli, and Mesia (Paggaio Municipality),
 - the municipal departments of Kavala, Nea Karvali, Zigos and Krinides, the community departments of Chalkero, Amigdaleonas, Korifes, Krioneri, Lidia, Palea Kavala, Polistilos and Filipi (Kavala Municipality),

- in the regional unit of Xanthi:
 - the municipal departments of Kimmerion and Xanthi (Xanthi Municipality),
 - the community departments of Satres, Thermes and the municipal departments of Myki, Echinis and Kotyli (Myki Municipality),
 - the community departments of Sounio, Avdira, Mandra, Mirodoto, Nea Kesani, Koutsos, Magiko, Pigadia, Polisito and Selino, the municipal department of Selero, Genisea and Diomidia (Avdira Municipality),
 - the municipal department of Evlalo and the community departments of Avato, Exohi, Erasmio, Maggana and Olvio (Topiros Municipality),
- in the regional unit of Rodopi:
 - the municipal department of Komotini and the community departments of Anthochorio, Gratini, Thrylorio, Kalhas, Karydia, Kikidio, Kosmio, Pandrosos, Aigeiros, Meleti, Itea, Sidirades, Stilari and Mega Doukato (in Komotini municipality),
 - the municipal department of Organi and the community departments of Dilina, Kinira, Nikites, Plagia, Skaloma, Strofi, Agra, Ardia, Vragia, Dokos, Drosia, Drimi, Esochi, Kato Drosini, Lampro, Neo Kalintirio, Nevra, Omiriko, Passo, Paterna, Ragada, Skiada, Arriana, Darmani, Fillyra, Ano Drosini, Kehros and (in Arriana municipality),
 - the municipal departments of Iasmos, Asomatoi, and the community departments of Sostis, Kerasea, Linos, Megas Postos, Mischos, Amvrosia, Amaxades, Polyanthos (in Iasmos municipality),
 - the municipal department of Amaranta and the community department of Nea Santa (in Maroneia Sapon municipality),
- in the regional unit of Evros:
 - the municipal departments of Soufli and Mikro Dereio and the community departments of Amorio, Lavara, Dadia, Kyriaki, Mandra, Mavrokklisi, Protokklisi, (in Soufli municipality),
 - the municipal departments of Nea Vyssa, Orestida and the community departments of Galini, Thourio, Neo Chimonio, Milea, Dikaia, Arzos, Elaia, Therapio, Komara, Marasia, Ormenio, Pentalofos, Petrotia, Plati, Ptelea, Kyprinos, Zoni, Fulakio, Spilaio, Kavili, Kastanies, Rizia, Sterna, Ampelakia, Valtos, Megali Doxipara, Neochori and Chandras (in Orestida municipality),
 - the municipal departments of Ellinochori, Didymoteicho and the community departments of Asimenio, Isaakio, Petrades, Praggi, Pithio, Sofiko, Asvestades, Karoti, Koufovouno, Kiani, Mani, Sitochori, Alepochori, Asproneri, Metaxades, Vrysika, Doksa, Elafoxori, Ladi, Paliouri and Poimeniko (in Didymoteicho municipality).
- in the regional unit of Kilikis:
 - the community departments of Anthofito, Mikrokampos, Neo Agioneri, Paleo Agioneri, Gallikos, Pedino, Mavroneri, Neo Ginekokatsro, Xilokeratea (Kilikis Municipality),
 - the municipal departments of Agios Petros and Axiochori (Peonia Municipality),
- in the regional unit of Thessaloniki:
 - the community departments of Adam, Nea Kalindia and Petrokerasa (Langadas Municipality),
 - the municipal departments of Panorama, and Pilea (Pilaia-Chortiatis Municipality),

- the municipal department of Koufalia, Agios Athanasios, Vathilakos, Gefira, Nea Mesimvria, Prochoma, Adendro, Mikro Monastiri, Chalkidona and the community departments of Agchialos, Xirochori, Valtochori, Eleousa and Partheni (Chalkidona Municipality),
- the municipal departments of Vasilika, Neo Risio, Plagiari, Trilofos, Thermi and the community departments of Agia Paraskevi, Agios Antonios, Livadi, Peristera, Souroti, Tagarades, Kardias, Kato Scholari and Nea Redestos (Thermi municipality),
- the municipal departments of Liti and Oreokastro and the community departments of Nea Filadelfia, Neochorouda, Pentalofoi, Mesaio, Melissochori (Oreokastro Municipality),
- the municipal departments of Ampelokipi and Menemeni (Ampelokipi-Menemeni Municipality),
- the municipal departments of Diavata, Kalochori, Nea Magnisia and Sindos (Delta Municipality),
- the municipality of Thessaloniki and the municipal department of Triandria (Thessaloniki Municipality)
- the municipality of Kalamaria (Kalamaria Municipality)
- the municipal department of Evosmos, Eleftherio-Kordelio (Kordelio-Evosmos Municipality)
- the municipal departments of Agios Pavlos, Neapoli, Pefka and Sikies (Neapoli-Sikeon Municipality)
- the municipal departments of Efkarpia, Polichni and Stavroupoli (Pavlos Melas Municipality),
- the municipal departments of Epanomi, Agia Triada, Nei Epivates, Perea, Nea Michaniona and community departments of Mesimeri, Aggelochori and Nea Kerasia (Thermaikos Municipality)
- in the regional unit of Chalkidiki:
 - the municipal departments of Megali Panagia, Ierisos and the community departments of Gomati, Pargadikia, Stratoniki and Stratoni (Aristotelis Municipality),
 - the municipal departments of Galatista, Ormilias, Poligiros and the community departments of Vavdos, Galarinos, Doumpia, Geroplatanos, Palaiochora, Riza, Metamorfosi, Agios Prodromos, Vrastama, Palaiokastros, Taxiarchis and Sana (Poligiros Municipality),
 - the community department of Metagkitsi (Sithonia Municipality),
 - the municipal departments of Nea Kallikratia, Simantra, Nea Triglia and community departments of Agios Pavlos, Lakkoma, Nea Gonia, Nea Silata, Agios Panteleimonas, Eleochori, Krini, Nea Tenedos, Nea Plagia and Petralona (Nea Propontida Municipality),
- in the regional unit of Pella:
 - the community departments of Grammatiko, and Flamouria (Edessa Municipality),
 - the municipal departments of Kria Vrisi, Pella and the community departments of Akrolimni, Agrosikia, Athira, Ditiko, Nea Pella, Rachona, (Pella Municipality),

- in the regional unit of Imathia:
 - the municipal departments of Kopanos and Naousa and the community departments of Lefkadia, Monospita, Chariesa, Aggelochori, Zervochori, Poliptalanos, Arkochori, Gianakochori, Rodochori, Stenimachos, Episkopi Naousis, Marina (Naousa municipality),
 - the municipal departments of Alexandria, Korifi, Plati and the community departments of Vrisaki, Kampochori, Loutros, Neochori, Nisi, Episkopi, Kavasila, Kefalochori, Xechasmeni, Paleo Skiliti, Stavros, Agathia, Kipseli, Prodromos, Arachos, Lianovegi, Platanos, Prasinada and Trikala (Alexandria Municipality),
 - the municipal departments of Macrochori, Veria and the community departments of Diavatos, Kouloura, Lykogianni, Nea Nikomideia, Kato Vermio, Agia Marina, Agios Georgios, Patrída, Trilofos and Fitia (Veria Municipality)
- in the regional unit of Kozani:
 - the municipal department of Ptolemaida and the community departments of Agios Christoforos, Ermakia, Kariochori, Spilia, Anatoliko, Komnina, Mesovouno, Pirgi, Vlasti, Anarrachi, Ardassa, Emporio, Milochori, Asvestopetra, Pentavrysos, Kardia, Komanos, Mavropigi, Pteleonas and Proastio (Eordea Municipality),
 - the community departments of Livera, Pontokomi, Sideras, Kleitos, Exohi and Charavgi (Kozani Municipality)
 - the municipal department of Galatini and the community departments of Sisani, Eratira, Namata, Pelekanos, Driovouni, Molocha, Platania, Simantro and Dragatsia (Voio Municipality),
- in the regional unit of Florina:
 - the community departments of Antigono, Farangi, Maniaki, Pelargos (Aminteo Municipality),
- in the regional unit of Kastoria:
 - the municipal departments of Mesopotamia, Maniaki, Kastoria and the community departments of Korisos, Lithia, Melisotopos, Metamorfosi, Oxia, Polikeraso, Sidirochori, Tichio, Aygi, Koromilia, Lefki, Omorfoklissia, Pentavriso, Tsakoni, Chiliodenro, Agia Kiriaki, Kalochori, Inoi, Pteria, Agios Antonios, Gavros, Kranionas, Mavrokampos, Chalara, Dispilio, Mavrochori and the community departments of Dendrochori and Ieropigi (Kastoria Municipality),
 - the community departments of Polianemo, Dipotamia, Komninades, Chionado, Kotili, Kipseli, Nestorio, Ptelea, Eptachori, Chrii and Gramos (Nestorio Municipality),
 - the municipal departments of Argos Orestiko and the community departments of Ampelokipoi, Vogatsiko, Germa, Kostarazi, Militsa, Vrachos, Kastanofito, Lagka, Lakkomata, Melanthio and Spilea (Orestidos Municipality).
- in the regional unit of Ioannina:
 - the community departments of Agios Minas, Aristi, Elafotopos, Mesovouni, Monodendri, Vradeto, Vrisochori, Kapesovo, Koukouli, Tsepelovo and Papigko (Zagori Municipality),
 - the community departments of Ligopsas, Soulopoulo, Dafnofito, Karitsa, Vrosina, Zaloggo, Vatataides, Vlachatano, Vasilopoulo, Raiko, Lithino, Aetopetra Dodonis, Voutsaras, Vrisoula, Gkrimpovo, Granitsopoula, Despotiko, Ekklishochori, Kalochori, Rizo and Fotino (Zitsa Municipality),

- the municipal departments of Konitsa and the community departments of Agia Varvara, Agia Paraskevi, Aetopetra Konitsas, Aidonochori, Amarantos, Ganadio, Elefthero, Exochi, Ililorachi, Kavasila, Kallithea, Klidonia, Mazi, Melissopetra, Molista, Molivdoskepastos, Monastiri, Nikanoras, Pades, Paleoselli, Pigi, Pournia, Pirgos, Asimochori, Vourmpiani, Gorgopotamos, Drosopigi, Kastanea, Kefalochori, Lagkada, Oxia, Plagia, Plikati, Pirsogianni, Chionades and the community departments of Aetomilitsa and Fourka (Konitsa Municipality),
- the community departments of Areti, Vrontismeni, Ieromnimi, Katarraktis, Kouklii, Mazaraki, Mavronoros, Parakalamos, Repetista, Riachovo, Sitaria, Agios Kosmas, Vasiliko, Kakolakkos, Kato Meropi, Kefalovriso, Meropi, Paleopirgos, Roupsia, Oreokastro, Agia Marina, Argirochori, Vissani, Delvinaki, Kastaniani, Kerasovo, Krioneri, Ktismata, Limni, Mavropoulo, Orinos Xirovaltos, Peristeri, Pontikates, Stratinista, Teriachi, Faraggi, Charavgi, Ano Ravenia, Geroptanos, Doliana, Kalpaki, Kato Ravenia, Mavrovouni, Negrades, Chrisorrachi, Dimokori, Lavdani, Dolo, Drimades, Pogoniani and Stavroskiadi (Pogoni Municipality).
- in the regional unit of Thesprotia:
 - the municipal departments of Igoumenitsa and the community departments of Agia Marina, Dramesa, Koritiani, Agios Vlasios, Grekochori, Kastri, Kriovrisi, Ladochori, Mavroudi, Nea Selekia, Geroptanos, Drimitsa, Parapotamos and Platara (Igoumenitsa Municipality),
 - the community departments of Pente Ekklesies, Plakoti and Polidroso (Souli Municipality),
 - the municipal department of Filiates and the community departments of Asproklisi, Kestrini, Ragio, Sagiada, Smertos, Agios Nikolaos, Agii Pantes, Aetos, Ampelonas, Anavrito, Achladia, Vavouri, Vrisella, Gardiki, Giromeri, Gola, Kallithea Filiaton, Kato Xechoro, Keramitsa, Kerasochori, Kefalochori, Kokkinia, Kokkinolithari, Kouremadi, Krioneri, Kipariso, Leptokaria, Lia, Lista, Malouni, Milea, Xechoro, Paleokklisi, Paleochori, Palampas, Pigadoulia, Plaisio, Platanos, Raveni, Rizo, Sideri, Trikorifo, Tsamantas, Faneromeni, Finiki and Charavgi (Filiates Municipality).

10. Kroatien

Die folgenden Sperrzonen I in Kroatien:

Brodsko-posavska županija:

- općina Donji Andrijevci
- općina Oprisavci
- općina Sikirevci
- općina Slavonski Šamac
- općina Velika Kopanica
- općina Vrpolje

Osječko-baranjska županija:

- grad Osijek, naselja Klisa, Sarvaš i Tenja
- Grad Đakovo, naselje Široko Polje
- općina Antunovac
- općina Drenje
- općina Erdut
- općina Satnica Đakovačka

- općina Trnava
- općina Levanjska Varoš
- općina Čepin
- općina Ernestinovo
- općina Gorjani
- općina Vladislavci
- općina Vuka
- općina Punitovci

Vukovarsko-srijemska županija

- općina Tordinci, naselje Korog

11. Litauen

Die folgenden Sperrzonen I in Litauen:

- Joniškio rajono savivaldybės: Gaižaičių, Gataučių, Joniškio, Kriukių, Rudiškių, Satkūnų, Saugėlaukio, Skaistgirio, Žagarės seniūnijos,
- Ignalinos rajono savivaldybės: Ceikinių, Dūkšto, Ignalinos, Ignalinos miesto, Kazitiškio sen. rytinė dalis nuo 102 kelio, Linkmenų, Naujojo Daugėlišio, Mielagėnų, Rimšės, Tverėčiaus, Vidiškių seniūnijos.
- Panevėžio miesto savivaldybė,
- Panevėžio rajono savivaldybės: Krekenavos seniūnijos vakarinė dalis nuo Nevėžio upės, Naujamiesčio seniūnija.

TEIL II

1. Bulgarien

Die folgenden Sperrzonen II in Bulgarien:

- the whole region of Haskovo,
- the whole region of Yambol,
- the whole region of Stara Zagora,
- the whole region of Pernik,
- the whole region of Kyustendil,
- the whole region of Plovdiv,
- the whole region of Pazardzhik,
- the whole region of Smolyan,
- the whole region of Dobrich,
- the whole region of Sofia city,
- the whole region of Sofia Province,
- the whole region of Blagoevgrad,
- the whole region of Razgrad,

- the whole region of Kardzhali,
- the whole region of Burgas,
- the whole region of Varna,
- the whole region of Silistra,
- the whole region of Ruse,
- the whole region of Veliko Tarnovo,
- the whole region of Pleven,
- the whole region of Targovishte,
- the whole region of Shumen,
- the whole region of Sliven,
- the whole region of Vidin,
- the whole region of Gabrovo,
- the whole region of Lovech,
- the whole region of Montana,
- the whole region of Vratza.

2. **Deutschland**

Die folgenden Sperrzonen II in Deutschland:

Bundesland Brandenburg:

- Landkreis Spree-Neiße:
 - Gemeinde Schenkendöbern mit einem Teil der Gemarkung Groß Gastrose,
 - Gemeinde Guben mit Teilen der Gemarkungen Schlagsdorf und Guben,
 - Gemeinde Jänschwalde mit Teilen der Gemarkung Grieben,
 - Stadt Forst mit Teilen der Gemarkungen Horno, Briesnig, Bohrau, Naundorf, Forst (Lausitz), Groß Bademeusel und Klein Bademeusel,
 - Gemeinde Neiße-Malxetal mit einem Teil der Gemarkung Järischke,
 - Gemeinde Jämlitz-Klein Düben mit der Gemarkung Klein Düben und Teilen der Gemarkung Jämlitz,
 - Gemeinde Tschernitz mit der Gemarkung Wolfshain und einem Teil der Gemarkung Tschernitz,
 - Gemeinde Döbern mit Teilen der Gemarkung Döbern,
 - Gemeinde Felixsee mit Teilen der Gemarkungen Bohsdorf, Klein Loitz, Friedrichshain und Reuthen,
 - Gemeinde Spremberg mit der Gemarkung Lieskau und Teilen der Gemarkungen Schönheide, Graustein, Spremberg, Terpe, Pulsberg und Jessen,
 - Gemeinde Welzow mit Teilen der Gemarkungen Haidemühl und Proschim,

- Landkreis Uckermark:
 - Gemeinde Angermünde mit den Gemarkungen Crussow, Stolpe, Gellmersdorf, Neukünkendorf, Bölkendorf, Herzsprung, Schmargendorf und den Gemarkungen Angermünde südlich und südöstlich der B2 und Dobberzin südlich der B2,
 - Stadt Schwedt/Oder mit den Gemarkungen Criewen, Zützen, Schwedt, Stendell, Kummerow, Kunow, Vierraden, Blumenhagen, Oderbruchwiesen, Enkelsee, Gatow, Hohenfelde, Schöneberg, Flemisdorf und der Gemarkung Felchow östlich der B2, Berkholz-Meyenburg, Landin südlich der B2 und Jamikow,
 - Gemeinde Pinnow südlich und östlich der B2,
 - Gemeinde Casekow mit der Gemarkung Woltersdorf und den Gemarkungen Biesendahlshof und Casekow östlich der L272 und südlich der L27,
 - Gemeinde Hohenselchow-Groß Pinnow mit der Gemarkung Groß Pinnow und der Gemarkung Hohenselchow südlich der L27,
 - Gemeinde Gartz (Oder) mit der Gemarkung Friedrichsthal, der Gemarkung Geesow östlich der B2 und den Gemarkungen Gartz und Hohenreinkendorf südlich der L27 und der B2 bis Kastanienallee, dort links abbiegend dem Schülerweg folgend bis Höhe Bahnhof, von hier in östlicher Richtung den Salveybach kreuzend bis zum Tantower Weg, diesen in nördlicher Richtung bis zu Stettiner Straße, diese weiter folgend bis zur B2, dieser in nördlicher Richtung folgend,
 - Gemeinde Mescherin mit der Gemarkung Mescherin, der Gemarkung Neurochlitz östlich der B2 und der Gemarkung Rosow nördlich der K 7311,
- Landkreis Oberspreewald-Lausitz:
 - Gemeinde Neu-Seeland mit der Gemarkung Lieske,
 - Gemeinde Senftenberg,
 - Gemeinde Schipkau mit der Gemarkung Hörlitz,
- Landkreis Märkisch Oderland:
 - Gemeinde Bleyen-Genschmar mit Teilen der Gemarkungen Bleyen und Genschmar,
 - Gemeinde Letschin mit Teilen der Gemarkungen Zelliner Loose, Mehrin Graben, Ortwig Graben, Sophienthal, Kienitz und Groß Neuendorf,

Bundesland Sachsen:

- Landkreis Bautzen,
 - Gemeinde Crostwitz mit den Gemarkungen Horka, Crostwitz, Caseritz, Prautitz,
 - Gemeinde Elsterheide,
 - Gemeinde Großdubrau mit den Gemarkungen Commerau/G, Göbeln, Jetscheba, Kauppa,
 - Gemeinde Königswartha,
 - Gemeinde Lohsa,
 - Gemeinde Malschwitz mit den Gemarkungen Halbendorf/Spree, Lieske, Neudorf/Spree,
 - Gemeinde Nebelschütz mit der Gemarkung Piskowitz,

- Gemeinde Neschwitz,
- Gemeinde Oßling,
- Gemeinde Puschwitz,
- Gemeinde Räckelwitz,
- Gemeinde Radibor mit den Gemarkungen Brohna, Droben, Lippitsch, Lomske/M, Luppa, Milkel, Quoos, Radibor,
- Gemeinde Ralbitz-Rosenthal,
- Gemeinde Spreetal,
- Gemeinde Stadt Bernsdorf,
- Gemeinde Stadt Hoyerswerda,
- Gemeinde Stadt Lauta,
- Gemeinde Stadt Wittichenau,
- Landkreis Görlitz,
 - Gemeinde Boxberg/O.L.,
 - Gemeinde Gablenz,
 - Gemeinde Groß Düben,
 - Gemeinde Krauschwitz i. d. O.L. westlich des Verlaufes der B115 bis Bautzener Straße (B156), S123 (Geschwister-Scholl-Straße) bis Muskauer Straße, B115 (Görlitzer Straße) in südliche Richtung,
 - Gemeinde Kreba-Neudorf nordwestlich des Verlaufes der Verbindungsstraße Neuliebel - Tschernske, nordwestlich der Dorfstraße über Lindenstraße bis zur Kreuzung der S153 in Kreba-Neudorf (Boxberger Straße), westlich des weiteren Verlaufes der S153 in südlicher Richtung bis zur Kreuzung der S121, westlich des Verlaufes der S121 in südliche Richtung,
 - Gemeinde Rietschen westlich des Verlaufes der B115 von Norden kommend bis zum Abzweig der S131 in Rietschen, nordwestlich der S131 von Rietschen bis zum Abzweig der Verbindungsstraße Neuliebel - Tschernske, nordwestlich der Verbindungsstraße Neuliebel - Tschernske in südwestliche Richtung,
 - Gemeinde Schleife,
 - Gemeinde Stadt Bad Muskau westlich des Verlaufes der B115 von der Landesgrenze bis Kreuzung Weinbergweg,
 - Gemeinde Stadt Weißwasser/O.L.,
 - Gemeinde Trebendorf,
 - Gemeinde Weißkeißel westlich des Verlaufes der B115,

Bundesland Hessen:

- Landkreis Groß-Gerau:
 - Stadt Kelsterbach,
 - Stadt Rüsselsheim,
 - Stadt Raunheim,
 - Gemeinde Bischofsheim,

- Stadt Ginsheim-Gustavsburg,
- Gemeinde Trebur,
- Gemeinde Nauheim,
- Stadt Mörfelden-Walldorf,
- Gemeinde Büttelborn,
- Stadt Groß-Gerau,
- Stadt Riedstadt,
- Stadt Gernsheim,
- Gemeinde Biebesheim am Rhein,
- Gemeinde Stockstadt am Rhein
- Landkreis Bergstraße:
 - Stadt Heppenheim (Bergstraße),
 - Stadt Lampertheim,
 - Gemeinde Lautertal (Odenwald),
 - Stadt Viernheim,
 - Stadt Lindenfels,
 - Gemeinde Mörlenbach,
 - Teile der Gemeinde Fürth,
 - Gemeinde Rimbach,
 - Teile der Gemeinde Grasellenbach,
 - Gemeinde Birkenau,
 - Gemeinde Gornheimertal,
 - Gemeinde Abtsteinach,
 - Teile der Gemeinde Wald-Michelbach,
 - Gemeinde Groß-Rohrheim,
 - Stadt Zwingenberg,
 - Stadt Bensheim,
 - Gemeinde Einhausen,
 - Gemeinde Biblis,
 - Stadt Lorsch,
 - Stadt Bürstadt,
- Landkreis Main-Taunus-Kreis:
 - Gemeinde Hochheim am Main,
 - Stadt Flörsheim,
 - Stadt Hattersheim,

- Gemeinde Kriftel,
- Teile der Stadt Hofheim am Taunus,
- Landkreis Offenbach:
 - Teile der Stadt Neu-Isenburg,
 - Stadt Langen,
 - Gemeinde Egelsbach,
 - Teile der Stadt Dreieich,
 - Teile der Stadt Rödermark,
- Stadt Darmstadt:
 - Stadtteil Darmstadt-Arheilgen,
 - Stadtteil Darmstadt-Kranichstein,
 - Stadtteil Darmstadt-Ost,
 - Stadtteil Darmstadt-Wixhausen,
 - Stadtteil Darmstadt-Nord,
 - Stadtteil Darmstadt-Mitte,
 - Stadtteil Darmstadt-Bessungen,
 - Stadtteil Darmstadt-Eberstadt,
 - Stadtteil Darmstadt-West,
- Landkreis Darmstadt-Dieburg:
 - Gemeinde Messel,
 - Stadt Dieburg,
 - Gemeinde Roßdorf,
 - Gemeinde Groß-Zimmern,
 - Stadt Reinheim,
 - Stadt Groß-Biebrau,
 - Gemeinde Fischbachtal,
 - Gemeinde Modautal,
 - Teile der Stadt Groß-Umstadt,
 - Teile der Gemeinde Eppertshausen,
 - Teile der Gemeinde Münster (Hessen),
 - Teile der Stadt Babenhausen,
 - Teile der Gemeinde Otzberg,
 - Stadt Ober-Ramstadt,
 - Gemeinde Mühlthal,
 - Gemeinde Seeheim-Jugenheim,

- Gemeinde Erzhausen,
- Stadt Weiterstadt,
- Stadt Griesheim,
- Gemeinde Alsbach-Hähnlein,
- Gemeinde Bickenbach,
- Stadt Pfungstadt,
- Stadt Frankfurt am Main:
 - Stadtteil Sindlingen,
 - Stadtteil Zeilsheim,
 - Teile des Stadtteils Höchst,
 - Teile des Stadtteils Unterliederbach,
 - Teile des Stadtteils Schwanheim,
- Stadt Wiesbaden:
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Biebrich,
 - Ortsbezirk Mainz-Amöneburg,
 - Ortsbezirk Mainz-Kastel,
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Erbenheim,
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Delkenheim,
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Nordenstadt,
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Breckenheim,
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Igstadt,
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Mitte,
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Rheingauviertel,
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Südost,
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Westend,
 - Ortsbezirk Mainz-Kostheim,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Dotzheim,
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Frauenstein,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Bierstadt,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Auringen,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Klarenthal,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Kloppenheim,
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Schierstein,

- Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Sonnenberg,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Medenbach,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Nordost,
 - Landkreis Odenwaldkreis:
 - Teile der Gemeinde Brensbach,
 - Gemeinde Fränkisch-Crumbach,
 - Teile der Gemeinde Reichelsheim (Odenwald),
 - Landkreis Rheingau-Taunus-Kreis:
 - Teile der Gemeinde Schlangenbad,
 - Teile der Gemeinde Taunusstein,
 - Teile der Gemeinde Bad Schwalbach,
 - Gemeinde Eltville am Rhein,
 - Gemeinde Kiedrich,
 - Teile der Gemeinde Oestrich-Winkel,
 - Teile der Gemeinde Geiseheim,
 - Gemeinde Walluf,
- Bundesland Rheinland-Pfalz:
- Stadt Mainz
 - Landkreis Mainz-Bingen:
 - Stadt Bingen, Naturschutzgebiet-7300-019 „Fulderaue-Ilmenaue“,
 - Gemeinde Budenheim,
 - Stadt Gau-Algesheim,
 - Gemeinde Schwabenheim an der Selz,
 - Stadt Ingelheim am Rhein,
 - Gemeinde Dolgesheim,
 - Gemeinde Dorn-Dürkheim,
 - Gemeinde Hahnheim,
 - Gemeinde Hillesheim,
 - Gemeinde Klein-Winternheim,
 - Gemeinde Nieder-Olm (östlich der A63),
 - Gemeinde Ober-Olm (östlich der A63),
 - Gemeinde Sörrenloch,
 - Gemeinde Undenheim,
 - Gemeinde Weinolsheim,
 - Gemeinde Zornheim,

- Gemeinde Bodenheim,
- Gemeinde Dalheim,
- Gemeinde Dexheim,
- Gemeinde Dienheim,
- Gemeinde Eimsheim,
- Gemeinde Friesenheim,
- Gemeinde Gau-Bischofsheim,
- Gemeinde Guntersblum,
- Gemeinde Harxheim,
- Gemeinde Könernheim,
- Gemeinde Lörzweiler,
- Gemeinde Ludwigshöhe,
- Gemeinde Mommenheim,
- Gemeinde Nackenheim,
- Stadt Nierstein,
- Stadt Oppenheim,
- Gemeinde Selzen,
- Gemeinde Uelversheim,
- Gemeinde Wintersheim,
- Landkreis Alzey-Worms:
 - Gemeinde Bechtolsheim,
 - Gemeinde Dittelsheim-Heßloch,
 - Gemeinde Framersheim,
 - Gemeinde Frettenheim,
 - Gemeinde Gau-Odernheim,
 - Gemeinde Monzernheim,
 - Gemeinde Westhofen,
 - Gemeinde Alsheim,
 - Gemeinde Bechtheim,
 - Gemeinde Mettenheim,
 - Gemeinde Osthofen,
 - Stadt Worms,
 - Gemeinde Eich,
 - Gemeinde Gimbsheim,
 - Gemeinde Hamm am Rhein,

- Landkreis Rhein-Pfalz-Kreis:
 - Stadt Ludwigshafen a. Rh. (BASF Werksgelände, bebaute Ortslage Oppau, Stadtteil Edigheim),
 - Gemeinde Beindersheim,
 - Gemeinde Bobenheim-Roxheim,
 - Stadt Frankenthal (Pfalz) (bebaute Flächen und östlich davon gelegene Freiflächen),
 - Gemeinde Großniedesheim,
 - Gemeinde Kleinniedesheim,

Bundesland Baden-Württemberg:

- Stadt Mannheim,
- Landkreis Rhein-Neckar-Kreis:
 - Gemeinde Laudenbach,
 - Stadt Hemsbach,
 - Stadt Weinheim,
 - Gemeinde Heddesheim,
 - Gemeinde Hirschberg,
 - Gemeinde Ilvesheim,
 - Stadt Ladenburg,
 - Stadt Schriesheim,
 - Gemeinde Wilhelmsfeld,
 - Gemeinde Heiligkreuzsteinach,
 - Gemeinde Dossenheim,
 - Gemeinde Edingen-Neckarhausen.

3. **Estland**

Die folgenden Sperrzonen II in Estland:

- Eesti Vabariik (välja arvatud Hiiu maakond).

4. **Lettland**

Die folgenden Sperrzonen II in Lettland:

- Aizkraukles novads,
- Alūksnes novads,
- Augšdaugavas novads,
- Ādažu novads,
- Balvu novads,
- Bauskas novads,
- Cēsu novads,

- Dienvidkurzemes novada Aizputes, Cīravas, Lažas, Durbes, Dunalkas, Tadaikšu, Vecpils, Bārtas, Sakas, Bunkas, Priekules, Gramzdas, Kalētu, Virgas, Dunikas, Vaiņodes, Gaviezes, Grobiņas, Rucavas, Vērgales, Medzes, Embūtes, Kalvenes, Kazdangas pagasts, Nīcas pagasta daļa uz dienvidiem no apdzīvotas vietas Bernāti, autoceļa V1232, A11, V1222, Bārtas upes, Aizputes, Durbes, Pāvilostas, Priekules, Grobiņas pilsēta,
- Dobeles novada Annenieku, Augstkalnes, Auru, Bēnes, Bērzes, Bikstu, Bukaišu, Īles, Krimūnu, Lielaucē, Naudītes, Penkules, Tērvetes, Ukru, Vecauces, Vītiņu, Zebrenes pagasts, Jaunbērzes pagasta daļa uz austrumiem no autoceļa, kas iet caur apdzīvotu vietu Mežinieki, Jaunbērze, gar Galiņi, Druvas, Lieldegaiņi, Mazdegaiņi, Puriņi, autoceļa P102, Dobeles, Auces pilsēta,
- Gulbenes novads,
- Jelgavas novads,
- Jēkabpils novads,
- Krāslavas novads,
- Kuldīgas novads,
- Ķekavas novads,
- Limbažu novads,
- Līvānu novads,
- Ludzas novads,
- Madonas novads,
- Mārupes novads,
- Ogres novads,
- Olaines novads,
- Preiļu novads,
- Rēzeknes novads,
- Ropažu novada Garkalnes, Ropažu pagasts, Stopiņu pagasta daļa, kas atrodas uz austrumiem no autoceļa V36, P4 un P5, Acones ielas, Dauguļupes ielas un Dauguļupītes, Vangažu pilsēta,
- Salaspils novads,
- Saldus novads,
- Saulkrastu novads,
- Siguldas novads,
- Smiltenes novads,
- Talsu novads,
- Tukuma novada Cēres, Engures, Jaunpils, Jaunsātu, Kandavas, Lapmežciema, Matkules, Pūres, Sēmes, Smārdes, Tumes, Vānes, Viesatu, Zantes, Zemītes, Zentenes pagasts, Irlavas pagasta daļa uz rietumiem no autoceļa P104, Degoles pagasta daļa uz rietumiem no autoceļa P104, uz ziemeļiem no autoceļa V1455, Slampes pagasta daļa uz ziemeļiem no autoceļa V1455, A10, uz austrumiem no autoceļa V1446 līdz Likaušķu str., Kandavas, Tukuma pilsēta,
- Valkas novads,

- Valmieras novads,
- Ventspils novads,
- Daugavpils valstspilsētas pašvaldība,
- Jelgavas valstspilsētas pašvaldība,
- Jūrmalas valstspilsētas pašvaldība,
- Rēzeknes valstspilsētas pašvaldība,
- Rīgas valstspilsētas pašvaldība.

5. **Litauen**

Die folgenden Sperrzonen II in Litauen:

- Alytaus miesto savivaldybė,
- Alytaus rajono savivaldybė,
- Anykščių rajono savivaldybė,
- Akmenės rajono savivaldybė,
- Birštono savivaldybė,
- Biržų miesto savivaldybė,
- Biržų rajono savivaldybė,
- Druskininkų savivaldybė,
- Elektrėnų savivaldybė,
- Ignalinos rajono savivaldybės: Didžiasalio seniūnija,
- Jonavos rajono savivaldybė,
- Joniškio rajono savivaldybės: Kepalių seniūnija,
- Jurbarko rajono savivaldybė,
- Kaišiadorių rajono savivaldybė,
- Kalvarijos savivaldybė,
- Kauno miesto savivaldybė,
- Kauno rajono savivaldybė,
- Kazlų rūdos savivaldybė,
- Kelmės rajono savivaldybė,
- Kėdainių rajono savivaldybė,
- Klaipėdos rajono savivaldybė,
- Kupiškio rajono savivaldybė,
- Kretingos rajono savivaldybė,
- Lazdijų rajono savivaldybė,
- Mažeikių rajono savivaldybė,
- Molėtų rajono savivaldybė,

- Marijampolės savivaldybė,
- Pagėgių savivaldybė,
- Pakruojo rajono savivaldybė,
- Panevėžio rajono savivaldybės: Krekenavos seniūnijos rytinė dalis nuo Nevėžio upės, Karsakiškio, Miežiškių, Pajstrio, Panevėžio, Ramygalos, Raguvos, Smilgių, Upytės, Vadoklių, Velžio seniūnijos
- Palangos miesto savivaldybė,
- Pasvalio rajono savivaldybė,
- Radviliškio rajono savivaldybė,
- Rietavo savivaldybė,
- Prienų rajono savivaldybė,
- Plungės rajono savivaldybė,
- Raseinių rajono savivaldybė,
- Rokiškio rajono savivaldybė,
- Skuodo rajono savivaldybė,
- Šakių rajono savivaldybė,
- Šalčininkų rajono savivaldybė,
- Šiaulių miesto savivaldybė,
- Šiaulių rajono savivaldybė,
- Šilutės rajono savivaldybė,
- Širvintų rajono savivaldybė,
- Šilalės rajono savivaldybė,
- Švenčionių rajono savivaldybė,
- Tauragės rajono savivaldybė,
- Telšių rajono savivaldybė,
- Trakų rajono savivaldybė,
- Ukmergės rajono savivaldybė,
- Utenos rajono savivaldybė,
- Varėnos rajono savivaldybė,
- Vilkaviškio rajono savivaldybė,
- Vilniaus miesto savivaldybė,
- Vilniaus rajono savivaldybė,
- Visagino savivaldybė,
- Širvintų rajono savivaldybė,
- Zarasų rajono savivaldybė.

6. Ungarn

Die folgenden Sperrzonen II in Ungarn:

- Borsod-Abaúj-Zemplén vármegye valamennyi vadgazdálkodási egységének teljes területe,
- Fejér vármegye 403150, 403160, 403250, 403260, 403350, 404250, 404550, 404560, 404570, 405450, 405550, 405650, 406450 és 407050 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Hajdú-Bihar vármegye valamennyi vadgazdálkodási egységének teljes területe,
- Heves vármegye valamennyi vadgazdálkodási egységének teljes területe,
- Jász-Nagykun-Szolnok vármegye 750250, 750550, 750650, 750750, 752150, 752450, 752460, 752550 és 752560 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Komárom-Esztergom vármegye 250350, 250850, 250950, 251450, 251550, 251950, 252050, 252150, 252350, 252450, 252460, 252550, 252650, 252750, 252850, 252860, 252950, 252960, 253050, 253150, 253250, 253350, 253450 és 253550 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Nógrád vármegye valamennyi vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Pest vármegye 570150, 570250, 570350, 570450, 570550, 570650, 570750, 570850, 570950, 571050, 571150, 571250, 571350, 571650, 571750, 571760, 571850, 571950, 572050, 573550, 573650, 574250, 580050 és 580150 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Szabolcs-Szatmár-Bereg vármegye valamennyi vadgazdálkodási egységének teljes területe.

7. Polen

Die folgenden Sperrzonen II in Polen:

w województwie kujawsko - pomorskim:

- część powiatu grudziądzkiego niewymieniona w części I i III załącznika I,
- gminy Jabłonowo Pomorskie, Bobrowo, Zbiczno, Brodnica z miastem Brodnica, część gminy Osiek położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Dzierzno – Kretki Małe – Osiek – Łapinówek w powiecie brodnickim,
- część gminy Wąpielsk położona na północ od drogi łączącej miejscowości Osiek – Łapinówek – Radziki Małe – Radziki Duże – Szczawniki – Pólka Duże – Cieszyń w powiecie rypińskim,
- część gminy wiejskiej Golub - Dobrzyń położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Pólka Duże – Pusta Dąbrówka – Cieszyń- Wrocki – Łobdowo w powiecie golubsko – dobrzyńskim,
- część powiatu chełmińskiego niewymieniona w części I załącznika I,
- gminy Dragacz, Jezewo, Świecie, Nowe, Warlubie, część gminy Pruszcz położona na wschód od linii wyznaczonej przez linię kolejową, część gminy Bukowiec położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od południowej granicy gminy, łączącej miejscowości Gołuszyce - Różanna – Gawroniec – Dolny Młyn, biegnącej do skrzyżowania z drogą nr 240 i dalej na południe od tej drogi biegnącej od tego skrzyżowania do wschodniej granicy gminy w powiecie świeckim,
- powiat miejski Grudziądz,

- część gminy Dąbrowa Chełmińska położona na północny-zachód od linii wyznaczonej przez linię kolejową biegnącą od wschodniej granicy gminy, od przecięcia z drogą łączącą Oktowo – Gzin – Gzin Dolny – Czarże do przecięcia z drogą łączącą miejscowości Boluminek – Janowo – Rafa, a następnie na północ od tej drogi, która biegnie do granicy miejscowości Rafa i dalej na północ od linii wyznaczonej przez południową granicę miejscowości Rafa do zachodniej granicy gminy, część gminy Dobrcz położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę S5 w powiecie bydgoskim,
- część gminy Łubianka położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 551 łączącą miejscowości Nawra – Grzybno, część gminy wiejskiej Chełmża niewymieniona w części I załącznika I w powiecie toruńskim,

w województwie warmińsko-mazurskim:

- gminy Kalinowo, Stare Juchy, Prostki oraz gmina wiejska Ełk w powiecie ełckim,
- powiat elbląski,
- powiat miejski Elbląg,
- powiat gołdapski,
- część powiatu piskiego niewymieniona w części I załącznika I,
- powiat bartoszycki,
- powiat olecki,
- powiat giżycki,
- powiat braniewski,
- powiat kętrzyński,
- powiat lidzbarski,
- część powiatu mrągowskiego niewymieniona w części I załącznika I,
- powiat węgorzewski,
- powiat olsztyński,
- powiat miejski Olsztyn,
- powiat ostródzki,
- część powiatu iławskiego niewymieniona w części III załącznika I,
- część powiatu nowomiejskiego niewymieniona w części I i III załącznika I,

w województwie podlaskim:

- część powiatu bielskiego niewymieniona w części I załącznika I,
- powiat grajewski,
- powiat moniecki,
- powiat sejneński,
- część powiatu siemiatyckiego niewymieniona w części I załącznika I,
- powiat hajnowski,
- powiat białostocki,
- powiat suwalski,

- powiat miejski Suwałki,
- powiat augustowski,
- powiat sokólski,
- powiat miejski Białystok
- gmina Rutki w powiecie zambrowskim,
- gminy Stawiski, Mały Płock w powiecie kolneńskim,
- gminy Jedwabne, Piątnica, Przytuły, Wizna w powiecie łomżyńskim,
- gminy Kobylin-Borzymy, Sokoły, Kulesze Kościelne w powiecie wysokomazowieckim,

w województwie mazowieckim:

- gminy Korczew, Mordy, Paprotnia, Przesmyki w powiecie siedleckim,
- powiat łosicki,
- gminy Kazanów, Przylęk, Policzna w powiecie zwoleńskim,
- powiat kozienicki,
- powiat radomski,
- gminy Chotcza, Solec nad Wisłą, Rzecznów, Sienno, Lipsko w powiecie lipskim,
- powiat miejski Radom,
- powiat szydlowiecki,
- część powiatu garwolińskiego niewymieniona w części I załącznika I,
- część powiatu otwockiego niewymieniona w części I załącznika I,
- powiat piaseczyński,
- część powiatu grójeckiego niewymieniona w części I załącznika I,
- gmina Mszczonów w powiecie żyrardowskim,
- powiat białobrzegi,
- gminy Borkowice, Gielnów, Przysucha, Rusinów, Wieniawa w powiecie przysuskim,

w województwie lubelskim:

- powiat bialski,
- powiat miejski Biała Podlaska,
- powiat janowski,
- powiat puławski,
- powiat rycki,
- gminy Adamów, Krzywda, Serkomla, Wojcieszków w powiecie łukowskim,
- powiat lubelski,
- powiat miejski Lublin,
- powiat lubartowski,

- powiat łączyński,
- powiat świdnicki,
- powiat biłgorajski,
- powiat hrubieszowski,
- powiat krasnostawski,
- powiat chełmski,
- powiat miejski Chełm,
- powiat tomaszowski,
- powiat kraśnicki,
- powiat parczewski,
- powiat opolski,
- powiat włodawski,
- powiat radzyński,
- powiat miejski Zamość,
- powiat zamojski

w województwie podkarpackim:

- część powiatu stalowowolskiego niewymieniona w części I załącznika I,
- powiat lubaczowski,
- gmina Stubno, część gminy Orły położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 77 w powiecie przemyskim,
- gmina Laszki, Wiązownica, Radymno z miastem Radymno w powiecie jarosławskim,
- gmina Kuryłówka, część gminy Nowa Sarzyna położona na północny- wschód od linii wyznaczonej przez linię kolejową w powiecie leżajskim,
- część powiatu nizańskiego niewymieniona w części I załącznika I,
- powiat tarnobrzeski,
- powiat miejski Tarnobrzeg,
- część powiatu mieleckiego niewymieniona w części I załącznika I,
- część gminy Żyraków położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Róża – Zasów – Mokre – Żyraków - Wola Żyrakowska – Bobrowa - Brzeźnica w powiecie dębickim,

w województwie pomorskim:

- powiat sztumski,
- część powiatu kwidzyńskiego niewymieniona w części III załącznika I,
- powiat malborski,
- powiat nowodworski,

- część powiatu miejskiego Gdańsk z wyłączeniem obszaru dzielnicy Nowy Port oraz Wyspy Portowej ograniczonej wodami Zatoki Gdańskiej, Martwej Wisły i Wisły Śmiałej oraz obszaru położonego na północ od linii wyznaczonej przez ulice: Przemysławą, biegnącą od Kanału Portowego do skrzyżowania z ul. Ignacego Krasickiego, a następnie na północ od linii wyznaczonej przez ulicę Ignacego Krasickiego biegnącej od tego skrzyżowania do skrzyżowania z ul. Zdrojową i dalej na wschód od linii wyznaczonej przez ul. Zdrojową biegnącą od skrzyżowania z ul. Ignacego Krasickiego do linii brzegowej Zatoki Gdańskiej,
 - powiat gdański,
 - powiat miejski Gdynia,
 - powiat miejski Sopot,
 - powiat pucki,
 - powiat wejherowski,
 - gminy Kartuszy, Przodkowo, Somonino, Żukowo w powiecie kartuskim,
 - powiat tczewski,
 - powiat starogardzki,
 - część gminy Główny oraz część gminy Potęgowo niewymieniona w części I załącznika I w powiecie słupskim,
 - powiat lęborski,
 - gminy Liniewo, Nowa Karczma w powiecie kościerskim,
 - część gminy Czarna Dąbrówka niewymieniona w części I załącznika I w powiecie bytowskim,
- w województwie świętokrzyskim:
- gminy Tarłów, Ożarów, Wojciechowice w powiecie opatowskim,
 - gminy Dwikozy, Łoniów, Wilczyce, Zawichost, miasto Sandomierz, część gminy Obrazów położona na wschód od linii wyznaczonej przez ulicę Rolniczą w miejscowości Chwałki w powiecie sandomierskim,
 - powiat starachowicki,
 - gminy Bałtów, Kunów, Ćmielów, część gminy Bodzechów położona na północ od linii wyznaczonej przez linię kolejową łączącą Ćmielów – Bodzechów – Ostrowiec Świętokrzyski w powiecie ostrowieckim,
 - gmina Osiek w powiecie staszowskim,
 - powiat skarżyski,
 - gminy Bieliny, Bodzentyn, Górnio, Łągów, Nowa Słupia, Zagnańsk w powiecie kieleckim,
 - gminy Końskie, Gowarczów, Stąporków w powiecie koneckim,
- w województwie lubuskim:
- powiat gorzowski,
 - powiat miejski Gorzów Wielkopolski,
 - powiat żarski,
 - powiat zagański,
 - powiat krośnieński,
 - powiat zielonogórski

- powiat miejski Zielona Góra,
- powiat nowosolski,
- powiat sulęciński,
- powiat międzyrzecki,
- powiat świebodziński,
- powiat wschowski,
- powiat strzelecko – drezdenecki,

w województwie dolnośląskim:

- powiat zgorzelecki,
- powiat polkowicki,
- powiat wołowski,
- gmina Jeżów Sudecki w powiecie karkonoskim,
- powiat lubiński,
- powiat średzki,
- gmina Mściwojów, Wądroże Wielkie, miasto Jawor, część gminy Męcinka położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Leszczyna - Stanisławów – Pomocne – Myślinów - Myślibórz w powiecie jaworskim,
- powiat miejski Legnica,
- powiat legnicki,
- powiat trzebnicki,
- powiat lubański,
- powiat miejski Wrocław,
- gminy Czernica, Długołęka, Siechnice, Mietków, Kąty Wrocławskie, Kobierzyce, część gminy Żórawina położona na wschód od linii wyznaczonej przez autostradę A4 w powiecie wrocławskim,
- gminy Jelcz - Laskowice, Oława z miastem Oława i część gminy Domaniów położona na północny wschód od linii wyznaczonej przez autostradę A4 w powiecie oławskim,
- gminy Bierutów, Dziadowa Kłoda, Twardogóra, miasto Oleśnica, część gminy wiejskiej Oleśnica położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr S8, część gminy Dobroszyce położona na zachód od linii wyznaczonej przez linię kolejową biegnącą od północnej do południowej granicy gminy w powiecie oleśnickim,
- powiat bolesławiecki,
- powiat milicki,
- powiat górowski,
- powiat głogowski,

- gmina Świerzawa, Wojcieszów, Zagrodno, część gminy Pielgrzymka położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 364 do skrzyżowania z drogą w miejscowości Pielgrzymka łączącą miejscowości Wojcieszyn - Pielgrzymka - Proboszczów, a następnie na zachód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Pielgrzymka - Proboszczów - Sokołowiec, miasto Złotoryja, część gminy wiejskiej Złotoryja położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 364 biegnącą od zachodniej granicy gminy do granicy miasta Złotoryja oraz na północ od linii wyznaczonej od południowo-wschodniej granicy miasta Złotoryja, łączącej miejscowości Złotoryja - Leszczyna - Stanisławów w powiecie złotoryjskim,
- powiat lwówecki,
- powiat wałbrzyski,
- powiat miejski Wałbrzych,
- część powiatu świdnickiego niewymieniona w części I załącznika I,

w województwie wielkopolskim:

- powiat wolsztyński,
- powiat grodziski,
- powiat kościański,
- gminy Brodnica, Śrem w powiecie śremskim,
- gmina Zaniemyśl, część gminy Środa Wielkopolska położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 432 w powiecie średzkim,
- gminy Rychtal, Trzcina w powiecie kępińskim,
- część powiatu międzychodzkiego niewymieniona w części III załącznika I,
- powiat nowotomyski,
- część powiatu poznańskiego niewymieniona w części III załącznika I,
- powiat rawicki,
- gmina Duszniki, część gminy Wronki niewymieniona w części III załącznika I, część gminy Kaźmierz niewymieniona w części III załącznika I, część gminy Pniewy niewymieniona w części III załącznika I w powiecie szamotulskim,
- część powiatu gostyńskiego niewymieniona w części I załącznika I,
- gminy Kobylin, Zduny, Krotoszyn, miasto Sulmierzyce w powiecie krotoszyńskim,
- część gminy wiejskiej Ostrów Wielkopolski położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Sulisław - Łąkociny - Wierzbno w powiecie ostrowskim,
- powiat leszczyński,
- powiat miejski Leszno,
- gminy Krzyż Wielkopolski, Drawsko, Wieleń, część gminy Lubasz położona na południe od linii wyznaczonej przez linię kolejową, część gminy Połajewo niewymieniona w części III załącznika I w powiecie czarnkowsko-trzcianeckim,
- część gminy Mieścisko położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 190, część gminy Wągrowiec położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 190 biegnącej od południowej granicy miasta Wągrowiec do południowej granicy gminy oraz na wschód od linii wyznaczonej przez linię kolejową biegnącą od granicy z gminą Skoki do południowej granicy miasta Wągrowiec w powiecie wągrowieckim,

w województwie zachodniopomorskim:

- powiat myśliborski,
- część powiatu gryfińskiego niewymieniona w części III załącznika I,
- powiat policki,
- część powiatu miejskiego Szczecin położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr A6,
- gminy Nowogard, Przybiernów, Stepnica, część gminy Osina położona na północ od linii wyznaczonej przez linię kolejową biegnącą od zachodniej do wschodniej granicy gminy, część gminy Goleniów położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogi nr S3 i S6 w powiecie goleniowskim,
- gmina Kalisz Pomorski, część gminy Wierzchowo położona na wschód od linii wyznaczonej przez linię kolejową łączącą miejscowości Złocieniec - Mirosławiec w powiecie drawskim,
- powiat choszczeński,
- powiat wałecki,
- gminy Dolice, Dobrzany, Ińsko, Suchań, Chociwel, część gminy Marianowo niewymieniona w części III, załącznika I w powiecie stargardzkim,
- powiat pyrzycki,
- gmina Dobra w powiecie łobeskim,

w województwie opolskim:

- gminy Brzeg, Lubsza, Lewin Brzeski, Olszanka, Skarbimierz, część gminy Grodków położona na wschód od linii wyznaczonej przez linię kolejową w powiecie brzeskim,
- gminy Dąbrowa, Dobrzeń Wielki, Popielów, Murów, Niemodlin, Tułowice, Turawa, Ozimek, część gminy Łubniana położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Świerkle – Masów, ulicę Leśną w miejscowości Masów oraz na północ od ulicy Kolanowskiej biegnącej do wschodniej granicy gminy w powiecie opolskim,
- powiat kluczborski,
- powiat namysłowski,
- część powiatu oleskiego niewymieniona w części I załącznika I,
- gminy Kolonowskie, Jemielnica, Zawadzkie w powiecie strzeleckim,

w województwie śląskim:

- gminy Ciasna, Pawonków w powiecie lublinieckim,

w województwie łódzkim:

- gminy Drzewica, Białaczów, część gminy Opoczno położona na wschód od linii wyznaczonej przez linię kolejową biegnącą od północnej do południowej granicy gminy w kierunku miejscowości Włoszczowa w powiecie opoczyńskim.

8. **Słowakei**

Die folgenden Sperrzonen II in der Slowakei:

- the whole district of Snina,
- the whole district of Sobrance,

- in the district of Michalovce municipalities of Bajany, Vysoká nad Uhom, Pavlovce nad Uhom, Krišovská Liesková, Liesková, Liesková, Čierne Pole, Ižkovce, Beša, Čičarovce, Vojany, Veľké Kapušany, Maťovské Vojkovce, Budince, Ruská, Kapušianske Kľačany, Veľké Slemence, Ptrukša,
- in the district of Trebišov municipalities of Bačka, Biel, Boľ, Boľany, Čierna, Čierna nad Tisou, Dobrá, Klin nad Bodrogom, Kráľovský Chlmec, Kapoňa, Leles, Malé Trakany, Malý Horeš, Nový Horeš, Malý Kamenec, Poľany, Pribeník, Rad, Solníčka, Nová Vieska pri Bodrogu, Somotor, Věč, Strážne, Pavlovo, Svätá Mária, Streda nad Bodrogom, Svätuš, Svinice, Veľké Trakany, Veľký Horeš, Veľký Kamenec, Vojka, Zátin, Zemplín
- the whole district of Revúca,
- the whole district of Rimavská Sobota,
- the whole district of Veľký Krtíš,
- the whole district of Lučenec,
- the whole district of Poltár,
- the whole district of Zvolen,
- the whole district of Detva,
- the whole district of Krupina except the municipalities included in zone III,
- the whole district of Banská Štiavnica,
- the whole district of Žarnovica,
- the whole district of Banská Bystrica,
- the whole district of Brezno,
- the whole district of Zlaté Moravce,
- the whole district of Levice except municipalities included in zone III,
- the whole district Turčianske Teplice,
- the whole district of Martin except the municipalities included in zone I,
- in the district of Žilina, municipalities of Čičmany, Fačkov, Rajecká Lesná, Ďurčiná, Rajec, Šuja, Kamenná Poruba, Kunerad, Stránske, Rajecké Teplice, Turie, Višňové, Stráňavy,
- the whole district of Žiar nad Hronom,
- the whole district of Prievidza
- the whole district of Partizánske,
- in the district of Nitra, the municipalities of Pohranice, Hostová, Kolíňany, Malý Lapáš, Dolné Obdokovce, Čeladice, Veľký Lapáš, Babindol, Malé Chyndice, Golianovo, Klasov, Veľké Chyndice, Nová Ves nad Žitavou, Paňa, Vráble, Tajná, Lúčnica nad Žitavou, Žitavce, Melek, Telince, Čifáre, Horné Lefantovce, Dolné Lefantovce, Jelenec, Bádice, Žirany, Podhorany, Nitrianske Hrnčiarovce, Štitáre, Ľudovítová, Kapince, Malé Zálužie, Hruboňovo, Šurianky, Výčapy-Opatovce, Nitra, Jelšovce, Čakajovce, Zbehy, Nové Sady, Čab, Lukáčovce, Lehota, Alekšince, Veľké Zálužie, Vinodol,
- the whole district of Topoľčany,
- the whole district of Bánovce nad Bebravou except the municipalities included in part I,

- in the district of Trenčín, the municipalities of Svinná, Bobot, Hornáňany, Motešice, Petrova Lehota, Omšenie, Dolná Poruba,
- in the district of Ilava, the municipality of Zliechov
- in the district of Nové Zámky, the municipalities of Mužla, Obid, Nána, Štúrovo, Gbelce, Belá, Šarkan, Ľuba, Kamenný most, Nová Vieska, Kamenica nad Hronom, Bajtava, Leľa, Chľaba, Malá nad Hronom, Strekov, Sikenička, Pavlová, Biňa, Kamenín, Salka, Malé Kosihy, Černík, Michal nad Žitavou, Kmeťovo, Maňa, Trávnica, Bardoňovo, Pozba, Dedinka, Mojzesovo, Úľany nad Žitavou, Hul, Dolný Ohaj, Vlkaš, Radava, Podhájska, Veľké Lovce, Bruty, Svodín, Rúbaň, Dubník, Jasová, Kolta,
- in the district of Komárno, the municipalities of Kravany nad Dunajom, Búč, Bátorove Kosihy, Moča, Radvaň nad Dunajom, Virt, Šrobárová, Mudroňovo, Modrany, Svätý Peter, Hurbanovo, Dulovce, Pribeta, Bajč, Patince, Iža, Chotín, Marcelová, Komárno, Martovce.

9. Italien

Die folgenden Sperrzonen II in Italien:

Piedmont Region:

- in the Province of Alessandria the following Municipalities: Alessandria, Tortona, Carbonara Scrivia, Frugarolo, Paderna, Spineto Scrivia, Castellazzo Bormida, Bosco Marengo, Castelspina, Casal Cermelli, Alice Bel Colle, Terzo, Bistagno, Cavatore, Castelnovo Bormida, Cabella Ligure, Carrega Ligure, Francavilla Bisio, Carpeneto, Costa Vescovato, Grogna, Orsara Bormida, Pasturana, Melazzo, Mornese, Ovada, Predosa, Lerma, Fraconalto, Rivalta Bormida, Fresonara, Malvicino, Ponzzone, San Cristoforo, Sezzadio, Rocca Grimalda, Garbagna, Tassarolo, Mongiardino Ligure, Morsasco, Montaldo Bormida, Prasco, Montaldeo, Belforte Monferrato, Albera Ligure, Bosio, Cantalupo Ligure, Castelletto D'orba, Cartosio, Acqui Terme, Arquata Scrivia, Parodi Ligure, Ricaldone, Gavi, Cremolino, Brignano-Frascata, Novi Ligure, Molare, Cassinelle, Morbello, Avolasca, Carezzano, Basaluzzo, Dernice, Trisobbio, Strevi, Sant'Agata Fossili, Pareto, Visone, Voltaggio, Tagliolo Monferrato, Casaleggio Boiro, Capriata D'orba, Castellania Coppi, Carrosio, Cassine, Vignole Borbera, Serravalle Scrivia, Silvano D'orba, Villalvernia, Roccaforte Ligure, Rocchetta Ligure, Sardigliano, Stazzano, Borghetto Di Borbera, Grondona, Cassano Spinola, Montacuto, Gremiasco, San Sebastiano Curone, Fabbrica Curone, Spigno Monferrato, Montechiaro d'Acqui, Castelletto d'Erro, Ponti, Denice, Pozzolo Formigaro, Cerreto Grue, Casasco, Montegioco, Montemarzino, Momperone, Merana, Pozzi, Groppo, Villaromagnano, Sarezzano, Monleale, Volpedo, Casale Noceto, Alluvioni Piovera, Alzano Scrivia, Bassignana, Berzano di Tortona, Castellar Guidobono, Castelnovo Scrivia, Guazzora, Isola Sant'antonio, Molino dei Torti, Montecastello, Pecetto di Valenza, Pietra Marazzi, Pomaro Monferrato, Pontecurone, Rivarone, Sale, San Salvatore Monferrato, Valenza, Viguzzolo, Volpigliano, Gamalero, Bergamasco, Borgoratto Alessandrino, Carentino, Frascaro, Masio, Oviglio, Felizzano, Quattordio, Solero, Balzola, Camagna Monferrato, Castelletto Monferrato, Cella Monte, Cereseto, Coniolo, Conzano, Frassinello Monferrato, Lu e Cuccaro Monferrato, Morano sul Po, Olivola, Ottiglio, Ozzano Monferrato, Pontestura, Rosignano Monferrato, Sala Monferrato, San Giorgio Monferrato, Treville, Vignale Monferrato,
- in the province of Asti the following Municipalities: Moasca, Montaldo Scarampi, Castelnovo Calcea, Calosso, Montegrosso d'Asti, Agliano Terme, Mombaldone, Castel Rocchero, Montabone, Sessame, Monastero Bormida, Roccaverano, Vesime, Cessole, Loazzolo, San Giorgio Scarampi, Olmo Gentile, Bubbio, Rocchetta Palafea, Cassinasco, Castel Boglione, Serole, Calamandran, Castelletto Molina, Fontanile, Maranzana, Mombaruzzo, Quaranti, Bruno, Canelli, Castelnovo Belbo, Cortiglione, Incisa Scapaccino, Nizza Monferrato, San Marzano Oliveto, Vaglio Serra, Belveglio, Castello di Annone, Cerro Tanaro, Mombercelli, Rocca d'Arazzo, Rocchetta Tanaro, Vinchio,

- In the Province of Cuneo, the following Municipalities: Castiglione Tinella, Cortemilia, Perletto, Pezzolo Valle Uzzone, Santo Stefano Belbo,

Liguria Region:

- in the province of Genova the following Municipalities: Bogliasco, Arenzano, Ceranesi, Ronco Scrivia, Mele, Isola del Cantone, Lumarzo, Genova, Masone, Serra Riccò, Campo Ligure, Mignanego, Busalla, Bargagli, Savignone, Torriglia, Rossiglione, Sant'Olcese, Valbrevenna, Sori, Tiglieto, Campomorone, Cogoleto, Pieve Ligure, Davagna, Casella, Montoggio, Crocefieschi, Vobbia, Fascia, Gorreto, Propata, Rondanina, Neirone, Montebruno, Uscio, Avegno, Recco, Tribogna, Moconesi, Favale Di Malvaro, Cicagna, Lorsica, Rapallo, Rezzoaglio, Fontanigorda, Rovegno, Coreglia Ligure, Mezzanego, Borzonasca, Orero, Ne, San Colombano Certenoli, Carasco, Santo Stefano D'aveto, Cogorno, Chiavari, Leivi, Camogli, Sestri Levante, Casarza Ligure, Lavagna, Zoagli, Santa Margherita Ligure, Portofino, Castiglione Chiavarese, Moneglia
- in the province of Savona the following Municipalities: Urbe, Sassello, Celle Ligure, Albisola Superiore, Albissola Marina, Quiliano, Bergeggi, Varazze, Stella, Cairo Montenotte, Savona, Pontinvrea, Vado Ligure, Mioglia, Altare;
- In the Province of La Spezia the following Municipality: Varese Ligure, Maissana, Sesta Godano, Brugnato, Carro, Carrodano, Rocchetta di Vara, Zignago, Borghetto di Vara, Beverino, Calice al Cornoviglio, Deiva Marina, Framura, Arcola, Bolano, Sarzana, Santo Stefano di Magra, Follo, Vezzano Ligure.

Lombardia Region:

- In the Province of Pavia the following Municipalities: Langosco, Ponte Nizza, Bagnaria, Brallo di Pregola, Menconico, Zavattarello, Romagnese, Varzi, Val di Nizza, Santa Margherita di Staffora, Cecima, Colli Verdi, Godiasco, Casei Gerola, Frascarolo, Gambarana, Mede, Suardi, Torre Beretti e Castellaro, Villa Biscossi, Rocca de' Giorgi, Lomello, Montalto Pavese, Montesegale, Pieve del Cairo, Borgo Priolo, Bressana Bottarone, Barbianello, Ferrera Erbognone, Rivanazzano, Zinasco, Silvano Pietra, Torrazza Coste, Retorbido, Sannazzaro de' Burgondi, Calvignano, Carbonara al Ticino, Cava Manara, Codevilla, Cervesina, Galliavola, Corvino San Quirico, Corana, Mornico Losana, Casatisma, Bastida Pancarana, Castelletto di Branduzzo, Borgoratto Mormorolo, Casteggio, Fortunago, Rocca Susella, Redavalle, Lungavilla, Robecco Pavese, Rabattone, Pinarolo Po, San Martino Siccomario, Pizzale, Torricella Verzate, Mezzana Bigli, Montebello della Battaglia, Oliva Gessi, Pieve Albignola, Pancarana, Pietra de' Giorgi, Santa Giuletta, Verretto, Sommo, Voghera, Cornale e Bastida, Rea, Verrua Po, Montescano, Canneto Pavese, Casanova Lonati, Bosnasco, Santa Maria della Versa, Stradella, Lirio, Cigognola, Campospinoso, Castana, Broni, Golferenzo, Montù Beccaria, Montecalvo Versiggia, Zenevredo, Rovescala, San Damiano al Colle, Volpara,

Emilia-Romagna Region:

- in the province of Piacenza, the following Municipalities: Vernasca, Ottone, Zerba, Cerignale, Corte Brugnatella, Ferriere, Agazzano, Bobbio, Coli, Farini, Pianello Val Tidone, Piozzano, Alta Val Tidone, Borgonovo Val Tidone, Castel San Giovanni, Gragnano Trebbiense, Morfasso, Rottofreno, Sarmato, Ziano Piacentino, Calendasco, Castell'Arquato, Alseno, Fiorenzuola D'Arda, Pontenure, Cadeo, Piacenza, Lugagnano Val d'Arda, Carpaneto Piacentino.
- In the Province of Parma, the following Municipalities: Fornovo di Taro, Terenzo, Solignano, Varano de' Melegari, Noceto, Medesano, Salsomaggiore Terme, Pellegrino Parmense, Calestano, Bore, Tornolo, Bedonia, Compiano, Albareto, Bardi, Borgo Val di Taro, Varsi, Valmozzola, Berceto, Corniglio (a ovest di Via Bartolomeo Ollari, Località Signatico, Località Prugnetolo, Località Vestola, SP 13, SP 40, SP 75), Fidenza, Langhirano, Collecchio, Sala Baganza, Calestano, Felino.

Toscana Region:

- In the Province of Massa Carrara, the following Municipalities: Zeri, Pontremoli, Mulazzo, Filattiera, Tresana, Bagnone, Villafranca in Lunigiana, Lucciana Nardi, Aulla, Podenzana, Fosdinovo, Fivizzano (a sud della SP21, a ovest della SS63, a sud della SR445 e a ovest della SP10),

Calabria Region:

- In Reggio Calabria Province the following Municipalities: Cardeto, Motta San Giovanni, Montebello Ionico, Sant'eufemia D'aspromonte, Sant'Alessio in Aspromonte, Sinopoli, San Roberto, San Lorenzo, Melito di Porto Salvo, Laganadi, Calanna, Santo Stefano in Aspromonte, Reggio Calabria, Scilla, Condofuri, Bagaladi, Fiumara, Bova Marina, Villa San Giovanni, Campo Calabro, Roccaforte del Greco, Platì, Palizzi, Samo, Africo, Benestare, Brancaleone, Bianco, Careri, Casignana, Staiti, Scido, Delianuova, Cosoleto, Ferruzzano, Bruzzano Zeffirio, Bova, Bovalino, Caraffa del Bianco, San Luca, , Roghudi, Santa Cristina d'Aspromonte, Sant'Agata del Bianco.

Campania Region:

- In Salerno Province the following Municipalities: Sassano, Casaletto Spartano, Montesano sulla Marcellana, Casalbuono, Buonabitacolo, Sanza, Padula, Caselle in Pittari, Rofrano, Torre Orsaia, Alfano, Morigerati, Roccagloriosa (solo enclave), Tortorella (solo enclave).

10. Tschechien

Die folgenden Sperrzonen II in Tschechien:

Liberecký kraj:

- v okrese Liberec katastrální území obcí Andělská Hora u Chrástavy, Arnoltice u Bulovky, Hajniště pod Smrkem, Nové Město pod Smrkem, Dětrichovec, Bulovka, Horní Řasnice, Dlouhý Most, Dolní Hanychov, Dolní Pertoltice, Doubí u Liberce, Františkov u Liberce, Hluboká u Liberce, Horní Hanychov, Horní Růžodol, Horní Suchá u Liberce, Krásný Les u Frýdlantu, Jindřichovice pod Smrkem, Horní Pertoltice, Dolní Řasnice, Raspenava, Dolní Oldřiš, Ludvíkov pod Smrkem, Lázně Libverda, Háj u Habartic, Habartice u Frýdlantu, Kunratice u Frýdlantu, Víska u Frýdlantu, Poustka u Frýdlantu, Višňová u Frýdlantu, Předláneč, Černousy, Boleslav, Ves, Andělka, Frýdlant, Srbská, Hejnice, Bílý Potok pod Smrkem, Horní Vítkov, Dolní Vítkov, Václavice u Hrádku nad Nisou, Mníšek u Liberce, Mlýnice, Nová Ves u Chrástavy, Dolní Chrástava, Horní Chrástava, Chrástava I, Chrástava II, Oldřichov v Hájích, Albrechtice u Frýdlantu, Dětrichov u Frýdlantu, Heřmanice u Frýdlantu, Kristiánov, Polesí u Rynoltic, Loučná, Hrádek nad Nisou, Bílý Kostel nad Nisou, Petrovice v Lužických horách, Rynoltice, Grabštejn, Lvová, Janovice v Podještědí, Janův Důl u Liberce, Javorník u Českého Dubu, Javorník u Dlouhého Mostu, Jeřmanice, Jítrava, Donín u Hrádku nad Nisou, Oldřichov na Hranicích, Karlínky, Kněžice v Lužických horách, Kryštofovo Údolí, Křižany, Chotyně, Dolní Suchá u Chotyně, Dolní Sedlo, Fojtka, Kateřinky u Liberce, Krásná Studánka, Kunratice u Liberce, Liberec, Machnín, Minkovice, Nové Pavlovice, Novina u Liberce, Ostašov u Liberce, Panenská Hůrka, Pilínkov, Proseč pod Ještědem, Radčice u Krásné Studánky, Rašovka, Rochlice u Liberce, Rudolfův, Ruprechtice, Růžodol I, Staré Pavlovice, Starý Harcov, Stráž nad Nisou, Svárov u Liberce, Světlá pod Ještědem, Šimonovice, Vesec u Liberce, Vratislavice nad Nisou, Zdislava, Žibřidice,
- v okrese Jablonec nad Nisou katastrální území obcí Albrechtice v Jizerských horách, Antonínov, Bedřichov u Jablonce nad Nisou, Desná I, Desná III, Dolní Maxov, Horní Maxov, Hraničná nad Nisou, Jablonec nad Nisou, Jablonecké Paseky, Janov nad Nisou, Jindřichov nad Nisou, Jiřetín pod Bukovou, Jizerka, Josefův Důl u Jablonce nad Nisou, Karlov u Josefova Dolu, Loučná nad Nisou, Lučany nad Nisou, Lukášov, Mšeno nad Nisou, Polubný, Proseč nad Nisou, Rádlo, Rýnovice, Smržovka, Tanvald.

11. Griechenland

Die folgenden Sperrzonen II in Griechenland:

- in the regional unit of Serres:
 - the municipal department of Rodolivos and the community departments of Amphipoli, Mesolakia, Palaikomi, Iliokomi, Kormisti, Nea Mpaфра, Simvoli, Aggisti, Krinides, Proti, Domiros and Mikro Souli (Amphipoli Municipality),
 - the community departments of Ligaria and Sisamia (Visaltia Municipality),
 - the municipal departments of Neo Souli, Chryso, Neos Skopos and the community departments of Agio Pnevma, Dafnoudi, Emmanouil Pappas, Metalla, Pentapoli, Toumba, Valtotopi, Mesokomi, Monovrisi, Neochori Serron, Paralimni, Penthelino and Psychiko (Emmanouil Pappas Municipality),
 - the community departments of Melenikitsi, Nea Tiroloi, Palaiokastros and Skotousa (Irakleia Municipality),
 - the municipal departments of Alistrati, Nea Zichni and the community departments of Agiochori, Lefkothea, Mandili, Skopia, Stathmos Aggists, Agios Xristoforos, Agriani, Anastasia, Gazoros, Dimitra, Draviskos, Tholos, Mavrolofos, Mesorrachi, Mirkinos, Mirrinis, Nea Petra and Sfelino (Nea Zichni Municipality),
 - the municipal departments of Mitrousi, Lefkonas, Serres, Skoutari and the community departments of Kala Dendra, Christos, Orini, Elaionas, Eptamila, Oinoussa, Agia Eleni, Adelfiko, Vamvakousa, Kato Kamila, Kouvouklia, Koumaria, Konstantinatos, Peponia, Ano Vrontou, Ano Kamila and Monoklisia (Serres Municipality),
 - part of the municipal department of Sidirokastros and the community departments of Agkistro, Vamvakofito, Achladochori and Kapnofito (Sintiki Municipality),
- in the regional unit of Drama:
 - the community departments of Vathitopos, Granitis, Dasoto, Exohi, Katafito, Kato Vrontou, Ochiro and Perithorio (Kato Nevrokopi Municipality),
 - the community departments of Tholo, Adriani, Ano Pixari, Nikiforos, Platania, Platanovrisi, Ptelea Platania, Ipsili Rachi, Paranesti and Sili (Paranesti Municipality),
 - the municipal departments of Drama, Xiropotamos and Choritsi, the community department of Skaloti, Nikotsara, Kalifito, Kalos Agros, Koudounia, Livadero, Makriplagio, Maurovato, Mikrochorio, Monastiraki, Milopotamos and part of the community department of Sidironero (Drama Municipality),
 - the municipal departments of Agios Athanasios, Doxato, Kirgia and Kalampaki, the community departments of Agora, Kefalari, Pigadia, Agia Paraskevi, Kalamonas, Nerofrakto and Ftelia (Doxato Municipality),
 - the municipal departments of Petrousi and Prosotsani, the community departments of Anthochori, Grameni, Kali Vrisi, Kalithea, Kokinogia, Mikropoli, Panorama, Pirgi, Charitomeni, Argiroupoli, Mavrolefki, Megalokampos, Mikrokampos, Perichora, Sitagroi and Fotolivos (Prosotsani Municipality),
- in the regional unit of Kavala:
 - the community departments of Limnes and Polinero (Kavala Municipality),
 - the community departments of Elafochori and Platamonas (Nestos Municipality),

- the municipal department of Nikisianis, the community departments of Foleas, Akropotamos, Gallipsos, Karianis, Orfanio, Ofrinio, Podochori, Georgiani, Domatia, Melissokomio, Messoropi, Moustheni, Platanotopos and Sidirochori (Paggaio Municipality),
- in the regional unit of Kilikis:
 - the municipal departments of Axioupoli, Goumenissa, Polykastro, Evropos and the community departments of Gorgopi, Idomeni, Plagies, Rizia, Fanos, Grivas, Karpi, Pentalofos, Stathis, Filiria, Mesia, Polypetro, Toumpa, Aspro, Vafiochori, Iriniko, Evzoni, Korona, Limnotopos, Mikro Dasos, Pefkodasos, Pontoirakleia, Skra, Kastaneri and Livadia (Peonia Municipality),
 - the community departments of Akritas, Vaptistis, Kastanies, Kristoni, Megali Vrisi, Mesiano, Chorigi, Iliolousto and Megali Sterna (Kilikis Municipality),
- in the regional unit of Kastoria:
 - the community departments of Vissinea, Macrochori, Kleisoura, and Vasileiada (Kastoria Municipality),
- in the regional unit of Kozani:
 - the community departments of Olympiada, Perdikkas, Galateia, Drosero and Fufas (Eordaia Municipality),
- in the regional unit of Florina:
 - the community departments of Aetos, Agios Panteleimonas, Kelli, Kleidi, Xino Nero, Petres, , Agrapidies, Pedino, Valtонера, Rodonas, Vegora, Levea, Filotas, Asprogeia, Sklithro, Limnochori, Lechovo, Anargiri, Variko, Fanos and municipal department of Amyntaio (Amyntaio Municipality),
 - the community departments of Vatochori, Krystallopigi, Kottas, Agios Achillios, Agios Germanos, Antartiko, Vrontero, Kallithea, Karies, Lemos, Lefkonas, Mikrolimni, Plati, Prasino and Psarades (Prespes Municipality),
 - the community departments of , Achlada, Vevi, Lofoi, Meliti, and Skopos (Florina Municipality),
- in the regional unit of Pella:
 - the community departments of Aloros, Apsalos, Voreino, Garefi, Dorothea, Loutraki, Lykostomo, Megaplatanos, Xifiani, Orma, Piperies, Polikarpi, Promachi, Sarakinoi, Sosandra, Tsaki, Archagellos, Exaplatanos, Theodoraki, Thiriopetra, Ida, Konstantia, Milea, Neromili, Notia, Periklia, Filoteia, Foustani, Chrisi and municipal department of Aridea (Almopia Municipality),
 - the community departments of Agios Athanasios, Arnissa, Panagitsa, Perea, Agras, Vrita, Karydia, Mesimeri, Nisi, Platani, Rizari, Sotiras and municipal department of Edessa (Edessa Municipality),
 - the community departments of Ampelies, Melissi, Agios Loukas, Esovalta, Axos, Aravissos, Achladchori, Lakka, Paleos Milotopos, Plagiari, Agios Georgios, Drosero, Kariotissa, Liparo, Palefito, Trifilli and the municipal departments of Giannitsa, Milotopos and Galatades (Pella Municipality),
 - the community departments of Anidro, Kalli, Kallipoli, Kranea, Mandalos, Profitis Ilias, Arseni, Aspro, Dafni, Kalivia, Lipochori, Mavrovouni, Nea Zoi, Petrea, Rizo, Sevastiana and municipal departments of Skidra (Skidra Municipality).

TEIL III

1. **Italien**

Die folgenden Sperrzonen III in Italien:

Lombardia Region:

- In the Province of Lodi the following Municipalities: Marudo, Salerano sul Lambro, Casaletto Lodigiano, Castiraga Vidardo, Lodi Vecchio, Sant'angelo Lodigiano, Valera Fratta, Caselle Lurani, Orio Litta, Borghetto Lodigiano, Pieve Fissiraga, Graffignana, Villanova del Sillaro, Borgo San Giovanni, Brembio, Casalpusterlengo, Cavenago D'adda, Cornegliano Laudense, Livraga, Lodi, Mairago, Massalengo, Montanaso Lombardo, Ospedaletto Lodigiano, Ossago Lodigiano, San Martino In Strada, Secugnago, Sordio, Tavazzano con Villavesco, Boffalora D'adda, Casalmaiocco, Cervignano D'adda, Galgagnano, Mulazzano, Corte Palasio,
- In the Province of Milan the following Municipalities: Pieve Emanuele, Buccinasco, Lacchiarella, Rozzano, Trezzano sul Naviglio, Basiglio, Assago, Vernate, Inveruno, Abbiategrasso, Mesero, Rosate, Turbigo, Magenta, Robecchetto con Induno, Noviglio, Motta Visconti, Besate, Gaggiano, Morimondo, Bernate Ticino, Boffalora sopra Ticino, Robecco sul Naviglio, Zibido San Giacomo, Calvignasco, Cuggiono, Vermezzo con Zelo, Marcallo con Casone, Ozzero, Binasco, Bubbiano, Casarile, Gudo Visconti, San Zenone al Lambro, Locate di Triulzi, Carpiano, Melegnano, Cerro al Lambro, San Colombano al Lambro, Castano Primo, Arconate, Nosate, Buscate, Opera, San Giuliano Milanese,
- In the Province of Pavia, the following Municipalities: Confienza, Langosco, Palestro, Robbio, Rosasco, Giussago, Certosa di Pavia, Zerbolò, Rognano, San Giorgio di Lomellina, Marcignago, Ceretto Lomellina, Cernago, Mortara, Castello d'Agogna, Casorate Primo, Cozzo, Gambolò, Borgo San Siro, Bereguardo, Cilavegna, Olevano di Lomellina, Valle Lomellina, Trivulzio, Vellezzo Bellini, Gravellona Lomellina, Vigevano, Zeme, Tromello, Cassolnovo, Trovo, Semiana, Sant'Angelo Lomellina, Torre d'Isola, Vellezzo Lomellina, Nicorvo, Parona, Albinese, Battuda, Castelnovetto, Cura Carpignano, Copiano, Gerenzago, Torrevecchia Pia, Zeccone, Pavia, Marzano, Villanterio, Maghero, Albuzzano, Landriano, Torre d'Arese, Sant'Alessio con Vialone, Siziano, Vidigulfo, Vistarino, San Genesio ed Uniti, Borgarello, Bornasco, Filighera, Ceranova, Roncaro, Bascapè, Lardirago, Zerbo, Corteolona e Genzone, Inverno e Monteleone, Pieve Porto Morone, Santa Cristina e Bissone, Badia Pavese, Costa de' Nobili, Monticelli Pavese, San Zenone al Po, Chignolo Po, Miradolo Terme, Alagna, Dorno, Scaldasole, Villanova d'Ardenghi, Gropello Cairoli, Valeggio, Garlasco, Ottobiano, Valle Salimbene, Travacò Siccomario, Mezzanino, Linarolo, Belgioioso, Torre De' Negri, Arena Po, Portalbera, San Cipriano Po, Spessa, Albaredo Arnaboldi, Cerreto Lomellina, Sartirana Lomellina, Candia Lomellina, Breme,

Piedmont Region:

- In the Province of Novara, the following Municipalities: Casalbeltrame, Casalino, Casalborgone, Cerano, Galliate, Trecate, Romentino, Sozzago, Borgolavezzaro, Tornaco, Terdobbiate, Garbagna Novarese, Cameri, Granozzo con Monticello, Nibbiola, Novara, Vespolate, Vinzaglio, Barengo, Bellinzago Novarese, Biandrate, Briona, Caltignaga, Carpignano Sesia, Casaleggio Novara, Castellazzo Novarese, Cavaglietto, Cavaglio d'Agogna, Fara Novarese, Landiona, Mandello Vitta, Momo, Oleggio, Recetto, San Nazzaro Sesia, San Pietro Mosezzo, Sillavengo, Sizzano, Vaprio d'Agogna, Vicolungo,
- In the Province of Vercelli, the following Municipalities: Asigliano Vercellese, Borgo Vercelli, Caresana, Caresanablot, Pezzana, Prarolo, Stroppiana, Villata, Trino, Lignana, Sali Vercellese, Quinto Vercellese, Olcenengo, Crova, Desana, Tronzano Vercellese, Ronsecco, San Germano Vercellese, Salasco, Casanova Elvo, Tricerro, Oldenico, Rive, Pertengo, Costanzana, Collobiano, Bianzè, Santhià, Vercelli, Albano Vercellese, Arborio, Formigliana, Ghislarengo, Greggio, Villarboit, Motta De' Conti,

- In the Province of Alessandria, the following Municipalities: Villanova monferrato, Valmacca, Ticineto, Terruggia, Pomaro Monferrato, Occimiano, Mirabello Monferrato, Giarole, Frassineto Po, Casale Monferrato, Bozzole, Borgo San Martino,

Emilia – Romagna Region:

- In the Province of Piacenza, the following Municipalities: Ponte Dell'Olio, Gropparello, Gazzola, Travo, Gossolengo, Bettola, Rivergaro, Podenzano, Vigolzone, San Giorgio Piacentino.

2. Polen

Die folgenden Sperrzonen III in Polen:

w województwie warmińsko-mazurskim:

- gmina Kisielice, część gminy wiejskiej Łława położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 521 biegnącą od północnej granicy gminy do granicy miasta Łława orasz na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 536 biegnącą od południowej granicy miasta Łława do skrzyżowania z drogą łączącą miejscowości Dziarnówko – Smolniki – Radomno i dalej na północny – zachód od linii wyznaczonej przez tę drogę, część miasta Łława położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 521 biegnącą od północnej granicy miasta do skrzyżowania z drogą nr 16, następnie na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 16 biegnącą od skrzyżowania z drogą nr 521 do granicy miasta Łława oraz na południe od linii wyznaczonej przez linię kolejową biegnącą od granicy miasta Łława do przecięcia z linią wyznaczoną przez ulicę Lubawską i drogę nr 536 i dalej na południe od tej linii i drogi nr 536 biegnącej do południowej granicy miasta, część gminy Susz położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Gałdowo – Jakubowo Kisielickie – Krzywicz – Bałoszyce - Jawty Wielkie - Pólko w powiecie iławskim,
- gmina Biskupiec, część gminy Kurzętnik położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Nowe Miasto Lubawskie – Marzęcice – Małe Bałówki – Tereszewo – Szafarnia – Strzemiuszczek, część gminy wiejskiej Nowe Miasto Lubawskie położona na zachód od linii wyznaczonej przez rzekę Drwęca w powiecie nowomiejskim,

w województwie pomorskim:

- część gminy Prabuty położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Jawty Wielkie – Trumiejki – Klasztor, część gminy Gardeja położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Trumiejki – Jaromierz – Rozajny Małe – Rozajny – Cygany – Gardeja do skrzyżowania z drogą nr 55, dalej na wschód od drogi nr 55 do skrzyżowania z ulicą Dworcową w miejscowości Gardeja i na wschód od tej ulicy w powiecie kwidzińskim,

w województwie kujawsko - pomorskim:

- gmina Łasin, część gminy Gruta położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Nowa Góra – Piotrowo – Podgórze – Orle – Słup do skrzyżowania z drogą nr 538, a następnie na północ od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od tego skrzyżowania do wschodniej granicy gminy, część gminy Świecie nad Osą położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od zachodniej granicy gminy i łączącą miejscowości Przesławice – Mędrzyce – Szarność – Lisnowo do skrzyżowania z drogą nr 538, a następnie na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 538 biegnącej od tego skrzyżowania do północnej granicy gminy, część gminy Rogóźno położona na wschód od linii wyznaczonej przez ciek wodny biegnący od północnej granicy gminy w Parku Krajobrazowym Góry Łosiowe biegnącej do przecięcia z linią kolejową, następnie na południowy – wschód od linii wyznaczonej przez linię kolejową do przecięcia z drogą nr 535, a następnie na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 535 biegnącą do skrzyżowania z drogą nr 16, następnie na północ od drogi nr 16 od skrzyżowania z drogą nr 535 do przecięcia z rzeką Osa i dalej na wschód od rzeki Osa w powiecie grudziądzkim,

w województwie wielkopolskim:

- powiat obornicki,
- gminy: Obrzycko z miastem Obrzycko, Ostroróg, Szamotuły, część gminy Kaźmierz położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Przybroda - Chlewiska - Kaźmierz, w miejscowości Kaźmierz na północ od linii wyznaczonej przez ulicę Marii Konopnickiej, Jana Pawła II, Dworcową do skrzyżowania z ul. Nowowiejską w miejscowości Nowa Wieś, następnie na zachód od ulic Nowowiejskiej, Miecki, Kaźmierskiej do skrzyżowania z drogą nr 92, następnie na północ od drogi nr 92 biegnącej do zachodniej granicy gminy, część gminy Pniewy położona na wschód od linii wyznaczonych przez: drogę łączącą miejscowości: Podrzewie - Lubosinek - Przystanki, następnie ciek wodny biegnący do Jeziora Lubosińskiego Małego, dalej na wschód od zachodniej linii brzegowej jezior: Jezioro Lubosińskie Małe, Jezioro Lubosińskie Duże, Jezioro Buszewskie i na północ od linii wyznaczonych przez: ciek wodny biegnący na zachód od Jeziora Buszewskiego - kompleks bagienny - drogą nr 187 biegnącą do skrzyżowania z drogą nr 116, następnie na wschód od drogi 116 biegnącej od skrzyżowania z drogą nr 187 do przecięcia z rzeką Oszczenica, a następnie na północ od linii wyznaczonej przez rzekę Oszczenica do zachodniej granicy gminy, miasto Wronki i część gminy Wronki położona na południe od linii wyznaczonych przez drogi: nr 182 biegnącą od wschodniej granicy gminy do skrzyżowania z drogą nr 150, następnie nr 150 biegnącą od skrzyżowania z drogą nr 182 do granicy miasta Wronki i na wschód od linii wyznaczonej przez drogi: nr 182 biegnącą od granicy miasta Wronki do skrzyżowania z drogą 186 łączącą miejscowości Ćmachowo-Wróblewo - Łucjanowo i dalej nr 186 do południowej granicy gminy w powiecie szamotulskim,
- część gminy Chrzypsko Wielkie położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości: Głuchowo - Orle Młyn - Orle Wielkie - do południowej granicy gminy w powiecie międzychodzkiem,
- gminy Budzyń i Chodzież z miastem Chodzież w powiecie chodzieskim,
- część gminy Połajewo położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Jędrzejewo - Młynkowo - Tarnówko - Chraplewo, część gminy wiejskiej Czarnków położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Kruszew- Sarbia - Gębice - Hutka - Huta - Komorzewo - Jędrzejewo oraz na północny - wschód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Radolin - Walkowice z przeprawą propomową Trzcianka Walkowice - Romanowo Górne - Kruszewo, część gminy Trzcianka położona na południowy - wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 180 biegnącą od północnej granicy gminy do skrzyżowania z drogą łączącą miejscowości Wapniarnia Pierwsza - Biała - Radolin - Walkowice i na południowy - wschód od tej linii w powiecie czarnkowsko - trzcianeckim,
- gmina Kaczory, Ujście i miasto Piła w powiecie pilskim,
- gminy Czerwonak, Murowana Goślina, Suchy Las, Swarzędz, Pobiedziska, Komorniki, miasto Luboń, miasto Puszczykowo, część gminy Kórnik położona na północny - zachód od linii wyznaczonej przez ulice Szkolna - Żernicka - Akacjowa-Zbożowa - Malwowa - Szkolna w miejscowości Robakowo, biegnącą od północnej granicy gminy do przecięcia z linią kolejową, następnie na południe od linii wyznaczonej przez linię kolejową biegnącą od przecięcia z ul. Szkolną do skrzyżowania z drogą nr 434 i dalej na północny - zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 434 biegnącą od przecięcia z linią kolejową do skrzyżowania z drogą nr 431 i dalej na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 431 do zachodniej granicy gminy, część gminy Kleszczewo położona na zachód od linii wyznaczonej przez ulice Leśna - Kalinowa - Sportowa w miejscowości Tulce biegnącą od północnej do południowej granicy gminy, część gminy Mosina położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 431, część gminy Dopiewo położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr S 11 w powiecie poznańskim,
- powiat miejski Poznań,
- gminy Kiszewo, Kłecko, Łubowo w powiecie gnieźnieńskim,

- gmina Skoki, część gminy wiejskiej Wągrowiec niewymieniona w części I i II załącznika I w powiecie wągrowieckim,

w województwie zachodniopomorskim:

- gmina Stare Czarnowo w powiecie gryfińskim,
- gmina Maszewo, część gminy Goleniów położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogi nr S3 i S6, część gminy Osina położona na południe od linii kolejowej biegnącej od wschodniej do zachodniej granicy gminy w powiecie goleniowskim,
- gminy Kobylanka, Stara Dąbrowa, Stargard, miasto Stargard, część gminy Marianowo położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od południowej granicy gminy i łączącą miejscowości Barzkowice - Marianowo – Trąbki do skrzyżowania z drogą nr 20, następnie na zachód od linii wyznaczonej przez rzeki Krępa i Krępiel biegnącej od przecięcia z drogą nr 20 do zachodniej granicy gminy w miejscowości Kępy w powiecie stargardzkim,
- część powiatu miejskiego Szczecin położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr A6.

3. Rumänien

Die folgenden Sperrzonen III in Rumänien:

- Zona oraşului Bucureşti,
- Judeţul Constanţa,
- Judeţul Satu Mare,
- Judeţul Tulcea,
- Judeţul Bacău,
- Judeţul Bihor,
- Judeţul Bistriţa Năsăud,
- Judeţul Brăila,
- Judeţul Buzău,
- Judeţul Călăraşi,
- Judeţul Dâmboviţa,
- Judeţul Galaţi,
- Judeţul Giurgiu,
- Judeţul Ialomiţa,
- Judeţul Ilfov,
- Judeţul Prahova,
- Judeţul Sălaj,
- Judeţul Suceava
- Judeţul Vaslui,
- Judeţul Vrancea,
- Judeţul Teleorman,
- Judeţul Mehedinţi,

- Județul Gorj,
- Județul Argeș,
- Județul Olt,
- Județul Dolj,
- Județul Arad,
- Județul Timiș,
- Județul Covasna,
- Județul Brașov,
- Județul Botoșani,
- Județul Vâlcea,
- Județul Iași,
- Județul Hunedoara,
- Județul Alba,
- Județul Sibiu,
- Județul Caraș-Severin,
- Județul Neamț,
- Județul Harghita,
- Județul Mureș,
- Județul Cluj,
- Județul Maramureș.

4. **Griechenland**

Die folgenden Sperrzonen III in Griechenland:

- in the regional unit of Drama
 - the municipal department of Kato Nevrokopi and the community departments of Achladea, Mikrokleisoura, Pagoneri, Potamoi, Volakas, Lefkogeia, Mikromilea and Chrysokefalo (Kato Nevrokopi Municipality),
 - part of the community department of Sidironero (Drama Municipality),
- in the regional unit of Serres:
 - the community departments of Irakleia, Valtero, Dasochori, Karperi, Koimisi, Lithotopos, Limnochori, Pontismeno, Chrysochorafa, Ammoudia, Gefiroudi, Triada, Cheimaros, Zeugolatio, Kalokastro, Livadochori and Strimoniko (Irakleia Municipality),
 - the municipal departments of Kerkini, Neo Petritsi and the community department of Kamaroto, Anatoli, Livadia, Makrynitsa, Neochori Sintikis, Platanakia, Kastanousi, Rodopoli, Ano Poroia, Kato Poroia, Akritochori, Vyroneia, Megalochori, Mandraki, Strymonochori, Charopo, Chortero and Gonimo, part of the municipal department of Sidirokastro Promahonas (Sintiki Municipality),
 - the community departments of Anagennisi, Vamvakia and Provatas (Serres Municipality),

- the municipal departments of Nigrita, Terpni and the community departments of Ampeloi, Vergi, Dimitritsi, Nikokleia, Triantafilia, Agios Dimitrios, Aidonochori, Eukarpia, Ivira, Mavrothalasa, Tragilos, Achinos, Dafni, Zervochori, Lefkotopos, Patrikios, Sitochori, Choumniko, Agia Paraskevi, Anthi, Therma, Flampouro and Kastanochori (Visaltia Municipality),
- the community department of Nea Kerdilia (Amfipoli Municipality),
- in the regional unit of Kilikis:
 - the municipal departments of Kilikis and the community departments of Kampani, Mandres, Nea Santa, Chrisopetra, Vathi, Agios Markos, Pontokerasea, Drosato, Amaranta, Antigoneia, Gerakario, Kokkinia, Tripotamos, Fyska, Myriofyto, Kentriko, Mouries, Agia Paraskevi, Stathmos Mourion, Kato Theodoraki, Melanthio, Anavrito, Elliniko, Eptalofos, Eukarpia, Theodosia, Isoma, Koiladi, Koronouda, Lipsidrio, Stavrochori, Plagia, Cherso and Terpillios (Kilikis Municipality),
- in the regional unit of Thessaloniki:
 - the municipal departments of Sochos, Assiros, Zagliveri, Langadas, Lagina and the community departments of Krithia, Exalofos, Lofiskos, Irakleio, Chrisavgi, Vertiskos, Ossa, Karteres, Lahanas, Leukochori, Nikopoli, Xilopoli, Krioneri, Askos, Sarakina, Agios Vasileios, Ardameri, Vasiloudi, Gerakarou, Lagadikia, Analipsi, Kavalari, Kolchiko and Perivolaki (Langadas Municipality),
 - the municipal departments of Asprovalta, Vrasna, Nea Apolonia, Stavros and the community departments of Arethousa, Mavrouda, Skepasto, Stefanina, Melisourgos, Peristeronas, Nimfopetra, Profitis, Apolonia, Modi, Nea Maditos, Ano Stavros, Volvi, Nikomidino, Stivos, Evangelismos, Scholari, and Philadelphio (Volvi Municipality),
 - the municipal departments of Asvestochori, Filiro, Chortiatiss, and the community department of Exochi (Pilaia-Chortiatiss Municipality),
 - the municipal department of Drimos (Oreokastro Municipality),
- in the regional unit of Chalkidiki:
 - the municipal departments of Arnaia and the community departments of Varvara, Neochori, Palaiochori, Stanos, Olimpiada and Stagira (Aristotelis Municipality),
 - the community departments of Krimni and Marathousa (Poligiros Municipality).
- in the regional unit of Kavala:
 - the community departments of Agios Kosmas, Dipotamos, Disvato, Kechrokampos, Lekani, Makrichori, Avramilia, Gerontas, Dialekto, Zarkadia, Xerias and Paradeisos (Nestos Municipality),
- in the regional unit of Xanthi:
 - the municipal department of Evmiro and the community departments of Gerakas, Dafnonas, Karyofito, Komnhna, Neochori, Pasxalia and Stavroupoli (Xanthi Municipality),
 - the municipal department of Toxotes and community department of Galani (Topeiros Municipality),
 - the community department of Oreos (Miki Municipality).

- in the regional unit of Florina:
 - the community department of Nimfeo (Aminteo Municipality),
 - the community of Pissoderi (Prespes Municipality),
 - the municipal department of Florina and the community departments of Agia Paraskevi, Akritas, Ano Kalliniki, Ano Klines, Ethniko, Kato Kalliniki, Kato Klines, Kladorrachi, Krateros, Marina, Mesokampos, Mesochori, Neos Kafkasos, Niki, Parorio, Polyplatanos, Itea, Neochorakio, Palaistra, Papagiannis, Sitaria, Tripotamos, Agios Vartholomaios, Ammochori, Ano Idrousa, Atrapos, Drosopigi, Kolchiki, Leptokarya, Perasma, Polypotamos, Triantafyllea, Tropaiouchos, Idrousa, Flampouro, Alona, Armenochori, Korifi, Mesonisi, Proti, Skopia and Trivouno (Florina Municipality),
- in the regional unit of Kastoria:
 - the community department of Mela (Kastoria Municipality),

5. **Kroatien**

Die folgenden Sperrzonen III in Kroatien:

Vukovarsko srijemska županija:

- općina Drenovci
- općina Gunja
- općina Privlaka
- općina Babina Greda
- grad Županja
- grad Otok
- grad Vinkovci
- općina Vrbanja
- općina Nijemci
- općina Bošnjaci
- općina Cerna
- općina Štitar
- općina Gradište
- općina Stari Jankovci
- općina Andrijaševci
- općina Tompojevci
- općina Bogdanovci
- općina Vođinci
- općina Nuštar
- općina Ivankovo
- općina Tovarnik
- općina Jarmina

- općina Stari Mikanovci
- općina Markušica
- općina Borovo
- općina Lovas
- općina Negoslavci
- grad Ilok
- grad Vukovar
- općina Tordinci, naselja Antin, Mlaka Antinska i Tordinci
- općina Trpinja

Brodsko-posavska županija

- općina Gundinci

Osječko-baranjska županija

- općina Semeljci
- općina Viškovci
- općina Strizivojna

grad Đakovo, naselja Budrovci, Đakovo, Đurđanci, Ivanovci Đakovački, Kuševac, Novi Perkovci, Piškorevci i Selci Đakovački

- općina Šodolovci

6. **Slowakei**

- in the district of Levice, the municipality of Dolné Semerovce, Horné Semerovce, Hokovce, Horné Turovce, Veľké Turovce, Tupá, Šahy, Hrkovce, Preseľany nad Ipľom, Vyškovce nad Ipľom, Kubáňovo, Sazdice, Sikenica, Malý Pesek, Kukučínov, Zbrojníky, Hontianska Vrbica, Demandice, Santovka, Bory, Domadice, Hontianske Trstany, Plášťovce,
- in the district of Krupina, the municipality of Dudince, Hontianske Moravce, Hontianske Tesáre, Terany, Sudice, Súdivce, Rykynčice.

7. **Lettland**

- Dobeles novada Dobeles pagasts, Jaunbērzes pagasta daļa uz rietumiem no autoceļa, kas iet caur apdzīvotu vietu Mežinieki, Jaunbērze, gar Galiņi, Druvas, Lieldegaiņi, Mazdegaiņi, Puriņi, autoceļa P102,
- Tukuma novada Džūkstes pagasts, Lestenes pagasts, Irlavas pagasta daļa uz austrumiem no autoceļa P104, Degoles pagasta daļa uz austrumiem no autoceļa P104, uz dienvidiem no autoceļa V1455, Slampes pagasta daļa uz dienvidiem no autoceļa V1455, A10, uz rietumiem no autoceļa V1446 līdz Likaušķu str.

ANHANG II

**AUF UNIONSEBENE ALS INFIZIERTE ZONEN ODER ALS SCHUTZ- UND
ÜBERWACHUNGSZONEN UMFASSENDE SPERRZONEN AUSGEWIESENE GEBIETE**

(nach Artikel 6 Absatz 2 und Artikel 7 Absatz 2)

Teil A – in einem zuvor seuchenfreien Mitgliedstaat oder einer zuvor seuchenfreien Zone nach einem Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen als infizierte Zonen ausgewiesene Gebiete:

ANHANG

Gemäß Artikel 1 in Deutschland als infizierte Zone ausgewiesene Gebiete	Gültig bis
NORDRHEIN-WESTFALEN Landkreis Olpe mit Teilen der — Hansestadt Attendorn, — Gemeinde Finnentrop, — Gemeinde Kirchhundem, — Stadt Lennestadt, — Stadt Olpe, Hochsauerlandkreis mit Teilen der — Gemeinde Eslohe (Sauerland), — Stadt Schmallenberg, Landkreis Siegen-Wittgenstein mit Teilen der — Stadt Bad Berleburg, — Gemeinde Erndtebrück, — Stadt Hilchenbach, — Stadt Netphen.	16.9.2025“



2025/1244

20.6.2025

BESCHLUSS (EU) 2025/1244 DES RATES

vom 19. Juni 2025

zur Festlegung des im Namen der Europäischen Union zu bestimmten Resolutionen, die auf der 23. Generalversammlung der Internationalen Organisation für Rebe und Wein zu verabschiedet sind, zu vertretenden Standpunkts

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 43 in Verbindung mit Artikel 218 Absatz 9,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Internationale Organisation für Rebe und Wein (OIV) wird auf ihrer nächsten Generalversammlung, die am 20. Juni 2025 stattfinden soll, bestimmte Resolutionen (im Folgenden „OIV-Resolutionsentwürfe“) prüfen und gegebenenfalls verabschieden. Die OIV-Resolutionsentwürfe werden im Fall ihrer Annahme Rechtswirkung im Sinne von Artikel 218 Absatz 9 des Vertrags entfalten.
- (2) Die Union ist kein Mitglied der OIV. Am 20. Oktober 2017 gewährte die OIV der Union jedoch den Sonderstatus gemäß Artikel 4 der Geschäftsordnung der OIV.
- (3) 20 Mitgliedstaaten der Union gehören auch der OIV an. Diese Mitgliedstaaten haben die Möglichkeit, Änderungen an den OIV-Resolutionsentwürfen vorzuschlagen, und werden aufgefordert werden, die OIV-Resolutionsentwürfe auf der kommenden OIV-Generalversammlung anzunehmen.
- (4) Es ist zweckmäßig, den im Namen der Union auf den Tagungen der OIV zu vertretenden Standpunkt bezüglich der OIV-Resolutionsentwürfe, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen, festzulegen. Dieser Standpunkt sollte auf den Tagungen der OIV durch die auch der OIV angehörenden Mitgliedstaaten, die dabei gemeinsam im Interesse der Union handeln, vorgetragen werden.
- (5) Gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates⁽¹⁾ und der Delegierten Verordnung (EU) 2019/934 der Kommission⁽²⁾ werden einige der von der OIV angenommenen und veröffentlichten Resolutionen Rechtswirkung entfalten.
- (6) Gemäß Artikel 80 Absatz 3 Buchstabe a der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 muss die Kommission bei der Zulassung önologischer Verfahren die von der OIV empfohlenen und veröffentlichten önologischen Verfahren und Analysemethoden berücksichtigen.
- (7) Gemäß Artikel 80 Absatz 5 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 muss sich die Kommission bei der Festlegung von Analysemethoden zur Feststellung der Bestandteile der Erzeugnisse des Weinsektors auf jegliche einschlägigen Verfahren, die von der OIV empfohlen und veröffentlicht worden sind, stützen, es sei denn, diese wären für die Erreichung des von der Union verfolgten Ziels wirkungslos oder ungeeignet.
- (8) Gemäß Artikel 90 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 müssen in die Union eingeführte Erzeugnisse des Weinsektors nach den önologischen Verfahren gewonnen werden, die von der Union gemäß der genannten Verordnung zugelassen worden sind, oder vor der Zulassung nach den önologischen Verfahren gewonnen werden, die von der OIV empfohlen oder veröffentlicht worden sind.

⁽¹⁾ Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 922/72, (EWG) Nr. 234/79, (EG) Nr. 1037/2001 und (EG) Nr. 1234/2007 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 671, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2013/1308/oj>).

⁽²⁾ Delegierte Verordnung (EU) 2019/934 der Kommission vom 12. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Anbauflächen, auf denen der Alkoholgehalt der Weine erhöht werden darf, der zugelassenen önologischen Verfahren und der Einschränkungen für die Erzeugung und Haltbarmachung von Weinbauerzeugnissen, des Mindestalkoholgehalts von Nebenerzeugnissen und deren Beseitigung sowie der Veröffentlichung von OIV-Dossiers (ABl. L 149 vom 7.6.2019, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_del/2019/934/oj).

- (9) Gemäß Artikel 9 Absatz 1 der Delegierten Verordnung (EU) 2019/934 sind die Reinheits- und Identitätskriterien für die bei önologischen Verfahren verwendeten Stoffe, soweit sie nicht von der Kommission festgelegt sind, die in Anhang I Teil A Tabelle 2 Spalte 4 der genannten Verordnung aufgeführten Kriterien, wo auf die OIV-Empfehlungen verwiesen wird.
- (10) Mit den OIV-Resolutionsentwürfen OENO-MICRO22-713A und OENO-MICRO 22-713B wird eine neue Methode für die Zählung von Hefezellen in Mosten und Weinen bzw. in Hefekulturen vorgeschlagen. Der OIV-Resolutionsentwurf OENO-MICRO 23-739 validiert ein Standardprotokoll für die Bewertung der Fermentationseigenschaften von *Saccharomyces cerevisiae*. Gemäß Artikel 80 Absatz 3 Buchstabe a der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 werden diese Resolutionen im Fall ihrer Annahme Rechtswirkung entfalten.
- (11) Im OIV-Resolutionsentwurf OENO-TECHNO 14-540B werden spezifische önologische Verfahren für teilweise entalkoholisierte Weine festgelegt. Mit dem OIV-Resolutionsentwurf OENO-TECHNO 23-730 wird ein zulässiger Höchstwert für den Sorbinsäuregehalt in Wein festgelegt. Mit dem Resolutionsentwurf OENO-TECHNO 23-738 wird ein neues önologisches Verfahren für die Verwendung von Fumarsäure zur Bekämpfung der malolaktischen Gärung in Mosten eingeführt. Gemäß Artikel 80 Absatz 3 Buchstabe a und Artikel 90 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 werden diese Resolutionen im Fall ihrer Annahme Rechtswirkung entfalten.
- (12) Die OIV-Resolutionsentwürfe OENO-SPECIF 21-691 und OENO-SPECIF 23-728 betreffen Methoden zur Bestimmung des Isotopenverhältnisses von Weinsäure bzw. Chitosan. Gemäß Artikel 80 Absatz 3 Buchstabe a der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 sowie Artikel 9 der Delegierten Verordnung (EU) 2019/934 werden diese Resolutionen im Fall ihrer Annahme Rechtswirkung entfalten.
- (13) Die OIV-Resolutionsentwürfe, die von den wissenschaftlichen und technischen Sachverständigen des Weinsektors ausführlich erörtert wurden, sollten zur internationalen Angleichung der Weinstandards beitragen und werden einen Rahmen bilden, der einen fairen Wettbewerb beim Handel mit Erzeugnissen des Weinsektors gewährleistet. Sie sollten daher unterstützt werden.
- (14) Eine weitere OIV-Resolution mit, im Fall ihrer Annahme, Rechtswirkung für das Unionsrecht, die der Generalversammlung zur Annahme vorgelegt wurde, ist der OIV-Resolutionsentwurf OENO-TECHNO 14-540A, in dem spezifische önologische Verfahren für entalkoholisierte Weine festgelegt werden, einschließlich des Zusatzes von Glycerin (E 422) mit einer Gesamtkonzentration von höchstens 50 g/l. Der zulässige Höchstgehalt wurde auf der Grundlage unzureichender wissenschaftlicher Erkenntnisse über die Auswirkungen auf das Produkt und die Gesundheit der Verbraucher vorgeschlagen. Dieser OIV-Resolutionsentwurf sollte daher nicht unterstützt werden, bis eine ordnungsgemäße Bewertung vorgenommen wurde, insbesondere in Bezug auf sichere Höchstgehalte an Glycerin (E 422) für die Erzeugniskategorie „entalkoholisierter Wein“. Darüber hinaus sollten der Abschnitt „Süßung“, insbesondere die Bestimmung „Zusatz von Süßungsmitteln zu entalkoholisiertem Wein“ so ausgelegt werden, dass sie auf die in „Vorschriften“ aufgeführten Erzeugnisse beschränkt sind; gleiches gilt für OIV-Resolutionsentwurf OENO-TECHNO 14-540B.
- (15) Zur Schaffung der erforderlichen Flexibilität während der Verhandlungen im Vorfeld der nächsten Tagung der Generalversammlung der OIV, die am 20. Juni 2025 stattfinden soll, sollten diejenigen Mitgliedstaaten, die auch Mitglieder der OIV sind, dazu ermächtigt werden, technischen Änderungen an den OIV-Resolutionsentwürfen zuzustimmen, sofern deren Inhalt dadurch nicht wesentlich verändert wird —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Der Standpunkt, der im Namen der Union auf der 23. Generalversammlung der Internationalen Organisation für Rebe und Wein (OIV) am 20. Juni 2025 zu vertreten ist, ist im Anhang dieses Beschlusses festgelegt.

Artikel 2

Der Standpunkt gemäß Artikel 1 wird von den Mitgliedstaaten der Union vorgetragen, die auch Mitglieder der OIV sind und gemeinsam im Interesse der Union handeln.

Artikel 3

(1) Wenn neue wissenschaftliche oder technische Informationen, die vor den oder während der Tagungen der OIV vorgelegt werden, den Standpunkt gemäß Artikel 1 wahrscheinlich beeinflussen werden, beantragen die Mitgliedstaaten, die auch Mitglieder der OIV sind, dass die Abstimmung auf der Generalversammlung der OIV zurückgestellt wird, bis der Standpunkt der Union auf Grundlage der neuen Informationen festgelegt ist.

(2) Die Mitgliedstaaten, die auch Mitglieder der OIV sind, können nach entsprechender Abstimmung ohne einen weiteren Beschluss des Rates zur Festlegung des Standpunkts der Union technischen Änderungen an den im Anhang dieses Beschlusses aufgeführten OIV-Resolutionsentwürfen zustimmen, sofern der Inhalt der Resolutionen dadurch nicht wesentlich verändert wird; sie handeln dabei gemeinsam im Interesse der Union.

Artikel 4

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

Geschehen zu Luxemburg am 19. Juni 2025.

Im Namen des Rates

Die Präsidentin

A. DZIEMIANOWICZ-BAK

ANHANG

Die Mitgliedstaaten der Union, die der Internationalen Organisation für Rebe und Wein (OIV) angehören und gemeinsam im Namen der Union handeln, unterstützen — vorbehaltlich künftiger Überprüfungen auf der Grundlage neuer Entwicklungen — die folgenden auf Stufe 7 befindlichen Resolutionsentwürfe auf der Generalversammlung der OIV, die für den 20. Juni 2025 angesetzt ist:

- OENO-MICRO 22-713A: Zählung von Hefezellen unter Verwendung von Durchflusszytometrie in Traubenmost und Wein;
- OENO-MICRO 22-713B: Zählung von Hefezellen unter Verwendung von Durchflusszytometrie in Hefekulturen;
- OENO-MICRO 23-739: Validierung eines Standardprotokolls zur Bewertung der Fermentationseigenschaften von *S. cerevisiae*-Stämmen;
- OENO-TECHNO 14-540B: Spezifische önologische Verfahren für teilweise entalkoholisierten Wein unter der Voraussetzung, dass der Abschnitt „Süßung“ und insbesondere die Bestimmung „Zusatz von Süßungsmitteln zu entalkoholisiertem Wein“ so ausgelegt werden sollten, dass sie auf die in „Vorschriften“ aufgeführten Erzeugnisse beschränkt sind;
- OENO-TECHNO 23-730: Grenzwert für Sorbinsäure in Wein;
- OENO-TECHNO 23-738: Behandlung von Mosten mit Fumarsäure zur mikrobiologischen Kontrolle;
- OENO-SPECIF 21-691: Bestimmung der Isotopenverhältnisse $^{13}\text{C}/^{12}\text{C}$ und $^{18}\text{O}/^{16}\text{O}$ von Weinsäure (L+) durch Isotopenverhältnis-Massenspektrometrie;
- OENO-SPECIF 23-728: Bestimmung der Isotopenverhältnisse $^{13}\text{C}/^{12}\text{C}$ und $^{15}\text{N}/^{14}\text{N}$ von Chitosan durch Isotopenverhältnis-Massenspektrometrie.

Die Mitgliedstaaten der Union, die der Internationalen Organisation für Rebe und Wein (OIV) angehören und gemeinsam im Namen der Union handeln, unterstützen — vorbehaltlich künftiger Überprüfungen auf der Grundlage neuer Entwicklungen — den folgenden auf Stufe 7 befindlichen Resolutionsentwurf auf der Generalversammlung der OIV, die für den 20. Juni 2025 angesetzt ist, nicht:

- OENO-TECHNO 14-540A: Spezifische önologische Verfahren für entalkoholisierten Wein.



2025/90515

20.6.2025

Berichtigung der Durchführungsverordnung (EU) 2022/79 der Kommission vom 19. Januar 2022 mit Anwendungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2021/1139 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Erfassung, Übermittlung und Vorlage von Umsetzungsdaten auf Vorhabenebene

(Amtsblatt der Europäischen Union L 13 vom 20. Januar 2022)

Seite 27, Anhang I Tabelle 1 Zeile 9 (Feld 15) Spalte 2:

Anstatt: „Angabe, ob das Vorhaben die See- oder Binnenschifffahrt oder beides betrifft“

muss es heißen: „Angabe, ob das Vorhaben Tätigkeiten auf See oder an Land/in Binnengewässern oder beides betrifft“.

Seite 31, Anhang II Tabelle 1 Zeile 7 (Code 06) Spalte 2:

Anstatt: „Seeschifffahrt (außer Fischerei und Aquakultur)“

muss es heißen: „Maritim (außer Fischerei und Aquakultur)“.

Seite 32, Anhang II Tabelle 5 Überschrift der Tabelle:

Anstatt: **„Angabe, ob das Vorhaben die See- oder Binnenschifffahrt oder beides betrifft (Anhang I Tabelle 1 Feld 15)“**

muss es heißen: **„Angabe, ob das Vorhaben Tätigkeiten auf See oder an Land/in Binnengewässern oder beides betrifft (Anhang I Tabelle 1 Feld 15)“.**

Seite 32, Anhang II Tabelle 5 Zeile 2 (Code 01) Spalte 2:

Anstatt: „Seeschifffahrt“

muss es heißen: „Tätigkeiten auf See“.

Seite 32, Anhang II Tabelle 5 Zeile 3 (Code 02) Spalte 2:

Anstatt: „Binnenschifffahrt“

muss es heißen: „Tätigkeiten an Land/in Binnengewässern“.
